

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur **Franz Michler.**  
Wien. I. Neues Rathaus.

25. Jahrgang. Wien, Montag, den 2. Juni 1919. Nr. 236.

Die Wohnungsverhältnisse Wiens. Der Rückgang der vermietbaren und leerstehenden Wohnungen dauerte auch im Monate April an. Ende dieses Monats waren beim Wohnungsamte der Stadt Wien 194 vermietbare unmobilierte Wohnungen, darunter 173 leerstehende gemeldet. Von den als leerstehend ausgewiesenen Wohnungen entfallen auf die Gruppe der Kleinwohnungen 126 aller Kleinwohnungen, der kleineren Mittelwohnungen 17 aller kleineren Mittelwohnungen, der grösseren Mittelwohnungen 17 aller grösseren Mittelwohnungen und der grossen Wohnungen 13 aller grossen Wohnungen. Die Zahl der vermietbaren Geschäftskale betrug Ende April 1581, darunter 1548 leerstehend, sie ist um 295 zurückgegangen. An vermietbaren mobilierten Wohnungen, Zimmer und Kabinette waren am Ende des Berichtmonates 169 gegen 161 im Monate März gemeldet. Die Besucherzahl des Wohnungsamtes hat im Monate April eine neuerliche Steigerung auf 9745 Parteien erfahren. Von den Organen dieses Amtes wurden im Monate April 2314 Wohnungen und Geschäftskale revidiert.

Lehrererennungen. Der Stadtrat hat ernannt den Volksschullehrer Heinrich Heinzmann zum Volksschullehrer 1. Klasse; Elisabeth Dzerswicz, Marie Feldl, Emma Krettenderfer und Emma Wiesner zu Volksschullehrerinnen 1. Klasse.

Zur Bekämpfung der Pferderäude. Das städtische Veterinäramt hat mit Rücksicht auf die leichte Uebertragbarkeit der Pferderäude nachstehende Anordnung erlassen. Personen, die sich mit Scheren von Pferden beschäftigen, haben sich bei der Schur anscheinend gesunder Pferde eines wemöglich von jedem Pferdebesitzer beizustellenden Ueberkleides zu bedienen. Die Scheren müssen stets tadellos gereinigt und durch Einlegen in Petroleum desinfiziert zur Verwendung kommen. Nach durchgeführter Schur jedes einzelnen Pferdes sind die Haare unschädlich zu beseitigen, die Instrumente an Ort und Stelle zu reinigen und zu desinfizieren, die Ueberkleider zu reinigen, die Hände zu waschen und zu desinfizieren. Pferde mit Haar- und Hautkrankheiten dürfen ohne Zustimmung des städtischen Amtstierarztes nicht geschoren werden. Werden räudeverdächtige Pferde von dem Pferdescherer angetroffen, so hat dieser die Anzeige bei der zuständigen Veterinär- amtsabteilung des Bezirkes zu erstatten. Uebertretungen der verstehenden Anordnungen werden nach § 64 des österreichischen Tierseuchengesetzes geahndet.

Sühneverhandlungen. Beim Gemeindevermittlungsamte Neubau finden die Sühneverhandlungen im Juni am 3., 11., 18. und

und 25. statt; beim Gemeindevermittlungsamte Josefstadt am 4., 11., 18. und 25. Juni.

Hauptversammlung des Vereines der Baumeister. Vor einigen Tagen fand die Hauptversammlung des Vereines der Baumeister Niederösterreichs statt. Der Vorsitzende Löschner betonte die Ueberaus ernste Lage des Baugewerbes und die Notwendigkeit einmütigen Zusammenwirkens. Hierauf schilderte Redner die Tätigkeit des Wertschaftsverbandes der Baugewerbe, der stets die Interessen der Baumeister vertreten hat. Sodann erfolgten Mitteilungen betreffend die Einteilung der Arbeitslosen in die Baubetriebe, die Schaffung einer Auskunfts- und Rechtshilfestelle und die Gründung einer Gesamteinkaufsstelle mit dem hauptsächlichsten Zwecke, den Bedarf der kleineren Baugewerbetreibenden an Baustoffen zu decken.

Erste österreichische Sparkasse. Bei diesem Institute wurden im Monate Mai von 14.319 Parteien 10,560.484 K eingelegt, an 25.707 Parteien 23,326.581 K rückgezahlt. Der Gesamteinlagenstand betrug am letzten Mai 756,734.128 Kronen. Hypothekendarlehen wurden 3,115.500 K zugezählt, 1,682.233 K rückgezahlt, so dass sich der Stand der Hypothekendarlehen am 31. Mai auf 316,336702 K stellte. Die Pfandbriefdarlehen beliefen sich Ende Mai auf 17,713.860 K, 60 jährige Pfandbriefe waren 18.295.400 im Umlauf. Wechsel wurden 15,910.007 K eskontiert, dagegen 5,982.386 eingekassiert, von Kassenscheinen der Österr. Bank wurden 20.160.000 K eingekassiert. Der Besitz an Wechseln und Kassenscheinen der Öst. Bank betrug sonach am 31. Mai 61.915.207 K.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur *Juan Mijew.*  
Wien I. Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, am 3. Juni 1919. Nr. 237.

**Erhöhung der Kartoffelpreise.** Die Gemeinde Wien ist bei der Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln ausschliesslich auf ausländische Zuschüsse angewiesen. Die fortwährende Steigerung der Einkaufspreise zwingt die Gemeinde Wien mit einer Neu festsetzung des Kleinverkaufspreises für Kartoffel vorzugehen, um ihre Selbstkosten wenigstens teilweise zu decken. Der Kleinverkaufspreis der städtischen Kartoffel wird daher ab Mittwoch, den 4. Juni angefangen mit 2 K 10 h für das Kilogramm festgesetzt.

**Kartoffelabgabe.** Mittwoch bis Samstag dieser Woche werden in den Bezirken 5, 9 bis 11, 14 bis 20, Donnerstag bis Samstag in allen übrigen Bezirken je 1/2 Kilogramm pro Kopf abgegeben. Abgetrennt wird der Abschnitt Q der Kartoffelkarte sammt allen vorhergehenden Abschnitten.

**Erhaltungsfürsorge des Jugendamtes.** In der heutigen Stadtratssitzung berichtete Vicebgm. Winter über die Bewilligung von 3 Mill. K für die Erhaltungsfürsorge des Jugendamtes. Diese Fürsorge gründet sich auf die amerikanische Kinderhilfsaktion, in deren Rahmen 25.000 Kinder täglich eine Mahlzeit erhalten und 3000 Kinder in Ferienstätten bei voller Verpflegung untergebracht werden sollen. Amerika stellt die Lebensmittel bei, für die anderen Auslagen muss aber Deutschösterreich aufkommen. Es handelt sich dabei um einen Betrag von 9 Mill. K für die nächsten 2 Monate. Diese Kosten sollen auf den Staat und die Gemeinde, ferner auf die Spende der Banken aufgebaut werden. In der Debatte stimmten alle Redner den Ausführungen des Referenten zu, dessen Anträge genehmigt wurden.

2. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Dienstag, den 3. Juni 1919. Nr. 238.

**Die neue Kehrordnung.** In einigen Blättern wurde die Nachricht verbreitet, dass vom 1. Juni angefangen eine neue Kehrordnung in Kraft tritt, der zufolge von diesem Tage an die Mieter für das Kehren gewöhnlicher Herde nicht mehr zu zahlen haben. Diese Nachricht ist unrichtig und es wird das seinerzeitige Inkrafttreten der neuen Kehrordnung kundgemacht werden.

## Neue Gaspreise.

In der heutigen Stadtratssitzung berichtete Stadtrat Breithner über die Erhöhung der Gaspreise, wodurch das Defizit der städtischen Gaswerke beseitigt werden müsse. Im Laufe des Jahres ergab sich ein Abgang von 33%, für das nächste Jahr wird sich ein solcher von 67 Millionen Kronen ergeben. Die Direktion schäme deshalb eine Verdreifachung des Tarifes vor. Direktor *Mengel* der städtischen Gaswerke, der den Beratungen zugezogen werden war, *führte an* dass bis Ende November des Jahres das Gaswerk in einer guten Wirtschaftslage war, im Gegensatz zu vielen anderen Gasanstalten *befand* *er sich* damals noch in ertragsfähigem Zustande. Erst als die Kohle in die Hände eines Nachbarstaates kam, begann der Niedergang des Unternehmens. Die Erhöhung auf einen dreifachen Betrag sei absolut unvermeidlich, weil sonst das Unternehmen zusammenbrechen müsse. Er müsse deshalb dafür eintreten, dass der Gaspreis auf 78 Heller für den Kubikmeter erhöht werde.

Die Stadträte Vaugoin, Müller, Körber, Schmid und Rummelhardt erklärten sich mit einer Erhöhung des Gaspreises einverstanden, weil das Defizit eben unter allen Umständen beseitigt werden müsse, es wäre nur zu erwägen, ob nicht das Ausmass der Erhöhung zu hoch gegriffen sei.

Stadtrat *Täubler* führte aus: Gas beziehen 200.000 Haushaltungen, fassen stehen über 500.000 Haushaltungen gegenüber, die kein Gas beziehen. Bewohner, die von Gaswerke Nutzen haben, indem sie Gas beziehen, machen also nur einen Teil der allgemeinen Einwohnerschaft aus und es

sei dies nicht eben der Ermste Teil. Wenn wir also auf das Gaswerk aus Gemeindemitteln darauf zahlen, um das Defizit zu decken und das Gas den Abnehmern unter dem Selbstkostenpreis liefern, müssen wir *das* Geld zur Deckung des Defizits von den anderen Einwohnern als Steuern, Abgaben u.s.w. einheben; man könne aber nicht rechtfertigen, dass man von den Ermsten Leuten, welche kein Gas beziehen, höhere Zinsheller etc. verlange, nur zu dem Zwecke, damit die Gasabnehmer nicht einmal die Selbstkosten des Gases zu zahlen brauchen.

Der Antrag des Str. Körber, den Gaspreis für Lebensmittelgewerbe insbesondere Bäckereien nicht zu erhöhen, weil diese mit einem festen Preis ihres Absatzes zu rechnen haben, wurde abgelehnt; ebenso ein Antrag des Str. Breuer die Erwerbsteuerträger der 3. und 4. Klasse nur mit einer 50%igen Erhöhung zu belasten. Auch ein Antrag des Stadtrates Schmid, einen Teil des Defizits durch Erhöhung der Preise der Nebenprodukte zu decken, wurde abgelehnt.

Die Referentenanträge wurden schliesslich mit den Stimmen der Mehrheit angenommen. Die Gaspreiserhöhung tritt bei der Neuaufnahme des Gasmesserstandes, die in einigen Tagen erfolgen wird, in Kraft.

**Von der Militärakademie in Múdling.** Vb. Winter teilte in der heutigen Stadtratssitzung mit, dass das Ansuchen der Gemeinde Wien auf Ueberlassung der technischen Militärakademie in Múdling für Zwecke der Gemeinde abschlägig beschieden wurde, da in dieser Anstalt eine staatliche Gewerbeschule untergebracht werden soll.

**Das Wilhelminenbad in Ottakring.** Str. Weigl brachte in der heutigen Stadtratssitzung folgenden Antrag ein: Dem Badebedürfnisse der 200.000 Personen zählenden Bevölkerung von Ottakring soll das räumlich völlig ungenügende städtische Volksbad in der Abelegasse und das in privaten Händen befindliche noch ungünstigere Dampfbad in der Badhausgasse genügen. Das grosse schöne Wilhelminenbad wurde von seinen Besitzern verkauft und soll dort die Zigarettenhülsenfabrik Tabu eingerichtet werden. Aus dem grossen Schwimmbassin will die Firma Meisl Weinkeller machen. Es wird beantragt, sofort Schritte zu unternehmen, um in letzter Stunde für diesen volkreichen Bezirk wenigstens noch das Voll- und Schwimmbad auf Gemeindegeldern zu retten.

**Gemeinderätliche Kommission.** Die vom Stadtrat gewählte Kommission für die Ueberprüfung der Kost in den städtischen Humanitätsanstalten hielt vor einigen Tagen ihre konstituierende Sitzung ab. Die Kommission, der die Gemeinderäte Dr. Grün, Grünfeld, Dr. Haas, Kokrda, Linder, Dr. Plaschkes, Rummelhardt, Amalie Seidel, Dr. Alma Seitz, Schleifer und Vaugoin angehören, wählte zum Obmann StR. Dr. Grün und zum Obmannstellvertreter *Gr. v. Haas*.

**Amerikanisches Kinderhilfswerk.** Im Laufe der vorigen Woche wurden durch den Verband der freiwilligen Jugendfürsorge an die Tagesheime in Wien, an geschlossene Kinderpflegeanstalten, Ausspeiseorganisationen, Horte u.s.w. Anmeldebücher geschickt, mit welchen sich diese privaten Organisationen der Jugendfürsorge zur Belieferung mit amerikanischen Lebensmitteln oder mit fertigen Mahlzeiten aus der amerikanischen Kinderhilfsaktion bewerben können. Die Organisationen werden aufmerksam gemacht, dass die Anmeldeformulare bis spätestens Samstag, den 5. d. einzusenden sind. Sollte aus Versehen ein oder die andere Organisation von der Hauptgeschäftsstelle des Verbandes nicht verständigt worden sein, so kann das Anmeldeformular dort (L. Zelinkagasse 23, 3. Stock) eingeholt werden.

**Aus dem Stadtrate.** Stadtrat Dr. Grün berichtete über die Abänderung der Hausordnung im Versorgungsheim in Ybbs. Es handelt sich hierbei darum, den Pfinglingen Orter als bisher

Ausgänge zu gestatten. Die diesbezüglichen Anträge des Referenten wurden angenommen. Anträge desselben Referenten betreffend die Erhöhung der Arbeitszulagen für die Pflinglinge des städtischen Werkhauses, die eine verhältnismässig geringe ist, wurden angenommen.

**Lebensmittelabgabestelle der städtischen Angestellten.** Ueber Wunsch der rayonierten Kunden der Lebensmittelabgabestelle für städtische Angestellte in der Bartensteingasse findet Donnerstag um 1/2 5 Uhr nachmittags ein Experimentalvortrag über die Olso Kochkiste und den Olso Sparkocher in der Musterküche der Olsogesellschaft, 1. Bezirk, Bellariastrasse 12, statt. Nach dem Probekochen mit der Kochkiste findet eine Verteilung von kleinen Kostproben statt.

**Oesterreichische Länderbank.** Die 38. ordentliche Generalversammlung der Aktionäre der Oesterreichischen Länderbank findet Montag den 30. Juni d. J. 6 Uhr abends im Anstaltsgebäude, 1, Hohensteufengasse 3 statt.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Korrespondent und verantwortl. Redakteur **Johann Mitzew,**  
Wien, I. Neugebäudehaus.

25. Jahrgang. Wien, Mittwoch, den 4. Juni 1919. Nr. 239.

**Amerikanisches Kinderhilfswerk.** Die Familienfürsorge betreibenden Vereine und Körperschaften, die eingeladen wurden für die amerikanische Aussperraktion Kinder vorzuschlagen und dann zu diesem Zwecke im Laufe der vorigen Woche auch Ausweisscheine erhielten, werden eingeladen, bis Freitag, den 6. Juni, diese Vorschläge zu erstatten, da sonst anderweitig die Kinder ausgewählt werden müssten.

**Sühneverhandlungen.** Die Sühneverhandlungen des Gemeindevorstandes mit der Mariahilf finden am 11., 18. und 25. Juni um 10 Uhr vormittags statt.

Wiener Gemeinderat.

Sitzung, vom 4. Juni 1919.

Bgm. Reumann eröffnet die Sitzung mit folgender Ansprache:

Der Gemeinderat tritt heute in geschichtlicher Stunde zusammen. Als Bürgermeister der Stadt Wien in der das Herz unseres Reiches schlägt, ist es mir ein tiefgefühltes Bedürfnis, in dieser schweren Stunde zu Ihnen zu sprechen. Der Tag des Friedens den wir alle mit ganzen Herzen ersehnt haben, ist endlich erschienen. Aber er ist wie wir befürchtet haben, kein Tag der Freude sondern ein Tag der Trauer. Die imperialistischen Säuger haben Monatlang über unser Schicksal beraten, sie sind noch nicht zu Ende gekommen, aber was wir bis heute erfahren, reicht aus zur Erkenntnis, daß nun kein Werk der Völkerveröhnung zustande kommt. Nach den furchtbaren materiellen und moralischen Verwüstungen des Krieges wollen die alleierten Machthaber nicht Recht schaffen in Europa sondern schwerstes Unrecht. Entgegen dem Selbstbestimmungsrecht der Nationen wird unser Volk zerstückelt und sollen Millionen Deutschösterreicher in Nord und Süd nationaler Fremdherrschaft ausgeliefert werden. So will man unser Volk treffen und unsere junge Republik die nichts gemein hat mit dem alten Habsburgerreich, das den unseligen Krieg begonnen hat. Die Schuldigen haben sich aus dem Staube gemacht und das unglückliche Volk soll nun furchtbar büßen, was seine alten Machthaber verbrochen haben. Wir alle ohne Unterschied der Partei hoffen immer noch, daß es unserer Delegaten in Paris, zu der vollsten Vertrauen haben, gelingen werde der Entente begreiflich zu machen, daß das alte Oesterreich nicht mehr besteht und dass wir Deutschösterreicher dasselbe Recht zu leben haben, wie die Staaten der anderen Nationen, die auf dem Boden der zugrundegegangenen Monarchie erwachsen sind. Die Entente hat in den letzten Monaten sich nicht jeder Einsicht unzugänglich gezeigt. Sie wird hoffentlich in der entscheidenden Stunde erkennen, das es ihr eigenstes Interesse ist, unseren politischen und wirtschaftlichen Lebensnotwendigkeiten Rechnung zu tragen. Wir wissen, dass uns schwere Opfer auf keinen Fall erspart bleiben können. Was uns gerechterweise zufällt, müssen wir auf uns nehmen. Fordert man mehr, als Rechtens ist und als wir zu leisten vermögen, schneidet man uns alle Entwicklungsmöglichkeiten ab, dann wird diese Tat denen, die sie verüben, selbst zum Fluche werden. Denn jedes Unrecht, an einem Volke verübt, wird in der Folge stets zur Gefahr für den Frieden und die Freiheit aller Völker.

In Anschlusse an diese Kundgebung verliest der Bürgermeister ein an ihn gerichtetes Schreiben des **Kaiserlichen Orts-Ausschusses des Deutschen Burschenbundes**, in dem dieser mitteilt, dass die deutsche Hochschul-Studentenschaft Wiens über die dem Deutschen Reiche auferlegten Friedensbedingungen durch Ansetzung einer allgemeinen studentischen Trauer in der Dauer von 14 Tagen der tiefen Trauer Ausdruck geben werde und hofft, dass auch die deutsche Stadt Wien die für das Deutsche Reich bereits bekannten und die für Deutschösterreich zu erwartenden gleich schmachvollen Friedensbedingungen zum Anlass nimmt, für unsere altbewährte Hauptstadt eine Nationaltrauer anzuordnen.

Nach Verlesung erklärt der Bürgermeister: Ich werde diese Schreiben der nächsten Stadtratsitzung vorlegen. Ich glaube in Ihrem Sinne zu sprechen, dass es wohl erst nicht notwendig sein wird, einen Beschluss eine Nationaltrauer zu halten, zu erwirken. Es ist meiner Ansicht nach in ganz Oesterreich tiefe Trauer über die Friedensbedingungen, wie sie jetzt verlaublich worden sind. (Rufe: ganz richtig!).

Das a.ö. Volksbekleidungsamt spendete für charitative Zwecke der Stadt und des Landes 10.000 Paar Schuhe mit Holzsohlen, wovon 5 - 6000 Paar auf die Armen der Stadt Wien entfallen. Der Bürgermeister spricht den Dank aus.

Der Bürgermeister teilt mit, dass GR. Forstner infolge seiner Wahl in den Hauptausschuss der d.ö. Nationalversammlung die Funktion eines Schriftführers des Wr. Gemeinderates zurückgelegt habe. An seine Stelle tritt GR. Hammerschmid.

Der Bürgermeister bringt einen Bericht der Stadtbauamts-Direktion über den Stand der Vergebung von Bauarbeiten zur Kenntnis, nach dem in Fortsetzung des am 10. Mai ds. J. dem Gemeinderat erstatteten Berichtes, weitere Notstandsarbeiten mit der Gesamtkostensumme von rund 7½ Millionen Kronen vergeben wurden, so dass die bisher zur Ausschreibung gelangten Arbeiten im Ganzen 20 Millionen Kronen betragen. Die Gesamtkostensumme des bisher an Unternehmern vergebenen Arbeiten beträgt rund 8.6 Millionen Kronen. Bei den in Gang befindlichen städtischen Arbeiten wurden in der letzten Maiwoche 5200 Arbeiter beschäftigt wobei die in den fabriks- und gewerbmässigen Betrieben beschäftigten Arbeiter nicht eingerechnet sind. Bei den Erdarbeiten und der Schlackenabfuhr vom städtischen Gaswerk auf dem Bau des Kontumatsmarktes sind 300 Arbeiter beschäftigt. Bei den Umpflasterungen der Strassen sind 400 Pflasterer und Hilfsarbeiter tätig.

Bm. Reumann teilt auf eine in der letzten Gemeinderats-sitzung von GR. Witzmann gestellte Anfrage betreffend die Nichterhöhung der Stöhrbrotkarten mit, dass die städtischen Mehlabgabestellen rechtzeitig mit der erhöhten Mehlquote beliefert wurden und dass dem Magistrate bisher noch kein einziger Fall bekannt geworden sei, dass einer bezugsberechtigten Partei die Abgabe der erhöhten Stöhrbrotkarteneration verweigert worden sei, der Magistrat daher auch keinen Anlass zu einer nochmaligen Verfügung hatte.

Bm. Reumann beantwortet eine vom GR. Müller in der letzten Gemeinderats-sitzung eingebrachte Interpellation betreffend die Verhältnisse im Versorgungsheim in Lainz und im Versorgungshaus in Liesing dahin, dass die gemeinderätliche Kommission zur Prüfung der Ernährungsverhältnisse in den städtischen Humanitätsanstalten beschlossen hat, die vom Interpellanten aufgestellten Behauptungen selbst an Ort und Stelle zu prüfen und hiezu die Interpellanten einzuladen.

Schriftführerin **G-R-Marie Bock** verliest den Einlauf. Die G-R. Adelheid Fopp, Gabriele Proft und Genossen verweisen in einer Anfrage darauf, daß bei der am 2. Juni im Augarten stattgefundenen Eröffnung des amerikanischen Kinderhilfswerkes eine Anzahl Kinder dazu bestimmt war, den amerikanischen Damen Blumensträuße zu überreichen, wogegen natürlich nichts zu sagen ist. Wohl aber gegen die Art, wie die Kinder es taten. Ein Knix war ihnen eingelernt worden, der so tief war, dass sie mit dem Knie fasst den Boden berührten. Diese Handlung mußte gerade bei diesem Anlass auf jeden, der es sah, demütigend wirken und uns als die Bettler erscheinen lassen, die wir wieder nach den Worten des V.-B.-nicht sein wollen. Der Herr Bgm. wird daher gefragt: Ist er geneigt zu erheben, wer dieses beschämende Schauspiel veranlasst hat? Ist er weiter geneigt, zu veranlassen, das die in Betracht kommenden Stellen oder Personen belehrt werden, das solche Dinge nicht dem Geiste unserer demokratischen Republik entsprechen und daher in Zukunft vermieden werden müssen.

Bgm. Reumann verliest einen Bericht des städt. Jugendamtes wonach mit der Veranstaltung einem ausdrücklichen Wunsche der amerikanischen Mission Rechnung getragen wurde, die auf der Veranstaltung einer kleinen Feierlichkeit schon deshalb bestand, um eine Filmaufnahme, die wieder als Propaganda mittel für die Zuführung neuer Spenden nach Amerika gehen soll, machen zu können. Da es wegen der Kürze der Zeit nicht möglich war, einen Kinderchor erst zusammenzustellen, wandte sich das Jugendamt an Frau Bürgerschuldirektor Manussi mit

mit der Bitte, dem ständigen Chor ihrer Schülerinnen bei der Feier mitzuwirken. Was die beanstandete Tiefe der Knixe der Kinder anbelangt, so wird berichtet, dass Direktorin Manussi sie ihren Schülerinnen gewiß nicht für diese Feier sondern anlässlich ähnlicher Festlichkeiten unter den früheren Verhältnissen eingelernt hat und die Kinder es für ihre Pflicht erachteten, den amerikanischen Damen in dieser Form den amerikanischen Damm zu huldigen. Der Bgm. bemerkt hierzu: Es ist Tatsache, dass diese Feier bereits am Sonntag hätte stattfinden sollen und dass am Freitag uns bekannt geworden ist, dass von Seite der amerikanischen Mission von der Veranstaltung einer solchen Feier abgegangen worden ist. Ich habe das als eine Erleichterung gefühlt. Am Samstag ist dann die Nachricht gekommen, dass diese Feier am Montag stattfinden wird und infolgedessen ist im nächsten Augenblick neuerlich an uns herangetreten worden, dass die Feier denn doch stattfinden möge. Ich selbst habe an dieser Feier nicht teilgenommen und kann infolgedessen nicht sagen, welchen Eindruck auf den Ausstehenden hervorrufen mußte. Ich hätte es für besser gehalten, wenn diese Feier nicht in dieser Form durchgeführt worden wäre. Es ist der Anlass zu dieser Aktion ein so ungemein trauriger, dass ich glaube, das das Werk durchgeführt hätte werden können, ohnedass eine solche Feier stattgefunden hätte. Wenn man dennoch den Wunsche der Amerikaner willfährig hat, so aus dem Grunde, weil wir nicht wünschen, dass in irgend einer Weise die Aktion eine unliebsame Störung erfahren könnte. Bitte die Versicherung entgegenzunehmen, dass auch in Zukunft alles getan wird, damit eine Schaustellung des Elends unterlassen wird.

G-R. Dr. Flaschkes und Genossen verweisen in einer Anfrage darauf dass das städt. Jugendamt an das Staatsamt für Verkehrswesen die Mitteilung gerichtet hat, es könnten bei dem am 17. Juni 1919 nach Schweden abgehenden dritten Kinderzug auch Söhne und Töchter von Staatsbeamten christlicher Religion berücksichtigt werden. Das städt. Jugendamt heißt es in der Anfrage weiter - hat somit offenbar bei einer durch den Krieg gebotenen Wohlfahrtseinrichtung vorgeschrieben, dass dabei Kinder jüdischer Religion nicht in Betracht kommen dürfen. Wir wissen sehr wohl, dass auch bisher die Praxis dahin ging, jüdische Kinder von solchen Wohlfahrtseinrichtungen auszuschließen, wie ja das bisherige System sogar bei äußerlicher Einhaltung der Staatsgrund-Gesetze die Juden als Bürger niederster Klasse behandelt und entrechtet hat. Das jedoch die Mißachtung aller Grund-sätze der Gerechtigkeit unverblümt zum Ausdruck kommt, wie bei diesen „Judenreinen“ Kinderfürsorgeunternehmen, ist auch in der Verwaltung der Stadt Wien eine ziemlich seltene Erscheinung. Die Interpellanten stellen daher die Anfrage: Was gedenken Herr Bürgermeister zu tun, damit diese Ungerechtigkeit behoben und die Wiederholung derartiger Fälle ein für alle Mal unmöglich gemacht wird?

Bgm. Reumann verliest einen Bericht des städt. Jugendamtes, wonach die Hilfsaktion des Schwedischen roten Kreuzes vom st. Jugendamte, sondern vom Verein „Tagesheimstätten für Kriegerwaisen und Kinder“ nach einem mit dem Staatsamte für Volksgesundheit getroffenen Uebereinkommen durchgeführt wird. Der Verein selbst ist an die genauen Forderungen der deutschen Wohlfahrtsstelle in Berlin gebunden. In den Schreib-ben der Berliner Wohlfahrtsstelle heißt es wörtlich: „... über ausdrücklichen Wunsch der schwedischen Gastgeber nur tröstliche Kinder...“. Der unverbildete Vorwurf der in der vorliegenden Anfrage gelegen ist, entbehrt daher jeder Grundlage und Beachtung. Das st. Jugendamt hat nie Unterschiede in confessioneller Hinsicht gemacht. Bei den Schweizer Hilfsaktionen hat es jüdische Kinder stets in dem dem Ausmaß berücksichtigt; als dies von den betreffenden Komitees gewünscht wurde. So wurden auch bei der Aktion Kinder nach St. Gallen, deren Leitung in den Händen des katholischen Volksvereines in St. Gallen liegt, mehr als 100 jüdische Kinder für einen Erholungsurlaub in der Schweiz untergebracht.

Der Bürgermeister bemerkt hierzu: Ich werde noch weitere Erhebungen pflegen lassen, damit ich sehe, ob das in der Tat sich so verhält.

2  
GR. Kerner interpelliert wegen der Durchführung des Gemeinderatsbeschlusses betreffend den Bau der Strassenbahnlinie durch die Krottenbachstrasse bis Neustift am Walde und fragt ob mit der Inbetriebsetzung dieser Linie noch im Jahre 1919/20 zu rechnen ist.

BM. Reumann: Die Erbauung der Strassenbahnlinie durch die Krottenbachstrasse wurde mit Stadtratsbeschluss vom 5. August 1915 genehmigt. Der Beginn des Baues ist jedoch von der Erfüllung dreier Bedingungen abhängig: 1. von der Parzellierung der ehemals Obersteinerischen Gründe zwischen der Billroth- und Cottagegasse und der Herstellung des Strassenniveaus längs der genannten Gründe, 2. der Rekonstruktion der Brücke über die Vorortelinie im Zuge der Krottenbachstrasse und 3. von der Lieferung der erforderlichen Oberbaumaterialien. Es ist nun anzunehmen, dass die unter 1 und 3 angeführten Leistungen, deren Erledigung energisch betrieben wird, noch im Jahre 1919 zu einem günstigen Ergebnis führen, so dass voraussichtlich im Frühjahr 1920 mit dem Bau begonnen werden kann.

GR. Schleifer weist darauf hin, dass seit einiger Zeit alle jene in Wien wohnhaften Personen, welche die d.ö. Staatsbürgerschaft erworben haben von den magistratischen Bezirksämtern ihres Wohnbezirkes zwecks Auskunfterteilung vorgeladen werden. Unter diesen befindet sich eine nicht geringe Zahl, die mittlerweile das Heimatsrecht erworben hat, denen an Bezirksamt erklärt wird, dass durch die Erwerbung des Heimatsrechtes die Vorladung hinfällig geworden sei. Er fragt, ob der Bürgermeister bereit sei, die Magistrats-Direktion zu beauftragen, zu veranlassen, dass in Zukunft solche Vorladungen verzielen werden.

Bgm. Reumann: Bei der grossen Anzahl der Staatsbürgerschaftserklärungen, es sind über 135.000, ist eine fallweise Überprüfung wegen des Heimatsrechtes undurchführbar und es ist unvermeidlich, dass auch Personen zum Amte geladen werden, bezüglich derer die Amtshandlungen mittlerweile gegenstandslos geworden ist. Um nun in Zukunft solche Vorladungen zu vermeiden, wird an die magistratischen Bezirksämter die Weisung erteilt werden, bei künftigen Vorladungen den Vermerk aufzunehmen, dass alle jene Personen den Vorladungen nicht Folge leisten brauchen die das Heimatsrecht bereits erlangt haben.

GR. Jakl fragt, mit Rücksicht auf die Bediensteten der bei der Militärpost in Bosnien angestellt gewesen Personen, die nun in die Heimat zurückkehren werden, ob der Bürgermeister geneigt ist, für diese Familien, 39 an der Zahl die notwendigen Wohnräume in Wien zur Verfügung zu stellen.

Bgm. Reumann: Beim Wohnungsamt sind über 1500 Bewerber vorgemerkt und sind die Aussichten für die Unterbringung dieser die denkbar schlechtesten. Fälle, wie der in der Anfrage erwähnte ereignen sich tagtäglich, erst heute hat gelegentlich einer Verhandlung über das Kriegspital Baumgarten die Staatshaus-Direktion erklärt, dass sie allein dort mindestens 300 Wohnungen beanspruchen müsse. Das Wohnungsamt wird auch in dem in der Anfrage erwähnten Fall sein Möglichstes tun, irgend ein bestimmtes Versprechen kann aber nicht gegeben werden. Ich möchte auch darauf aufmerksam machen, dass wir es auch mit einer Reihe von anderen Fällen zu tun haben. Erst heute war bei mir eine Abordnung von früher in Frankreich beschäftigten Personen, die schliesslich und endlich von dort abgewandert sind, weil sie gemeint haben, es werde hier für sie die weitgehendste Vorsorge getroffen werden. Seinerzeit hat sich ein Komitee mit dieser Frage befasst, dieses Komitee ist aber jetzt aufgelöst. Es ist keine Frage, dass auch für diese Zuwanderer vorgesorgt werden muss.

GR. Wimmer interpelliert wegen der unhaltbaren Zustände im Verkehr der Linie „36“ der Strassenbahn nach Nussdorf und fragt, ob der Bürgermeister veranlassen wolle, dass eine bessere Abwicklung des Verkehrs Platz gräbe.

Bgm. Reumann: Die Interpellation ist im letzten Momente eingereicht worden. Es sind hierüber Erhebungen notwendig und ich werde in der nächsten Sitzung darüber berichten.

GR. Kohl fragt an, ob der Bürgermeister zu veranlassen geneigt sei, dass an Samstagen ab 12 Uhr die Rückfahrtscheine auf der Strassenbahn benützt werden könnten.

Bgm. Reumann verliest einen Bericht der städtischen Strassenbahndirektion, die sich dagegen ausspricht, da es nicht möglich wäre, diese Begünstigung auf industrielle Arbeiter zu beschränken, sondern es müsste füglich die ganze Bevölkerung daran Teil haben, weil es ausgeschlossen ist, die Arbeiter mit besonderen Personalausweise auszustatten, und infolge der stärksten dienstlichen Inanspruchnahme der Mittagszeit dem Schaffner die Möglichkeit benommen wäre, den Berechtigungsausweis zu überprüfen.

GR. Gisela Laferl fragt, ob der Bürgermeister geneigt sei, Schritte zu tun, um den Hausbesitzern und Hausverwaltern klar zu machen, dass der Vorzug eines Fahrstuhl im Hause zu besitzen, nur dann einen Zweck hat, wenn er von den Bedürftigsten, zu denen nebst den Kranken die Hausgehilfinnen gehören, benützt werden kann.

BM. Reumann: Ich halte die Beschwerde für vollkommen gerechtfertigt und möchte von dieser Stelle aus an die Hausbesitzer und Hausverwalter den Appell richten, überkommene Verurteile endlich fallen zu lassen und unseren Mitbürgerinnen, die als Hausgehilfinnen schwere Arbeit leisten, bezüglich der Benützung der Hauseinrichtungen die für alle anderen geltenden Rechte nicht vorzuenthalten. Eine bestimmte Gewalt über die Benützung der Aufzüge steht mir nicht zu Gebot. Aber ich werde den Versuch machen, auf die Hausbesitzer einzuwirken, dass dieser Uebelstand beseitigt wird.

GR. Gabrielle Walter stellt die Anfrage, ob der Bürgermeister geneigt ist, ihre Anträge, betreffend die Aufhebung des Eheverbotes für die weiblichen Angestellten des Arbeiterfürsorgeamtes und für die beim städt. Jugensamte angestellten Fürsorgerinnen, ehestens dem Stadtrate zur Erledigung zuzuweisen.

Bgm. Reumann: Für die Diurnistinnen und Kanzlistinnen des Arbeiterfürsorgeamtes gilt vom 1. Mai d. J. die allgemeine Dienstordnung für die Angestellten der Gemeinde Wien, nach welcher es für männliche und weibliche Angestellte einer dienstlichen Bewilligung zur Verehelichung nicht bedarf. Auch aus diesem Grunde unterblieb auch auf Grund den von Frau G.R. Walter gestellten Anträge wegen Aufhebung des Eheverbotes eine Berichterstattung. Bezüglich der Fürsorgerinnen wird die Direktion des st. Jugensamtes einen gesonderten Bericht erstatten.

GR. Gabrielle Walter fragt, ob der Bürgermeister geneigt sei, die erforderlichen Massnahmen zu veranlassen, dass unter Voraussetzung von gleichen Dienstverhältnissen sätlichen bereits in den Ruhestand getretenen Lehrerinnen dieselben Bezüge zuerkannt werden wie den Lehrern.

BM. Reumann: Eine einseitige Lösung der in Rede stehenden Frage für die Lhrpersonen ist wegen der Rückwirkung auf die Beamten nicht möglich. Es müssten daher sowohl diesbezüglich als auch hinsichtlich der Kosten Erhebungen gepflogen werden.

GR. Rotter fragt unter Bezugnahme auf Zeitungsnachrichten, die besagen, dass der Fahrpreis der Stadtbahn auf 60 k erhöht werden soll und unter Hinweis darauf, dass die Fahrpreisbestimmung Sache der Kommission für Verkehrsanlagen ist, ob der Bürgermeister gewillt ist, darauf zu dringen, dass diese Kommission ehestens zusammentritt.

BM. Reumann: Für die zweimalige Erhöhung der Stadtbahnfahrpreise während des Krieges wurde die Zustimmung der einzelnen Kurien der Kommission für Verkehrsanlagen im schriftlichen Wege eingeholt. Es besteht aber natürlich kein Anstand, zu verlangen, dass die Kommission, die seit Jahren nicht mehr zusammengetreten ist, wieder zu einer Sitzung einberufen wird. Nur müsste vorher die Neuwahl der Vertreter der Gemeinde und des Landes stattfinden. Bisher ist übrigens kein Antrag auf Erhöhung der Stadtbahnfahrpreise an die Gemeindegemeinde gelangt. Ich werde veranlassen, dass bei uns die Wahl bald stattfindet und an den Landtag das gleiche Ansuchen stellen.

GR. Klimeš führt zwei Vorfälle an, in denen Fahrgäste der Strassenbahn, deswegen weil sie „böhmisch“ sprachen, vom Schaffner beanständet wurden, der behauptete, dass nach amtlichen in den Kanzleien ausgehängten Ankündigungen der Ge-

brauch der tschechischen Sprache in der Strassenbahn unzulässig sei und fragt, ob der Bürgermeister geneigt sei, diese Fälle untersuchen zu lassen und das Ergebnis der Untersuchung dem Gemeinderate mitzuteilen.

Weiter beklagt sich GR. Klimeš darüber, dass ein Lehrer der Schule 14, Selzergasse gegen die Kinder in roher Weise antitschechisch aufträte und fragt, ob der Bürgermeister veranlassen wolle, dass sich solche Vorfälle nicht wiederholen und dass sich öffentliche Beamte und Angestellte der Stadt Wien in Ausübung ihres Dienstes stets nationaler Objektivität befleissen. Bezüglich der Anfrage über den Vorfall bei der Strassenbahn gerichtet die Direktion, dass sie von dem Vorfall weder im Dienstweg noch auf andere Weise in Kenntnis gesetzt wurde. Da die Anfrage selbst keine Anhaltspunkte enthält, ist eine Untersuchung unmöglich. Ich mache darauf aufmerksam, dass solche Anrempelungen bei uns in Wien zu einer Seltenheit gehören (Rufe: Sehr richtig). Man kann nur immer in solchen Fällen an Ort und Stelle Erhebungen pflegen und soll aber auch immer gleich überprüfen, ob die Angaben richtig sind. Ich werde übrigens diese Interpellation zum Gegenstand neuerlicher Erhebungen machen und werde schliesslich und endlich wieder im Gemeinderate Bericht erstatten.

GR. Machet beschwert sich in einer Anfrage über die bei der gestrigen Konstituierung der Bezirksvertretung Brigittenau stattgehabte Wahl des Bezirksvorstehers-Stellvertreters, die auf Grund der grösseren Zahl der am 4. Mai l. J. abgegebenen Stimmen den christlichsozialen zuerkannt wurde. Die vollzogene Wahl soll als ungesetzlich anerkannt und für die Besetzung dieser Funktion eine neue Wahl ausgeschrieben werden.

Bgm. Reumann: Die Interpellation ist mir erst vor Eröffnung der Gemeinderats-Sitzung überreicht worden und hatte ich keine Gelegenheit die Sache zu überprüfen. Ich nehme an, dass die Wahl in gesetzlicher Weise durchgeführt wurde, werde aber dieselbe anlässlich der Bestätigung im Stadtrate überprüfen lassen.

GR. Machet beschwert sich in einer Anfrage wegen einer unerhörten Beleidigung böhmischer Kinder und Bürger durch ein Mitglied der Wiener Volkswehr auf dem Nordbahnhof.

Bgm. Reumann: Ich lese in der Anfrage, dass die Kinder von einem Mitglied der Wiener Volkswehr beleidigt worden sind. Diese Angelegenheit fällt überhaupt nicht in die Kompetenz des Wiener Gemeinderates. Ich werde diese Interpellation überprüfen lassen, vielleicht entdecke ich etwas, was in der Kompetenz des Gemeinderates fällt. Ich werde dann eventuell berichten.

GR. Jakl stellt den Antrag, den Postbediensteten in Wien die bisher die Möglichkeit hatten, Streckenkarten von ihrem Wohnort zum Dienstort mit 50%iger Ermässigung zu erhalten, diesen die Ermässigung nunmehr auch in der Form zu gewähren, dass die Streckenkarten vom Wohnort zum Dienstort im Dienste ausschliesslich zu verwenden sind.

GR. Skaret beantragt unter Hinweis darauf, dass sich die weitere Verleihung von Salvatormedaillen in Anbetracht der politischen und sozialen Verhältnisse als dem Zeitgeiste widersprechend erweise, der Stadtrat wolle ehestens einen Antrag auf Abschaffung der Salvatormedaille dem Gemeinderate zur Beschlussfassung vorlegen.

GR. Machet beantragt unter jensei Korperationen welche aus den amerikanischen Liebesgaben, Zuweisungen erhalten auch das Wiener „Geske sráce“ (böhmisches Herz) aufzunehmen.

GR. Sirotek beantragt auch den Kindern mitteloser Eltern welche die Komenskischule besuchen umsonst Anweisungen für Volksbäder und das Gänsehüfel zur Verfügung zu stellen.

GR. Reiska beantragt dem Zentralverbände tschechischer Arbeiternvereine von der Gemeinde Sápätze für tschechische Schulkinder zur Verfügung zu stellen.

GR. Prohaska beantragt aus Anlass des Schandund Gewaltfriedens werde der Bürgermeister ersucht eine Trauerkundgebung von mächtigem Eindrucke in die Wege zu leiten. Aus allen städtischen Gebäuden sind die Trauerfahnen zu hissen und die Wiener Hausherrn sind zu veranlassen ihre Häuser mit Trauerfahnen zu beflaggen.

Die Anträge werden der geschäftsmässigen Behandlung zugewiesen.

Hierauf wird an die Erledigung der Tagesordnung geschritten V. B. Winter übernimmt den Vorsitz.

Bgm. Reumann legt den Entwurf der Satzungen für das Jugendheim in Ober-Hollabrunn vor und beantragt die Genehmigung mit Weglassung der Bestimmungen über die Prügelstrafe.

G.R. Dr. Furtmüller Aline begrüßt die Streichung des Punktes betreffend die Prügelstrafe und beantragt die Einschaltung eines Passuses indem es heißt, dass es anzustreben ist, dass jede körperliche Züchtigung unterbleiben soll.

G.R. Rummelhardt bezeichnet den Satzungsentwurf als lückenhaft und betont, dass ein seinerzeit von ihm gestellter Antrag der die Gefahr der Bürokratisierung beseitigen soll bis heute darin nicht aufgenommen wurde. Er tritt für die Einsetzung eines Fachbeirates bestehend aus Lehrern und Lehrerinnen, dem städt. Jugensamt ein. Er betont, dass es auch notwendig sein in den Satzungsentwurf den Passus von der sittlich-religiösen Erziehung der Fürsorge bedürftigen Jugend aufzunehmen. (Beifall der Christlichsozialen.)  
Notwendig sei bei der Aufnahme eines Fürsorgezöglings unbedingt die Befragung des Bezirksschulrates, wie überhaupt die Fühlungnahme zwischen Jugendamt und Bezirksschulrat eine innige sein soll. Was die Züchtigung anbelangt, schließt sich Redner den Ausführungen der Vorsprecherin an. Er wünscht auch, dass das Jugendheim in Ober-Hollabrunn nicht so feuerlich eröffnet werden soll, wie die Aussperrung im Augarten, die in einer Zeit stattfand, in der die Kinder ganz entkräftet sind. Die Kinder müsten dort zwei Stunden in der Sonne auf das von den Amerikanern geschenkte Essen warten. Die Kinder haben getanzt vor den Gräbern der Republik. (Zwischenruf bei den Christlichsozialen: Wie früher! Rufe bei den Sozialdemokraten: Manussi.) Wenn früher Feste aufgeführt wurden, so waren die Kinder gut genährt und gut angezogen. Wenn die Zwischenrufer auf die Direktorin Manussi hinweisen, so meint der Redner habe sich noch heute nichts geändert, ausser der Farbe der Wimpel. Die neue Zeit habe nicht viel Neuerungen gebracht. Sie habe nur gebracht, das die Kinder von heute Kinder des Elendes sind. (G.R. Kunschak: Nicht einmal zu einem Manussi haben Sie es gebracht.)

GRin Marie Kramer: Ich möchte mich gegen die sittlich-religiöse Erziehung wenden. Moral und Ethik ist etwas was mit der Religion gar nichts zu tun hat. (Beifall bei den Sozialdemokraten und Widerspruch bei den Christlichsozialen. -GR. Rummelhardt: Eine Lehrerin sagt so etwas!) Vertrauen Sie mir die Kinder an und ich verspreche Ihnen, ich werde alle Kinder ohne Religion und ohne Katecheten zu moralischen Menschen erziehen. Wie kommt es, dass in der Schweiz und anderen Staaten es konfessionslose Schule gibt und die Kinder auch dort keine Einbrecher und Diebe sind. Religion ist eine Gefühlsangelegenheit, die im Herzen ist, aber mit der Ethik nichts zu tun hat. Bringen Sie den Kindern Religion bei, wo Sie wollen, aber Sie werden mir nicht weis machen wollen, dass man sie braucht. (GR. Rummelhardt: Setzen Sie etwas besseres an Stelle der Religion!) Ich kenne genug Konfessionslose, die auch anständige Menschen sind. Wenn man jemand ein Schreckbild von der Hölle vormacht, ist das keine Sittlichkeit, sondern eine Angst, die man den Leuten einjagt. Warum haben gerade so viele von den religiösen und frommen die Nächstenliebe so mit Füßen getreten, dass sie zum Kriege gehetzt haben, warum hat man in den religiösen Schulen für Kriegszwecke gesammelt? (Lebhafte Zwischenrufe rechts). Man hat die Kinder an den Tagen der sogenannten Siege im Turnsaale versammelt und hoch schreiben lassen dafür, dass draussen tausende sterben mussten. (Zwischenrufe). Man hat Messen gelesen dafür, dass man draussen gemordet hat. (GR. Feldmann: Wie schaut denn der Friede aus, denn Sie uns von der Internationale versprochen haben?) Man hat in der Schule in der Religionsstunde die Nächstenliebe gepredigt und hinterher Gedicht verbreitet, in denen gejubelt wurde, dass Tausende Russen in den Sümpfen zugrunde gegangen sind. Der liebe Gott hat nicht gehindert, dass die Hunderttausende draussen gestorben sind, obwohl die anwesenden Christlichsozialen und die anderen, die den Krieg gemacht haben (schallendes Gelächter bei den Christlichsozialen) sittlich-religiös erzogen wurden sind (Neuerliche Heiterkeit und Zwischenrufe bei den

Christlichsozialen). Die Religion ist eine zu zarte Herzenssache; weil sie Ihnen allen so heilig und wertvoll ist, sollte man sie nicht ausnützen, zu einem Politikum, zu einem Zuchtmitel. Alles was mit Zwang verbunden ist, ist schädlich. Wir wenden uns auch absolut gegen die Schaustellungen der Kinder. (Gegenrufe: Ihr habt sie ja eingeladen.) Die Direktorin Manussi hat ein Ballet aus ihrer Schule gemacht. Gerade das Jugendamt hat die Manussi beigezogen. Warum hat man keine andere Persönlichkeit gehabt? (Zwischenrufe bei den Christlichsozialen, Beifall bei den Sozialdemokraten).

Frau G.R. Strobl hält die jetzige Zeit nicht für den richtigen Augenblick, dass sich die Volksgenossen gegenseitig Vorwürfe machen, eine Zeit in der wir alle gemeinsam an den schwersten das uns bevorsteht tragen müssen. Die sittlich-religiöse Erziehung zeigt das einzige was das Kinde als Muttererbe als Eigen nenne. Die Fürsorgeerziehung soll die Muttererziehung ersetzen. Wenn hier darüber geklagt wird, dass trotz der sittlich-religiösen Erziehung die Kinder verwhorren so sei dies darauf zurückzuführen, dass das Elternhaus in diametralen Gegensatz zu den Lehren der Schule stehe. Wenn die Kinder zu Hause von Gott und Religion abfällig reden hören, dann könne auch die sittlich-religiöse Erziehung nicht viel erreichen. Es sei kein Beweis der Liebe zu den Kind, wenn die religiösen Gefühle ihm genommen werden. (Beifall bei den Christlichsozialen).

GRin Adelheid Popp: In dem Augenblick, indem Fra GR. Strobl ihre Rede beendet hat, erhalte ich eine Zeitung, es ist ein christliches Wochenblatt für die Interessen des 9. Bezirkes. Nur beim bloßen Durchschauen flösst es mir grosse Entrüstung ein, wie darin über Menschen gesprochen wird und deren Urgerichte (GR. Machat: Sie machen eine schöne Reklame für die Christlichsoziale Partei. GR. Rummelhardt: das gehört nicht zu den Ausführungen im Referat.) Es entspinnt sich nun zwischen den beiden grossen Parteien eine längere Debatte, die trotz der wiederholten Ermahnungen zur Ruhe und trotz der wiederholten Aufforderung der Ruhe seitens des Vorsitzenden Vize-Bgm. inter minutenlange andauert. Die Rednerin setzt dann fort: Ich kann eine wirklich tiefempfundene Religion begreifen, ich würde es aber für keine Religion halten, sondern für eine Heuchelei, wenn ich zugeben wollte, dass ~~es~~ die Religion von Ethik und Moral getragen sein müsste. Daher sage ich, ~~was~~ ich auf den Bogen der moralisch-ethischen Erziehung stehe und wenn jemand meint, dass Religion dabei sein müsse, so ist das jedermanns freie Sache. Ich werde nie meine Hand dazu bieten, jemand dieses Recht mit Gewalt zu verwehren. Die Grundlage jeder Erziehung ist die moralisch-ethische, ohne dass Sie das Bekenntnis nach ~~ir~~ irgend einer Religion nach sich zieht. Und wenn von Frau GR. Strobl gemeint wurde, dass alle Religion nichts nütze, wenn zuhause das nicht ergänzt wird, so bin ich ganz ihrer Meinung. Religion ist aber eine Privatsache für sich, über die jeder Mensch entscheiden kann wie er will. Aber jedes Kind soll so erzogen werden, dass es den Nächsten so ehrt wie sich selbst und das Gut des Nächsten so betrachtet, wie sein Eigentum. Es hindert aber auch die tiefste und ausgeprägteste religiöse Erziehung nicht Kinder zu Egoisten zu erziehen, dass sie gromm werden und dabei trotzdem von einem Verbrechen in das andere taumeln. Ich komme nun zum Jugendheim in Ober-Hollabrunn zurück. Ich stehe selbstverständlich auf dem Standpunkt, dass die Prügelstrafe in die Rumpelkammer der Vergangenheit gehört und halte es für ausgeschlossen schon aus pädagogischen Gründen, dass die Prügelstrafe noch nie moralisch volle Menschen gemacht hat. Ich bin selbstverständlich der Meinung, dass die Erziehungsmethode verbessert werden muss, damit die Kinder auf Wege geführt werden, die von der Wirklichkeit nicht abweichen. Es muss eine Erziehungsmethode eingeführt werden, die den Verstand des Kindes angepasst ist, und geeignet ist, nicht aus Erweckung von Furcht und Angst, sondern aus Ueberzeugung die Kinder zu tüchtigen moralisch hochwertigen Menschen zu machen. Die Drohung mit der Hölle muss aufhören.

G.R. Dr. Danneberg beantragt Schluss der Debatte. Angenommen.  
G.R. Dr. Alma Seitz betont, dass es ein Missverständnis sei, dass Redner ihrer Partei für eine religiöse Erziehung ohne Moral eintreten. Sie weist auf Aenderungen sozialistischer Führer hin, die sagen, dass die Gottheit des neuen Geschlechtes die Menschheit selber sein soll. Dieser Gedanke sei bei näherer Betrachtung nicht haltbar, weil die Menschen nie selbst sein können zu dem sie als Gottheit aufschauen können. Die Grundlage des Christentums ist die Nächstenliebe, der Mensch müsse das Privateigentum schätzen, aber mit der sozialistischen Weltanschauung kann man das den Kindern nicht einreden. (G.R. Forstner: Was ist berechtigtes Eigentum? das was vor vielen Jahren gestohlen wurde.) Ein Eigentum ist auch dann zu Recht bestehend, wenn es vom Vater erworben wurde. Auch das seeliche Eigentum des Menschen müsse gewahrt werden und freie Liebe und freie Ehe werden nur Unfrieden stiften. Sie selbst haben die Früchte ihrer Erziehung auf allen Seiten zu fürchten (Rufe bei den Christlichsozialen: Sehr richtig! Denkt an Rosa Luxemburg und Liebknecht, dann habt ihr von Eurer Ethik genug.)  
Rednerin steht auf den Standpunkt, dass die Menschheit etwas Unvollkommenes ist, Sie begrüßt es, dass Kollegin Popp sich bemüht hat, tollernot zu sein entgegen dem tschechischen Gemeinderate, der sich nicht entblödet hat ihr gegenüber das Kreuzzeiche zu machen. (Rufe bei den Christlichsozialen: Die Tschechen haben hier überhaupt nichts zu reden. Sie selbst sind die grössten Untdrücker die es gibt.)  
Rednerin fordert im Interesse unserer verkommenen Jugend eine sittlich-religiöse Erziehung, wenn Sie die nicht billigen, dann werden Sie die Früchte ihrer Erziehung selber tragen.

4

G.R. Speiser: Auch uns erscheint das Reichsvolksschulgesetz nicht als der Endpunkt der Entwicklung; wir wünschen vielmehr, dass es insbesondere in den Erziehungsgrundlagen von einem modernen in die heutige Zeit passenden Gesetz überholt wird. Der Gegensatz zwischen Ihnen und uns liegt in der Auffassung der hier von beiden Seiten Ausdruck gegeben worden ist, dass Sie sich eine sittliche Erziehung nur auf religiöser Grundlage denken können, während wir eine sittliche Erziehung auch ohne religiöse Grundlage für möglich halten. Wenn Sie sagen, der Mensch braucht Religion und Autoritäten haben so klafft auch hier ein tiefer Gegensatz. Sie wollen die Erziehung auf Religion und Autorität gründen, wir auf Freiheit, auf Gewöhnung an das Gute, an dem Aufzug der Menschen unter natürlichen Bedingungen. Es gibt tiefgehende Meinungsverschiedenheiten. In einem können wir uns vereinigen, dass ist die Ausgestaltung des Erziehungs- und Schulwesens, die abgesehen von diesem Gebiete Gutes und Schönes schafft. Wir stellen uns wie sie mit dem Grundsatz zufrieden: Liebe deinen Nächsten wie dich selbst, und wir können uns auch das Wort Christianisieren: Lasset die Kleinen zu mir kommen. Das Trennende werden wir auskämpfen müssen, im Gemeinsamen lassen sie uns zusammenarbeiten. (Beifall.)

Bgm. Reumann sagt in seinem Schlusswort: Ich bin Ihnen sehr dankbar, daß sie mir Gelegenheit zum Studium über zwei Weltanschauungen gegeben haben. Wir sind von Fürsorgeheim in Ober-Hollabrunn zur materialistischen Geschichtsauffassung gekommen. Die Debatte hat nicht dazu beigetragen, daß die schaffenden Kräfte der christlichen Religion etwa so weitgehenden seien, wie so manche Redner die für die sittlich-religiöse Erziehung gesprochen haben, zu meinen scheinen. Der Bürgermeister spricht sich schließlich für die Ablehnung des Antrages Rummelhardt betreffend die sittlich-religiöse Erziehung und die Aufnahme mit Zustimmung des Bezirksschulrates aus ebenso auf Ablehnung des Antrages der Frau G.R.Dr. Furtaüller betreffend die körperliche Züchtigung und beantragt den Passus über die körperliche Züchtigung aus den vorliegenden Satzungen zu entfernen und diesen Gedanke vollständig auszustoßen. Gegen den zweiten Antrag Rummelhardt betreffend Fühlungnahme des Jugendamtes mit Schule und Lehrerschaft erhebt der Bürgermeister keine Einwendung.

Frau G.R.Dr. Furtaüller zieht ihren Antrag zurück.

Bei der Abstimmung werden die Satzungen mit der vom Referenten beantragten Auslassung des Passus über die körperliche Züchtigung angenommen.

Der Antrag Rummelhardt, betreffend die sittlich-religiöse Erziehung wird abgelehnt. Der zweite Antrag Rummelhardt wird genügend unterstützt und an den Stadtrat geleitet.

Ein Antrag des Bürgermeisters Reumann wegen Ankauf eines Personenautos für das städtische Jugendamt wird genehmigt.

Bgm. Reumann beantragt für den Verein „Erste Kindertewahranstalt des 10. Bezirkes und I. Knabenhort in Wien eine außerordentliche Subvention von K 10.000 für das Jahr 1918/19 zu bewilligen. Der Verein erstreckt seine Tätigkeit auf zirka 2000 Kinder, der Referent meint, man könne über die Tätigkeit des Vereines urteilen wie man wolle, aber eine Störung des Betriebes könne nicht eintreten.

GR. Dr. Kienböck erinnert daran, dass noch eine ganze Reihe von Subventionsansuchen unerledigt ist und dass das Komitee, dass sich mit der Prüfung dieser Angelegenheit befassen sollte, nicht gearbeitet hat, da Vize-Bürgermeister Winterkrank war. Redner wünscht, dass auch die Gesuche dieser Vereine erledigt werden.

Vize-Bgm. Winter: Ich bin seit Samstag wieder arbeitsfähig und werde natürlich trachten, diese Arbeiten so rasch als möglich einer Erledigung zuzuführen.

GR. Findenigg spricht sich für die Unterstützung der Vereine aus und wünscht auch eine entsprechende Berücksichtigung des Jugendspielvereines des III. Bezirkes.

Bgm. Reumann erklärt, dass die Arbeiten betreffend die noch nicht erledigten Subventionsgesuche in der aller-nächsten Zeit werden erledigt werden. Bei der Abstimmung wird der Antrag des Referenten angenommen.

GR. Breitner berichtet über die Gaspreiserhöhung und beantragt die Annahme der diesbezüglichen Stadtratsanträge. In seinem Exposé über die Notwendigkeit der Erhöhung führt der Referent aus, dass die Steigerung der Kohlenpreise heute das Zehnfache ausmache und Gehalte und Löhne um das neunviertel-fache gestiegen sind. Da das allgemeine Budget derart trostlos ist, dass unmöglich zu den bereits hohen Defizit ein weiteres angehängt werde, so sei nur die Erhöhung der Gaspreise um das dreifache der einzige Weg. Die Anträge nehmen auch Rücksicht auf eine Reihe von Konsumenten, welche unter den derzeitigen Verhältnissen Rücksicht verdienen, so die Bäcker, die Selcher, die nur in dem Ausmass Heizgas bezahlen, als in den gewährten Gestehungskosten einkalkuliert sind. Auch wertvolle Kontrahenten finden entsprechendes Entgegenkommen. Neu ist der Punkt 3 der Anträge, in denen der Konsument an dem Steigen und Fallen der Kohlenpreise teilnimmt.

GR. Kunschak: Namens meiner Vereinigung würde ich das Präsidium bitten, es nicht zum Usus werden zu lassen, dass so wichtige und tief in die Bevölkerung einschneidende Vorlagen in einer Art und Weise ihre Erledigung finden, die mit dem Ernst der Sache nicht im Einklang gebracht werden kann. Ueber diese neuerliche schwere Belastung der Bevölkerung haben wir die Vorlage erst heute gerade vor der Sitzung (Zwischenrufe manche gar nicht) zugestellt bekommen. In solchen Fragen ist es oft notwendig, dass sich der Klub einer Partei für die einzunehmende Stellung berät, was bei diesem Vorgang unmöglich gewesen ist. Ich kenne nicht die Gründe, dass man über Nacht einen Beschluss im Gemeinderate vorbereitet, will auch darauf nicht weiter eingehen, möchte aber dringlichst bitten, in Hinblick einen solchen Vorgang nicht einzuhalten, damit die Gemeinderäte nicht wieder in die gleiche Lage kommen. In der Sache selbst beantrage ich, dass der Absatz 3 der Vorlage, welcher die automatische Erhöhung des Gaspreises bei steigender Kohlenpreise und bei Verbilligung derselben eine Herabsetzung der Preise vorsieht, aus der Vorlage gestrichen wird. Es geht nicht an, dass der Gemeinderat eine Blankowechsel ausstellt. Wenn sich der Fall einer Erhöhung einstellen sollte, so ist es Pflicht des Präsidiums wieder an den Gemeinderat heranzutreten und ihm eine neue Erhöhung vorzuschlagen. Im umgekehrten Falle wird sich das Präsidium hoffentlich nicht lange besinnen, sondern werde bereit sein, im Gemeinderat für eine Verbilligung einzutreten.

GR. Reg.-Rat Schmid führt aus, dass die Gaswerke seinerzeit sehr bekämpft wurden, dass es sich aber gezeigt habe, dass sie viele Millionen an die Kassen der Stadt Wien abgeführt haben. Aus den Betriebseinnahmen konnten sogar manche Investitionen bestritten werden. Der Gemeindefiskus habe rund 123 Millionen Kronen aus den Gaswerken gezogen. Das laufende Geschäftsjahr weise nun einen Abgang von 33½ Millionen Kronen auf, der sich im kommenden auf 77 Millionen Kronen steigern wird. Die Ursachen seien im Krieg und seinen Folgen mit Preissteigerungen verschiedenster Art zu suchen. Das Unternehmen ist passiv geworden und eine Deckung des Defizits muss gedacht werden. Es gibt kein anderes Mittel als die Erhöhung der Gaspreise. Aber die Form der Erhöhung ist nicht die richtige. 67½ Millionen Kronen will man auf einmal beseitigen und den kleineren Rest in 5 Jahren. Die Beseitigung des Defizites soll in einer soweisen Art erfolgen, dass man fürchten müsse, dass die Bevölkerung zusammenbricht. Es wäre besser das Gesamtdefizit von 100 Millionen Kronen zur Beseitigung auf einen längeren Zeitraum zu erstrecken und in jedem Jahre einen entsprechenden Teil zu decken. Würde dieser Zeitraum

mit drei Jahren festgesetzt, so würde die Erhöhung pro Kubikmeter Gas 23 Heller betragen, der Kubikmeter würde also 50 Heller kosten. Dann solle man auch daran denken, einen Teil des Defizites aus den Nebenprodukten, Teer, Toluol, Leuchtöl, u.s.w. Redner stellt entsprechende Anträge.

GR. Roth bespricht die Wirkungen der Gaspreiserhöhungen auf die Mieter, die dadurch einen Mietzinssteigerung ausgesetzt werden und betont, dass die Schuld der Preissteigerung nicht die Hausherrn treffen könne, die während des Krieges die ungeschonten waren, so dass sich dreiviertel der Häuser heute in einem Defizite befinden und keine Verzinsung aufweisen. Wenn man grosse Unternehmungen von Preissteigerungen schützte, so solle man die Hausherrn unter die Begünstigten rechnen und ihnen billigere Preise machen.

GR. David beantragt Schluss der Debatte. Angenommen.

Nach einem Antrage des G.R. Boermann wird die Wahl von Generalredner geschlossen.

G.R. Täubler (Generalredner pro): Gegenüber der Erhöhung des Kohlenpreises um das neunfache unter Steigerung der Löhne fast um das neunfache wird die Erhöhung des Gaspreises um das dreifache beantragt. Es muß ferner darauf hingewiesen werden dass ja nicht alle Leute in Wien Gas brennen, dass jene Leute welche auf Petroleumbeleuchtung angewiesen sind, dieses um den Preis von 6 bis 8 Kronen per Liter im Schleichhandel erwerben müssen. Das Gas wird aber

5  
auch vielfach zu Heizwecken benötigt. Unter dreifacher Erhöhung des Gaspreises auch für diese Zwecke für die zehnfache Erhöhung der Brennstoffe gegenüber... das Defizit das bis zum Schlusse des halben Jahres eintritt hätten sie bereits Vorkehrungen treffen sollen, durch entsprechende Regulierung der Preise, sie haben uns jedoch dieses Defizit als Erbe hinterlassen. Herr G.R. Schmid, beantragt nur ein Drittel des Defizits durch die Erhöhung des Gaspreises zu decken, den Rest auf das nächste Jahr zu verteilen. Das heißt mit andern Worten, wir müssen ein Anlehen von 67 Millionen Kronen aufnehmen und die Zinsen dieses Anlehens tragen. Nicht bloß die Gasabnehmer, sondern die gesamte

Bevölkerung. Es ist wohl unzulässig, dass die Gasabnehmer das Gas unter dem Selbstkostenpreise beziehen, und das Defizit alle tragen müssen auch jene, welche die erhöhten Petroleumpreise zahlen müssen. Wenn Herr G.R. Feldmann den Zwischenruf macht, dass zu wenig Zeit gewesen sei um die Vorlage zu prüfen, so muß darauf erwidert werden, dass doch jeder schon längst wußte, wie es mit den Gaswerk steht und Gas es Pflicht eines Jeden ist hier einen Ausweg zu suchen. Die christlichsoziale Partei brüstet sich immer mit den großen Werken die sie geschaffen, verschweigt aber, dass an den Zinsen der Anlehen welche sie aufgenommen hat noch unsere KindsKinder zu zahlen haben werden. An den für das städt. Gaswerk aufgewendeten Schulden sind noch für 70 Jahre hindurch die Zinsen und die Annuitäten zu zahlen (Zwischenruf: Das bezahlen ja die Gaswerke.) Nein das bezahlen wir aus den Erträgen der Gaswerke.

Der Redner wendet sich sodan gegen die Ausführung des G. R. Roth. Wenn die Hausherren eine Zahlung leisten sollen, so trachten sie diese stets auf andere abzuwälzen. Die ganze Bevölkerung muß Opfer bringen, es müssen sich auch die Hausherren zu solche bequemen.

In einer Zeit, in der die Bevölkerung sich in grossem Elende befindet, müssen auch die Hausherren dazu beitragen, das Elend zu mindern. Auch sie müssen für das Gas das entsprechende entrichten. Ich erkläre, dass wir mit vollem Bewusstsein für diese Vorlage stimmen, weil sie für die Bevölkerung notwendig ist. (Rufe bei den Christlichsozialen: Das werden wir uns merken!) Die Bevölkerung wird einsehen, dass die Mittel von denjenigen, die Gas beziehen, werden getragen müssen und sie wird einsehen, dass die Gemeinde, indem sie den Gaspreis verdreifacht, die Bevölkerung nicht bedrückt, sondern nur das Unvermeidliche tut. Wenn sie das Defizit durch Anlehen decken wollen, so müssen sie die Bevölkerung zwingen, so aber wird kein Zwang ausgeübt. (Gelächter bei den Christlichsozialen.) Wenn jemand zu dem Schlusse kommt dass er mit Petroleum leichter beleuchtet und mit Kohle leichter heizt, so wird er auf das Gas verzichten (Rufe bei den Christlichsozialen: Geben Sie ihnen Kohle und Petroleum.) G.R. Roth ruft: Steinhoff! Wenn er das nicht tut, dann ist der Beweis erbracht, dass der Bevölkerung das Gas lieber ist und billiger kommt, als wie das andere. (Gelächter und ironische Brävoles bei den Christlichsozialen und Rufe bei den Sozialdemokraten: Das sind die Hausherren!)

G.R. Kunschak: Das ist der grösste Stumpf sinn und der brutalste Kapitalistenstandpunkt der Bevölkerung zu sagen, sie soll kein Gas nehmen, wenn es ihr zu teuer ist.

G.R. Anagnostas: (Generalredner kontra.) Wenn ich mich an die Szenen erinnere, die die seinerzeitige Minderheit, die heute Mehrheit ist, vom Stapel gelassen hat, als wir die Gaspreise um ein bis 2 Heller erhöhten, muss ich mich fragen, wo sie den Mut hernehmen, mit einer so exorbitant hohen Erhöhung vor die Bevölkerung hinzutreten, von der Sie seinerzeit behauptet haben, dass sie eine Erhöhung von 1 bis 2 Heller nicht zu tragen imstande sei. Es ist uns damals gesagt worden, wir wagen die Bevölkerung zu belasten in einer Zeit, wo sie schon am Bettelstab ist, man hat von der Lunte gesprochen, die wir an das Pulverfass legen und hat gesagt, dass eine derartige Erhöhung nicht nur dem Bourgeois, sondern den Armen der Armen trifft, weil die Arbeiterschaft draussen in den Vororten auf das Automaten gas angewiesen ist. Ich glaube nicht, dass sich die wirtschaftliche Lage der Wiener Bevölkerung heute so zu ihren Gunsten verändert hat, dass sie eine Erhöhung um 52 Heller pro Kubikmeter vertragen kann, während sie damals noch ihrer Aussage nicht einmal eine Erhöhung von ein bis zwei Heller ertragen konnte. Es wurde uns immer der

phiskalische Standpunkt vorgeworfen, weil die Erhöhungen nicht mit Heller und Pfennig mit der jeweiligen Ausgabe in Einklang gebracht wurde, sondern wir auch ein gewisses Reinertragnis im Auge behalten haben. Der Direktor der Gaswerke selbst gesagt, dass noch im vorigen November die Gaswerke aktiv waren und einen gewissen Reinertrag hatten. Erst in der Zeit der sozialistischen Republik sind die Gaswerke in eine solche Lage gekommen. Die hohen Kohlenpreise verdanken wir dem Umstande, dass die Kohlenbezugsquellen im Ausland gekommen sind durch den Zerfall der Monarchie, der eine Lieblingsidee sind. Eine weitere Ursache ist in der Erhöhung der Gehalte und Löhne zu suchen, die vorgenommen werden musste, weil die Teuerung gerade in der Zeit der deutschösterreichischen Republik eine solche Höhe angenommen hat, dass mit den früheren Bezügen kein Auskommen mehr zu finden gewesen ist. Auch das ist auf Ihr Konto zu buchen. Sie haben der Bevölkerung goldene Berge versprochen in dem Augenblick, wo die alten Verhältnisse verschwunden sein werden und das Volk zum Volke sprechen wird. Sie haben vor allem der Bevölkerung gesagt, dass in dem Augenblick, wo wir einen Frieden unter jeder Bedingung annehmen, die Entente sofort den Boikott aufheben, sofort die Lebensmittel in entsprechenden Mengen und Preisen hereinkommen werden, Rohstoffe kommen werden, Arbeitsmöglichkeit da sein wird, das Elend des Krieges in raschem Abnehmen begriffen sein wird. Von allen diesen Versprechungen ist nichts eingetroffen. Der Vorredner hat gemeint, dass es ganz verfehlt wäre, wenn wir das Defizit von 67,518.920 Kronen nicht auf einmal, sondern in Verteilung auf drei Jahre decken würden. Derselbe Antrag wird von Ihnen gestellt bezüglich des zweiten Teil per 32, 500.000 K, nur mit dem Unterschiede, dass Sie sich sogar mit einer Verteilung auf 5 Jahre abfinden wollen. Wenn es für diesen Teil möglich ist, sehe ich nicht ein, warum es nicht für den ganzen Teil möglich sein soll. Ausserdem wurde von uns der Antrag gestellt, dass durch Erhöhung des Preises für Nebenprodukte ein Teil des Defizites gedeckt werden könnte, doch wurde dieser Antrag von Ihnen ab-

Nun will ich dartun was die Trühere Majorität hinterlassen hat.: Wir haben 97 Millionen investiert, denen heute an Buchwert 128 Millionen gegenüber steht, kein für die Gemeinde schlechtes Geschäft. Ich bitte aber auch über das Defizit klar zu werden. Wir sprechen von einem Subjekt von 67 Millionen. In Wirklichkeit ist es aber nicht so gross, denn wir haben ja die gesamte öffentliche Beleuchtung umsonst, was nicht ins Kalküle gezogen ist. Wenn wir diese bezahlen müssten, wäre das Defizit bedeutend geringer.

Nun frage ich, wie es möglich ist, wenn Sie solche hohe Preise für das Gas machen, dieses Unternehmen allen nützen kann. Wir kommen nun auf die Behauptung des Vorredners zu sprechen, dass niemand gezwungen ist Gas zu benutzen, wenn er nicht ein Preis für Gas bezahlen will. Dabei will ich nur feststellen, dass es nicht wahr ist, dass niemand gezwungen ist Gas zu gebrauchen, denn wir sind alle dazu gezwungen, weil ein anderer Ausweg unmöglich ist. Nun komme ich zur Fixangestellten, den Manuellen sowie den Geistigen, da erinnere ich mich, dass es gerade der Herr Berichterstatter selbst gewesen ist, der in einer großen Versammlung in Zirkus Esen sagte, dass Lohnerhöhungen und Gehaltsregulierungen nie so gemacht werden dürfen, dass das mit der einen Hand Gegebene mit der anderen gleichzeitig genommen werde. Ich bewundere die Verwankungskunst des Herrn Referenten, der dafür eintrat, dass den Beamten und Arbeitern die Regulierung Ihrer Bezüge deshalb gemacht werden, um Ruhe hereinzubringen; aber gleichzeitig, ich wundere mich, wie er den Arbeitern und Beamten zumuten kann, dass sie nun statt 18 K=54 Kronen monatlich zahlen sollen. Die Folge von den verschiedenen Erhöhungen wird aber die sein, dass alle die wir mit Mühe und Not durch die Regelung ihrer Löhne in die Höhe gebracht haben darauf hinweisen werden, dass diese Regulierung ins Auge gefasst wurde unter Beibehaltung jener Verhältnisse, wie sie zur Zeit der Gewährung derselben bestanden habe. Die Lohnregulierung der Angestellten der Gemeinde Wien ist also als absurdum geführt und auch die übrigen Angestellten des Staates, des Landes und der Privatunternehmungen werden darauf kommen, dass auch ihre Lohnregulierungen wertlos sind und sie nicht imstande sind allein die jetzigen Kosten zu tragen. (Zwischenruf des G.R. Porstner:

Wie sollen wir denn machen? ) Ich gebe ihnen jetzt die Antwort die sie uns immer geben: Es ist nicht unsere Sache zerbrechen Sie sich Ihre Köpfe. Wir tun das aber nicht sondern haben ihnen einen ausdrück Antrag gestellt. (G.R. Jorde ruft dazwischen: Hättet ihr uns nicht in eine solche Wirtschaft gebracht mit eurer Kriegspolitik.) Durch ein solches Vorgehen wie es die jetzige Mehrheit bei den Unternehmungen, an den Tag legt, führen sie selbst den Sozialisierungsgedanken ad absurdum.

Sollange wir diese Unternehmungen hatten, hatten wir ein Reinertragnis für die Allgemeinheit und einen billigen Tarif. Das war eine gesunde Sozialisierung, sie gehen dem Abgrund entgegen. Zum Schluss erlaube ich mir den Antrag zu stellen, wenigstens den Produktivgenossenschaften der Gewerbe und Arbeiter, welche motorische Kraftanlagen haben durch eine Herabsetzung der Gaspreise die Existenzmöglichkeit zu geben und für diese bloß eine Erhöhung von 50 % eintreten zu lassen. Ich schliesse mit den Worten, dass wir uns für diese enorme Erhöhung nicht einsetzen können, im Gegenteil auf unseren Antrag auf 50 % bestehen.

G.R. Breitner in seinem Plätzchen erwähnt, dass die Debatte auf das politische Gebiet geführt habe und er müsse dabei seiner Verwunderung Ausdruck geben, dass in einem solchen Grade der Bevölkerung geglaubt wird. Den Krieg, den Sie gesegnet haben (Rufe bei den Christlichsozialen: Immer der alte Schläger.) und den wir im vorigen Jahre beendet wollten, für den die Arbeiter gestreikt haben, für den der Begründer Ihrer Partei Dr. Patai (G.R. Kunschak ruft: Patai ist kein Mitglied unserer Partei) denselben Standpunkt eingenommen hat, den heute Lloyd George und Clemenceau einnehmen. Wenn es eine Partei in diesem Saale geben würde, die das Recht hätte, gegenzu sprechen, so wäre es einzig und allein die sozialdemokratische Partei (Rufe bei den Sozialdemokraten: Sehr richtig.) Wer Butter auf den Kopf hat darf eben nicht in die Sonne gehen. (Rufe bei den Christlichsozialen: Den Butter haben sie von den Zentralen.) Man will eben die Bevölkerung nicht daran erinnern, dass jetzt die Rechnung repräsentiert wird die im Juli 1914 gemacht wurde. Lebhaftes Beifall bei den Sozialdemokraten und auf der Galerie.)

V.B. Winter ersucht die Galerie sich jeder Beifallkundgebung zu enthalten.

G.R. Breitner betont, dass die Sozialdemokratische Partei wenn sie heute für Erhöhungen stimme, es eben deshalb tut, weil sie sich die Verantwortung bewußt ist, die ihr die Bevölkerung auferlegt hat. Sie wolle keine Politik des Bankrottes machen.

Der Referent wendet sich gegen den Antrag Schmid den er als unsachlich bezeichnet und der zufolge hätte, dass die Gaswerke in jedem weiteren Jahr mit einem neuen Defizit zu rechnen hätten. Redner weist auch auf die bevorstehende Steigerung der Kohlenpreise hin und gibt der Befürchtung Ausdruck, dass das Gaswerk im kommenden Winter einen noch schwereren Stand haben werde. Derzeit sei ein Defizit von 200 Millionen Kronen erreicht und das Gemeindebudget weist ein Defizit von 400 Millionen Kronen auf. Da wäre es ein unerhörter Grad von Unverantwortlichkeit wenn man den Ernst der Lage nicht erkennen würde indem sich die Bewohner der Stadt Wien sich befinden, und man nicht alle Maßnahmen treffen würde, die notwendig sind einer Verelendung vorzubeugen. Als wir in der Opposition waren haben wir keinen Anteil an der Verwaltung gehabt. (Rufe bei den Sozialdemokraten Sehr richtig.) Darüber kommen sie nicht hinweg und sie dürfen auch keine solche fraktöse Politik treiben. Auch die Lohn-erhöhungen sind keine Parteipolitik gewesen, denn sie waren notwendig. Sie sind zum Teil darauf zurückzuführen, dass die Arbeiter und Angestellten der städt. Betriebe geknebelt und geknechtet waren. (Ruf bei den Sozialdemokraten: Sehr richtig! Rufe bei den Christlichsozialen: Oh!)

Referent wendet sich gegen G.R. Kunschak und erklärt dass seit 1. Feber ein Antrag der Majorität vorliege, der die Verdoppelung des Gaspreises beinhaltet. Sie haben diese aber wegen der Wahlen hinausgeschoben. (G.R. Kunschak: Sie waren mit an einem Tisch gesessen.) Sie werden doch nicht glauben, dass die Bevölkerung so dumm ist und annimmt, dass die Sozialdemokraten die Tarifierhöhungen aufgeparrt haben um damit zu prällieren. Wenn wir heute darauf bestehen, dass die Dinge nicht weiter verschleppt werden, so auch deshalb weil es notwendig wird eine Defizitanleihe aufzunehmen. Und dafür müssen die Voraussetzungen beschaffen werden. Wir werden auch mit solchen Dingen kommen die jene Schichten treffen werden, die geglaubt haben durch den Krieg ein Geschäft zu machen, und jene progressive Besteuerung in der Gemeinde einführen, die die einzig gerechte und mögliche darstellt. Vielleicht werden wir bei den städtischen Betrieben auch zum Strassenbahner System gelangen können, das die höher Bemittelten mehr heranzieht, als die minderbemittelten. Der Referent spricht sich dann in eingehender Erörterung für die Ablehnung der gestellten Abänderungsanträge aus und schliesst: Ich bitte ~~die~~ Vorlage, von deren ganzen Schwere, Härte und fast Unerträglichkeit wir alle überzeugt undurch-

drungen sind, Ihre Zustimmung zu geben. Es ist die Einleitung des Begründungsprozesses in der Gemeinde, die Liquidierung einer traurigen Erbschaft aus dem Kriege. So traurig sich die Verhältnisse heute anlassen und so wenig Ursache wir haben mit Optimismus in die Zukunft zu blicken, dürfen wir uns doch keiner Verzweiflung hingeben, sondern müssen das machen, was notwendig ist, und notwendig ist die Ordnung in den Finanzen der Gemeinde auf jenen Gebieten, wo wir unbeschränkte Gewalt haben und nicht die Auseinandersetzung mit Land und Staat brauchen. Ich bitte in Erkenntnis dieser Notwendigkeit den Anträgen Ihre Zustimmung nicht zu versagen.

Es wird hierauf zur Abstimmung geschritten. Die Anträge Schmid, den Gaspreis mit 50 Heller festzusetzen und einen Teil des Abganges durch Erhöhung des Verkaufspreises für die Nebenprodukte hereinzubringen, werden abgelehnt, ebenso der Antrag Roth betreffend die Berücksichtigung der Hausbesitzer; weiters der Antrag Josef Müller für Gemeinschaftskriegsküche und Kriegsküchen den Gaspreis mit 40 Heller festzusetzen. Ferner werden folgende Anträge, die vom GR. Körber überreicht wurden, abgelehnt: 1.) Für jene Gewerbetreibenden der 3. und 4. Erwerbsteuerklasse, welche in ihren Betrieben für ihre Motoren städtisches Gas beziehen, wird der Preis für diese nur um 50 % des jetzigen Preises erhöht. 2.) Die erhöhten Gaspreise sollen bei den Bäckereibetrieben nicht in Anwendung gebracht werden, da diese staatlich festgesetzte Brotpreise haben. Schliesslich wird auch der Antrag des GR. Angermayer abgelehnt. Somit werden die Anträge des Stadtrates unter Ablehnung des Antrages Kunschak mit den Stimmen der Mehrheit angenommen.

Vize-Bgm. Hoss übernimmt den Vorsitz.

Ueber Antrag des Vize-Bürgermeisters Winter wird ein Betrag von 3 Millionen Kronen für das neutrale Kinderrettungswerk „Wiener Jugend-Hilfswerk“ zur Durchführung des durch die amerikanische Lebensmittelkommission eingeleiteten Kinderhilfswerkes bewilligt.

Ebenso wird über Antrag des gleichen Referenten für „Ankäufe für das historische Museum“ ein Betrag von 20.000 Kronen genehmigt.

GR. Schorsch legt den Kollektivvertrag für die Arbeiter des städtischen Elektrizitätswerkes vor.

GR. Waldaam: Mit dem Wortlaut des Vertrages bin ich nicht einverstanden. Ich stelle aber keine Abänderungsanträge, da, wie es sich heute gezeigt hat, unsere Anträge abgelehnt werden und da ich will, dass die Arbeiter selbst darauf kommen, dass

sie zum Nachteil kommen und zwar ein Teil der Arbeiterschaft. Wie-so es gekommen ist, dass wir als Minderheit nicht mehr so zum Wort kommen, ist der sozialistische Terror schuld. 120 Elektrizitätsarbeiter haben mir mündlich versichert, sie sind nur Mitglieder des Arbeiterverbandes geworden, weil sie gezwungen wurden, sie sind aber gleichzeitig in der christlich-sozialen Organisation. 26 Mitglieder gibt es, die doppelt gewerkschaftlich organisiert sind. Das sind Tatsachen, die nicht länger andauern können. Es ist ein Grundgesetz: Für gleiche Arbeit, gleicher Lohn. In dem Antrage heisst es, dass ungelernete Hilfskräfte eine Entschädigung von 1 K 76 erhalten, für weibliche Arbeiter beträgt die Entlohnung um 40 Heller weniger. Besonders gross ist der Unterschied bezüglich der Teuerungszulage. Bei den Angestellten des Magistrates haben sie eine Zulage von 200 Kronen, für den hohen Beamten und Diener gleichmässig bewilligt. Bei der Teuerungszulage der Strassenbahnbediensteten haben sie nur 150 Kronen monatlich zuerkannt, doch wenigstens gleichmässig für Männer und Frauen. In dem heutigen Antrag bewilligen Sie 50 Kronen für die Woche, das beträgt vierteljährlich 650 Kronen, während die Angestellten des Magistrates für die selbe Zeit bloss 600 und die Strassenbahnerarbeiter nur 450 K erhalten. Aber dass Arbeiterinnen über 18 Jahre nur 39 K bekommen finde ich unangreiflich. Diese sind vielfach Familienerhalter und verdienen gleiche Behandlung wie die Männer. Ohne Anträge zu stellen, bin ich auf diese Misstände zurückgekommen und bitte nächstens nach einem gewissen System vorzugehen.

Der Referent bespricht in seinem Schlussworte kurz die Ausführungen des GR. Waldaam und betont, dass der Vertrag im Einvernehmen mit den Arbeitern zustande gekommen ist. Hierauf werden seine Anträge angenommen.

Nach Berichten des GR. Siagel werden für die Ablehnung und Ueberarbeitung von Grabsteinen heimgefallener ~~Exzellenz~~ Gräber am Zentralfriedhofe 100.000 K und für die Erweiterung des Simmeringer Friedhofes 30.000 Kronen genehmigt.

GR. Speiser berichtet, über die Erhöhung der Kosten für die Umgestaltung des Schlosses Neulengbach in ein Erholungsheim. Sein Antrag, die veranschlagten Kosten von 382.000 K auf 465.000 K zu erhöhen wird angenommen.

Nach Berichten des GR. Müller (XII.) werden für die Herstellung von Einfriedungen in der städtischen Baumschule in Albern 56.000 Kronen genehmigt und die Gebühren für die Anbringung von Sargträgern in Gräften der Gemeindefriedhöfe vom 1. Juni an aufgehoben. Den Totengräbern wird gestattet ihrerseits den Bestellern die Selbstkosten anzurechnen.

7

Nach einem Berichte des StR. Weigl wird die Systemlieferung einer Chauffeurstelle für das Personauto des städtischen Landwirtschaftsamtes genehmigt.

StR. Weigl berichtet über die Übernahme der den Straßenbahnen zugewiesenen Bediensteten der Stellwagenunternehmung. Die Anträge werden angenommen.

StR. Körber berichtet über die Erwerbung der Kriau durch die Gemeinde Wien und stellt die bekannten Anträge.

GRin. Wiesch begrüsst den Antrag als Mandatarin des 2. Bezirkes und tritt für die Erwerbung dieses grossen Komplexes ein, der durch Errichtung von Sport- und Spielplätzen der Bevölkerung des 1., 2. und 3. Bezirkes Erholung bieten soll. Die Kriau ist ein Teil des Praters, der frei zugänglich werden soll, es muss aber dabei selbstverständlich getrachtet werden, dass die Kulturbestände geschont werden, nicht wie es jetzt in den Parkanlagen geschieht. Uebrigens ist es von grossem Wert, dass durch die Übernahme dieses grossen Komplexes die Gemeinde nun in die angenehme Lage kommt, die Lämpel zu beseitigen und die Uebensitzer des Bodens auszugleichen, um der gefährlichen Malaria vorzubeugen. Die Meierei soll vergrössert, der ganzen Bevölkerung einen Erholungsplatz bieten. Der Ankauf sei auch deswegen zu begrüssen, weil durch ihn der 21. Bezirk über den Handelskai der längst notwendige Verbindungsweg zur Ost- und Südbahn erhält. Sie empfiehlt die Annahme des Antrages, um den Kindern und Kindeskindern diesen Boden zu retten.

GR. Angeli bezeichnet die Erwerbung der Kriau als einen guten Griff der Gemeinde und spricht dem Referenten für seine Bemühungen in dieser Sache den besten Dank aus. (Beifall bei den Christlichsozialen.)

G.R. Rudolf Beer wünscht, dass die Kriau in großzügiger Weise zur Gemüsezuucht hangezogen werde.

Der Referent weist in sein Schlussworte darauf hin, dass die Gemeinde ja während der Kriegszeit der Gemüseversorgung der Stadt Wien ein besonderes Augenmerk zugewendet habe und betont, dass sich die Kriau infolge ihrer Lage hierzu nicht besonders eignen dürfte. Die Referentenanträge werden hierauf angenommen.

Nach Wahlen in gemeinderätliche Ausschüsse wird die Sitzung geschlossen.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur **Janny Michew.**  
Wien, I. Neues Rathaus.

25. Jahrgang, Wien, Donnerstag, den 5. Juni 1919. Nr 240.

Das städtische Gesundheitsamt teilt mit:  
Die Malarialagefahr in Wien. Bei der grossen Verbreitung der Malaria unter den vielen malariekranken Heimkehrer aus dem Felde und der Kriegsgefangenschaft besteht die Gefahr einer Uebertragung dieser Krankheit auf die Bevölkerung Wiens. Mit Eintritt der wärmeren Jahreszeit ist die Entwicklung verschiedener Gelsenarten, welche die Uebertragung der Malaria bewirken, zu erwarten und können besonders die Donauauen zu Malariaherden werden, wobei die gleichzeitig einsetzende Badesaison eine vermehrte Gelegenheit zur Ausbreitung der Krankheit gibt. Um dies rechtzeitig zu verhüten, ist die rasche Anzeige der frischen Malariafälle durch die Aerzte die notwendige Voraussetzung. Die Aerzte werden daher auf diese Notwendigkeit aufmerksam gemacht und gleichzeitig um Bekanntgabe des früheren Aufenthaltsortes des Kranken ersucht, damit eine Uebersicht der lokalen Malariaherde gewonnen wird und entsprechende Schutzmassregeln durchgeführt werden kann.

Fleischabgabe in der Gressmarkthalle. Pfingsttag wird in der Gressmarkthalle amerikanisches gepökeltes Schweinefleisch zur Ausgabe gelangen. Frisches Schweinefleisch kommt mangels entsprechender Zufuhren in dieser Halle überhaupt nicht zur Ausgabe. Auch an Rindfleisch sind die Zufuhren so gering, dass Rindfleisch nur an rayonierte Kunden abgegeben werden kann. Die Mitteilung, dass Kalbfleisch in ausreichenden Mengen zu haben ist, trifft nicht zu. Kalbfleisch wird voraussichtlich nur in so geringen Mengen vorhanden sein, dass eine allgemeine Ausgabe nicht möglich sein wird.

\* = + = +

Löbliche Redaktion! Um einen zwecklosen Ansturm auf die Gressmarkthalle am Pfingsttag hintanzuhalten, ersucht Bürgermeister Reumann um zuverlässige Aufnahme vorstehender Zeilen.

Sehr geehrter Herr Kollege!

Vizebürgermeister Winter wird die Herren der Presse morgen um  $\frac{1}{2}$  12 Uhr vormittags empfangen, wozu ich Sie höflichst einlade.

Mit kollegialem Gruss Michew.

Der Kinderpavillon in Alland. Ende der vorigen Woche traf Vicebürgermeister Max Winter unvermutet in der Heilanstalt Alland ein, um Beschwerden, die ihm über die Kost zugegangen waren zu überprüfen. Diese Beschwerden erwiesen sich zum gut Teil als berechtigt und es stellte sich bei dieser Gelegenheit heraus, dass der Verein „Heilanstalt Alland“ schon wieder arg kämpft und eigentlich eine Sperre der Aufnahme verfügen musste, da er zu wenig Lebensmittel hat. Hierher gehört auch, dass mit und vorwiegend aus diesem Grunde der Kinderpavillon auch weiter noch leer steht. In Wien siechen die tuberkulösen Kinder dahin, Wien hat keine Spitalsbetten um sie aufzunehmen und in der herrlichen Heil-

anstalt Alland steht der Kinderpavillon, der 64 tuberkulösen Kindern Gesundheit bringen könnte, leer. Dieser auch von den Aerzten der Anstalt tief beklagte Umstand wird nun rasch geändert werden müssen. VB. Winter versprach, sich dieser Sache anzunehmen. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass die Entscheidung über die Zukunft des Schicksales von Alland rasch falle. Erst dann wird es möglich sein, auch den Kinderpavillon zu belegen und die übrigen Teile der Anstalt auf den vollen Stand zu bringen, sowie die Beschwerden über die mangelhafte Verköstigung endgiltig aus der Welt zu schaffen.

Kunstankäufe der Gemeinde. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des Stadtrates David beschlossen, aus der Kunstschau im Arsenal einige Handzeichnungen und Oelgemälde um den Gesamtbetrag von 1520 K anzukaufen.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Jenny Hildner.

Wien, I. Neues Rathaus.

25. Jahrgang, Wien, Freitag, den 6. Juni 1919. Nr 241

## 1. Ausgabe.

Von der Strassenbahn. Heute wurden zwei neue Kartenvorverkaufsstellen am Ring und zwar bei der Bellaria und bei der Wellzeile eröffnet. Dortselbst sind in Zukunft alle Vorverkaufskarten und Zeitkarten erhältlich.

## Eingeschränkter Strassenbahnverkehr zu den Pfingstfeiertagen.

Infolge Beschädigung der Strassenbahnwagen durch die Überlastung an den letzten schönen Sonntagen und gleichzeitigem Materialmangel ist es leider nicht möglich, eine im Falle schöner Witterung ausreichende Wagenzahl für den Anflugsverkehr zu Pfingsten beizustellen. Es muss daher mit einem eingeschränkten Strassenbahnverkehr zu den Feiertagen gerechnet werden und wird es bei schöner Witterung abläuft nicht möglich sein, den Bedürfnissen des Verkehrs voll zu entsprechen. Schon an den beiden letzten Sonntagen ergaben sich bedauerlicher Weise an den Endstationen bei der Rückfahrt infolge des grossen Andranges wilde Szenen, wobei nicht nur die Strassenbahnmansschaften beschimpft und in manchen Fällen sogar tödlich angegriffen wurden, sondern auch Kaufmann unter den Fahrgästen vorgekommen sind. Eine Überlastung der zur Verfügung stehenden Wagen würde aber auch zu deren Beschädigung in grossen Umfang Anlass geben, was zu einer ausserordentlichen Einschränkung der Verkehres an den folgenden Tagen führen müsste.

Es wird daher die Bevölkerung von einer zu grossen Erwartungnahme der Strassenbahn zu den Pfingstfeiertagen in ihrem eigenen Interesse dringendst gewarnt und ersucht, deren Benützung zu weiteren Ausflügen tunlichst zu unterlassen.

25. Jahrgang, Wien, Freitag, den 6. Juni 1919. Nr 242.

## 2. Ausgabe.

Vizebürgermeister Max Winter empfängt nur jeden Donnerstag von 9 bis 12 Uhr allgemeine Besuche. An den übrigen Tagen der Woche kann Vizebürgermeister Winter nur jene Personen empfangen, die ausdrücklich bestellt sind.

Die Lohnerhöhung bei der städtischen Feuerwehr. In der heutigen Stadtratsitzung erstattete StR. Weigl einen Bericht über die Lohnerhöhung bei der städtischen Feuerwehr. Die Lohnerhöhungen sind rückwirkend ab 1. Mai bemessen und betragen 2,800.000 Kronen. Die Anträge des Referenten wurden angenommen.

Die Remunerationen der Leiter der städtischen Waisenhäuser. StR. Dr. Grün referierte im Stadtrate über die Erhöhung der Remunerationen der Leiter der städtischen Waisenhäuser mit erhöhtem Zöglingstande und wurden seine diesbezüglich gestellten Anträge angenommen.

Die Pressevertreter bei Vizebürgermeister Winter. Heute vormittags erschienen die Vertreter der Tagespresse im Rathaus bei Vizebürgermeister Max Winter. Der Senior der Kommunalberuherstatter Redakteur Ludwig Basch begrüsset Vizebürgermeister Winter mit einer kurzen Ansprache, in der er der besonderen Freude darüber Ausdruck gab, dass die Erschienenen

in Vizebürgermeister eine Persönlichkeit begrüssen können, welche bisher der mildeanten Journalistik angehört habe. Wir wissen, sagte der Sprecher, dass Sie sich in Ihrem neuen Amte ideale Aufgaben zum Ziele gesteckt haben, Fürsorge für Kinder, Schwache und Greise sowie Fürsorge für die Hinterbliebenen des Glückes und wenn Sie uns rufen werden wir gerne bereit sein, Ihnen bei der Erfüllung dieser hohen Aufgaben Beistand zu leisten.

Vizebürgermeister Max Winter erwiderte: Ich danke Ihnen für die Worte, die Sie mir durch Ihren Senior gesagt haben und ich nehme sie als das hin, als was sie geboten worden sind, als kollegialen Gruss. Was Ihre besondere Bitte anlangt, dass ich mit Ihnen ein gutes Verhältnis halten soll, erübrigt sich diese von selbst, denn die meisten von Ihnen kenne ich seit Jahrzehnten und diese haben durch fast drei Jahrzehnte, die ich mit Ihnen im Dienste der Publizistik zugebracht habe, meine Tätigkeit mitverfolgt und mitbeurteilt und an meiner Arbeit erkennen können, dass ich als Journalist, und der bin ich ja heute noch, stets ein Wort als Wegbegleiter hatte: Sei sachlich! Kümmer dich um nichts in der Welt als um die Sache, denn wenn Du in der Sache stark bist, wirst du auch in der Weise stark sein. Diesen Satz möchte ich heute in die Weite hinausschicken und für ihn möchte ich viele Jünger und Anhänger werben. Gerade jetzt erleben wir eine Zeit, in der es doppelt notwendig ist, dass wir alle, freigewählte Bürger und solche, die mit der Feder täglich zum Volke zu sprechen haben, uns eines vor Augen halten, dass es ungeheuer viel Erziehungsarbeit an uns allen zu leisten gibt und zwar im besten und edelsten Sinne. Wir müssen das, was früherer Zeiten versäumten, wo wir noch kein allgemeines Wahlrecht hatten, möglichst rasch nachzuholen suchen, wir müssen alle Kräfte nutzbar machen für die Allgemeinheit. Versäumen wir das, dann müssen wir zugrundegehen. Wir wollen aber nicht, dass unsere Stadt zugrundegeht und wir wenden uns daher an die gesamte Bevölkerung, dass sie uns mithilfe bei dem so notwendigen Wiederaufbau. Der Teil des Aufbaues, der mir zugewiesen wurde, Erziehungsfürsorge und Fürsorge für die Aufzucht der Menschheit, die im Kriege so sehr gelitten hat, das ist eine Aufgabe, die gerade für Wien unendlich wichtig ist, denn Wien hat wie keine andere Stadt in diesem Kriege infolge der altösterreichischen Schlamperie und der Abschnürung durch unsere Feinde entsetzliche Einbussen erlitten. Die Arbeit des Wiederaufbaues ist auch während der Übergangszeit nicht minder wie während des kommenden Friedens notwendig, der gewiss nicht so aussieht wird, wie sich ihn die Exzente heute noch vorstellt. Wenn Sie in dieser für mich so ausserordentlich feierlichen Stunde, wo meine Berufskollegen zu mir gekommen sind, sagen, dass Sie bereit sind, mitzuarbeiten an dieser sachlichen Aufklärung der Bevölkerung, dann danke ich Ihnen doppelt und von ganzem Herzen dafür. In der alten Zeit waren die Personenfragen das Wichtigste, auch für die Zeitungen, in der neuen Zeit muss die Sache selbst das Wichtigste sein, um jederzeit die Bevölkerung ehrlich über das aufzuklären, was notwendig ist.

Die Wahlproteste in den Bezirksvertretungen. Der Stadtrat bestätigte heute die neugewählten Bezirksvorsteher. Gegen die Wahl des sozialdemokratischen Bezirksvorstehers August Klepel war von der christlichsozialen Partei ein Wahlprotest eingebracht worden. Der Stadtrat Speiser berichtete darüber in der heutigen Sitzung. Der christlichsoziale Wahlprotest erklärt, da die Christlichsozialen ebenso viel Mandate innehaben wie die sozialdemokratische Partei, hätte das Los entschieden sollen, aus welcher Partei der Bezirksvorsteher zu

wählen wäre. Nach einer Zuschrift des Magistrates hat aber die Stadtwahlbehörde in ihrer Sitzung vom 6. Mai den Beschluss gefasst, dass die Stelle eines Bezirksvorstehers und eines Stellvertreters in jenen Bezirken, in welchen die zwei stärksten Parteien eine gleiche Mandatszahl aufweisen, derjenigen Partei zufallen soll, welche eine grössere Stimmenanzahl im Bezirke aufgebracht hat. Darnach kommt in Währing die Vorsteherstelle der sozialdemokratischen Partei zu.

Ein ähnlicher Protest war gegen die Wahl des Bezirksvorsteherstellvertreters in der Brigittenau von Vertreter der tschechoslovakischen Partei gegen die Wahl des christlichsozialen Bezirksvorsteherstellvertreters Franz Wimmer eingebracht worden. In diesem Bezirk haben die Christlichsozialen und die Tschechen je vier Bezirksräte. Da aber die christlichsoziale Partei im Bezirke die grössere Stimmenzahl aufbrachte, so fiel ihr die Stellvertreterstelle zu. Der Magistrat beantragte beide Wahlproteste abzulehnen und der Stadtratsreferent schloss sich diesem Antrage an.

Die Christlichsozialen forderten die getreute Behandlung der beiden Fälle und stellten sich in Währing auf den Standpunkt des Protestes ihrer Währinger Parteigenossen, womach also über die Bezirksvorsteherstelle zwischen Sozialdemokraten und Christlichsozialen, die beide die gleiche Mandatszahl aufweisen, das Los zu entscheiden hätte. Die sozialdemokratischen Stadträte Dr. Scheu, Dr. Fritz Winter und Stadtrat Linder wiesen darauf hin, dass in der Wahlordnung keine Vorschrift bestehe, dass in einem solchen Fall durch das Los zu entscheiden wäre. Die Wahlordnung spricht bei einer solchen Wahl von einer Entscheidung durch das Los nur in dem Falle, in dem von den Parteien kein ordnungsmässiger Wahlvorschlag gemacht wurde und infolgedessen durch die Mehrheitswahl entschieden werden musste. Dr. Winter erinnerte auch daran, dass die Entscheidung der Stadtwahlbehörde, wobei bei gleicher Mandatszahl diejenige Partei, die im Bezirke die grösste Stimmenzahl auf sich vereinigte, die Stelle zufallen soll unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner und im Biberstädte der dortigen christlichsozialen Vertreter einstimmig gefasst worden ist. Er spricht die Erwartung aus, dass diese Vereinbarung auch hier geachtet werde und auch die Christlichsozialen den Antrag demgemäss erledigen werden. Wenn Vereinbarungen nicht eingehalten werden, so werde es schwer fallen, in künftigen Fällen Vereinbarungen mit der Partei zu treffen. Dr. Kleinböck erwiderte darauf, dass das keine Parteivereinbarungen waren, sondern nur die Vertreter der christlichsozialen Parteien der Stadtwahlbehörde der Auffassung zugestimmt hatten. Die Partei habe sich damit nicht gebunden. Sie wollen auch keine besonderen Schwierigkeiten machen und gestehen, dass man ja auch der anderen Auffassung sein könne. Es habe ja manches für sich, dass man die Stärke der Partei nicht nach der Zahl der Mandate, sondern nach der im Bezirke für sie abgegebenen Wählerstimmen beurteilt. Die Christlichsozialen werden für die Ablehnung des Wahlprotestes nicht stimmen, weil sie den Herrn ihrer Partei in Währing nicht entgegentreten wollen. Bei der Abstimmung wurde dann der Währinger Wahlprotest ohne die Stimme der Christlichsozialen abgelehnt. Beim Wahlprotest aus der Brigittenau, der sich gegen den gewählten christlichsozialen Stellvertreter wandte, stimmten auch die Christlichsozialen für die Ablehnung und bekundeten damit, dass ihre Erklärung, dass man die Sache auch im Sinne der Stadtwahlbehörde auffassen könne, vollkommen ehrlich war.

Städtische Lustbarkeitssteuer. In der heutigen Stadtratsitzung berichtete StR. Braun über die Forteinhebung der städtischen Lustbarkeitssteuer. Es soll eine einheitliche Steuer von 10 % für alle Theater, auch für die Hoftheater vorgeschrieben werden. Man hofft durch diese Massnahme eine Mehreinnahme von 2 Millionen Kronen zu erzielen. Um jenen Kreisen, die durch diese Erhöhung stark betroffen werden, entgegen zu kommen, wolle man 10 % des Ertrages der Lustbarkeitssteuer zur Veranstaltung von Vorstellungen für Arbeiter und Schüler widmen. Diese 10 % würden ungefähr einen Betrag von 500.000 K ausmachen. Die Anträge des Referenten wurden genehmigt.

Ans dem Stadtrate. StR. Müller beantragte, der Witwe des in Ausübung seines Dienstes tödlich verunglückten Verkehrsführers der städtischen Strassenbahn Forthuber weitere zehn Dienstjahre in die Pension einzurechnen oder ihr wenigstens die Bezüge der nächsthöheren Bezugsklasse zu gewähren. Weiters beantragte StR Müller die Verlegung der Strassenbahnhaltestelle in der Meidlinger Hauptstrasse bei der Bonygasse zu Reschgasse. Beide Anträge wurden der Strassenbahnleitung zur Berichterstattung überwiesen.

Kollektivvertragverhandlungen der Angestellten im Baugewerbe. Im Zuge der im Baugewerbe getroffenen vorläufigen Vereinbarung erklärten sich die Vertreter der Unternahmerorganisationen bereit, den Mitgliedern zu empfehlen, ihren technischen und administrativen Angestellten, sofern dies nicht schon geschehen sein sollte, a conto der zu gewärtigenden Gehaltserhöhungen noch vor den Pfingstfeiertagen einen entsprechenden Betrag zu zahlen.

Wiener Rathauskorrespondenz

Herausgeber Franz Mischeu

25. Jahrgang. Wien, Samstag, den 7. Juni 1919. Nr. 243.

1. Ausgabe

Marmeladeabgabe. Die nächste Ausgabe von Marmelade beginnt Dienstag, den 10. ds. und zwar für die Haushaltungen mit den Anfangsbuchstaben des Zunamens A bis G, Soh, Dienstag, den 10., H bis L, St Mittwoch, den 11., M bis R Donnerstag, den 12. und S bis Z Freitag den 13. Juni. Für jede Person wird 1/2 kg Marmelade gegen Vorweisung des amtlichen Einkaufscheines abgegeben und wir diesmal von diesem kein Abschnitt abgetrennt. Eine Zubusse an Schwerarbeiter und Kinder wird nicht verabfolgt. Von Samstag, den 14. angefangen erfolgt die Abgabe von Marmelade an die Haushaltungen ohne Unterschied.

Abgabe von Speiseöl. Bei den städtischen Buttersabgabestellen wird in der Zeit vom 8. bis 15. Juni 12 dkg Speiseöl pro Kopf und Woche zur Ausgabe. Auch die Konsumentenorganisationen werden Speiseöl abgeben. 12 dkg kosten 3K36h.

Suppenmasse für Mindestbemittelte. An alle Besitzer der rosa-farbigem Einkaufscheine für Wohlfahrtsfleisch wird in der 105. Fürsorgwoche statt Wohlfahrtsfleisch Vestenthaler-Suppenmasse gegen Abtrennung des Abschnittes 20 in den Geschäften der Grossschlächtereie abgegeben. Jede Person des Haushaltes erhält 1/8 kg zum Preise von 80 h. Angabefrage: A bis F am 12. Juni, G bis K am 14., L bis R am 16. Juni und S bis Z am 18. Juni. An die unentgeltlichen Speisestellen, offenen Kriegsküchen und Wohlfahrtsinstitute wird in der 112. Woche Reis durch die Grossschlächtereie abgegeben. Die Suppenmasse ist kalt anzuführen und 20 bis 30 Minuten kochen zu lassen. Etwa 5 dkg Suppenmasse ergeben 1 Liter Suppe. 1/2 Liter Suppenmasse wiegt 60 bis 65 dkg. Gefäss ist mitzubringen.

Kartoffelabgabe. Montag bis Mittwoch werden im 5., 10., 1., 14. bis 17. Bezirke, Mittwoch bis Freitag im 3., 4., 6., 12. und 13. Bezirk Kartoffel gegen Abtrennung des Abschnittes R der Kartoffelkarte und zwar 1/2 kg pro Person abgegeben.

Abgabe von Unterzundholz. Vom 9. bis 14. Juni werden an jede Haushalt je 5 kg Unterzundholz gegen Abtrennung des Abschnittes 32 des amtlichen Einkaufscheines abgegeben. 1 kg Weichholz kostet 40 h, 1 kg Hartholz 30 h.

Reisabgabe. Infolge des erst heute beendeten Streiks in den Lagerhäusern der Donaudampfschiffahrtsgesellschaft konnte der Reis nicht rechtzeitig ausgegeben werden. Die Reisabgabe durch die städtischen Mehlabgabestellen wird nunmehr Donnerstag, den 12. Juni erfolgen. In der Abgabe von Mehl wird mit Rücksicht auf den erwähnten Unzustand und die Feiertage ebenfalls eine kleine Verzögerung eintreten, so dass die Verschliessmehlquote voraussichtlich ab Mittwoch, den 11. Juni ausgegeben werden wird.

Sauerkraut und Sauerrüben werden in der kommenden Woche ohne Einschränkung der Menge und ohne Ausweiskarte abgegeben.

2. Ausgabe.  
-----

Die neuen Strassenbahnfahrpreise. Am 11. Juni treten die von Gemeinderate beschlossenen neuen Fahrpreise auf der Strassenbahn in Kraft. Im Tarifgebiet I betragen sie im allgemeinen das Doppelte der bisherigen Preise; nur der Sondertarif zum Steinhof und der Kinderfahrpreis an Sonntagen wurde von 12 auf 20 h erhöht. Die Kinderfahrpreise an Werktagen bleiben unverändert. Die Hin- und Rückfahrpreise wurden von 42 auf 60 h erhöht. Dafür ist die Geltung des Frühtarifes bis 8 Uhr früh ausgedehnt und die Wirksamkeit der Rückfahrpreise schon von 1/2 3 Uhr nachmittags an festgesetzt. Ueberdies gilt sie so wie die Frühkarte zur Fahrt auf beliebig vielen Teilstrecken ohne Rücksicht auf die bisherige Beschränkung für Fahrten aus den Zonen 5 und 6. Ausserdem ist der Preis beim Bezuge von 20 Karten in 20 Wochen auf 14 Kronen ermässigt. Die Karten dürfen jedoch nur fortlaufend und gegen Vorweisung des restlichen Blockes verwendet werden. Der Renntarif ist von 1 K auf 3 K erhöht worden.

Im Tarifgebiet II kostet künftig eine Fahrt über eine Teilstrecke 40 h, über jede weitere Teilstrecke um 20 h mehr. Der Kinderfahrpreis beträgt für eine Teilstrecke 20 h, für 2 oder 3 Teilstrecken 40 h und für 4 Teilstrecken 60 Heller.

Die Lagerstätte in Oberhollabrunn. Vergangenen Sonntag besichtigte Vizebürgermeister Max Winter das ehemalige Flüchtlingslager in Oberhollabrunn, das nun von der Stadt Wien für die Lagerstätte in Betrieb genommen ist. Bisher sind in Oberhollabrunn etwa 222.000 Kinder in acht Gruppen zu je 24 unterteilt. Jede dieser Gruppen untersteht einer Leiterin und die Leiterinnen sind in einem Lager als Oberaufseherinnen bestellt. In wenigen Tagen wird die Zahl der Kinder auf 600 gebracht sein. Es wird bei der Möglichkeit werden noch weitere 100.000 oder 1500 Kinder bis zu der Ferien im nächsten Herbst aufgenommen werden. Die Siedlung, das Altsiedlungsheim, wird, um die Kinder während der Ferien Aufenthaltsgemeinschaft für ein möglichst grosses Zahl von Kindern zu schaffen. Die Kinder fühlen sich alle durchwegs sehr wohl und sind auch schon ganz entsprechend bei den Aufnahmen auf-

Empfang der Schweizer Fussballmannschaft beim Bürgermeister.

Bürgermeister Reumann empfing heute vormittags die in Wien zur Veranstaltung von sportlichen Spielen weilende Mannschaft des Baseler Fussballklubs „Nordstern“. Der Bürgermeister gab seiner Freude Ausdruck, dass die Schweizer nach Wien gekommen sind und bedauerte, dass die Stadt Wien infolge der Kriegsnot nicht in der Lage sei, die Gäste so zu empfangen, wie es in besseren Zeiten der Fall war. Der Bürgermeister dankte den Schweizern auch für ihre hilfsbereite Tätigkeit, die sie der Stadt Wien im heurigen Winter und auch im allgemeinen angedeihen liessen, und gab der Hoffnung Ausdruck, dass das Verhältnis der Schweizer zu der Wiener Bevölkerung auch weiter ein gutes sein möge. Er beglückwünschte die Schweizer Fussballmannschaft zu ihrer Arbeit und wünschte ihr, dass sie das sich gesteckte Ziel, die Erziehung gesunder und kräftiger Menschen voll und ganz erreichen möge. Als Erinnerung an den Aufenthalt in Wien liess der Bürgermeister den Schweizern ein Album von Wien überreichen.

Der Sekretär Sprecher der Schweizer dankte dem Bürgermeister für den freundlichen Empfang, und gab seiner Freude über die freundliche Aufnahme in Wien Ausdruck und versicherte, dass sie alles dazu beitragen werden, um weiter das gute Einvernehmen zwischen Wien und der Schweiz und insbesondere der Stadt Basel aufrecht zu erhalten.

Aus dem Rathause. Der Stadtrat tritt Mittwoch, Donnerstag und Freitag zu Sitzung zusammen. Mittwoch, vier Uhr nachmittags findet eine Gemeinderatssitzung statt.

Der Schulleitertag in Wien. Sämtlichen Bürgerschuldirektoren und Oberlehrern in Wien wird anlässlich des am 10. und 11. Juni stattfindenden Schulleitertages an diesen beiden Tagen dienstfrei gegeben, doch ist für die Zeit der Abwesenheit der betreffenden Lehrpersonen für eine entsprechende Stellvertretung Sorge zu tragen.

ambulatorische Tuberkulosebehandlung. Vizebürgermeister Winter berichtete im Stadtrat über die Bewilligung eines Beitrages der Gemeinde zur Errichtung einer Tuberkulose Heilanstalt für ambulatorische Behandlung. Das Krankenhaus Rudolfstiftung will einen Teil der ehemaligen Landwehrkademie, die sich gegenüber der Rudolfstiftung befindet, für Spitalszwecke ausbauen, um Tuberkulose

halbtägig ambulatorisch zu behandeln. Der von der Gemeinde zu leistende Betrag soll sich auf 100.000 K belaufen. Die bezüglichen Anträge des Referenten wurden angenommen.

Die Neupflasterung des Stefansplatzes. StR. Schmid erstattete im Stadtrate einen Bericht über die Neupflasterung des Stefansplatzes mit Holzstöckelpflaster. Das jetzige Pflaster ist schon sehr schadhafte und zum Schutze der Katakomben müsse nun ein Pflaster gewählt werden, das rascher abgetragen, besonders beim Befahren durch Schwerfuhrwerk, hinterhalte. Die Kosten der Neupflasterung belaufen sich auf 114.000 Kronen. Die vom Referenten gestellten Anträge wurden angenommen.

Die Delegiertenversammlung des Verbandes der Angestellten der Gemeinde Wien findet Donnerstag, den 12. Juni um 2 Uhr nachmittags (nicht um 4 Uhr) in der Volkshalle des Rathauses statt.

Amerikanische Ausspeiseaktion. Die für 10. Juni in Aussicht genommene Eröffnung der Ausspeisestelle, Schule 18. Bezirk, Klettenhofergasse, erfolgt an diesem Tage noch nicht und werden die dieser Ausspeisestelle zu gewiesenen Kinder des 7. und 8. Bezirkes durch ihre Schulleitungen von dem Beginn der Ausspeisung noch rechtzeitig verständigt werden.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantw. Redakteur *Franz Michow.*  
Wien. I. Neues Rathaus.

25. Jahrgang. Wien, Dienstag, den 10. Juni 1919. Nr 245.

Die städtischen Angestellten gegen den Gewaltfrieden. Der Verband der Angestellten der Gemeinde Wien beruft seine Mitglieder für Freitag, den 13. Juni um 4 Uhr nachmittags auf den Platz vor dem Rathause zu einer Protestversammlung gegen den von der Entente beabsichtigten Gewaltfrieden ein. Mit Rücksicht darauf, dass die Bedingungen des Friedensdiktates vor allem die wirtschaftliche Zukunft Wiens und damit auch die Existenz der Tausenden der Angestellten der Gemeinde und ihrer Unternehmungen aufs Schwerste bedrohen, darf auf einen Massenbesuch dieser Kundgebung gerechnet werden.

Ein Aufruf des Verbandes für freiwillige Jugendfürsorge. Der Verband für freiwillige Jugendfürsorge in Wien, der an der Erholungsfürsorge 1919 mitwirkt, richtet an die Mitglieder der freiwilligen Jugend- und Familienfürsorgen, wie etwa der Frauenhilfsämter, die Aufforderung, ihre Mitglieder ehrenamtlich in den Dienst dieser Sache zu stellen. Für jede einzelne Person ist die Zuweisung eines im Bereiche ihres Wohnsitzes gelegenen Arbeitsfeldes in Aussicht genommen. Diesbezügliche Anmeldungen werden Mittwoch, den 11. Juni von 9 bis 1 Uhr vormittags in der Hauptgeschäftsstelle des Verbandes, Wien I, Gonzagegasse 23, 3. Stock 7a entgegengenommen.

Wiener Kommunalsparkasse Döbling. Der Gesamteinlagestand der gesamten Anstalt betrug Ende Mai 21,002.286 K; eingezahlt wurden von 859 Parteien 1,000.637 K, rückgezahlt an 1483 Parteien 1,582,314 K. Der Stand der Einlagen im Scheckverkehr betrug 1,072.162 K, an aushaftenden Hypothekendarlehen 10,888.484 K, an Darlehen auf Wertpapieren 57,091 und an Wertpapieren (Nominale) 9,013.050 K.

Aus dem Gemeinderate. Auf der Tagesordnung der morgen stattfindenden Gemeinderatsitzung stehen 36 Geschäftsstücke. Darunter befinden sich Berichte über die Entwurfsarbeiten für eine Donauwasserkraftanlage im Tullnerfeld, über die Errichtung einer Benzolfabrik im Gaswerke Leopoldau, über die Anrechnung der von den Diurnisten vor der Militärdienstzeit im städtischen Dienst zugebrachte Dienstzeit bei der Vorrückung in eine höhere Bezugsklasse, über die Uebernahme der Bürgersteigreinigung durch die Gemeinde und über die Regelung der Lohnbezüge der städtischen Feuerwehrmannschaft.

Ausfallender Empfang. Infolge der gleichzeitig stattfindenden Stadtratsitzung kann Vizebürgermeister Max Winter am Donnerstag, den 12. ds. vormittags seine Sprechstunde nicht abhalten.

Kartoffelabgabe. Donnerstag bis Samstag werden im 1., 2., 7., 8., 9., 18., 19., 20. und 21. Bezirke pro Person 1/2 kg Kartoffeln gegen Abtrennung des Abschnittes R der Kartoffelkarte abgegeben.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Verausgeber und verantwortl. Redakteur **Jenny Mithras.**  
Wien, I. Neues Rathaus.

## 1. Ausgabe.

25. Jahrgang. Wien, Mittwoch, 11. Juni 1919. Nr. 246.

**Anmeldung der Mehlumrayonierung.** Anlässlich der Ausstellung der neuen Mehlbezugskarte müssen diejenigen Haushalte oder Einzelpersonen, welche nach Ablauf der gegenwärtig gültigen Mehlbezugskarte von der zuständigen städtischen Mehlabgabestelle (Gelbe Karte) zu einer Konsumentenorganisation (blaue Karte) übertreten und diejenigen Mitglieder von Konsumentenorganisationen, welche der zuständigen städtischen Mehlabgabestelle zugewiesen werden wollen, den beabsichtigten Uebertritt bis längstens 14. d.M. der zuständigen Brotkommission zur Vermerkung anzeigen. Die dem Uebertritt entsprechende Mehlbezugskarte wird sodann zugleich mit den anderen Lebensmittelkarten am 5. Juli 1919 zur Ausgabe gelangen. Es wird ausdrücklich mitgeteilt, dass nach dem 14. Juni erstattete Uebertrittsanzeigen, wenn sie nicht mit Uebersiedlungen in Zusammenhang sind, erst mit 23. November d.J. Berücksichtigung finden können.

## 2. Ausgabe.

25. Jahrgang. Wien, Mittwoch, 11. Juni 1919. Nr. 247.

**Beitritt der Gemeinde zur Kriegsbauteilverwertungs-Gesellschaft.** StR. Siegel berichtete heute im Stadtrate über den Beitritt der Gemeinde Wien zur Kriegsbauteilverwertungs-Gesellschaft. Der Zweck der Gesellschaft ist hauptsächlich, ehemalige militärische Bauten Fürsorgezwecken zuzuführen. Die Gemeinde beteiligt sich an der Gesellschaft mit einem Betrage von 50.000 Kronen. Die Anträge des Berichterstatters wurden genehmigt.

**Gründerwerbungen der Gemeinde.** In der heutigen Stadtratsitzung berichtete StR. Siegel über die Erwerbung von Grünflächen in Oberlaa im Ausmasse von 22.000 m<sup>2</sup> zum Preise von 13'89 Kronen pro Quadratmeter. Die Anträge des Referenten wurden angenommen.

**Die Einarbeitung des Sanitätspersonales in das Gehaltsschema.** StR. Dr. Grün erstattete heute im Stadtrate ein Referat über den Antrag des GR. Doppler, betreffend die Einarbeitung des städtischen Sanitätspersonales von der Gruppe 7 in die Gruppe 6 des Gehaltsschemas. Nach längerer Debatte wurde beschlossen, die Angelegenheit der Personalkommission zur Begutachtung zuzuweisen.

**Ehrengrab.** Ueber Antrag des Bürgermeisters Reumann beschloss der Stadtrat, dem verstorbenen Bildhauer **Kumars** ein Ehrengrab zu widmen.

**Zur Einführung der Feuerbestattung.** StR. Siegel berichtete in der heutigen Stadtratsitzung über die Einführung der Feuerbestattung. Er legte ein rechtliches Gutachten des Magistrates vor, wonach im alten Oesterreich auf Grund eines Erkenntnisses des Verwaltungsgerichtshofes die Feuerbestattung gesetzlich nicht zulässig gewesen sei. „Im neuen Staate“ heisst es dann im Gutachten wörtlich weiter, „dessen Verwaltungsgerichtshof ja nicht mehr mit dem analogen Organ des alten Gemeinwesens ident ist, wäre es nun vielleicht nicht ausgeschlossen, wenn ein besonderer Fall die Sache auf jenem Wege vor den Gerichtshof brächte, ein Erkenntnis zu erstreiten, das die bestehenden Vorschriften in einem der Leichenverbrennung günstigen Sinne anzuwenden möchte.“ In einem zweiten Gutachten, das ebenfalls der Magistrat erstattete, wird aus volkwirtschaftlichen Gründen auf die Notwendigkeit der Feuerbestattung hingewiesen. So insbesondere auf die Kosten, die der Gemeinde für die Friedhofserweiterungen etc. erwachsen. Der Referent betonte, dass er heute nicht in das Meritum der Sache eingehen wolle und

daher lediglich den Antrag stelle ein 3 gliedriges Komitee zur Beratung der Frage einzusetzen. Dem Komitee sollen 5 Sozialdemokraten und 3 Christlichsoziale angehören.

An das Referat knüpfte sich eine längere Debatte. StR. Dr. Kienböck betonte, dass es sich bei der Frage nicht um eine religiöse Sitte handle, die einer hier vertretenen Konfession eigentümlich sei, sondern nur um agitatorische Motive. Zudem sei es von volkwirtschaftlichen Standpunkte aus gegenwärtig sicher nur nachteilig, Neubauten für solche Zwecke aufzuführen, denn es seien damit neue Lasten für die Bevölkerung verbunden. Seine Parteianhänger hätten daher keine Neigung, auf die Sache einzugehen. StR. Dr. Grün erörterte den rechtlichen Standpunkt der Frage, ferner die religiösen Bedenken, die dagegen erhoben werden und die hygienischen Gründe, die dafür sprechen. Bezüglich des rechtlichen Standpunktes seien die Meinungen geteilt. Soviele Juristen dagegen seien, so viele seien dafür. Dasselbe könne bezüglich der religiösen Bedenken gesagt werden. Auch diesbezüglich gingen die Meinungen weit auseinander. Selbst die Juden hätten eine offizielle Verbrennungsstelle in Worma. In hygienischer Beziehung spräche sicher nichts dagegen, sondern alles dafür. StR. Dr. Alma Seitz führte insbesondere finanzielle Bedenken gegen die Vorlage ins Treffen, polemisierte dann gegen Dr. Grün und trat schliesslich dafür ein, dass jetzt alles für die Lebenden und nichts für die Toten verwendet werden solle. BGM. Reumann bemerkte, der Bericht sei nicht erstattet worden, um etwa die Bevölkerung von katholischen Gebräuchen loszulösen, weil man wenn man das beabsichtigen würde, die obligatorische Feuerbestattung einführen müsste. Es werde mit dem Berichte einfach jenen Wünschen Rechnung getragen, welche schon seit längerer Zeit die Einführung der Leichenverbrennung verlangen. Was den Kostenstandpunkt betreffe, so sei derselbe nicht so bedeutend, als Frau StR. Dr. Seitz meinte; wenn er selbst schliesslich einen Wunsch aussprechen dürfe, so sei es der, dass das Komitee so rasch als möglich arbeiten solle, denn es sei beschämend, dass diese Frage, welche von so grosser Bedeutung sei, in Wien noch immer der Lösung harre. StR. Širotek erwähnte, dass auch die Tschechoslovaken die Frage nicht als eine agitatorische auffassen. Er stelle den Antrag, dass auch seine Partei in dem Komitee eine Vertretung finden möge. StR. Siegel hob im Schlussworte hervor, dass die Kosten keinesfalls bedeutende seien, weil die am Zentralfriedhofe bereits befindlichen Hallen zu einem Krematorium ausgetaltet werden könnten. Er modifizierte dann seinen ursprünglichen Antrag dahin, dass statt eines acht- ein neungliedriges Komitee einzusetzen sei, welches aus 5 Sozialdemokraten, 3 Christlichsozialen und 1 Tschechoslovaken zu bestehen habe. Der Referentenantrag wurde angenommen.

**Eiserne Salvatormedaillen.** Nach einem Berichte des StR. Rummelhardt beschloss der Stadtrat nachstehenden Herren die eiserne Salvatormedaille zu verleihen: Magistratsdirektor Pawelka, den Obermagistratsräten Dr. Dunt Dr. Winkler, Direktor Gold, Direktor Hofer, Dr. Sagmeister, den Magistratsräten Dr. Krzisch, Dr. Hornek, den Magistratssekretären Dr. Liehl, Dr. Plank, Dr. Siller, dem Magistratskommissär Dr. Linke, dem Oberrechnungsrat Löfler, dem Rechnungsrat Manhalter und dem Rechnungsoberrevidenten Weidinger

## Wiener Gemeinderat.

Sitzung vom 11. Juni 1919.

BGM. Reumann eröffnet die Sitzung und teilt mit, dass Eugen Miller - Aichholz den Betrag von 6000 Kronen für Arme des 4. Bezirkes gespendet hat.

Weiters macht der Bürgermeister folgende Mitteilung: Ueber die in den beiden letzten Gemeinderatsitzungen eingebrachten Interpellationen der Frau Kramer und des Herrn Rotter gebe ich bekannt, dass nach einer Mitteilung der Kommission für Verkehrsanlagen der Stadtahnverkehr am 15. d.M. wieder aufgenommen werden soll. Hierbei soll unter Einführung des Einklassensystems (die 2. Wagenklasse wird aufgelassen) eine Tarifierhöhung stattfinden, indem der Fahrpreis in den Bahnen mit 40 h und in der Fern-

zone mit 20 h festgesetzt wird und dementsprechend auch die übrigen Preise erhoben werden. Die Erhöhung beträgt im allgemeinen gegenüber den bisherigen Preisen in der 3. Wagenklasse 100 %, für Kinderkarten, für Schüler - Monatskarten und für Frachtätze nur 50 %. Da diese Sätze im Einklange mit den Fahrpreisen der städtischen Strassenbahnen stehen, habe ich gegen die Tarifierhöhung unter der Bedingung keine Einwendung erhoben, dass im Sinne der Interpellation des Gemeinderates Rotter sofort nach durchgeführter Neuwahl der Kurien des Landes und der Gemeinde Wien eine Vollversammlung der Kommission für Verkehrsanlagen einberufen und dieser die Tarifierhöhung zur nachträglichen Beschlussfassung und Genehmigung vorgelegt wird.

BGM. Reumann teilt auf eine Interpellation des GR. Wimmer aus der letzten Sitzung des Gemeinderates, betreffend den Sonntagsverkehr der Linie 36 der Strassenbahnen, folgendes mit: Was die Beschwerde bezüglich des Verkehrs nach Nusdorf betrifft, so berichtet die Strassenbahn-Direktion, dass die Züge der Gürtellinie nachmittags nicht alle voll besetzt zur Umsteigstelle Lichtnerwärdplatz kommen, da ein grosser Teil der Fahrgäste schon bei der Jörgerstrasse, Währingerstrasse und Nusdorferstrasse umsteigt. Es ist auch fahrplanmässig vorgesehen, dass die Pendelwagen nach Nusdorf bereits früher in Verkehr gesetzt werden können. Dies allzu früh zu veranlassen ist deshalb nicht möglich, weil dadurch die Fahrmannschaften über die vertragmässig festgesetzte Zeit Dienst leisten müssten. Was das Einziehen der Linie am Abend betrifft, so wird nicht um 9, sondern erst um 10 Uhr begonnen. Ein späteres Einziehen der Gürtellinie ist nicht möglich, weil sonst diese Linie einen viel längeren Betrieb hätte, woraus sich die Missstände ergeben würden, dass dann die Gürtellinie keinen entsprechenden Anschluss an die übrigen Radiallinien hätte.

G.R. Jerde verliest den Einlauf.

GR. Schorsch weist darauf hin, dass sich der Stadtrat bezüglich der Sperrstunden für Gast- und Kaffeehäuser für eine Differenzierung ausgesprochen hat, dass aber das Staatsamt für öffentliche Arbeiten unter Berufung auf einen angeblichen Beschluss des Stadtrates die Sperrstunde einheitlich auf 11 Uhr für beide Betriebe festgesetzt hat und fragt, ob der Bürgermeister geneigt ist, den offenbar missverständlichen Bericht an das Staatsamt im Sinne des Beschlusses berichtigen zu lassen.

BGM. Reumann: Der Stadtrat hat in der Sitzung vom 27. Mai folgenden Antrag des VB. Emmerling genehmigt: Die Gemeinde Wien erhebt gegen die Verlegung der Sperrstunde für alle Gast- und Kaffeehäuser auf 11 Uhr nachts keine Einwendung. Es wäre eventuell die Alternative in Betracht zu ziehen, bis auf Weiteres die Sperrstunde für die Gasthäuser auf 11 Uhr, die der Kaffeehäuser auf 12 Uhr nachts zu verlegen. Der Stadtrat hat sich somit in erster Linie für die gleichmässige Sperrstunde und nur eventuell für eine Differenzierung ausgesprochen. Bei der Beratung im Staatsamte wurden beide Alternativen erörtert, es haben sich jedoch alle Teilnehmer an der Beratung, mit Ausnahme der Kaffeesieder gegen eine Differenzierung ausgesprochen. Im Volksrathe besteht über eine vor einiger Zeit ergangene Verfügung des Staatsamtes bereits die einheitliche 11 Uhr - Sperrstunde; die Vergnügunglokale haben ebenfalls diese Sperrstunde. Es geht nun nicht an, diesen Etablissementbesitzern etwas wegzunehmen, andererseits tritt aber dann der Fall ein, dass der eine Wirt um 11 Uhr schliessen muss, während der andere bis 11 Uhr offen lassen kann, oder ein Kaffeesieder um 11 Uhr schliessen muss, der andere bis 12 Uhr offen lassen kann. Auch ist die Frage, welches Lokal als Vergnügunglokal zu behandeln ist, nicht immer glatt zu beantworten. Abgesehen von diesen Schwierigkeiten glaubten die Vertreter der Behörden, dass im Sommer eine möglichste Hinausschiebung der Sperrstunde vor allem für die Gasthäuser notwendig sei, weil es dadurch der Stadtbevölkerung erleichtert wird, sich möglichst lang im Freien aufzuhalten, sei es, dass sie vor dem Gasthausbesuch öffentliche Gärten aufsucht, oder dass sie den Abend im Gasthausgarten verbringt.

Die Teilnehmer an der Beratung konnten sich der Erwägung nicht verschliessen, dass die Kaffeehäuser den ganzen Tag über Gäste haben, während die Gastwirte eigentlich doch nur auf das Abendgeschäft angewiesen sind.

Die Hinausschiebung der Sperrstunde für die Gasthäuser auf 11 Uhr wurde allseitig erwünscht und ist auch ein Bedürfnis, eine Hinausschiebung der Sperrstunde für die Kaffeehäuser auf 12 Uhr ist bei der Kohlenlage unfindlich. Es verbleibt also nur die einheitliche Festsetzung der Sperrstunde für alle Betriebe bis 11 Uhr, womit auch den in erster Linie gestellten Stadtratsbedürfnissen Rechnung gegeben würde.

Von der Strassenbahn : Mittwoch den 11. d.M. werden  
nachstehende, seit 19. August 1918 einestellte Strassen-  
bahnlinien bzw. Streckenteile von Linien wieder in  
Betrieb genommen und zwar :

die Linien 4 und 34,

die Teile der Linie 6 durch die Penikenngasse, Rosenstein-  
gasse und Teuberggasse,

die Linie V durch die Hornayrgasse,

die Linie 10 von der Penzingerstrasse bis Hadikgasse,

die Züge der Linie 57 werden bis Unter St. Veit geführt

und die der Linie 157 bis Hitzing Neue Welt,

die Züge der Linie 60 von der Winckelmannstrasse bis

Mariahilfergürtel

-----

Ich muss hinzufügen, dass heute die Kaffeelieder bei mir waren und mit ihnen auch die Vertreter der Gehilfenschaft vorgesprochen haben. Beide verlangten die Differenzierung der Sperrstände und die Vertreter der Gehilfenschaft meinten, dass durch diese etwa 1000 arbeitslose Kellner Beschäftigung finden würden. Ich möchte auch darauf aufmerksam machen, dass ursprünglich die Sperrstände der Gast- und Kaffeehäuser eine einheitliche sind und sie erst im Laufe des Krieges getrennt wurde. Die Differenzierung ist es auch mit sich gebracht, dass Ausnahmsbestimmungen für Vergnügungslokale geschaffen wurden, als deren Folge die aus vielen Kaffee- und Gasthäusern entstandenen Tingl-Tangls anzusehen sind.

GRin Annie Fölzer fragt, ob der Bürgermeister geneigt sei, den Magistrat zu beauftragen, dass den Milchverschleissern und Milchhändlern gegenüber eine strengere Kontrolle angewendet werde, um den Schleichhändlern ein strafbares Gewerbe unmöglich zu machen.

Bgm. Reumann: Magistrat und Marktamt sind von mir sogleich nach meinem Amtsantritt beauftragt worden, die strengste Kontrolle des Lebensmittelverkehrs durchzuführen. Ich werde übrigens die Beschwerde zum Ansehen nehmen, die besprochenen Zustände genauestens prüfen und untersuchen zu lassen.

GRin Marie Wielach fragt, ob der Bürgermeister geneigt ist, im Interesse der Bevölkerung Schritte zur allgemeinen Einführung der freien Rayonierung zu unternehmen und den Bewohnern der inneren Leopoldstadt den Bezug von gesalzenem amerikanischen Schweinefleisch durch ehestige Abänderung der Abgabestellen zu erleichtern.

Bgm. Reumann: Ich werde den Magistrat beauftragen, über diesen Gegenstand Bericht zu erstatten.

GR. Jenschik verlangt in einer Interpellation die Abschaffung der Uebelstände, die durch Abbleeren von Schutt in der Rokitskygasse verursacht werden.

BGM. Reumann: Ich werde dem Aemtern den Auftrag erteilen, den Uebelständen abzuhelfen.

GR. Dr. Ehrlich interpelliert wegen Aushaltung eines Gymnasialabiturienten, der in Oberösterreich wegen versuchter Ausfuhr von 2 kg Butter bestraft und nach Wien abgehoben wurde, in hiesigen Schubarreale, obwohl seine Eltern in Wien wohnhaft sind. Er sollte vom Amtsvorsteher des städtischen Polizeigefangenhauses in seine Heimatgemeinde nach Ostgalizien abgeschoben werden und konnte erst nach mehr als 14 Tagen enthaftet werden.

BGM. Reumann erwidert, dass er über diese Angelegenheit erst Erhebungen einleiten werde.

GR. Rotter richtet die Anfrage, ob der Bürgermeister geneigt sei, das Baden von Jugendlichen im Heustadlwasser des Praters, das öffentliches Aergernis erregt, abstellen zu lassen.

BGM. Reumann: Ich werde diese Anfrage dem Herrn Polizeipräsidenten zur Kenntnis bringen. Ich muss anfrichtig sagen, dass es unangenehm ist, dass wiederum die Polizei mit dieser Sache in Anspruch genommen werden soll. Ich bin froh, wenn junge Leute baden. Ich werde mich überzeugen lassen, in welcher Weise das Schamgefühl verletzt wurde, ich glaube nicht, dass die Verletzung so gross sein wird, wenn dort junge Leute baden.

GR. Schleifer fragt an der Hand eines konkreten Falles den Bürgermeister, ob er bereit sei, alles zu veranlassen, dass das Wohnungsamt in allen Fällen, in denen es wirksam eingreifen könnte, auch rasch ohne Amtsschimmel das Erforderliche verfügt und fordert weiter den verbesprochenen Fall zu untersuchen und darüber zu berichten.

BGM. Reumann erwiderte hierauf, dass in der geschilderten Angelegenheit dem Wohnungsamt keine gesetzliche Handhabe zu einem Eingriffe zustehe, weil Wohnungen, solange sie ständig bewohnt werden, nicht anforderungsfähig sind. Im Uebrigen werden wir heute ein Referat haben, welches dem Wohnungsamt die nötigen Nachmittels zubilligen wird.

GR. Reisler fragt den Bürgermeister, ob er geneigt sei, Vorsorge zu treffen, dass jene in Schlachthof nachliegenden Gründe mit möglich-

ster Beschleunigung bebaut oder eventuell den Ortsbewohnern verpachtet werden.

BGM. Reumann verliest einen Bericht des Landwirtschaftsrates, wonach das Brauchlegen der Gründe in erster Linie die gerade zur kritischen Zeit für den Aobau ungünstige Witterung und der Arbeiter und Saatgutmangel veranlassen hätten.

GR. Reisler fragt, ob der Bürgermeister geneigt sei, den Fahrpersonal der Strassenbahn zu beauftragen, dass die Abwicklung des Verkehrs bei Kinderausflügen so vorgenommen werde, dass die Kinder entsprechend berücksichtigt werden.

BGM. Reumann teilt aus einem Bericht der Strassenbahndirektion mit, in dem letztere sich ausser Stande erklärt, im Sinne der Anfrage die Fahrmannschaft anzuweisen, weil diese den Fahrgästen gegenüber machtlos sind. Damit jedoch die Kinder leichter zurückbefördert werden können, wird empfohlen, die Schulausflüge so einzuteilen, dass die Rückfahrt zur Verkehrsschwächeren Zeit stattfindet.

GR. Herrstein fragt den Bürgermeister, ob er gewillt sei dafür zu sorgen, dass bei den Wahlen in die Gewerlegenossenschaften die gesetzlichen Bestimmungen eingehalten werden, ferner zu verfügen, dass durch Beibringung von Identitätsdokumenten jeder Missbrauch unbestellter Legitimationen hintangehalten werden und dass er die Genossenschaftskommissäre beauftrage, in der Ausübung des Aufsichtersrechtes unparteiisch seines Amtes zu walten.

BGM. Reumann erwidert: Die der Anfrage zugrunde liegenden Angelegenheiten sind dem Magistrat als politische Behörde vorbehalten und fallen daher nicht in den Wirkungskreis des Gemeinderates. Die Magistratsabteilung 17 hat die Wahrnehmung gemacht, dass Genossenschaftskommissäre durch wohlwollende Duldung eines gesetzwidrigen Wirkens der Genossenschaftsleiter die Bestrebungen einer Opposition zunichte gemacht hätte. Insbesondere sind die Ausschreibungen der Wahlen der nichtpolitischen Handelsleute stets vorchriftsmässig erfolgt. Ueber den Punkt Einberufung von Genossenschaftsversammlungen, liegt ein bedauerlicher Mangel in den Bestimmungen der Gewerbeordnung vor. Es ist ganz richtig, dass, wenn die Genossenschaftler erst einen Tag vorher erfahren, dass die Genossenschaftsversammlungen insbesondere bei Wahlen schon nächsten Tag stattfinden, es diesen manchmal benommen ist, eine solche Vertretung in den Ausschuss zu entsenden, der ihre Interessen in richtiger Weise vertritt. Das Staatsamt für Handel und Gewerbe beschäftigt sich bereits mit einer Abänderung der gewerbegesetzlichen Bestimmungen und dürfte auch eine andere Fassung bezüglich der Einberufung der Genossenschaftswahl angeordnet werden.

GR. Jenschik bemerkt, dass trotz der kürzlich erschienenen Verfügung die Preise der Gebrauchsgegenstände vielfach nicht ermächtlich gemacht werden und fragt, ob der Bürgermeister veranlassen wolle, dass Magistratsorgane die Einhaltung der magistratischen Verfügung streng überwachen und dass die Geschäftsleute, die der Verfügung nicht Folge leisten, zur Verantwortung gezogen werden.

BGM. Reumann: Der Herr GR. Jenschik wendet sich in seiner Anfrage nicht an die richtige Adresse. Ich gebe zu, dass die Ueberwachung noch Vieles zu wünschen übrig lässt, sie fällt aber nicht in den Wirkungskreis der Gemeinde, die lediglich die Preisanschreibung für Lebensmittel zu beaufsichtigen hat, sondern in den der Polizeidirektion. Was die Ueberwachung des Anschreibens der Preise für Lebensmittel angeht, so wird diese über meinen Auftrag von den städtischen Marktamsorganen auf das strengste durchgeführt. Das Marktamt hat auch bereits zahlreiche Anzeigen wegen Nichteinhaltung der bezüglichen Vorschriften für den Lebensmittelhandel an die Bezirksämter geleitet und übermittelt mir alltäglich ein Verzeichnis über die erstatteten Anzeigen. Ich glaube daher dem Wunsche des Interpellanten am besten zu entsprechen, wenn ich meine Anfrage der Polizeidirektion mit dem Ersuchen um energische Ueberwachung der Preisnotierung für Be-

gebrauchsgegenstände aller Art in den Schaufenstern übermitteln.

GR. Julius Müller fragt den Bürgermeister, ob er geneigt wäre, durch Beschäftigung der Hörer der Technischen Hochschule in den industriellen Unternehmungen während der Sommerferien zu ihrer praktischen Schulung beizutragen.

Bgm. Reumann teilt mit, dass dies bereits jetzt der Fall sei. Allerdings bekommen die Studenten keine Entlohnung, es könnte ihnen aber nach Massgabe ihrer tatsächlichen Arbeit eine Entlohnung gewährt werden. Es wird veranlasst werden, dass dem Stadtrat ein Antrag hierüber gestellt wird.

GR. Ing. Seidel verweist in einer Anfrage darauf, dass ich einzelne Unternehmer, insbesondere die Gruppe der sogenannten gesundheitstechnischen Betriebe für Heizung und Lichtung weigern den Kollektivvertrag für die metallarbeitenden Betriebe anzuerkennen und fragt: Ist der Herr Bürgermeister geneigt, dem Stadtbauamt und allen städtischen Betrieben die Leistung zu geben, auf alle jene Unternehmungen, welche von der Gemeinde Wien Aufträge erhalten haben oder sich um solche bewerben, nachdrücklich einzuwirken, dass auf Kollektivverträge für Angestellte unbedingt einzuhalten sind.

Bgm. Reumann: In den mit Stadtratsbeschluss vom 10. April genehmigten allgemeinen Bedingungen für den Abschluss von Werk- und Lieferungsverträgen ist folgende Bestimmung getroffen: „Die zwischen den Unternehmern und der Arbeiterschaft geschlossenen Kollektivverträge oder vereinbarten Mindestlöhne von Höchsterbeitszeiten sind einzuhalten.“ Zur Handhabung dieser Vertragsbestimmung muss der Unternehmer auf Verlangen der Gemeinde die betreffenden Lohnlisten und Arbeitsverträge dem hiezu bestimmten Gemeindebeamten vorlegen. Durch die Aufnahme dieser Bestimmung erscheint dem Wunsche des Herrn Antragstellers Rechnung getragen. Ich werde dafür sorgen, dass die Aemter die Erfüllung dieser Bedingung streng wahren.

GR. Waworka interpelliert darüber, dass den städtischen Beamten und Lehrern auf die neuregulierten Gehalte am 1. Mai und 1. Juni nur eine Monatszahlung von 200 Kronen auf Rechnung der Bezugserrhöhungen gewährt wurde.

GR. Vaugoin verweist in einer Interpellation darauf, dass über die Inkrafttretung der neuen Lehrergehälter noch nichts bekannt ist.

GR. Jorde fragt, ob der Bürgermeister geneigt ist, den Magistrat zu beauftragen, die Arbeiten zur Durchführung des Gemeinderatsbeschlusses vom 24. April d.J. derart zu beschleunigen, dass die Auszahlung der neuen Bezüge am 1. Juli erfolgen kann.

BGM. Reumann erwidert auf diese Anfragen, dass die Einreichung der Angestellten vom Stadtrate erfolge und nur individuell vorgenommen werden könne. Bei der grossen Zahl der in Betracht kommenden Personen war es nicht möglich, diese Arbeiten schon jetzt zu besenden, doch wird getrachtet, dieselben raschestens durchzuführen. Die neuen Bezüge für die Lehrpersonen bedürfen noch einer von der Landesversammlung zu genehmigenden Gesetzesänderung und wurde von massgebender Stelle deren schleunigste Friedigung in der Landesversammlung in Aussicht gestellt.

BGM. Reumann: Es wurden Anträge gestellt, um deren Verlesung ich bitte.

GR. Reismann beantragt, den Volkwehramännern bei Fahrten in und ausser dem Dienste den Tarif der Kinderkarten für die Strassenbahn einzuräumen.

GR. Alt beantragt die künftliche Erwerbung der noch nicht der Gemeinde gehörenden Gründe auf Laaberger, die Errichtung einer Wald- und Wiesenanlage dortselbst, sowie die Erbauung eines Gast- und Kaffeerestaurants im Eigenbetriebe der Gemeinde.

GR. Koppensteiner stellt den Antrag, den städtischen Angestellten entweder Streckenkarten der Strassenbahn auszustellen, deren Vorweisung sie berechtigt, einen Fahrschein zum Preis von 30 h zu lösen oder wenn dies aus finanziellen Gründen nicht möglich ist, ihnen zu ermöglichen, ohne Rücksicht auf eine bestimmte Seite eine Rückfahrkarte zu lösen.

GR. Reumann beantwortet die Vorlegung der Karte 75 bis zur Geltendmachung der Karte.  
GR. Alt beantragt, jenen Personen, die ein Bezirksratsmandat bekleiden, zu gestatten, auf die Dauer des Mandates nur halbe Unterpflicht zu leisten.

GR. Dr. Fränkel beantragt die Uebernahme des Gartens des Zivilmädchenpensionates in der Josefstadt durch die Gemeinde und Errichtung eines öffentlichen Kinderspielplatzes.

GR. Linder stellt den Antrag, der Gemeinderat möge beschliessen, ehestens Wahlen in die Ortschaftsräte, Sparkassenausschüsse, Armenräte und Gemeindevermittlungsausschüsse vornehmen zu lassen.

GR. Jorde beantragt, allen in aushilfsweiser Verwendung stehenden Lehrpersonen an öffentlichen Volks- und Bürgerschulen ohne Rücksicht auf die Dauer ihrer Verwendung im laufenden Schuljahre auch in den Ferienmonaten die monatlichen Remunerationen ausbezahlen.

GR. Stanislaus Schneider beantragt, beim Staatsamt für soziale Fürsorge dahin zu wirken, dass den Kriegsflüchtlings in Wien der Bargeldzuschuss für Wohnung und Kost weiter ausbezahlt werde.

GR. Doppler beantragt, die Entschädigung der Lehrpersonen für den Dienst in den Brotkommissionen rückwirkend vom 1. Juni mit 10 Kronen täglich festzusetzen.

GR. Vaugoin beantragt die Errichtung eines Werkstättengebäudes im Jubiläumshospitale, in dem die Herzerit in verschiedenen Räumen des Spitals befindlichen Werkstätten untergebracht werden sollen.

Die Anträge werden der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen. Hierauf wird an die Erledigung der Tagesordnung geschritten.

VB. Hoss beantragt, das Aerbistien des deutschen Ritterordens, in dem ihm gehörigen Gebäude, 1-Bezirk Kaiser Wilhelring 8 (Palais Erzherzog Eugen) die Mehrzahl der Räume zur unentgeltlichen Benützung für Zwecke des städtischen Wohnungsamtes und des städtischen Wohlfahrtsamtes sei anzunehmen. Die Kosten für die bauliche Erhaltung und Instandhaltung des Gebäudes werden mit jährlich 45.000 Kronen, die Kosten für die Beheizung mit jährlich 20.000 Kronen, die Kosten für die Beleuchtung mit jährlich 5000 Kronen genehmigt.

Nach einem Antrage des StR. David wird dem Verein Settlement eine Subvention von 7000 Kronen für die Tuberkulosenfürsorgestelle im 16. Bezirk bewilligt.

StR. David beantragt die Kosten für den Neubau von Haupturatskanälen in der Hettendorfer-, Gablens- und Minclogasse im 15. und 16. Bezirk in der Höhe von 388.151 Kronen zu genehmigen. (Angenommen)

Nach einem Antrage des VB. Winter soll ein Beitrag von 100.000 Kronen zur Errichtung einer Tuberkulosen Heilanstalt für ambulante Behandlung unter der Bedingung zugesichert werden, dass auch Stadt und Land je ein Drittel dieser Kosten übernehmen.

*V.B. Winterling übernimmt den Vortrag.*

Eine Anfrage des StR. Dr. Haas über das Programm der Anstalt wird vom Berichterstatter in zufriedenstellender Weise beantwortet.

Der Antrag des Berichterstatters wird genehmigt.

Nach einem Antrage des StR. Vaugoin wird einer Reihe von Diurnisten die wegen ihrer militärischen Einberufung entlassen werden mussten, und nach ihrer Rückkehr aus dem Felde wieder in den städtischen Dienst getreten sind, die vor ihrer militärischen Einberufung verbrachte Dienstzeit, sowie die Militärdienstzeit für die Vorrückung in die höheren Bezugsklassen angerechnet.

StR. Breitner berichtet über die Verlängerung der Fristen der Einnahmen der Gemeinde Wien und sonstige finanzielle Massnahmen und stellt folgenden Antrag: Die Gesetzentwürfe betreffend die Gemeindefürsorge von öffentlichen Vorführungen und Tanzunterhaltungen und die Forteinhebung der städtischen Zuschläge zu den direkten Steuern und zum Gebühreäquivalente, der kommunalen Abgabe von gebrannten geistigen Flüssigkeiten und der Gemeindeaufgabe auf den Besitz von Hunden, ferner die Erhöhung des städtischen Zuschlages zur Totalisateursabgabe werden genehmigt.

Der Magistrat wird beauftragt, die legislative Genehmigung dieser Beschlüsse zu erwirken. 10% der Lustbarkeitsabgabe werden dem Zwecke gewidmet, Arbeitern, Angestellten und Schülern den Besuch von Theater- und Musikaufführungen zu ermöglichen. Es wird ein 5 gliedriges gemeinderätliches

obes Komitee eingesetzt, das unter Zuziehung von Fachleuten Vorschläge über die bestmögliche Verwendung dieser Summe zu erstatten hat.

GR. Dr. Plaschkes führt aus, dass sich diejenigen Herrschaften, welche sich den Luxus leisten können, an Sonn- Feiert und Wochentagen zu den Rennen zu gehen, auf keine möglichst hohe Eintrittssumme bezahlen können. Er stellt daher den Antrag: Bei sportlichen Veranstaltungen und Wettbewerben bei welchen Wetten durch besondere Unternehmungen ( Totalisateurs) vermittelt werden, wird eine 30%ige Abgabe des Eintrittspreises eingehoben. Er findet eine Verschlechterung der Vorlage/darin, dass die Bestimmung über die Freikarten weggefallen ist. Er beantragt, dass die Freikartenabgabe nach dem normalen Preis zu zahlen ist, da sonst dem Freikartenschwindel und der Freikartenagiotage Tür und Tor geöffnet wäre.

Nach einem Schlussworte des Berichterstatters StR. Breitner werden die Stadtratsanträge genehmigt. Ebenso wird der Antrag des GR. Plaschkes auf Abänderung der Vorlage über die Lustbarkeitssteuer dahin gehend, dass anstatt 10% eine 30%ige Abgabe des Eintrittspreises bei Rennen, etc., eingehoben werden soll. Der Antrag Plaschkes betreffend die Abgabe für Freikarten wird abgelehnt.

Anträge des GR. Breitner, betreffend die Gewährung von Zuschusskrediten für Remunerationen, für die Instandhaltung- und Betriebskosten der städtischen Dienstkraftwagen und für die Auslagen zur Räumung von Hauskanälen und Senkgruben im Gesamtbetrage von mehr als 900.000 Kronen, werden angenommen.

GR. Breitner berichtet über die Erhöhung des Kredites für die elektrische Licht- und Kraftanlage am Kontumazmarkte im 11. Bezirk um den Betrag von 230.000 Kronen.

GR. Dr. Glasauer begrüsst die Ausgestaltung der Märkte, bemerkt aber, dass die Märkte allein wenig nützen werden, wenn es den staatlichen Organen nicht gelingt, entsprechende Mengen von Lebensmitteln zu entsprechenden Preisen zu beschaffen. Er betont, dass es vielfach die sozialdemokratischen Organisationen am Lande sind, die es verhindern, dass Lebensmittel nach Wien kommen und zählt Fälle auf, wie sich in Rankweil, Feldkirch Bregenz ereignet haben. Vielfach waren es die sozialdemokratischen Arbeiter und Soldatenräte, die die Transporte aufhielten. Redner richtet an den Staatssekretär GR. Eldersch den Apell, die Genossen seiner Partei dazu zu bewegen, dass sie den Wienern Lebensmittel hereinlassen. Redner weist auch darauf hin, dass die Sozialdemokraten nun endlich ihr Paradies, dass sie in den Wahlaufufen den Frauen versprochen haben, aufrichten sollen.

VB. Winterling: Ich will die Redefreiheit nicht beschränken, möchte aber nur bemerken, dass die Worte des Herrn GR. Glasauer mit dem Referate nichts zu tun haben.

Der Referent entgegnet dem GR. Glasauer, dass die Bauern, die liefern sollen, im christlichsozialen Lager stehen. Wenn sie liefern wollten (Rufe bei den Christlichsozialen: Sie wollen ja liefern!)(Rufe bei den Sozialdemokraten: Das glauben Sie aber selber nicht)

Es könnten sie es. Die Bauern waren eben die Ärgsten Wucherer in diesem Kriege (GR. Vaugoin: Arbeiter und Bauern gehören zusammen, haben sie gesagt). Das Paradies können wir nicht etablieren, weil wir eine Konkurrenzmasse übernehmen müssten.

Nach dem Schlussworte des Referenten werden seine Anträge angenommen.

StR. Breitner beantragt die Bewilligung eines Zuschusskredites zu den Verköstigungsauslagen der städtischen Kinderpflegeanstalt im Betrage von 15.423K.

Nach einem Antrage des StR. Dr. Grün wird dem Verein „Sänglingsschutz eine Subvention im Betrage von 45.000 K pro 1919 bewilligt.

StR. Dr. Grün beantragt in der Abteilung der Aerzte der Versorgungsanstalten 1 Primar-Arzt-Stelle und 5 Sekundar-Arzt-Stellen zu systemisieren

( Angenommen).

Dem Komitee für Propaganda in Amerika der Wv. medizinischen Dozenten-Organisation wird eine Subvention von K 15000 in Aussicht gestellt.

GR. Dr. Hoss ist für den Antrag, dass soll an die Dozenten die Förderung gestellt werden, dass das Studium der einheimischen Studenten nicht beeinträchtigt wird.

Die Anträge des StR. Kürber über Personalsystemisierungen im Strandbade „Gänsehäufel“, Anschaffung von Bereifungen für die Dienst- und Sanitätskraftwagen ( Kosten 983.100 Kronen) und die Bewilligung eines Zuschusskredites von 80.000 Kronen für die Erneuerung des Anstriches von Bänken und Baumsehüttern in den Gartenanlagen Wiens werden genehmigt.

Die Pauschalbezüge der Schwestern im I. und VIII. städtischen Waisenhaus für Mädchen werden nach einem Antrage des StR. Dr. Grün um 100 % erhöht, ebenso wird der Erhöhung der Remuneration für Waisenhausleiter zugestimmt.

Nach einem Berichte des StR. Kasi Richter wird zu dem bereits bewilligten Kredit von 1.100.000 Kronen für die Anschaffung von Notstandsmöbeln ein Nachtragskredit von 104.377 Kronen bewilligt.

VB. Hoss übernimmt den Vorsitz.

StR. Heinrich Schmid beantragt die Erwerbung von 4 Personen- und 3 Lastkraftwagen durch die städtischen Elektrizitätswerke aus der Sachdemobilisierung um den Betrag von 84.276 Kronen.

GR. Kernner gibt bei dieser Gelegenheit den Wunsch Ausdruck, dass für den Personenverkehr von Salmansdorf nach Pötzleinsdorf ein Benzinauto zur Verfügung gestellt wird.

Nach dem Schlussworte des Berichterstatters wird der Stadtratsantrag angenommen.

Nach einem Berichte des StR. Heinrich Schmid wird für den Umbau der Regeleranlage im 13. Bezirk ein Kredit von 86.850 Kronen genehmigt.

StR. Heinrich Schmid beantragt, für die bei Errichtung einer Benzolfabrik in Leopoldau notwendigen Lieferungen und Arbeiten (ausschliesslich der Erwerbung der Betriebsanrichtung) einen Kredit von 1.983.000 Kronen zu genehmigen. (Angenommen)

StR. Heinrich Schmid berichtet über die Entwurfsarbeiten zu Wasserkraftanlagen für Zwecke der Gemeinde Wien und stellt die bekannten Anträge.

GR. Frohaska : Der Antrag, wie er gestellt ist, enthält verschiedenes, was dem Laien nicht auffällt, aber dem Fachmann. So heisst es, das Stadtbauamt wird beauftragt, im Einvernehmen mit der Direktion der wix Elektrizitätswerke die allgemeinen Studien zur Ausnützung anderer Wasserkraftsäfte fortzusetzen. Hier ist eine kleine Veränderung notwendig und zwar beantrage ich folgende Fassung: Das Stadtbauamt wird beauftragt, im Einvernehmen mit der Direktion der Elektrizitätswerke ein Programm aufzustellen, um auf Grund desselben eine Vergebung der technischen Entwürfe einer Donau-Wasserkraftanlage im Tullnerfeld unter Zuzugilfenahme der behördlich autorisierten und beeideten Zivilingenieure Deutsch-Oesterreichs ausschreiben zu können. Denn bei eigener Regie würde die Gemeinde in die unangenehme Lage versetzt, ihr Werk eventuell von der ganzen Fachmännerschaft begründet zu finden. Diese hat übrigens wenig zu tun und wäre es ein Werk des Entgegenkommens, dass man den beschäftigungslosen Technikern zu diesen Arbeiten heranzieht. Am besten wäre es mit den Fachorganisationen sich in Verbindung setzen und nenne ich als die berufenste die niederösterreichische Ingenieurkammer. Weiters erlaube ich mir die Anträge des abwesenden Kollegen Feldmann zu unterbreiten: Das Stadtbauamt wird beauftragt, im Einvernehmen mit dem Elektrizitätswerk dem niederösterreichischen Ingenieur- und Architekten-Verein der Architekten-Kammer eine Kommission zu bilden, welche derartige Projekte zu verfassen hat. Punkt 3 soll lauten: Bei provisorischer Anstellung sind arbeitslose Fachorgane mit deutschösterreichischer Staatszugehörigkeit zu verwenden. Ferner ist

als Punkt 5 aufzunehmen: Im jeder Versammlung vorzutragen, hat die Kommission 1. alle drei Monate und dann monatlich über den Fortschritt der Arbeiten den Gemeinderate zu berichten.

4  
GR. Dr. Ehrlich schliesst sich zu Punkt 1 des Referates seinem Vorredner an und beantragt zu Punkt 3 die Ausschreibung einer öffentlichen Konkurrenz.

In seinem Schlusswort weist der Referent darauf hin, dass es wohl am besten sein wird, wenn die Gemeinde Wien selbst die Verhandlungen, die notwendig sein werden, führen wird und wenn sie selbst die Vorarbeiten, die zur Ausführung des Projektes notwendig sind, macht. Die Anträge, die in der Debatte gestellt wurden, glaubt der Referent unterstützen zu können.

Die Referentenanträge werden hierauf angenommen und die Anträge der GRs. Prohaska und Dr. Ehrlich genügend unterstützt und an den Stadtrat geleitet.

Nach einem Antrage des StR. Siegel werden die Mehrkosten für den Bau des Kontumazmarktes und Säukenhofes im 11. Bezirke in der Höhe von 1,214.515 Kronen genehmigt.

Als Mehrerfordernis für die Baumeister- und Betonarbeiten beim Kontumazmarkt werden 4,800.000 Kronen bewilligt.

Die Kosten für die Niveau- und Strassenherstellung in der Volksgasse im 13. Bezirk von 40.000 Kronen werden genehmigt.

Nach einem Berichte des StR. Weigl werden die Stadtratsanträge, betreffend die Volksrechnung der Vordienstzeit für die Angestellten der städtischen Leichenbestattung genehmigt.

StR. Weigl berichtet über die Regelung der Lohnbezüge der städtischen Feuerwehrmannschaft des Branddienstes. Die bekannten Stadtratsanträge werden angenommen.

Schliesslich berichtet StR. Weigl über die Uebernahme der Bürgersteigsäuberung durch die Gemeinde Wien.

GR. Rotter vertritt den Standpunkt der Hausbesitzer, indem er erklärt, dass die Gemeinde die Bürgersteigreinigung entweder ganz oder gar nicht übernehmen soll. Er spricht sich gegen die Annahme des Punktes 4 der Vorlage aus, ~~weil~~ der von der Haftpflicht der Hausbesitzer bei eventuellen Unfällen infolge mangelhafter Säuberung handelt.

GR. Doppler: Die Hausbesorger Wiens haben schon seit Jahren wegen Lösung dieser Forderung petitioniert, die heute aber keineswegs als eine ideale zu bezeichnen ist und nicht alle ihre Wünsche berücksichtigt. Sie wollten die Abschaffung der ganzen ~~ganzen~~ Strassenreinigung, doch kann die ganze Angelegenheit nicht allein von der Gemeinde Wien geregelt werden, sondern es sind auch Gesetze hier notwendig. Wenn wir diesem Antrage zustimmen, tun wir dies nur, weil wir vorläufig einen anderen Ausweg nicht wissen. Bei dieser Gelegenheit will ich auf einen Antrag zurückgreifen, denn ich bereits im Dezember des Vorjahres gestellt habe und der die Frage der gesunden Hausbesorgerwohnung betrifft. Den heuti-

gen Antrag betrachten wir als ein Uebergangsstadium und hoffen wir, dass die Forderungen der Hausbesorger bald in ihrer Gänze eine gedeihliche Lösung zugeführt werden.

GR. Dr. Winter: GR. Skaret hat die Frage der Reinigung der Bürgersteige bereits vor 15 Jahren hier angeschnitten. Damals hat es die Majorität abgelehnt darüber zu verhandeln, heutiges steht der Vertreter derselben auf dem Standpunkt, dass die Vorlage zu wenig bietet. Was nicht interessiert, ist die Frage wie es mit der Haftung bei Unfällen am Bürgersteige durch mangelhafte Reinigung veranlasst steht. In dieser Frage hat es unter den Juristen immer einen Streit gegeben, von den verschiedenen Gerichten wurde verschiedentlich entschieden. Früher hatten wir es immer abgelehnt, den Hausbesitzer hierfür verantwortlich zu machen, da ja das bürgerliche Gesetzbuch in diesem Sinne gefasst war während ~~in~~ in der Kriegszeit durch eine Magistrate-Verordnung die Haftung des Hausbesitzers ausgesprochen wurde. Was in der Vorlage steht, ist eben nichts anderes, als ein heute bestehender Rechtsgrundsatz. Derjenige, der ~~von~~ von dem Eigentum etwas hat, muss eben auch für sämtliche Ausflüsse daraus haften. Der Bürgersteig wird von dem Hausbesitzer verwaltet, er hat für die Lasten aufzukommen, der daraus erwachsen. (GR. Rotter ruft: Das ist ein rabulistischer Standpunkt!) In dem Antrage steht auch nicht, dass der Hausbesorger von der Gemeinde angestellt ist, es steht nur drinnen, dass er eine Anerkennung bekommt für seine Arbeit. Der Hausbesorger ist eben vom Hausherrn zu bezahlen, er ist auch nach der Hausbesorgerordnung ein Angestellter des Hausherrn. Die Gemeinde gibt also eigentlich dem Hausherrn einen Zuschuss (GR. Rotter ruft: Ja, seit wann ist denn die Gemeinde so freigebig? GR. Dr. Winter: Seit wir da sind!) Seit die Gemeinde dem Hausbesorger eine Gnadenhabe gibt

..... (Rufe bei den christlichsozialen: Ah so! schön, Gnadengabe!) GR. Dr. Winter: Sie müssen meinen Sprachfehler entschuldigen. Wenn ich von Löhnen und von der christlichsozialen Partei spreche, so kommt mir immer unwillkürlich das Wort Gnadengabe in den Mund. (Beifall bei den Sozialdemokraten). Das juristische Verhältnis des Hausbesorger verändert sich durch die Haftpflicht nicht und es besteht daher kein Hindernis den Referentenanträgen nicht zuzustimmen.

Nach dem Schlussworte des Berichterstatters StR. Weigl werden die Stadtratsanträge unverändert angenommen.

StR. Dr. Winter beantragt, der Deutschösterreichischen Filmhauptstelle zur Herstellung und zum Vertriebe eines namentlich für die Auslandspropaganda bestimmten Films

weise Kunde von Wien ins Ausland zu tragen.  
Der Referentenantrag wird hierauf genehmigt.  
Damit ist die Tagesordnung erledigt.

unter dem Titel „Wien bleibt Wien“ einen Beitrag von 15000 Kronen zu bewilligen.  
GR. Dr. Schwarz-Haller regt die Schaffung eines eigenen Propagandeamtes an, um in einer für die Grossstadt würdigen

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantwortl. Redakteur *Dr. Franz Michow.*  
Wien, I. Neues Rathaus.

25. Jahrgang. Wien, Donnerstag, 12. Juni 1919. No 248.

Spenden für das technische Museum. Die niederösterreichische Handels- und Gewerbekammer und die Grazer Kammer haben zur Förderung der gemeinnützigen Ziele des Technischen Museums 10.000 (zehntausend) und 2000 (zweitausend) Kronen gewidmet.

Die Wohnungsnot in Wien. Trotz der Abwanderung aus Wien verschärft sich die Wohnungsnot tagtäglich, weil die aus den Nachbarstaaten zuziehenden Deutsch-Österreicher, heimkehrende Internierte, Neubegründete Haushalte meist vergeblich ein Unterkommen suchen. Bürgermeister Reumann hat daher verfügt, dass die Anforderung von Wohnungen in grösserem Umfange als bisher durchgeführt werde. Das Wohnungsamt der Stadt Wien wird durch Zuweisung vergrößerter Lokalitäten und von Hilfskräften in die Lage versetzt werden, dem gesteigerten Bedarf zu entsprechen. Für die Anforderung von Wohnungen sollen in allen Bezirken Wohnungskommissäre bestellt werden, welche Anzeigen und Mitteilungen entgegennehmen.

Aufnahme eines Facharztes für Tuberkulosenfürsorge. Im städtischen Gesundheitsamte gelangt die Stelle eines Facharztes für Tuberkulosenfürsorge zur Besetzung. Nähere Auskünfte hierüber werden im städtischen Gesundheitsamte Neues Rathaus, während der Amtsstunden erteilt. Gesuche sind bis 20. d.M. dort zu überreichen.

Bürgerbeeidigung. Heute vormittags fand im Gemeinderatssitzungssaale die Angelobung von neuen Bürgern der Stadt Wien statt. VB. Hoas, der die Beeidigung vornahm, betonte in seiner Ansprache, dass die neuen Bürger mit Stolz während ihrer künftigen Lebensjahre der Auszeichnung gedenken dürfen, die darin liegt, dass ihnen das Bürgerrecht verliehen wurde. Wenngleich auch die Auffassung sich nunmehr geltend zu machen sucht, dass in der heutigen Zeit von der Verleihung des Bürgerrechtes Abstand genommen werden soll, wo werden die neuen Bürger in Ehren diese Auszeichnung tragen, die sie durch ihr arbeitsfreudiges Leben voll verdient haben. In den letzten Tagen sei es nur zu deutlich wahrzunehmen gewesen, dass die Fangarme von Nord und Süd nach dem alten deutschen Wien ausgreifen und Aufgabe der neuen Bürger wird es sein, diesen Vorstoss und die unersättliche Ländergier abzuwehren zu helfen.

Aus der vertraulichen Sitzung. In der gestrigen vertraulichen Sitzung des Gemeinderates wurden die bekannten Auszeichnungen und Titelverleihungen an die ausscheidenden Beamten des Magistrates beschlossen; weiters dem Titular Obermagistratsrat Dr. Loderer in Anerkennung seiner hervorragenden Dienstleistung während der Kriegszeit eine Personalzulage bewilligt, dem Kanzleidirektionsadjunkten Franz Buschan und Franz Rudolf in Anerkennung ihrer hervorragenden Dienstleistung der Titel eines Kanzleivizedirektors und des Kanzleioberoffizialen Karl Bömisch, Adolf Straznicky und Karl Pokorny der Titel eines Kanzleidirektionsadjunkten verliehen, sowie an Armenräte des 2. Bezirkes die goldene Salvatormedaille und an die Wiener Bezirksschulinspektoren die eiserne Salvatormedaille verliehen.

Liebesgabenverteilung in Hernalz. Die Verteilung der Schweizer Liebesgaben durch das Frauenarbeitskomitee für die Buchstaben P bis R, Sch findet Samstag von 2 bis 3 1/2 Uhr an Kinder von 2 bis 6 Jahren statt. Mitzubringen sind: Einkaufschein für Mindestbemittelte, blaue Milchkarte und Heimatschein oder Arbeitsbuch oder Trauungsschein.

Lohnaufbesserung der städtischen Steinbrucharbeiter. In der heutigen Stadtratsitzung berichtete StR. Rudolf Müller (17.) über 85 bis 100%ige Lohnaufbesserungen für die Steinbrucharbeiter in Mauthausen. Die Anträge wurden angenommen.

Die Erhöhung der Verpflegungsgebühren in den Bezirksarmenhäusern. VB. Winter berichtete in der heutigen Stadtratsitzung über die Erhöhung der Verpflegungsgebühren in den Bezirksarmenhäusern, in denen auch Wiener Pflinglinge untergebracht sind. Der Referent wies auf die vielen Beschwerden hin, die über die Kost in den Versorgungsanstalten erhoben werden und trat dafür ein, dass alles vorgesehen werde, damit den armen alten Leuten so reichliche und gute Verpflegung geboten werden möge, als es irgend möglich ist. Die vom Referenten gestellten Anträge wurden angenommen.

Die Adaptierung der Zedlitzmarkthalle. Im Stadtrate berichtete VB. Emmerling über die Instandsetzung eines Teiles der Zedlitzmarkthalle für Ausstellungszwecke des Hagenbundes. Die Kosten für die Adaptierung betragen 279.000 Kronen und sollen zu gewissen Teilen vom Staat, dem Lande und der Gemeinde Wien getragen werden. Die Anträge des Berichterstatters wurden angenommen.

Die Wahrung des Koalitionsrechtes. StR. Haider stellte in der heutigen Stadtratsitzung folgenden Antrag: In der Gemeinderatsitzung vom 23. Mai wurde ein von mir gestellter Antrag, nach welchem der Herr Bürgermeister ersucht wurde, den städtischen Strassenbahnbediensteten analog dem Staatsamte für Verkehrswesen offiziell zur Kenntnis bringen zu wollen, dass aus der Zugehörigkeit zu einer nicht sozialdemokratischen Organisation kein dienstlicher Nachteil erwachsen dürfe und jedem Bediensteten das Koalitionsrecht gewahrt werden müsse, dem Stadtrate zur weiteren Behandlung überwiesen. Ich ersuche den Herrn Bürgermeister, den genannten Beschluss des Gemeinderates dem Stadtrate zur ehesten Behandlung vorzulegen. Der Stadtrat beschloss, den Magistrat zu veranlassen, dass er ehestens eine Vorlage dem Stadtrate unterbreite.

Keine Wiederaufnahme des Stadtbahnverkehrs. Nach einer vom Staatsamte für Verkehrswesen im Rathause eingelangten Nachricht, ist die Wiederaufnahme des Stadtbahnverkehrs am 15. Juni mit Rücksicht auf den in den letzten Tagen ganz unzureichenden Kohleneinlauf nicht möglich.

Wiener Bank Verein. Die 49. ordentliche Generalversammlung findet am 30. d.M. um 11 Uhr vormittags in Wien I. Bezirk Schottenring 2 statt.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantw. Redakteur *Jonny Michew.*  
Wien. I. Neues Rathaus.

25. Jahrgang. Wien, Freitag, 13. Juni 1919. No 249.

Ladenschluss und Mindestruhezeit im Handelsgewerbe. Für den Kleinhandel mit Lebensmitteln und für den Kleinverschleiss von solchen ist die gesetzliche Ladenschlusszeit von 8 Uhr abends bis 5 Uhr früh festgesetzt, für den Kleinhandel mit anderen Waren von 7 Uhr abends bis 5 Uhr früh. Ausnahmsbestimmungen des Gesetzes können insoferne erfolgen, dass in einzelnen Gemeinden oder in bestimmten Teilen von Gemeinden während des ganzen Jahres oder während bestimmter Zeiträume der Ladenschluss bis frühestens 6 Uhr abends rückverlegt oder die Ladeneröffnung über 5 Uhr morgens hinaus auf eine spätere Stunde vorverlegt werden kann. Diese Anordnungen können für die Gewerbe im allgemeinen oder für einzelne Kategorien getroffen werden. Der Magistrat wendet sich nun an die Interessentenkreise mit der Einladung, konkrete Vorschläge über die Ausnahmsbestimmungen zu machen. Die Aeusserungen sind schriftlich an die Magistratsabteilung XVII, Neues Rathaus, bis längstens 28. Juni zu richten. Bezüglich der Sonntagsruhebestimmungen wird der Magistrat eine besondere Rundfrage erlassen. Bei der in Rede stehenden Angelegenheit ist im Auge zu behalten, dass der Arbeiterschutz nach Massgabe des Gesetzes in weitestem Umfange zu gewähren ist und Ausnahmen nur insoweit in Betracht kommen können, als es einerseits die Interessen der Oeffentlichkeit, andererseits die Interessen einer ökonomischen Betriebsführung erheischen.

Die Auflassung des Währinger Ortsfriedhofes. Die Gemeinde Wien ist vor kurzem in den Besitz des Währinger Ortsfriedhofes gelangt. Die Rampe und ein Teil des Vorplatzes an der Währingerstrasse, dann der über die neue Baulinie vorspringende Teil des eigentlichen Friedhofes an der Ecke der Währingerstrasse und der Karl-Beckgasse müssen aus Verkehrsrücksichten beseitigt werden. Dasselbe gilt von dem nördlichen Ende des Friedhofes über das die Karl Ludwigs - Strasse geführt wird. Der westliche, neuere Teil des verbleibenden Bestandes wird in eine öffentliche Gartenanlage umgewandelt werden, während der restliche, ältere Teil, als ein Beispiel eines aus der Wende des 18. und 19. Jahrhunderts stammenden Friedhofes weiterhin erhalten werden sollen. In diesem Teile werden daher die Gräber im allgemeinen, so wie sie heute bestehen, erhalten bleiben. In den anderen Teilen werden, soweit nicht die Verwendung des Bodens zu Strassen- oder Weganlagen die Auflassung der Grabstellen erfordert, die Grabhügel planiert, die Gräfte verschüttet und die Denkmäler und Gräfteinfassungen beseitigt werden. Mit den Arbeiten wird am 1. August begonnen werden. Zunächst kommt der Friedhofsteil an der Ecke der Währingerstrasse und Karl Beck-Gasse an die Reihe. Parteien, welche die Leichen ihrer Angehörigen auf einen anderen Friedhof übertragen lassen oder über das Denkmal verfügen wollen, werden daher eingeladen, sich bis längstens 1. August in dieser Sache an den Magistrat zu wenden.

Aus dem Stadtrat. StR. Dr. Grün beantragte im Stadtrate die Errichtung einer Schulzahnklinik in der Schule 20. Bezirk Pöchlarn-gasse 14. Der Antrag wurde angenommen. - StR. Linder berichtete über die Errichtung einer Kleiderablagestelle auf den Jugendspielplatz am Pferdemarkt im 5. Bezirk. Die Errichtung der Ablagestelle ist für 5 Jahre geplant, da dann eigene Jugendspielplätze errichtet sein werden. Die Referentenanträge wurden angenommen.

Aus dem Rathause. Der Stadtrat tritt in der kommenden Woche Mittwoch und Freitag zu Sitzungen zusammen. - Der Gemeinderat hält Freitag nachmittags 4 Uhr eine Sitzung ab.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur *Emmy Michler*.  
Wien, I. Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

25. Jahrgang. Wien, Samstag, 14. Juni 1919. Nr. 250.

**Kartoffelabgabe.** Montag, Dienstag und Mittwoch werden im 5., 10., 11., 16. und 17. Bezirk Kartoffeln gegen Abtrennung des Abschnittes S der Kartoffelkarte abgegeben. Aus technischen Gründen wird bis auf weiteres bei jeder Abgabe 1 kg Kartoffeln für die Person ausgegeben werden. Die reihenweise Belieferung der Bezirke wird beibehalten, da die Ankünfte leider noch immer nicht so gross sind, um eine allgemeine Abgabe in allen Bezirken gleichzeitig zu ermöglichen.

**Abgabe von Unterzündholz.** Die Abgabe von je 5 kg Unterzündholz an einen Haushalt für eine Woche erfolgt in der Zeit vom 16. bis 21. d.M. gegen Abtrennung des Ziffernabschnittes 34 des amtlichen Einkaufsscheines. Der Preis ist unverändert geblieben.

**Fettabgabe.** In der Woche vom 15. bis 21. d.M. wird wieder die volle Wochenfettquote von 12 dkg Fettprodukten per Person in amerikanischem Speck zur Ausgabe gelassen, so dass auch die Fettkartenabschnitte für nichtrationiertes Fett zur Einlösung kommen. Bei den städtischen Schweinespeckabgabestellen werden pro Person 12 dkg Salzspeck gegen Abtrennung des B Abschnittes Nr. 144 und der beiden Abschnitte Nr. 144 für nichtrationiertes Fett der Fettkarte sowie Durchlochung der Ziffer 48 der gelben Mehlbezugskarte ausgegeben. 12 dkg Salzspeck kosten K 3a60. Organisierte Verbraucher mit blauen Mehlbezugscheinen erhalten die Fettquote bei der Verschleissstelle ihrer Konsumentenorganisationen.

2. Ausgabe.

25. Jahrgang. Wien, Samstag, 14. Juni 1919. Nr. 251.

**Wiener Jugendhilfswerk.** Mittwoch wurden 2 weitere amerikanische Kinderküchen, eine in der Stadtparkmeiserei für 300 Schulkinder aus dem 1., 3. und 4. Bezirk und eine in der Schule 17. Bezirk Wichtelgasse 67 für 400 Kinder dieses Bezirkes. Bürgermeister Reumann besichtigte über Einladung des amerikanischen Kommissärs Dr. Geist die Ausspeisestelle im Stadtpark. Die Beteiligung zahlreicher öffentlicher und privater Fürsorgeeinrichtungen mit amerikanischen Lebensmitteln ist im Laufe der letzten

letzten Tage soweit fortgeschritten, dass schon rund 24.000 Kinder in Tagesheimen, Horten, Waisenhäusern, Kinderspitälern u.s.w. mit amerikanischen Lebensmitteln ausgespeist werden. In den öffentlichen Kinderküchen stehen rund 7000 Kinder in Ausspeisung. In den nächsten Tagen sollen die Ausspeisung von je 2000 Unterernährten Mittelschülern im Augarten und im Kursalon beginnen. Auch werden voraussichtlich in der nächsten Woche weitere amerikanische Kinderküchen und einige Speisestellen in Schulen, so im 4., 9., 16. und 18. Bezirk ihre Tätigkeit beginnen. Auch sollen demnächst an die Ferienerholungsstätten ausserhalb Wiens Ergänzungen aus den amerikanischen Lebensmitteln zu den rationierten eigenen Nahrungsmengen überwiesen werden.

**Entschädigung der Kriegsinvaliden und deren Hinterbliebenen.** Noch im Laufe des Monats Juni wird das Anmeldeverfahren von Ansprüchen auf staatliche Entschädigungen der Kriegsinvaliden und deren Hinterbliebenen nach dem Invalidenentschädigungsgesetze erfolgen. Für die Anmeldung ist Folgendes zu beachten: Anspruch auf die Invalidenrente hat der Kriegsbeschädigte, sofern er militärische Dienste nicht berufsmässig geleistet hat; Anspruch auf die Hinterbliebenenrente haben die Witwe event. die hinterbliebene Lebensgefährtin, die Kinder des Kriegsbeschädigten in der Regel bis zum vollendeten 18. Lebensjahre, der Vater, die Mutter, die Grosseltern, wenn die Eltern nicht mehr am Leben sind, und unter der gleichen Bedingung auch die Geschwister des Beschädigten. Bei der Anmeldung sind unbedingt die Familienpapiere (Tauf-, Trauungs-, Totenschein u.s.w.) mitzubringen, ebenso der polizeiliche Meldzettel, die militärischen Dokumente, insbesondere der Zahlungsauftrag über die militärischen Versorgungsgüter, der Zahlungsbogen über den Unterhaltsbeitrag, Dokumente, die die Vorbildung des Kriegsbeschädigten nachweisen, und ein Nachweis über das Einkommen des Kriegsbeschädigten vor dem Jahre 1916. Ort und Zeit der Entgegennahme der Anmeldungen wird durch eine Kundmachung des zuständigen Invalidenamtes bekanntgegeben werden.

**Wiener Kinder nach Schweden.** Donnerstag hat ein Zug mit 315 Wiener Kindern Wien verlassen. Das Reiseziel war Schweden und zwar die südlichste Provinz Skonen, wo auch die anderen Kinder aus Wien Unterkunft gefunden haben. Viele an die Leiterin des Vereines „Tagesheimstätten“ gelangte Briefe zeugen davon, wie gut es den Kindern in Schweden geht. Die Aktion ist pädagogisch richtig durchgeführt. Die Kinder werden immer zu solchen schwedischen Familien gebracht, deren Gesellschaftsklasse der der eigenen Eltern entspricht. Hierbei sind 3 Klassen vorgesehen: Arbeiter, Mittelstand und gebildeter Mittelstand. Die schwedischen Eltern haben naturgemäss auch Wünsche über Alter und Geschlecht der Kinder geäussert, denen entsprochen wurde. Der grosse Vorteil dieser schwedischen Kinderreise besteht darin, dass das schwedische rote Kreuz, das die ganze Aktion in Angriff genommen hat, die Aufenthaltsdauer der Kinder möglichst auszudehnen sucht. Die Kinder werden 4 Monate in Schweden bleiben, am Bahnhof hatten sich zur Verabschiedung in Vertretung des durch Krankheit verhinderten schwedischen Gesandten, Legationsrat Graf Rosen und Attachée Dr. Bromann, Staatssekretär Hanusch und in Vertretung des Bürgermeisters Vizebürgermeister Max Winter eingefunden. Dieser hielt an die Jugend ein kurze Ansprache, in der er den Kindern die Grüsse des Bürgermeisters der Stadt Wien überbrachte. Die Kinder antworteten mit begeisterten Dankesrufen. Das Bild der Abfahrt war das gewohnte, hinreissend schöne. Als sich der Zug in Bewegung setzte, tönte aus allen Kinderkehlen ein einziger Schrei und hunderte von Taschentüchern flatterten aus den Fenstern des Zuges.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michalek,  
Wien, I. Neues Rathaus.

## 1. Ausgabe.

25. Jahrgang. Wien, Montag, 16. Juni 1919. Nr. 252.

Kartoffelabgabe. Dienstag, Mittwoch und Donnerstag werden im 12., 14., 15. und 20. Bezirk Kartoffeln und zwar 1 kg für den Kopf gegen Abtrennung des Abschnittes S der Kartoffelkarte abgegeben.

Abgabe von Sauerkraut und Sauerrüben. Auch in dieser Woche werden Sauerkraut und Sauerrüben ohne Einschränkung der Menge und ohne Vorweisung einer Anweisungskarte abgegeben. Der Preis beträgt für 1 kg Sauerkraut K 1.40, für 1 kg Sauerrüben K 1.12.

Gemüsesammelmärkte. Durch eine Verordnung der Statthalterei wurde im Jahre 1917 für Gärtner der Marktzwang eingeführt und gleichzeitig der Ein- und Verkauf ab Erzeugungstätte ausnahmslos verboten. Diese Vorschriften werden nun vielfach sowohl von Gärtnern als auch von Händlern nicht eingehalten, was zur Folge hat, dass für die breiten Massen der Bevölkerung Gärtnergemüse fast unerreichbar geworden ist. Es wird aufmerksam gemacht, dass Übertretungen der angeführten Statthaltereikundmachung nachsichtslos auf das strengste geahndet werden.

## 2. Ausgabe.

25. Jahrgang. Wien, Montag, 16. Juni 1919. Nr. 253.

Andauernde Wohnungsnot in Wien. In dem Mangel an Wohnungen und Geschäftslokalen in Wien ist keine Besserung zu verzeichnen. Nach dem Berichte des Wohnungsamtes der Stadt Wien über den Monat Mai betrug die Zahl der vermietbaren unmöblierten Wohnungen 189, davon 158 leerstehend, was einen Rückgang gegenüber dem Vormonate der vermietbaren und leerstehenden Wohnungen bedeutet. Die Lage am Wohnungsmarkt muss als äusserst ungünstig bezeichnet werden, da von den genannten leerstehend gemeldeten Wohnungen der grössere Teil infolge grosser Feuchtigkeit oder baulicher Mängel nicht vermietbar, bezw. bewohnbar ist. Von den 158 unmöblierten Wohnungen entfallen auf die Gruppe der Kleinwohnungen 115, der kleineren Mittelwohnungen 17, der grösseren Mittelwohnungen 15 und der grossen Wohnungen 11. Auch die vermietbaren Geschäftlokale haben gegen den Vormonat einen bedeutenden Rückgang erfahren. Die Zahl der vermietbaren möblierten Wohnungen (Zimmer, Kabinette) ist im Mai auf 164 gesunken. Die Besucherzahl des Wohnungsnachweises hat einen bedeutenden Zuwachs erfahren. Im April betrug sie ungefähr 9000 Parteien, im Mai dagegen ungefähr 11.500. Durch die Organe des Wohnungsamtes wurden im Berichtsmonate 2806 Wohnungen und Geschäftlokale revidiert.

Private Mariahilfer Handelsschule. An der mit Öffentlichkeitsrecht ausgestatteten Handelsschule Wien, 6. Bezirk Millergasse gelangen vom Schuljahre 1919/20 an für Knaben und Mädchen je 2 ganze Freiplätze und je 5 Halbfreiplätze im ersten Jahrgang zur Besetzung. Ausserdem können 5 Halbfreiplätze für Knaben im 2. Jahrgang verliehen werden. Anspruchsberechtigt sind Kinder von Beamten und Angestellten der Gemeinde Wien und ihrer Unternehmungen. Nähere Auskünfte erteilt die Direktion der Anstalt an allen Wochentagen zwischen 5 und 6 Uhr nachmittags. Gesuche um die genannten Freiplätze sind bis längstens 30. Juni bei der Magistratsabteilung 13. Bezirk, Neues Rathaus einzureichen.

Schonaa wir die Wälder! Die Bezirksvorsteher des 13. und 16. Bezirkes haben nachstehenden Aufruf an die Bevölkerung erlassen: In unserer Not wenden

wir uns an alle Wiener mit der Bitte, sie mögen uns helfen, die Waldbestände an der Grenze der westlichen Bezirke möglichst vor den Verwüstungen zu behüten, denen sie gegenwärtig ausgesetzt sind. Der Mangel an Holz und anderen Heizstoffen war den Winter über gross. Wohl insbesondere infolge des Eintrittes der wärmeren Jahreszeit erscheint er in seiner schroffsten Form beseitigt, und es wäre an der Zeit unseren Sinn wieder nach dem wahren Ziele des Wienerwaldes, unserer Erholung in seiner natürlichen Schönheit zu richten. Hingegen ist noch immer zu beobachten, dass jener Teil der Bevölkerung, der den Winter über in den Wald um Holz ging, nicht so leicht hievon abzubringen ist. Noch immer ziehen an schönen Tagen ganze Scharen von Holzklauern in die im Weichbilde der Stadt Wien oder ihrer unmittelbaren Grenze liegenden Wälder bei Hütteldorf und Ottakring und richten dort arge Verwüstungen an. Sie begnügen sich nicht, die dürren Äste mit nach Haus zu nehmen. Sie schneiden gesunde Bäume gar nicht forstmässig um, meist in Meter oder Fusshöhe und zerstören dadurch den Wald, dessen Ausatmungen wir für unsere Lungen so notwendig brauchen. Es wird ungeheuer viel Schaden gestiftet, teilweise sogar, um mit dem geraubten Holze einen regen Schleichhandel zu betreiben. Weder Polizei und Volkswehr, noch die berufenen Hüter des Waldes, die Forstleute, sind stark genug, dem Unfug, der sich auch auf einen grossen Teil des Tiergartens erstreckt, halt zu gebieten. Mit aller Tatkraft müssen wir uns gegen die Schädlinge zur Wehr setzen, wenn wir nicht eines Tages schwerste Einbusse erleiden wollen. Wir rufen die gesamte Bevölkerung Wiens auf, dass sie die für die Volksgesundheit so notwendigen Wälder rette. Sie gehören Allen, kein Einzelner hat das Recht, sie niederzuliegen. Wir wissen, dass der Wald geschont werden wird, wenn alle über ihn wachen. Dazu helfe, Wiener! Unser Waldbestand ist ein Stück unserer Zukunft, eine Vorbedingung unserer Gesundheit. Macht diesen Satz zum geistigen Eigentum der Waldfrevler und wir hoffen, dass sie freiwillig von ihrem Tun ablassen werden.

Urlaubsheim für die Gemeindeangestellten.

\*\*\*\*\*

Der Verband der Angestellten der Gemeinde Wien vergibt ab  
15. Juni l.J. in seinem Urlaubsheim in Waldegg (an der  
Iesting) an seine Mitglieder Zimmer samt Verpflegung zum  
-agespreis von K 18.- bis K 20 - pro Tag und Person. An-  
meldungen wollen beim Verbandesekretär, Wien I. Rathaus vor-  
genommen werden.

-----

Abgabe von N hrmittelzubussen für Kinder.

Die vom Staatsamte für Volksernährung für den Monat Juni zur Verfügung gestellten N hrmittelzubussen für Kinder bis zu 14 Jahren werden bei den Konsumentenorganisationen und städtischen N hrmittelzubussenabgabestellen in der Zeit vom 20. bis 28. d. M. abgegeben. Es erhalten: 1.) Kinder bis zum vollendeten 2. Lebensjahre 1 kg Weizengriess, 1/4 kg Teigwaren; 2.) Kinder vom vollendeten 2. bis zum vollendeten 6. Jahre 1 kg Mehl, 1/4 kg Teigwaren; 3.) Kinder vom vollendeten 6. bis zum vollendeten 14. Jahre 1/2 kg Reis und 1/2 kg Haferreis.

Haushalte die mit dem Mehlbezug bei städtischen Abgabestellen rayoniert sind, erhalten die N hrmittelzubussen für Kinder bei den städtischen N hrmittelzubussenabgabestellen, Mitglieder von Konsumentenorganisationen bei der Verschlei stelle ihrer Organisation.

Der Bezug der Zubussen erfolgt für alle drei Altersstufen und für alle angeführten Artikel gegen Vorweisung der Mehlbezugskarte und Abtrennung des Abschnittes VI der grünen, blauen oder gelben Milchkarte. Detailverkaufspreis der Zubussen: Mehl und Weizengriess K 5.40, Reis K 4.7, Haferreis K 1.72, Teigwaren K 7.--, alles per 1 kg.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur *Jenny Michler*  
Wien. I. Neues Rathaus.

25. Jahrgang. Wien, Dienstag, 17. Juni 1919. No 254.

Gemeinde Wien - Städtische Versicherungsanstalt. Der vom Gemeinderate neu gewählte Verwaltungsausschuss der städtischen Versicherungsanstalt hat am 12. d.M. unter dem Vorsitz des VB. Emmerling seine konstituierende Sitzung abgehalten. Zum Vorsitzenden - Stellvertreter wurde GR. Julius Berman, zu Mitgliedern des Direktionsausschusses wurden die Gemeinderäte Anton Grolig, Karl May, Dr. Franz Pöschel und Amalie Seidel gewählt. In das Revisionskomitee wurden vom Verwaltungsausschusse die Gemeinderäte Josef Benisch, Julius Blum und Karl Paulitschke, als Obmann der Qualifizierungskommission GR. Karl Schmid und als Obmann des Disziplinarausschusses GR. Leopold Doppler gewählt. Es wurde beschlossen, den Titel der Anstalt auf „Gemeinde Wien - Städtische Versicherungsanstalt“ abzuändern.

Preiserhöhung für frisches Schweinefleisch. Infolge der neuerlichen Erhöhung der Gesteuerungskosten beträgt von Donnerstag, 19. d.M. angefangen der Kleinverkaufspreis für das Fleisch von Schweinen, die im Wege der städtischen Schweineübernahmestelle in Verkehr gesetzt werden, 36 Kronen für 1 kg. Gleichzeitig wurde der Kleinverkaufspreis für Schweinsinnereien und Köpfe mit 16 Kronen, für rohe Zungen mit 19 Kronen und für gepökelte Zungen mit 21 Kronen für das kg festgesetzt.

Stellenbesetzung. Im Status der Aerzte des städtischen Gesundheitsamtes, Abteilung Aerzte der städtischen Versorgungsanstalten sind 5 Sekundär-Ärztstellen 2. Klasse zu besetzen. Die Stellen sind vorerst provisorisch, jedoch mit dem Anspruche auf definitive Anstellung nach einer 2 jährigen Dienstzeit zu besetzen. Bewerber haben nebst den allgemeinen Erfordernissen für die Anstellung im städtischen Dienste das an einer inländischen Universität erlangte Diplom eines Doktors der gesamten Heilkunde, sowie eine zweijährige spitalärztliche Dienstleistung nachzuweisen. Mit den Stellen sind die Bezüge der 7. Bezugsklasse verbunden. Gesuche sind bis spätestens 22. Juni beim städtischen Gesundheitsamte einzubringen.

Vermählung. Sonntag, 15. d.M. fand die Vermählung des Magistratssekretärs Dr. Martin Jechl mit Fräulein Marianne Zagorska statt.

Liebesgabenverteilung im 17. Bezirk. Mittwoch, den 18. d.M. findet im Rathaus Elterleinplatz 14 die Liebesgabenverteilung an Kinder von 2 bis 6 Jahren in der Zeit von 2 bis 5 Uhr nachmittags an die Buchstaben S bis Z statt. Mitzubringen sind die blaue Milchkarte, Einkaufschein oder Meldzettel oder Arbeitsbuch.

Todesfall. Stadtrat i.P. Franz Wassaly, Bürger von Wien, Vorsteher der Genossenschaft der Fragner etc. ist gestern früh im 82. Lebensjahr nach kurzem Leiden verschieden. Das Leichenbegängnis findet Donnerstag, 19. d.M. um  $\frac{1}{2}$  4 Uhr nachmittags von der Kapelle des Penzinger Friedhofes aus statt.

Vestenthaler Suppenmasse für Mindestbemittelte. In der 106. Fürsorgewohnung wird an alle Besitzer der rosafarbenen Einkaufscheine für Wohlfahrtsfleisch Vestenthaler Suppenmasse gegen Abtrennung des Abschnittes 21 in den Geschäften der Grossschlächtereie abgegeben. Jede Person des Haushaltes erhält  $\frac{1}{8}$  kg zum Preise von 80 h. Abgabetermine: A bis F Samstag, den 21. Juni, G bis K Montag, den 23. Juni, L bis R Mittwoch, den 25. Juni und S bis Z Freitag, den 27. Juni. Die Masse ist mit kaltem Wasser anzurühren und 25 bis 30 Minuten kochen zu lassen. 5 kg Masse geben 1 Liter Suppe

# Wiener Kurier-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Dr. Franz Witzmann.  
Wien, I. Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

25. Jahrgang. Wien, Mittwoch, 18. Juni 1919. Nr. 256.

**Anmeldungen für die Invaliden- und Hinterbliebenenrente.** Freitag, 20. d.M. beginnen die Anmeldungen von Ansprüchen auf staatliche Entschädigung der Kriegsinvaliden und deren Hinterbliebenen nach dem Invalidenentschädigungsgesetze. Die Anmeldungen haben beim zuständigen magistratischen Bezirksamte zu erfolgen. Anmeldungstage für Kriegsbeschädigte sind: Für die Anfangsbuchstaben des Familiennamens A und B 20. Juni, C, D und E 21. Juni, F und G 22. Juni, H, I und J 23. Juni, K und L 24. Juni, M und N 25. Juni, O und P 27. Juni, Q, R und S 28. Juni, Sch, St und T 30. Juni, U, V und W 1. Juli, X, Y und Z 2. Juli. Für die an diesen Tagen verhinderten Kriegsbeschädigten wird die Anmeldung am 2. und 3. Juli entgegengenommen. Anmeldungstage für die Hinterbliebenen nach Kriegsbeschädigten sind: Für die Anfangsbuchstaben des Familiennamens A 5. Juli, B 7. Juli, C, D und E 8. Juli, F und G 9. Juli, H, I, J, K, L, M, N, O, P, Q, R, S, T, U, V, W, X, Y, Z 10. Juli, 11. Juli, 12. Juli, 13. Juli, 14. Juli, 15. Juli, 16. Juli, 17. Juli, 18. Juli, 19. Juli, 20. Juli, 21. Juli, 22. Juli, 23. Juli, 24. Juli, 25. Juli. Die Anmeldungen werden in der Zeit von 8 bis 2 Uhr entgegengenommen. Im Interesse der Anspruchswerber empfiehlt es sich, den Anspruch wöchentl. mündlich und zwar an den oben genannten Tagen anzumelden.

**Kartoffelabgabe.** Donnerstag, Freitag und Samstag werden im 4. und 13. Bezirk ein kg Kartoffeln pro Person gegen Abtrennung des Abschnittes 3 der Kartoffelkarte abgegeben.

**Die Wartehäuschen der Strassenbahn.** StR. Isar berichtete heute im Stadtrate über den Antrag der Bezirksvertretung Döbling, an allen Haltestellen der Strassenbahn Wartehäuschen zu errichten. Ueber Antrag des Referenten wird der Antrag der Bezirksvertretung als viel zu weitgehend abgelehnt.

2. Ausgabe.

25. Jahrgang. Wien, Mittwoch, 18. Juni 1919. Nr. 256.

**Todesfall.** Montag abends starb Magistratsrat i.P. Johann Josef Hulka im 71. Lebensjahre. Magistratsrat Hulka war Obmann des Vereines der pensionierten Beamten der Gemeinde Wien und Vorstandsmittglied des Vereines der Beamten der Stadt Wien. Das Leichenbegängnis findet Donnerstag, 19. d.M. um ¼ 4 Uhr nachmittags von der Kapelle des Zentralfriedhofes aus statt.

**Die amerikanische Kinderauspeisung in Wien.** Der Kommissär der amerikanischen Kinderhilfsaktion für Wien Dr. Hermann Geist teilt uns mit: Derzeit sind in Wien folgende Küchen und Speisestationen in Betrieb: Stadtpark (Zahl der ausgespeisten Kinder 300), Augarten 770, Charitas, Währinger Gürtel 600, Baracke in der Sonnwendgasse 500, Charitas Molitorgasse 300, Kriegsspital Hohenbergstrasse 960, Hofküche Schönbrunn 500, Schule Wichtelgasse 400, Zitaküche Forsthausgasse 1600, Verein „Bereitschaft“ 8 Küchen mit rund 600, Kongregation der Dienerinnen des Herrn Jesu 160, Franz Josefs Jugendasyl 320, Kinderasyl Humanitas 80, Landestaubstummensanstalt 82, Hilfsverein für Lungenkranke 150, Ferienhort für bedürftige Gymnasial- und Realschüler 300

Schwester vom armen Kinde Jesu 310, Verein Pestalozzi 345, Knabenspeisestationsanstalt Pampiliusheim 90, Kongregationskinderheim 190, Hammerschlag 200, Mariaheim 160, Farneliterinnen 160, Allgemeine israelitische Knabenanstalt 81, Töchtererziehungsinstitut 120, Pestalozzverein 130, Kinderheim der barmherzigen Schwestern 80, Fürsorgeanstalt St. Raphael 90, Verein Kinderschutzstationen 1260, Schulschwester 80, Frauenwohlthätigkeitsverein Wieden 80, Privatvolkschule Kinderheim 210, St. Severins Knabenbeschäftigungsanstalt 140, Mädchenheime der Schulschwester 130, Kongregation der armen Schulschwester unserer Lieben Frau 174, Theresien-Kreuzer Verein 130, Kriegsfürsorge Kinderasyl 70, Lehrlingschutz 120,

Antoniusasyl 50, israelitisches Mädchenwaisenhaus 70, Merores Waisenhausstiftung für Mädchen 60, Kinderhort 50, Kriegerheim 140, Max Springer'sches Waisenhaus 50, Küche XVIII amerikanische Hilfsaktion 600, Mädchenasyl und Fürsorge 40, Erziehungsheim für schutzbedürftige Mädchen 22, Arbeiterverein Kinderfreunde 450, Caske Srdce Videnske 1200, Verein Zukunft 40, Kinderabteilung Polyklinik 24, Küche der amerikanischen Hilfsaktion und Tagesheimstätte und Mädchenhort Kriegsküche 500, Kinderbewahranstalt St. Anna 280, Kinderküche 400, Knabenasyl St. Philipp 20, Charitashaus 60, Salesianer Kongregation 30, Frauenhilfsaktion Tagesheimstätte XVI 130, Frauenhilfsaktion Heimstätte 30, Frauenhilfsaktion Tagesheimstätte II 100, Kinderküche II Stadtpark 309, Verein Waldschule 120, Kinderbewahranstalt und Tagesheimstätte 160, Lehrlingsfürsorge 400, Frauenhilfsaktion Hietzing 200, Schutzverein zur Rettung verwaister Kinder 120, Frauenhilfsaktion XIII 150, Deutschösterreichischer Jugendrathbund 150, Schmid Elterlein'sches Kinderheim 200, Kinderschutzstationen 360, Mendelschgasse 100, Sandleitengasse 400, Troststrasse 98, Ottakringer Jugendheim 180, Knabenbeschäftigungsanstalt 230, Evangelische Waisenversorgungsanstalt 245, Verein Kinderhort XIX 100, Jugendfürsorge II 200, Kinderschutzstationen 1520, Tuberkulosenambulatorium 100, Orthopädisches Spital 70, Asyl für blinde Kinder 12, Ausspeisung israelitischer Kinder XVI 80, Klementinum 70, Maria Josefinum 180, Taubstummeninstitut XIII 85, Militärkindererziehungsinstitut 180, Videntium 275, Kinderhort Frau Dr. Vrba 22, Jünglingsverein Mariahilf 120, Humanitätsverein 50, Calasantinum 200, israelitische Kinderbewahranstalt 300, Elterverein Pestalozzi II 700, Schutzverein für die gefährdete männliche Jugend 40, Heimstätte für jüdische Kinder und Kriegswaisenhaus 45, Verein reisender Kaufleute 20, Rest der Küchen der Kinderfreunde 2330, technische Hochschule 1200 und Volkwehr 100.

Insgesamt bestehen in Wien derzeit

144 Speisestationen. Im Laufe der nächsten Woche werden nachstehende Speisestationen eröffnet: Gwaltergasse 16 für 1100, Lehrlingsheim Badgasse für 240, Schule Heppelplatz für 600, Molitorgasse für 300, Kriegsspital Meidling für 600, Lorenz Meidlinggasse für 400, Klettenhofergasse für 460 Kinder und Universität für 3000 Studenten.

**Die Erhöhung der Lagerhausgebühren.** In der heutigen Stadtratsitzung berichtete StR. Kokrdla über die Erhöhung der Gebühren im städtischen Lagerhaus und im Kühlagerhaus. Die Erhöhung der Arbeitslöhne der allgemeinen Region, sowie aller Materialien habe eine 60 bis 70 %ige Steigerung der Gebühren zur Folge. Der Referent beantragte, die Gebühren von 100 kg pro Woche von 4 auf 6, von 6 auf 8, von 8 auf 12 und von 10 auf 14 h zu erhöhen. Diese Mehrgebühren ergeben insgesamt einen Ertrag von 2.700.000 Kronen. Im Kühlagerhaus seien geringere Gebührenerhöhungen ins Auge gefasst. Da sollen nur der Tarif für die Einlagerung von Geflügel und Eiern erhöht werden, ferner die Versicherungspläne und zwar für je 100 Kronen des eingelegeten Wertes von 6 auf 10 h. In der Debatte wiesen die StRe. Biber und Bruner auf die ausserordentliche Höhe der Versicherungsprämien und auf das ganz geringe Gefahrenprozent bei Lagerhäusern hin. Die Referentenanträge wurden angenommen.

**Aus dem Stadtrate.** Ueber einen Antrag des VB. Emerling wurde beschlossen, für die restlichen Arbeiten beim Bau der Fischzuchtanlage in Albern einen Betrag von 25.000 Kronen zu gewilligen. - StR. Weigl berichtete über die Erhöhung der Ruhebezüge für die vor dem 1. Mai d.J. pensionierten Angestellten der Strassenbahn. Seine Anträge wurden angenommen. - Ebenso wurden seine Anträge betreffend die Beförderung des Branddirektors von der 60 in die 5. Rangklasse und betreffend die Beförderung der beiden Branddirektoren Stellvertreter von der 70 in die 6. Rangklasse angenommen. - Nach einem Antrage des StR. Müller (17) werden die Kosten für die Umplasterung der Kopalstrasse im 11. Bezirk um Beträge von 57.000 Kronen genehmigt.

**Lebensmittel für das Landesgericht.** Bürgermeister Reumann teilte in der heutigen Stadtratsitzung mit, dass im Landesgericht eine förmliche Hungerrevolte ausgebrochen sei. Der Direktor des Approvisionierungsamtes im Landesgericht Süßmayer wendete sich an verschiedene Stellen um Lebensmittel zu bekommen. Er ersuchte auch den Bürgermeister aus den Vorräten der Gemeinde dem Landesgefängnis leihweise Lebensmittel zu überlassen. Die Lage im Landesgerichte wurde dadurch erschwert, dass in den Räumen die einen Belegraum für 1000 Personen haben, gegenwärtig 1715 Personen untergebracht sind. Der Bürgermeister bemerkte, dass es natürlich nicht angehe, gegen den Hunger das alte Mittel der Prügel anzuwenden, sondern dass man für Lebensmittel sorgen müsse. Er habe daher veranlasst, dass dem Landesgerichte heute noch 2000 kg Schwarzmehl, 800 kg Weissmehl, 300 kg Margarine, 300 kg Schweinefett, 2000 kg Haferreife und 1000 kg Roh- und Sandzucker aus den städtischen Vorräten überwiesen werden. StR. Kienböck machte darauf aufmerksam, dass die Anhäufung der Häftlinge auch dadurch verursacht werde, dass im Landesgerichte zu wenig Richter angestellt sind, die mit den Arbeiten nicht nachkommen können. StR. Dr. Scheu erinnerte daran, dass eine Kommission für das Landesgericht bestanden soll, in welche die Gemeinde auch einen Vertreter entsenden könne. Er regt an, für diese Vertretung, falls die Kommission noch besteht, zu sorgen. Den Verfügungen des Bürgermeisters wurde zugestimmt und Bürgermeister Reumann erklärte, die Anregungen Kienböck und Dr. Scheu zu verfolgen.

**Die Quartiergeldforderungen der Bediensteten der Gaswerke.** StR. Boabek berichtete heute im Stadtrate über die Quartiergeldforderungen der Bediensteten der städtischen Gaswerke. Er beantragte, den Bediensteten Mietzinsteiträge und zwar bis zu 5 Jahren 40 Kronen, bis zu 10 Jahren 50 Kronen, bis zu 15 Jahren 65 Kronen und über 15 Jahre 80 Kronen monatlich zu gewähren. Die Kosten dieser Zuwendungen belaufen sich auf 2 1/2 Millionen Kronen. Nach einer längeren vom StR. Rummelhart hervorgerufenen Debatte über die Frage, ob Kollektivverträge nicht gewisse Bestimmungen der Dienstverträge aufheben, zu der die StRe. Dr. Kienböck, Schorsch, Haider, Dr. Winter und Vaugoin sprachen, wurden die Referentenanträge angenommen.

**Eine Feldbahn für die Holzabfuhr.** In der heutigen Stadtratsitzung berichtete StR. Schmid über den Bau einer Feldbahn zwecks Holzabfuhr auf den Lainzer Tiergarten und von Rekawinkel. Aus dem Lainzer Tiergarten sind 30.000 Raummeter und von Rekawinkel 5000 Raummeter geschlägertes Holz abzuführen. Die Anlagekosten der Feldbahn belaufen sich auf ungefähr 551.000 Kronen. Die Anträge des Referenten wurden angenommen.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur *Jonny Michler*,  
Wien, I. Neues Rathaus.

25. Jahrgang. Wien, Freitag, 20. Juni 1919. Nr. 257.

Drohende Einstellung der Bautätigkeit in Wien. Der deutschösterreichische Wirtschaftsverband des Baugewerbes teilt mit, dass er das Staatsamt für Handel, Industrie und Bauten verständigigt hat, dass, falls keine rasche Belieferung mit Zement und Weisskalk erfolgt, Samstag, 28. d.M. die Bautätigkeit in Wien eingestellt werden soll. Infolge des vollständigen Mangels an Zement und der ungenügenden Zufuhren an Weisskalk ist eine neue Kalamität hervorgetreten, geeignet, den Ruin des Baugewerbes herbeizuführen. Die vollständige Einstellung der Bautätigkeit würde viele tausende von Arbeitern und Baugewerbetreibenden vor die Gefahr der Erwerbslosigkeit stellen, und die Zahl der Arbeitslosen müsste einen neuerlichen grossen Zuwachs erfahren. In den Kreisen der Baugewerbetreibenden hat es befremdende Überraschung hervorgerufen, dass die Regierung gerade in diesem ungünstigen Zeitpunkte einen Einfuhrzoll auf Zement bestimmt hat, der früher nicht bestanden hat. In den letzten Tagen hat sich eine bezeichnende Tatsache zuggetragen. Es sollten, in Befolgung des Gesetzes betreffend die Einstellung von Arbeitslosen, paritätisch aus Baugewerbetreibenden und Bauarbeitern gebildete Kommissionen den Bedarf an Arbeitslosen auf Bauten feststellen. Dabei ergab sich die merkwürdige Erscheinung, dass Beschäftigung für Arbeitslose reichlich vorhanden gewesen wäre, hätte es nicht an Zement und Kalk gefehlt. Wegen des bedauerlichen Mangels konnte dem vielen sich herandrängenden arbeitswilligen Personen die erhoffte Beschäftigung nicht zugewiesen werden.

Organisationsänderungen im Wohnungsamte. In der Organisation des städtischen Wohnungsamtes treten folgende Veränderungen ein: Ab 21. d.M. werden alle Einzelfälle von Wohnungsanforderungen (Unbenützte, unzulänglich benützte Wohnungen) den Wohnungskommissären, die bei jedem magistratischen Bezirksamte bestellt sind, zugewiesen. Anzeigen und Eingaben sind an diese zu richten, und bei ihnen ist auch der allfällige Einspruch an das Mietamt einzubringen; nur für den 8. Bezirk bleibt die Zentrale, des Wohnungsausschusses Schmidgasse 18 zuständig. Die Zuweisung angeforderte Wohnungen erfolgt nach wie vor durch die genannte Zentrale. Gleichzeitig nimmt das Wohnungsamt mit der Wirksamkeit für Wien einschliesslich des erweiterten Wohngebietes, jedoch mit Ausscheidung aller Einzelfälle der Wohnungsanforderung und Zuweisung seine Tätigkeit im neuen Amtlokale I. Kaiser Wilhelming 8 auf.

Kartoffelabgabe. Samstag, bis Montag werden im 6. und 7. Bezirk Kartoffeln und zwar 1 kg für den Kopf gegen Abtrennung des Abschnittes 8 abgegeben.

Die Ankündigungen in den Strassenbahnwagen. In der heutigen Stadtratsitzung berichtete StR. Josef Müller über die Anbringung von Ankündigungen auf den Fenstern der Strassenbahnwagen. StR. Breuer bemerkte hierzu, dass bereits 21 Zettel auf den Fenstern der Strassenbahnwagen kleben, was im höchsten Grade unechten sei. VB. Emmerling betonte, dass in der Zeitschrift „Reklam“ in einem Artikel darauf verwiesen worden sei, dass man in Deutschland für die Anbringung solcher Ankündigungen nicht unbedeutende Einnahmen erzielt habe. Vielleicht könne man etwas Ähnliches auch in Wien machen, insbesondere im Hinblick darauf, dass jetzt jeder Heller benötigt werde. VB. Hossfeld teilte mit, dass ein diesbezüglicher Akt bei den Aemtern noch in Beratung sei. Der Antrag des Referenten wurde angenommen.

## Wiener Gemeinderat

Sitzung am 20. Juni 1919.

Vorsitzender BGM. Reumann.

Zu Beginn der Sitzung leistet der infolge Erkrankung erst heute zum ersten Male erschienene GR. Hützel die Angelobung.

Gespendet haben: Kommerzialrat Fritz Gerhards letztwillig 20.000 K für die Armen der Stadt Wien, Der Wiener Trabrennverein von einem Resestallbesitzer 10.000 K und Siegmund Parnes für die Armen des I. Bezirkes 1000 Kronen.

Auf eine Interpellation der GR. Marie Wielsch, betreffend die Einführung der freien Rayonierung, teilt der Bürgermeister mit, dass sich die Zwangsrayonierung gut bewährt und sich so eingelebt hat, dass es nicht ratsam erscheint, einschneidende Änderungen, wie sie die allgemeine Einführung der freien Rayonierung mit sich brächte im gegenwärtigen Zeitpunkt vorzunehmen. Wegen Zuweisung der Bewohner der inneren Leopoldstadt zu passender gelegenen Abgabestellen für amerikanisches Schweinefleisch hat der Magistrat die Vieh- und Fleischübernahmestelle ersucht, im Einvernehmen mit der Fleischselchergenossenschaft das Nötige zu veranlassen.

BGM. Reumann beantwortet eine Interpellation des GR. Machet aus der letzten Sitzung wegen der Wahl des Bezirksversteher-Stellvertreters im 20. Bezirk, dahin, dass die Stadtwahlbehörde den Beschluss gefasst hat, dass die Stelle eines Bezirksvorstehers und seines Stellvertreters in jenen Bezirken, in denen die zwei stärksten Parteien eine gleiche Mandatszahl aufweisen, derjenigen Partei zufallen sollen, die eine grössere Stimmenanzahl im Bezirke aufgebracht hat. Laut Stadtratsbeschluss vom 6. Juni d.J. wurden die diesbezüglich eingebrachten Proteste zurückgewiesen.

BGM. Reumann: In dem heutigen Einlauf befindet sich eine Interpellation des GR. Findenigg, die absolut mit dem Gemeinderat nichts zu tun hat. Es handelt sich um eine Angelegenheit der Drechslergenossenschaft und ich kann infolgedessen diese Angelegenheit zur Verlesung im Gemeinderat nicht zulassen.

Schriftführer GR. Waldsam verliest den Einlauf.

GR. Dr. Schwarz-Hiller fragt, ob der Bürgermeister geneigt wäre, mit Rücksicht auf die ausserordentliche Bedeutung und Dringlichkeit einer richtig geleiteten Auslandspropaganda für Wien in Stattgebung meiner Anregung alles Erforderlichen vorzunehmen, damit ehestens eine städtische Propagandastelle, allenfalls in Form einer vom Gemeinderat zu wählenden gemischten Kommission errichtet werden kann.

BGM. Reumann: Herr Dr. Schwarz-Hiller hat in seiner Rede in der letzten Gemeinderatsitzung über die Auslandspropaganda gesprochen und beantragt, ein eigenes Propagandaamt für Wien zu errichten. Ich unterschätze eine intensive Propaganda für Wien als Stadt der Wissenschaft und der Kunst und als Fremdenstadt durchaus nicht und werde dieser Anregung dadurch näher treten, indem ich sie zum Gegenstand der Beratung im Stadtrat in kürzester Zeit machen werde. Wie sehr ich die Notwendigkeit einsehe, zeigt der Umstand, dass ich bereits im Februar d.J. im Stadtrat internationaler Beziehungen zum Gegenstand hatte. Nach meinem Antrage sollte ein internationaler Städtetag einberufen werden, um über die Frage des Austausches von Bedarfsgütern über gemeinsame Wohlfahrtsaktionen für Säuglings- und Jugendfürsorge eine effiziente Aussprache zwischen uns und den Grossstädten des Auslandes zu ermöglichen. Beabsichtigte mithin die Vertreter der neutralen und feindlichen Städte zu einer Aussprache zu veranlassen. Er gipfelte in dem Wunsche, dass von der Schweiz aus und zwar von der Bundeshauptstadt Bern die Einberufung eines solchen Städtetages ehestens erfolgen möge. Der Schweizer Gesandte Dr. Bourcart überzeugte mich in einer Rücksprache, dass der Antrag dort eine Unterstützung nicht finden werde und rief mir mit einzelnen Schweizer Städten in Verbindung zu treten, die vielleicht geneigt wären, die Anregung aufzugreifen. Dadurch wurde der Gedanke an einen Zusammentritt internationaler

Vertreter grösserer Städte bisher nicht zur Tat. Vielleicht würde durch die von Dr. Schwarz-Hiller vorgeschlagene Aktion die internationale Verbindung herbeigeführt werden, die für Wien dringend notwendig wäre. Ich werde daher im Interesse der Stadt die Anfrage nicht unberücksichtigt lassen, sondern sie als Antrag auffassen, dem Stadtrat zu einem Beschluss vorlegen. Schliesslich bemerke ich, dass die Bevölkerung der Stadt Wien die Summe von Elend, die über sie hereingebrochen ist, nicht mehr länger tragen kann. Wir steuern dem Abgrund zu und wenn nicht bald Hilfe geboten wird, so nützt uns die bestorganisierte Auslandspropaganda gar nichts. Ich habe versucht, die interessierten Kreise darauf aufmerksam zu machen, in welcher Verfassung wir uns befinden. Die Not ist auf das Aeusserste gestiegen. Ein wahrer Notschrei entringt sich auf den Märkten nach Fleisch. Ich habe bereits entsprechende Schritte zur Besserung der

GR. Rudolf Müller (17) interpelliert wegen des laagen Liegenbleibens der Kartoffeln in der Kartoffelabgabestelle Michelbäuer.

BGM. Reumann: Der Kartoffel einlauf am Bahnhofe Michelbäuer ist äusserst unregelmässig. In den letzten 14 Tagen langten zusammen 39 Waggons ein. Die Kartoffeln werden sofort ausgeladen und im Wege der reihenweisen Belieferung der Bezirke sofort in den Verkehr gebracht. Infolge der warmen Witterung der letzten Zeit ist es oft vorgekommen, dass Waggons einlangten, die bereits zum Teil genussunfähige Ware enthielten. Diese Ware wird ausgeklaut, die genussfähigen Kartoffeln werden in den Verkehr gebracht die gegenläufigen kommen in die städtische Kartoffeltrocknungsanlage. Um einen rascheren Absatz der Kartoffeln zu ermöglichen, wurde die Kartoffelquote seit 16. d.M. auf 1 kg erhöht.

GR. Grübner stellt folgende Anfrage: Im städtischen Waisenhaus VI/VII Josefstädterstrasse 95/97 sind zirka 200 Zöglinge und etwa 22 Aufsichtspersonen untergebracht, für welche die Verköstigung besonders aber für das Aufsichtspersonal vollkommen unzulänglich ist. Das Abendmahl besteht im ganzen Monat hindurch nur aus Kraut und Rüben. Ebenso ist das Mittagmahl unzulänglich. Fleisch bekommen die Aufsichtspersonen und noch weniger die Zöglinge überhaupt nicht zu Gesicht.

Ist der Bürgermeister geneigt zu veranlassen, dass für die Verköstigung dieser Anstalt, insbesondere für das Dienstpersonal sowie für die Zöglinge für eine ausgiebigere Verköstigung Vorsorge getroffen werde?

BGM. Reumann verliest einen Magistratsbericht, in welchem unter anderem mitgeteilt wird: Im Monate Mai haben die Kinder an Verköstigung erhalten: Zum Frühstück jeden Tag je 3/10 Liter Milchkafee, zu Mittag einen halben Liter eingekochte Suppe, einen halben Liter Gemüse (Hülsenfrüchte) mit Kartoffeln oder Mehlspeise mit Marmeladeaufgabe und am Sonntag ausser dem Gemüsegerichte noch eine Mehlspeise, abends Hülsenfrüchte oder ein sonstiges Gemüse, letzteres regelmässig mit Kartoffeln oder Knödel. Das Personal erhält immer doppelte Portionen. Die Ernährungsverhältnisse haben übrigens so wie in den anderen Anstalten auch im VI/VII Waisenhaus nunmehr eine ganz ausserordentliche Besserung dadurch erfahren, dass die Anstalt seit 9. Juni in die amerikanische Lebensmittelaktion einbezogen erscheint.

Die GR. Leopoldine Glöckel und Jorde verwiesen in einer Anfrage darauf, dass zu den immer noch nicht geräumten Schulgebäuden vor allem die Mädchenbürgerschule, XII., Ruckergasse 40 gehört, welche schon seit Kriegsbeginn nur unzulänglichen Drittel- und Halbtagsunterricht erteilen konnte.

2

Diese Bürgerschule ist überdies in einer Volksschule in der Bischoffgasse 10 untergebracht, deren Bänke für die grossen Mädchen naturgemäss viel zu klein sind, so dass die Kinder nicht nur geistig, sondern auch körperlich, durch den gegenwärtigen Unterrichtsbetrieb geschädigt werden. In dem genannten Gebäude sind derzeit unter dem Kommando eines Oberleutnants nur etliche Invalide untergebracht, für die gewiss auch wo anders Raum geschafft werden könnte. In der Sitzung der Bezirksvertretung vom 18. Februar l. J. wurde eine Zuschrift der Mag.- Abteilung XVI verlesen, nach welcher die Räumung der Schule Ruckergasse 40 am 29. März l. J. zu erfolgen gehabt hätte. Da dies aber bis heute noch nicht geschehen ist, wird der Herr Bürgermeister gefragt, aus welchen Gründen die Mädchenbürgerschule XII., Ruckergasse 40 immer noch nicht geräumt ist. Ist der Herr Bürgermeister bereit, mit allem Nachdrucke die Räumung dieser Schule zu bewirken, und dafür Sorge zu tragen, dass die Wiederherstellungsarbeiten derart beschleunigt werden, dass mit Beginn des nächsten Schuljahres endlich der normale Unterrichtsbetrieb wieder aufgenommen werden kann.

Bgm. Reumann verliest einen ausführlichen Magistratsbericht über die mit den massgebenden militärischen Stellen und mit dem Seldatenrate geführten Verhandlungen und bemerkt hiezu: Sie sehen daraus, dass ein wahrer Leidensweg angetreten worden ist, damit endlich die Räumung der Schule erfolgt. Wann die Räumung der Schule stattfinden wird, wieviel Papier noch zu Eingaben aufgewendet werden muss, wieviel persönliche Interventionen noch möglich sein werden, um dieses Ziel zu erreichen, kann ich dem Anfragenden noch nicht sagen, aber es wird alles daran gesetzt werden, damit die Räumung baldmöglichst erfolgt.

GR. Marie Wieslitzki fragt, warum den Kindern der Kinderschutzstation im 20. Bezirk Salzgrabstrasse 3 die Benutzung des städtischen Strombades im 19. Bezirk mittelst Anweisungen nur vormittags gestattet werde.

BGM. Reumann erwidert, dass der unentgeltliche Badebesuch für Kinder an Vormittagen nur für die Ferien vorgeschrieben sei. Ueber die vorliegende Anfrage werde er sich einen Bericht erstatten lassen.

GR. Julius Müller fragt, warum die vom Militär besetzt gewesene Schule 6. Bezirk Grasgasse 5, die schon seit November 1918 geräumt sei, noch immer nicht instand gesetzt werde.

Der Bürgermeister erwidert, dass die Arbeiten für die Instandsetzung in kürzester Zeit ausgeschrieben werden.

GR. Rudolf Müller (3.) fragt, ob der Bürgermeister über das Vorhandensein und die Qualität einer Thermalquelle auf den Baugründen der St. Marxer Brauerei im 3. Bezirk einen Bericht einholen und das Nötige veranlassen wolle, damit diese Quelle in das Eigentum der Stadt Wien übergeht.

BGM. Reumann erwidert, er werde Erhebungen pflegen lassen, und das Nötige veranlassen.

GR. Grünfeld fragt an der Hand eines konkreten Beispiels den Bürgermeister, ob er bereit sei, die städtischen Kontrahenten aufmerksam zu machen, dass Vereinbarungen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse, die zwischen Arbeitsgeber- und Arbeitnehmerorganisationen abgeschlossen werden, einzuhalten sind, und ferner ob er bereit sei, in allen Verträgen die in der Folge die Gemeinde mit Lieferanten abschliesst, die Bestimmung aufzunehmen, dass Kollektivverträge, die zwischen Arbeitsgeber und Arbeitnehmerorganisationen abgeschlossen wurden oder werden von den Kontrahenten eingehalten werden müssen.

BGM. Reumann erwidert, dass durch die Bestimmungen, welche allen Werk- und Lieferungsverträgen der Gemeinde zugrunde zu legen sind, und die er gleichzeitig verliest, die Interessen der Arbeiterschaft in jeder Weise gewahrt sind und mit allen zu Gebote stehenden Mitteln für die genaueste Einhaltung derselben Sorge getragen wird. Die in der Interpellation genannte Firma, Fahrkartenfabrik und Druckerei Zavadil habe weder vom Wirtschaftsamt der Stadt Wien, noch von einem anderen städtischen Amt Druckaufträge erhalten. Schliesslich bemerkte der Bürgermeister,

dass er Erhebungen darüber anstellen lasse, ob diese Firma nicht als Subunternehmer städtischer Kontrahenten Arbeiten übernommen hat.

GR. Schön Peter fragt an, ob der Bürgermeister gewillt sei, die Haltestelle „Pfarrhof“ auf der Strecke Dorabach- Neuwaldegg eröffnen und die Verlegung der Haltestelle Vornayrgasse auf den Elterleinplatz veranlassen wolle.

BGM. Reumann bringt eine Zuschrift der Strassenbahndirektion zur Kenntnis, in dem sich diese gegen die Wiederöffnung der Haltestelle „Pfarrhof“ in der Alszelle ausspricht, da diese von der Endstation Dorabach so wie von der Haltestelle Dorabacherstrasse nur rund 330 Meter entfernt sei und im Jahre 1917 gegen Schonung der Wagen und Stromsparnis aufgelassen wurde, welche Gründe bis heute noch fortbestehen. Bezüglich der Haltestelle Elterleinplatz für die Züge zur Stadt sagt der Bericht, dass diese eine Sicherheitshaltestelle sei und sich daher vor der Einmündung in die Hornayrgasse befindet, um ein Zusammenstossen kreuzender Wagen zu vermeiden.

GR. Nachobel verlangt in einer Anfrage die Wiederaufnahme der Haltestellen „Rettenbachergasse“ und „Ger bei der Wattgasse, Hettenskofergasse“ und Huttengasse.

Der Bürgermeister verliest einen Bericht der Strassenbahndirektion, in dem es heisst, dass in derselben Angelegenheit bereits Anfangs 1918 ein Antrag der Bezirksvorsteherung Ottakring vorgelegen sei, der vom Stadtrat anfangs Juli abgelehnt wurde. Dafür war der Umstand massgebend, dass die Wiedererrichtung der Haltestelle sehr kurze Entfernungen von ungefähr 300 m ergeben würde, da eine Verschiebung der benachbarten Haltestellen ausgeschlossen ist. Aus diesen Gründen spricht sich die Direktion gegen die Wiedererrichtung dieser Haltestellen aus.

GR. Jenschik interpelliert wegen der verbreiteten Gerüchte, dass am 1. August eine Steigerung der Mietzinse stattfinden solle.

Bgm. Reumann erwidert: Dem Wohnungsamt ist von irgend einer beabsichtigten Aenderung der Mieterschutzverordnung nichts bekannt. Ich glaube auch nicht, dass irgend ein anderes Amt etwas davon weiss.

GR. Vaugoin fragt, ob der Bürgermeister geneigt ist, bei der Postdirektion zu intervenieren, dass das Postamt in Hacking ehe baldigst wieder eröffnet wird.

BGM. Reumann: Ich bin gerne bereit im Sinne dieses berechtigten Wunsches bei der Post- und Telegraphendirektion zu intervenieren.

GR. Dr. Plagohkes fragt den Bürgermeister unter Bezugnahme auf die Verbreitung von Ansichtskarten antisemitischen Inhaltes, was er zu tun denkt, um von Wien die Schmach einer planmässigen Pogromhetze fernzuhalten und gegen diese das Ansehen der Gemeinde schädigenden Ausstreunungen aufzutreten, ehe auch sie die Ruhe der Stadt stören.

BGM. Reumann: Ich werde diese Anfrage dem Staatsamt für Inneres, dem der Schutz und die Sicherheit der Bevölkerung anvertraut ist, übergeben.

Ich selbst muss bemerken, dass ich von derartigen Gerüchten, die im Um-

GR. Vaugoin fragt, ob der Bürgermeister geneigt ist, im Interesse der Bevölkerung das Nötige zu veranlassen, damit der Stadtbahnverkehr ehestens wieder aufgenommen wird.

BGM. Reumann: Die in der letzten Gemeinderatsitzung gemachte Mitteilung über die Wiederöffnung des Stadtahnbetriebes am 15. Juni beruhte auf einer schriftlichen Mitteilung des Staatsamtes für Verkehrswesen, das vielleicht etwas optimistisch auf grössere Kohlenzuschüsse gerechnet hatte. Nach einer heute bei der Direktion der Staatsbahnen (die bekanntlich den Betrieb der Stadtbahn führt) persönlich eingeholten Information ist eine Steigerung der Kohlenzuschüsse bisher nicht eingetreten. Es wurde die Zusicherung gegeben, dass im Falle einer solchen der Stadtbahnverkehr unverzüglich wieder aufgenommen werden wird. Es wird Aufgabe der heute zu wählenden Mitglieder der Kommission für Verkehrsanlagen sein, in der Kommission auf eine möglichst baldige Einlösung der von der Staatsbahndirektion gemachten Zusage zu dringen.

GR. Rudolf Müller (17) interpelliert wegen der Vorkarungen gegen die Rattenplage im Lagerhause und wegen der Behandlung der dort eingelagerten Marmelade.

BGM. Reumann teilt mit, dass gegen das Auftreten von Ratten und Mäusen in den Lagerhäusern die weitgehendsten Vorkehrungen getroffen werden und dass Schäden durch Ratten bisher nur in geringem Umfange zu verzeichnen sind. Was die Behandlung der Marmelade anbelangt, so bemerkt der Bürgermeister, dass bei der Entladung und Verladung dem Personal strenge aufgetragen ist, mit aller Vorsicht zu arbeiten; der Durchführung dieses Auftrages wird ein besonderes Augenmerk zugewendet. Die eingelagerte Marmelade wird nach den Weisungen der Hinterleger ausgefolgt. Die derzeit vorhandenen nicht bedeutenden Vorräte werden demnächst zur Abgabe gelangen.

GR. Feldmann interpelliert unter Hinweis auf die Klagen der Lehrerschaft, dass bei Besetzung von Direktorstellen an den Wiener Volks- und Bürgerschulen, sowie bei der Besetzung provisorischer Direktorstellen die dienstälteren Lehrkräfte vielfach übergangen werden, was der Bürgermeister zu tun gedenke, dass diese Stellen in gerechter Weise mit den dienstältesten Lehrkräften besetzt werden, um so ein begangenes Unrecht an der Lehrerschaft wieder teilweise gutzumachen.

BGM. Reumann: Ich werde diese Anfrage als Antrag behandeln und diesen sowohl dem Stadtrate, dem die Ernennung der Schulleiter zusteht, sowie dem Bezirksrath, der die Bestellung der provisorischen Leiter vor-

GR. Adele Bartissal fragt, ob der Bürgermeister geneigt ist, sich der Mittelschüler anzunehmen und beim amerikanischen Hilfswerk anzustreben, dass auch in den Mittelschulen an Bedürftige Essen verabreicht wird.

BGM. Reumann: Nach dem Plane der amerikanischen Kinderhilfsaktion sollen in offenen Kinderküchen in Wien 20.000 schulpflichtige Kinder gespeist werden. Ausserdem hat die Aktion besondere Ausspeisestellen für Mittelschüler im Alter über 14 Jahren errichtet und weist ihnen im Einvernehmen mit dem Landesschulrate aus den Wiener Mittelschulen bereits einige

GR. Gabriele Walter fragt, ob der Bürgermeister geneigt ist, darauf Einfluss zu nehmen, dass die noch lagernden, von den Schülerinnen der Volks- und Bürgerschulen hergestellten Hemden und Beinkleider einem gemeinnützigen Zwecke zugeführt und an milderbemittelte Bewerber zu einem billigen Preise abgegeben werden.

BGM. Reumann: Den Leitungen der Schulen wurde während der Kriegsjahre vom Landesschulrate Material zur Anfertigung von Militärwäschestücken zugemittelt. Die Anfertigung erfolgte in den Landarbeitsunterrichtsstunden und ermöglichte den Schulmädchen die praktische Erlernung der Herstellung verschiedener Gebrauchswäsche. Ich werde diese Anfrage dem Bezirkschulrate zur weiteren Veranlassung übermitteln.

GR. Erntner weist darauf hin, dass tschechische Kinder, die in Wien wohnen, ebenfalls nach Oberhollabrunn mit anderen Wiener Kindern gesandt werden sollen und betont, dass es nicht angehe, dass, insoweit deutsche Proletariatskinder und Kinder des deutschen Mittelstandes in Wien verhungern tschechische Kinder auf Kosten der deutschen Gemeinde Wien an derartigen Wohlfahrtsaktionen teilnehmen. Ein Kind nimmt überdies an der amerikanischen Ausspeisung im Kursalon teil. Der Interpellant fragt, was der Bürgermeister zu tun gedenkt, um hierin Ordnung zu schaffen. (Lebhafte Protestrufe der tschechischen Gemeinderäte)

BGM. Reumann: Nach den hieramtlichen Erhebungen befinden sich die vom Interpellanten genannten Kinder bei ihren Eltern in Wien und es hat keines um die Aufnahme in die Erholungspflege des Jugendamtes eingereicht. Eines der Kinder nimmt an der Ausspeisung in einer offenen amerikanischen Kinderküche teil, da es unterernährt ist und nach ausdrücklichem Verlangen der amerikanischen Hilfsaktion an ihrer Ausspeisung alle Kinder ohne Unterschied der Volkszugehörigkeit des Glaubensbekenntnisses und der wirtschaftlichen Lage teilnehmen sollen. Ich muss es tief bedauern, dass solche Anfragen gestellt werden.

GR. Dr. Schwarz-Hiller betont, dass an der ehemaligen österreichischen Adriaküste, welche sich gegenwärtigen in italienischem Besitze befindet, eine Reihe von Orten liegen, die seit langem als Heilplätze für bestimmte Krankheiten in Verwendung stehen und fragt, ob der Bürgermeister geneigt wäre, sich mit der italienischen Mission in Wien ins Einvernehmen zu setzen, damit vielleicht noch in diesem Sommer einer Anzahl Wiener Kinder die Benützung einer Reihe von Badeplätzen an der Adriaküste ermöglicht werden könnten.

Bgm. Reumann: Die Gemeinde Wien besitzt an der Adria Küste das Seehopitz San Pelagio. Schon seit der Besetzung des Gebietes durch die Italiener wurden Verbindungen mit der italienischen Regierung von der italienischen Heeresleitung gesucht, bisher ohne jeden Erfolg. Das Jugendamt ist an der Arbeit, einen ausführlichen Bericht für den Präsidenten Seitz vorzubereiten, der es übernommen hat, in dieser Angelegenheit die entsprechenden Schritte zu unternehmen. Es besteht daher die Hoffnung diesen Heilplatz den Wiener Kindern wieder zugänglich zu machen.

GR. Dr. Alma Seitz fragt, ob der Bürgermeister es nicht für zweckdienlich erachte, in der Frage der Kriegsgefangenen und Zivilinterniertenfürsorge zur schleunigen und eingehenden Behandlung im Wirkungskreis der Gemeinde eine städtische Kommission einzusetzen.

Bgm. Reumann: Zur Unterstützung der Staatskommission für Kriegsgefangenen- und Zivilinterniertenfürsorge bestehen in den einzelnen Ländern Landeshilfsstellen, demnach auch eine solche in Wien. Die Gemeinde Wien wird selbstverständlich bei dem Hilfswerke für unsere Heimkehrenden gerne mitwirken. Sobald die Entschliessungen der staatlichen Behörden den Einzelnen bekannt sind, werden dem Stadt rate Anträge über allfällige Bestellung einer eigenen städtischen Kommission vorgelegt werden.

GR. Doppler verweist in einer neulichsten Anfrage auf seine in der Sitzung vom 30. v. Mts. eingebrachte Interpellation, dass viele Wiener Kinder von den Hilfsaktionen nach der Schweiz, Schweden, Holland, Sultzbach u.s.w. ausgeschlossen werden müssen, weil sie sich um die Aufnahme in eine Mittelschule und ähnliche Anstalten bewerben und die erforderliche Aufnahmeprüfung erst anfangs Juli ablegen können.

Der Bürgermeister erwidert: Das städtische Jugendamt wurde am 31. v. Mts. beim n.ö. Landesschulrat dahin vorstellig, dass die jetzigen Kinder, die sich um die Aufnahme in Mittelschulen bewerben, aber in eine Erholungsaktion abgehen sollen, die vorzeitige Ablegung der Aufnahmeprüfung gestattet werde. Eine Erledigung auf diese Eingabe ist trotz ihrer Dringlichkeit ausgeblieben, doch wurde sie schriftlich und mündlich betrieben.

GR. Angeli richtet an den Bürgermeister die Anfrage, ob er geneigt sei, bei den kompetenten Faktoren dahin zu wirken, dass die hässliche Planke vor dem seit 2 Jahren fertiggestellten chemischen Institut in der Währingerstrasse sowie der dort liegende Schutt mit nebst Ziegelresten che baldigst entfernt und dort eine provisorische Rasenanpflanzung verfügt werde.

Bgm. Reumann: Das Stadtbauamt hat einen Entwurf für die Regulierung der Boltzmanngasse und Währingerstrasse bereits ausgearbeitet und sind die Anbotsverhandlungen dafür bereits dem Stadtrate zur Genehmigung vorgelegt worden.

GR. Angeli fragt an, ob der Bürgermeister geneigt wäre, den Auftrag zur Regulierung der Bezüge der städtischen Flurwächter zu geben.

Bgm. Reumann: Diese Interpellation ist erst kurz vor der Sitzung überreicht worden, und werde in der nächsten Sitzung beantwortet.

Die gleiche Erledigung gibt der Bürgermeister auf die Anfrage des

GR. Rötter, der die Anfrage stellte, ob in der kommenden Woche den Bäckern schwarzes oder weisses Mehl zum Brotbacken überwiesen werden.

GR. Rötter beantragt unter Hinweis auf den sich immer mehr fühlbar machenden Mangel an Wohnungen und die unzulängliche Versorgung der Bevölkerung mit den notwendigen Lebensmitteln und Bedarfsartikeln, dass der Gemeinderat beschliessen wolle, unverzüglich eine allgemeine Aufnahme aller in Wien wohnhaften Ausländer durchzuführen, aus der der Zweck ihres Aufenthaltes ersichtlich ist. Nach Beendigung der Arbeiten ist das Ergebnis dem Gemeinderate bekannt zu geben.

GR. Erntner beantragt, Vorkehrungen gegen die Beschädigung der Baumreihen in den Strassen und der Rasenanlagen zu treffen.

GR. Karl Winter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschliessen, Wohnungen, die länger als ein Jahr unbehütet stehen, zwecks Vermietung frei zu machen, Personen, die eine Wohnung in der inneren Stadt und zugleich eine Villa oder dgl. an der Peripherie der Stadt besitzen, haben eine davon zur Weitervermietung zur Verfügung zu stellen; Kanzleien sollen zusammengelegt werden, Wohnungen, die nur gegen Ablösung des Inventars überlassen werden, sind behördlich zu räumen. Leerstehende Wohnungen mit mehr als drei Zimmern sollen in mehrere Wohnungen geteilt werden. Verordnungswidrige Verwendung von Wohnungen für Magazine etc. ist streng zu bestrafen. Zur Erleichterung der angeregten Massnahmen sollen die Wohnungsbüro in den einzelnen Bezirken den Bezirksbauabteilungen unterstellt werden.

GR. Schorsch beantragt, den Magistrat zu beauftragen, dem Gemeinderate entsprechende Vorschläge zum Ankauf von Milchkuhen, Schweinen und Hühnern für die Bauernhöfe in Mauthausen zur Beschlussfassung zu unterbreiten.

GR. Jenschik beantragt die Errichtung einer Bedürfnisanstalt im Kaisergarten.

GR. Grübner beantragt die bessere Versorgung des Knabenwaisenhauses in der Josefstädterstrasse mit Lebensmitteln.

GR. Hermann Fischer beantragt die Umänderung der Reitwege in der Hauptallee und auf der Ringstrasse in Gehwege mit Sitzgelegenheiten und die Anbringung von Verbotstafeln für das Reiten in der Hauptallee und in den Praterauen.

GR. Rudolfine Fleischner beantragt, den Magistrat zu beauftragen, mit der Firma Betz wegen der unhaltbaren Lohnverhältnisse der Wärterinnen in den Bedürfnisanstalten Verhandlungen einzuleiten, zu denen auch aus dem Pleum des Gemeinderates Vertreterinnen beizuziehen sind.

GR. Marie Kramer stellt den Antrag, der Gemeinderat möge seine prinzipielle Geneigtheit für die Kommunalisierung der Kriegs- und Gemeinschaftsküchen aussprechen.

GR. Hernstein beantragt: Die Gemeinde möge alle zweckdienlichen Mittel anwenden, um der Not an Werkstätten und Verkaufslokalitäten zu steuern. Sie möge zu diesem Zwecke die zentral gelegenen hofrärischen Gebäude der Hofstallungen und Gardekaserne zu erwerben suchen.

GR. Schleifer stellt den Antrag, den dem Staatsamt für Inneres unterstehenden Organen des Gendameriedetachementes für den Sicherheitsdienst auf den Wiener Bahnhöfen die freie Fahrt auf der Strassenbahn ähnlich wie die Sicherheitwache zu bewilligen.

GR. Dr. Alma Seitz beantragt, den Pensionisten der Strassenbahn, sowie den Witwen und Waisen nach Strassenbahnbediensteten Karten zur freien Fahrt, etwa 20 pro Person und Monat für die Dauer der Sommermonate zuzubilligen.

GR. Marie Wielsch beantragt die Ueberlassung eines Platzes im Augarten für Jugendspiele.

GR. Beer beantragt: In dankbarer Erinnerung an die während des Krieges vielen Tausenden Hilfs- und heilbedürftigen Wiener Kindern durch das Schweizer Volk und sein Land gewährte Gastfreundschaft und bewiesene Hochherzigkeit wolle der Gemeinderat beschliessen, den bisher mit Kaiser Wilhelmring benannten Teil der Wiener Ringstrasse in Schweizer-Ring umzuändern.

GR. Beer beantragt die Bestellung der Vorsitzenden und deren Stellvertreter, sowie die Berufung der übrigen Beisitzer der Mietämter im Sinne des § 13 gen. Verordnung vorzunehmen, und hinsichtlich der Beisitzer das gegenwärtige Verhältnis der Gemeinderatsparteien zu berücksichtigen.

GR. Sirotek beantragt: Der Gemeinderat wolle beschliessen, die Gemeinde Wien errichtet in allen Bezirken tschechische Volks- und Bürgerschulen, die Schulpfengel werden geändert und tschechische Bezirksschulräte eingesetzt. Es soll sofort Vorsorge getroffen werden, dass die Errichtung eines tschechischen Landesschulrates in die Wege geleitet werde.

Die Anträge werden an den Stadtrat gewiesen.

Hierauf wird an die Erledigung der Tagesordnung geschritten.

VB. Emmerling berichtet über Herstellungen im Gebäude der Markthalle in der Zedlitzgasse für den Künstlerbund Hagen und beantragt für diese Arbeiten einen Betrag von 199.900 Kronen zu bewilligen unter der Bedingung dass sich das Staatsamt für Unterricht endgültig bereit erklärt, den für diesen im Interesse der Kunstförderung gelegenen Zweck bereits in Aussicht gestellten Betrag von 80.000 Kronen zur Verfügung zu stellen und auch das Land Niederösterreich einen entsprechenden Beitrag leiste. (Angenommen)

Nach einem Berichte des VB. Hoss wird das Abfindungsübereinkommen bezüglich der Gemeindebüeraufgabe in dem ausserhalb des Vorzeheragsstewergebiete gelegenen Wiener Gemeindegebiete genehmigt.

StR. Breitner berichtet über die Bewilligung von Zuschusskrediten und zwar für die Erhaltung des Pflasters im Betrage von 5½ Millionen Kronen, für Erhaltung der Wasserläufe von 73.000 Kronen, für das Strassenwesen von 3½ Millionen Kronen und für das städtische Jugendamt von 35.000 Kronen. (Die Zuschusskredite werden genehmigt.)

StR. Dr. Grün berichtet über die Verbarsichung einer Jause in den städtischen Versorgungsanstalten und stellt den Antrag: Den Pflieglingen der Versorgungsanstalten und des Bürgerversorgungshauses, die in Ausspeisung stehen, wird von nun an die Jause mit Brot unentgeltlich verabreicht. Der Berichterstatter betont, dass die gemeinderätliche Kommission in einigen Versorgungsanstalten festgestellt hat, dass die Pflieglinge Hunger leiden müssen. Es soll daher alles beigetragen werden, um die Misstände abzustellen. Die jährlichen Kosten der unentgeltlichen Verabreichung der Jause je nachdem sie aus Thee oder Milchkaffee besteht 138.000 bis höchstens 508.000 Kronen betragen.

GR. Schleifer: Von der Gemeindeverwaltung ist in Bezug auf die Humanitätsanstalten viel gesündigt worden. Es wurde unschuldig geteilt, dass während der ganzen Kriegszeit seitens der Gemeindeverwaltung nicht eine einzige Kommission in Ybbs war. Die Pflieglinge hungern dort buchstäblich. Es ist Pflicht der Gemeinde, dort sofort einzugreifen und ich begrüesse es, dass der Stadtrat so rasch arbeitet. Es wird insbesondere auch notwendig sein, den Pflieglingen in Lainz, wenn sie nicht parieren, nicht immer zu drohen, sie kommen nach Ybbs, so dass Ybbs als eine Strafanstalt angesehen wird. Die Pflieglingen haben das Recht zu verlangen, als gleiche Menschen, wie alle anderen behandelt zu werden. Ich bitte den Antrag anzunehmen, und wünsche dass raschestens an die Reorganisierung der städtischen Humanitätsanstalt geschritten wird. (Beifall)

Von den städtischen Elektrizitätswerken.

In der heutigen Sitzung des Stadtrates erstattete StR. Breitner einen Bericht über die sich notwendig ergebende starke Erhöhung der Tarife für den Bezug von Licht und Kraft aus den Elektrizitätswerken, um bei diesem Unternehmen sowie bei der Strassenbahn und den Gaswerken eine Sanierung herbeizuführen. Mit Rücksicht auf das Nachmittag stattfindende Leichenbegängnis der Opfer des 15. Juni wurde in die Beratungen nicht eingegangen, sondern sie wurden einer der nächsten Sitzungen des Stadtrates vorbehalten. Es kann jedoch als feststehend bezeichnet werden, dass zumindest mit einer Verdoppelung der bisherigen Tarife für Licht zu rechnen ist, während bei Abgabe von Kraft aus den Elektrizitätswerken die Steigerung nicht so einschneidend sein soll, um den Elektromotor, dem ja ohne Zweifel die Zukunft gehört, den Weg zu bahnen, zumal ja die Gaswerke infolge der Drosselung der Abgabe und der trostlosen Kohleverhältnisse zu einer ausgiebigen Abgabe von Gas, <sup>und</sup> Aufstellung neuer Motoren nicht in der Lage sind. Als eine vollkommene Neuerung gegenüber der bisherigen Praxis stellt sich der gleichzeitig formulierte Antrag des Referenten dar, dass die Elektrizitätswerke noch vor dem heurigen Winter auf eigene Kosten 10.000 Neueinleitungen von elektrischer Beleuchtung in Kleinwohnungen vornehmen. Es sollen in erster Linie solche Häuser und Häusergruppen in Betracht kommen, in denen bereits Steigleitungen vorhanden sind, so dann jene, bei denen wenigstens die Kabel in der Strasse bereits gelegt sind. Im allgemeinen werden Installationen nur in Wohnungen mit höchstens 2 Wohnräumen durchgeführt und nur ausnahmsweise, wenn es sich um einen Einzelfall innerhalb eines ganzen Komplexes handelt, auch in grösseren Wohnungen, keinesfalls aber in solchen, die das Luxagepräge an sich tragen. Nach dem Antrage des Referenten soll die Installation durch die Wiener Gewerbetreibenden im Offertwege vorgenommen werden, wobei aber die Elektrizitätswerke durch Probeinstallationen genauestens die Kosten erheben und darüber hinausgehende Ansprüche zurückweisen würden. Nebst der eigentlichen Installationsanlage wird auch die Beistellung ganz einfacher Beleuchtungskörper mietweise erfolgen. Von den sich ergebenden Kosten werden von vornherein die Hälfte von den Elektrizitätswerken übernommen werden, die restliche Hälfte soll in 120 Monatsraten, also im Laufe von 10 Jahren, durch einen kaum fühlbaren Zuschlag zur Elektrizitätsmesserrrente hereingebracht werden. Hervorgehoben muss auch werden, dass die Leitung nicht in den Besitz der einzelnen Mietparteien übergeht, um zu verhindern, dass bei Uebersiedlungen, durch Wegnahme der Drähte überflüssige Verzögerung von Materialwerten erfolgt, sondern es soll die Installation bei einer Wohnung bleiben und die jeweilige neue Mietpartei soll mit der Zahlung der Raten fortfahren, wo der vorhergehende Wohnungsinhaber aufgehört hat.

Durch diese Kleinwohnungsaktion, für welche bereits das Material sichergestellt ist, werden die Anschlüsse, welche die Elektrizitätswerke für solche Parteien machen, welche die Installation aus eigenem besorgen, nicht berücksichtigt. Es handelt sich hier um den Beginn einer neuen Aktion, deren Ziel es ist, im Laufe weniger Jahre dahin zu gelangen, dass das elektrische Licht nicht wie bisher schon ein Zeichen der Wohlhabenheit und ein Vorrecht der besitzenden Kreise ist, was übrigens aus der Feststellung hervorgeht, dass es gegenwärtig in Wien bloss 40.000 Anschlüsse von elektrischem Licht gibt, gegenüber 250.000 Gasanschlüssen. Dabie entfällt überdies der grössere Teil auf die Geschäftsräume und nicht auf Wohnräume. Eine der unungünstigsten Voraussetzungen allerdings ist es, dass es gelingt, die Elektrizitätswerke in noch weit höherem Masse vom Bezuge ausländischer Kohle unabhängig zu machen, um durch Erschliessung lokaler Fundstätten von Braunkohle die Leistungsfähigkeit der Elektrizitätswerke entsprechend zu heben.

GR. Anna Boschek erhebt eine Reihe schwerer Vorwürfe gegen die Verwaltung des Lainzer Versorgungshauses. Es wäre durchaus nicht notwendig, dass Menschen, die in städtischen Versorgungsanstalten sich befinden, so herabkommen. Da sei erstens die Kleidung. Frauen gehen jahrelang in den selben Kleidern herum, die niemals werden diese gelüftet und nur jene bekommen frische Kleider, die gut angeschrieben sind. Die Kost ist erst in der allerletzten Zeit etwas besser geworden. Sie werde aber nicht gleichmässig verteilt. Vielleicht bilden sich das die alten Leute nur ein, aber sie haben kein Vertrauen zu der Verwaltung, weil dort keine Kontrolle und keine Beschwerdestelle ist. Es wird allgemein behauptet, dass seitens der Pfleger und Aufseher Protektion geübt werde. Alle werden schablonenmässig behandelt. Auch die Leute, welche unmittelbar nach einer schweren Operation sich befinden, bekommen weder Milch, noch Eier, sogar das schwarze schwer verdauliche Brot müssen sie so wie die Gesunden essen. In erster Linie würden diese Leute etwas mehr Liebe und Sorgfalt benötigen. Wenn sich aber einer wegen der Kost beklagt, so wird ihm bedeutet, dass er nicht zum ausgefüttert werden, sondern zum sterben in der Anstalt sei. Als ich in der Anstalt war, hörte ich, vor der Türe ein Geschrei, eine Pflgerin apostrophierte einen alten Mann mit den Worten: Du alter Hund, Du Dreckkerl, Du altes Schwein! Und was hatte der Mann verbrochen? Er hatte seine Pfeife ausgeklippt und die Asche auf die Erde geschüttet. Als die Pflegerin mich sah, entschuldigte sie sich mit ihrer Nervosität und teilt mir mit, dass sie vier Jahre wegen einer schweren Nervenkrankheit in Steinhof interniert war. Geradezu unglaublich sei es auch, dass jeder 3. Pavillon verlaust sei. Die Leute kommen aus den Asylen in die Anstalt ohne jede Quarantäne, es befindet sich auch keine ordentliche Entlausungsanlage, nicht einmal eine ordentliche Badeanlage in der Anstalt. Vollständig unzureichend und ganz und gar unhygienisch ist auch die Wäscherei eingerichtet. Die Rednerin beanstandet es auch, dass Zwieback, gar an die Anstalt geliefert werden, in einem Kellerraum direkt auf dem Erdboden gelagert werde, ungeschützt vor Ratten, Mäusen und anderem Ungeziefer. Die Rednerin erklärt, dass eine intensive Kontrolle die Zuziehung von Gemeinderatsmitgliedern notwendig sei, damit diese unwürdigen Zustände beseitigt werden. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten)

GR. Breuer: Wer heute zum erstenmal auf der Gemeinderatsgalerie Platz genommen und den beiden Vorrednern zugehört hat, wird sich sagen, es ist zum Staunen, dass sich in der Gemeinde Wien Fälle ereignen, die sie in so lebendiger Art geschildert haben. Ich will zugeben, dass im Laufe der Kriegsjahre und der darauf folgenden schweren Zeiten sich manche Dinge eingestellt haben, die wir alle bedauern und deren Abschaffung wir alle wünschen. Aber wenn sich der erste Redner zu der Aeusserung verstiegen hat, es schiene diese Anstalt in der Form verwaltet worden zu sein, dass die dortigen sesshaften Wiener früher aus dem Leben scheiden, ist das eine Bemerkung, die ich vor das Forum des guten Geschmacks verweise und auf die ich nichts zu erwidern habe. Wenn man weiss, dass das Budget für die Armenversorgung von 7 auf 22 Millionen gestiegen ist, so darf man nicht mit allgemeinen offenbar für die Öffentlichkeit berechneten Aeusserungen hervortreten. Aus einzelnen Fällen darf man nicht generalisieren. Wollen Sie aus einzelnen Fällen ein gutgeschultes Personal verdächtigen. Unsere Humanitätsanstalten wurden von den verschiedensten vollkommen einwandfreien aus allen Staaten Europas und aus Amerika besucht, das waren keine Parteigesellschaften. (Zwischenrufe: Angemeldet sind sie gekommen!) Gewiss sind sie angemeldet gekommen, was wollen Sie mit diesem Zwischenrufesagen? Jene Besuche, haben vergleichsweise aus anderen Staaten und nicht momentan auf Grund der gewöhnlichen Eindrücke geurteilt und sich lobend über Einrichtung, Durchführung und Verwaltung geäussert. Wenn Sie der früheren Mehrheit solche Vorwürfe machen, frage ich Sie: War nicht Ihre Partei als feste Opposition vorhanden? Alle diese Vorwürfe fallen nicht, wenn sie wahr sind, auf die

zurück. Sie machen uns allein verantwortlich und Ihre führenden Männer sind in der Obmann-Konferenz gesessen und haben sich bemüht für das Wohl der Bevölkerung zu arbeiten. Solche Reden hält man in einer Wählerversammlung. In Wien war es Dr. Lueger, der die Versorgungshäuser in glänzendster Weise eingerichtet hat, anders als auf der ganzen Welt. Ich verweise ~~auf~~ nur auf Ehepaarpavillons. Ich will hier nur richtig stellen, dass wo Fehler vorkommen, soll eingegriffen werden, dass Sie aber unsere Beamte und Angestellte heruntersetzen, geht zu weit und das weise ich in deren Namen zurück. Wer alles unter der Parteienbrille ansieht, kann allerdings zu solchen Aeusserungen kommen. Benützlich der Seife finden wir dieselben Verhältnisse heraus. Wir kriegen auch keine. Ich will nicht auf die Ursachen zurückkommen. Schliesslich glaube ich, dass wir auf dem Wege sind, dass zu ergänzen, was durch die Ungunst der Verhältnisse nicht zu schaffen möglich war. Wie man sich der Arbeitslosen die wirklich die physischen Kräfte zur Arbeit besitzen, angenommen hat, so müssen auch die Insassen unserer Versorgungshäuser, die nicht mehr arbeiten können, unsere Fürsorge erfahren. Im Übrigen werde ich für den Antrag stimmen.

GR. Kunschak: Es ist im höchsten Grade misslich, wenn eine Angelegenheit, die wirklich nur als Herzensache behandelt werden kann, schliesslich zum Gegenstand von Angriffen gegen eine politische Partei gemacht wird. Was die Versorgung in Wien anlangt, ist es allseitig, auch von Vertretern ihrer Partei anerkannt, dass die frühere Verwaltung der Gemeinde Wien auf diesem Gebiete grosse Fortschritte herbeigeführt hat. Das Versorgungsheim, das so zum Mittelpunkt der Angriffe gemacht wurde, dass man meinen sollte, es sei eine kleine Mordanstalt, ist ein Denkmal der Erkenntnis, dass die Gemeinde die Verpflichtung hat, nicht nur für Arbeitsfähige, sondern auch für Arbeitsunfähige zu sorgen. Vergessen Sie nicht, dass aber ein rein menschliches Moment ins Kalkül gezogen werden muss. Es handelt sich bei den Pflgerlingen um alte Leute mit allen Gemüts- und Charaktereigenschaften, die das Alter an sich schon bringt und um Leute, die in ihrem Lebensabend Schiffbruch gelitten haben und natürlich mit der erregten und verbitterten Stimmung ihre letzten Zufluchtsort in den von der Gemeinde errichteten Anstalten suchen. Unter dieser Voraussetzung wird es ihnen gar nicht schwer fallen, sich auf eine Vorstellung zu konstruieren, wie ungemein schwer es ist, diese Leute richtig und zu ihrer Zufriedenheit zu behandeln. Da wir zur Behandlung keine Engel haben, sondern nur eine Auswahl unter Menschen treffen können, die ausserdem unter den Wirkungen des Krieges in ihrer Nervenverfassung und Sellenstimmung so gelitten haben, wie die anderen können sich Dinge ereignen, die wir alle auf das Tiefste beklagen. Als das Versorgungsheim in Lainz fertig war, sind alle der einen Meinung gewesen, dass diese eine Musteranstalt am Kontinent ist. Kaum ist die Anstalt belegt worden, hat es schon sehr schwere Klagen, ja sogar Revolten unter den Leuten, die aus der Lazarettgasse dort hinausgekommen sind, gegeben, weil es dort im Gegensatz zur Lazarettgasse Ordnung gegeben hat. In früheren Jahren ist sehr viel kontrolliert worden. Es waren aber andere Verhältnisse, unter denen kontrolliert werden konnte. Im Krieg ist Bürgermeister Dr. Weiskirchner sehr wenig in dieser Anstalt gekommen, aber es ist nicht richtig, dass die Anstalten nicht kontrolliert worden sind. Wen wollen Sie anklagen? Wenn sie die Pflegepersonen in der Anstalt anklagen. ... (GR. Schleifer: Das System) Es gibt kein System, das jemandem Rechten gegenüber den Pflgerlingen vorschreibt. Wen ich da ein parteipolitisches Moment hineintragen wollte, könnte ich sagen, wenn wir untersuchen, wer dieser Rohling war, könnte es vielleicht ein Sozialdemokrat gewesen sein. Es fällt mir nicht ein, wenn ein Sozialdemokrat roh vorgeht, ihnen einen Vorwurf zu machen. Als die Beschwerden aus dieser Anstalt dem Gemeinderat

GR. Schrech berichtet über den Kollektivvertrag der ~~der~~ Arbeiterschaft des Brauhauses, bezw. mit der Organisation der <sup>verhinderten</sup> Brauhausearbeiter und weiters für den ~~den~~ Weigl über die Errichtung einer Kaffeeküche und eines Lebensmittelmagazines im Strassenbahnhof „Vorgarten“ mit einem Betrag von 165.000 K und über Erhöhung der Ruhebezüge für die vor dem 1. Mai 1919 pensionierten Angestellten der Strassenbahnen. Sämtliche Anträge werden debattelos im Sinne der Stadtratsbeschlüsse angenommen.

GR. Bombeck beantragt den ~~Bedürfnis~~ der städtischen Gaswerke auf die Dauer des abgeschlossenen Kollektivvertrages Mietzinsbeiträge und zwar bei einer Dienstzeit bis 5 Jahre 40 Kronen monatlich, von 5 bis 10 Jahre 50 K, von 10 bis 15 Jahren 65 K und darüber 80 K zu bewilligen.

Nach einem Berichte des StR. Siegel wird die Erbauung eines Gärtnerhauses bei den Gemüseärten der Strassenbahnen auf der Simmeringer Haide mit einer Baukostensumme von 90.000 Kronen genehmigt.

Nach einem Berichte des StR. Siegel wird das Projekt für den ~~den~~ Umbau in der Kutschergasse in Währing (Kostenerfordernis 59.000 K) genehmigt.

StR. Siegel beantragt den Beitritt der Gemeinde Wien zur Kriegsbauteilverwertungsgesellschaft mit einem Betrage von 50.000 Kronen (Angenommen)

Ueber Antrag des StR. Siegel wird der ~~den~~ Ankauf der Autogarage im III. Bez. Grasberggasse um den Kaufschilling von 38.000 K genehmigt.

GR. Sohnig beantragt, der Lehrkanzel der höheren Geodäsie und sphärischen Astronomie an der Technischen Hochschule <sup>schule</sup> ~~unser~~ Subvention von 1000 Kronen und für die ~~den~~ Errichtung verschiedener Herstellungen ~~mit~~ der Betriebssicherheit im Gaswerke Leopoldau einen Kredit von 44.000 K genehmigt. Für die Umpflasterung der Boltzmannsgasse und Währingerstrasse beantragt der Referent einen Betrag von 323.000 K zu bewilligen. Die Referenten~~anträge~~ ~~träge~~ werden angenommen.

GR. Rudolf Müller (17) beantragt die Genehmigung eines Betrages von 7000 Kronen für die Mehrkosten der Umpflasterung der Kopalgasse zwischen Dorf- und Rappachgasse im II-Bezirk und legt den technischen Entwurf für die Regulierung und Umpflasterung des Fleischmarktes mit einem Gesamterfordernis von 174.000 K vor. (Angenommen)

Derselbe Referent berichtet über den neuen Kollektivvertrag in den Steinbrüchen der Gemeinde Wien in Mauthausen.

GR. Haider: Wenn ich zu dem Referat das Wort ergreife, so tue ich es, um kurz Stellung zu nehmen und zu konstatieren, dass ich als Vertreter der Gemeinde Wien bei diesem Abkommen beteiligt

war und mich die Position einerseits als Vertreter der Gemeinde, andererseits als der der Arbeiterschaft eine schwierige war. Wir haben zwar im Gemeinderate am 23. Februar d.J. mit diesen Arbeitern einen ganzjährigen gültigen Vertrag abgeschlossen. Ich behaupte, dass wir wohl erwartet hätten, dass die Arbeiterschaft vor Ablauf desselben nicht mit neuen Forderungen an uns herantreten werden, dass diese Gründe dafür darin lagen, dass die wirtschaftlichen Verhältnisse es begründet erscheinen liessen. Ich anerkenne die Berechtigung der Forderungen. Auch Kollege Müller hatte einen schweren Stand, da die Forderungen exorbitant waren. Er hatte grosse Mühe, die Leute davon zu überzeugen, dass es ein Ding der Unmöglichkeit ist, die Forderungen in der von ihnen gestellten Höhe zu bewilligen. Das Resultat der langwierigen und schwierigen Verhandlungen hat zu dem Ergebnis geführt, das uns heute vorliegt. Redner bemängelt, wie wenig rational die Wirtschaft in den Wirtschaftsbetrieben der Gemeinde in Mauthausen und Grün und beantragt, der Gemeinderat wolle beschliessen, das Stadtbauamt habe unverzüglich eine Vorlage zur rationalen Bewirtschaftung der der Gemeinde gehörigen landwirtschaftlichen Güter in Mauthausen auszuarbeiten und dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Der Referentenantrag wird hierauf angenommen, der Antrag Haider genügend unterstützt und an den Stadtrat geleitet.

StR. Richter berichtet über die Erhöhung der Fahrpreise des Stellwagens von Weidlingau ~~Waidersdorf~~ nach Mauerbach. Diese betragen nunmehr für die Pflinglinge des Versorgungshauses Mauerbach K 1.36, für die Bewohner von Mauerbach K 1.60 und für Ortsfremde

K 2. - Die Referentenanträge werden angenommen.

Nach einem Berichte des StR. Speiser wird die Aufstellung von Baumschützern in der Floridsdorfer Hauptstrasse bei der Brücke über die Donau genehmigt.

Nach einem Berichte des StR. Dr. Kienböck wird eine Ergänzung der Dienstordnung und Gruppeneinteilung für die städtischen ~~den~~ ~~den~~ Rentenversicherungsanstalt genehmigt.

Hiermit ist die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung erschöpft

zur Kenntnis gekommen sind, hat noch der alte Gemeinderat eine Untersuchungskommission eingesetzt, die dem Bürgermeister einen Bericht über die Erfahrung in den einzelnen Anstalten zu ersätten hat. Wir können diesen Bericht ruhig abwarten. Was die Kommission als Abänderungsbedürftig erkennt, wir gewiss auch abgeändert werden, vorausgesetzt, dass die Möglichkeit hierzu gegeben ist. Alle die Schwierigkeiten, die sich jetzt in jedem einzelnen Haushalt und in der ganzen Öffentlichkeit geltend machen, wirken umso ärger gerade in einer solchen Anstalt, wo das Elend in Massen konzentriert ist. Es wurde von der Verlausung gesprochen. Gehen sie in eines unserer Wiener Spitäler, wo die Voraussetzungen der Aufnahme ganz andere sind und fragen sie, ob es dort nicht auch zu solchen Erscheinungen kommt. Heute ist die Verlausung und die Kretze längst schon nicht mehr eine Krankheit der untersten Schichten, heute ist das schon hoch in die Gesellschaftsschichten hinaufgestiegen. Das ist eine Kriegserscheinung. Dass an den verschiedenen Misständen die frühere Gemeindeverwaltung Schuld ist, das zu behaupten, ist lächerlich. Diese Erscheinungen der Zeit die nicht um die Parteizugehörigkeit fragen, die nur ein Appell an die Gewissenspflicht des einzelnen Menschen sind. Dass dieser Appell an uns nicht vergeblich gerichtet wird, davon können Sie überzeugt sein. (Lebhafte Beifall bei den Christlichsozialen).

GR. Dr. Glanzer bemerkt, dass es schwer sei, allen Wünschen und Beschwerden der Pflöglinge gerecht zu werden, da die Pflöglinge eben alte Leute seien. Wenn heute so gewichtige Beschwerden gegen das Personal vorgebracht worden sind, so hätten Sie schon seit Mai ( Rufe bei den Christlichsozialen: Seit November schon ) Gelegenheit gehabt, den Uebelständen abzuhefen. Redner bringt nun mehrere Wünsche der Pflöglinge vor und legt die Erfüllung dieser der Mehrheit nahe. Er weist darauf hin, dass die sozialdemokratische Partei vor den Wahlen hinausgegangen ist, den Pflöglingen vieles versprochen hat und somit viel Schuld daran trägt, dass ein solcher Geist unter den Pflöglingen herrscht. ( Rufe bei den Christlichsozialen: Sehr richtig ). Die Wählerversammlungen der Sozialdemokraten hätten sogar die Kritik der Pflöglinge hervorgerufen. Sie haben ihnen statt Kraut und Rüben Reis und Milch versprochen ( Rufe bei den Christlichsozialen: Kriegen sie sie schon ? ). Redner weist auch darauf hin, dass bei ihm Pflöglinge vorgesprochen hätten, und ihm gesagt hätten, dass es jetzt noch schlechter sei ( Rufe bei den Christlichsozialen: Hört, Hört ) Das ist halt eine andere Meinung! Dass sagen nicht nur die Pfrüdnner! Die Pflöglinge warten eben auf die Erfüllung der Versprechungen, die ihnen die Kandidaten gemacht haben. Redner schliesst mit dem Appell, die Mehrheit möge wieder jene Verhältnisse schaffen, wie sie unter der christlichsozialen Verwaltung im Jahre 1914 waren und die Pflöglinge werden mit der neuen Verwaltung ebenso zufrieden sein, wie sie mit der alten waren ( Lebhafter Beifall bei den Christlichsozialen ).

In seinem Schlussworte bemerkt der Referent, dass Frau Boschek ihn ersucht habe, festzustellen, dass es ihr nicht eingefallen sei, die Angestellten anzugreifen.

Nach einer tatsächlichen Berichtigung des GR. Kurz wird der Antrag angenommen.

GR. Hellmann beantragt, dem Vereine „Städtische Waldschule“ eine einmalige Bauausilfe von 100.000 Kronen zur Herstellung einer Waldschule in dem Gebäude „Sängerwarte“, in der Wilhelminenbergstrasse zu bewilligen.

GR. Wawerka ( kontra ): Ich nehme nicht Stellung gegen das Referat. Wir sind gewiss nicht gegen die Errichtung von Waldschulen, doch scheint das Referat einige Mängel aufzuweisen, auf die ich verweisen will. Vor allem stelle ich fest, dass ich es gerne gesehen hätte, wenn die erste Gründung dieser Art nicht im Wege einer privaten Anregung, sondern durch die Gemeinde Wien selbst erfolgt wäre. Ich bin überzeugt, Sie hätten gewisse

eine Waldschule nicht an diesem Platze geschaffen. Dies ist mein erstes Bedenken. Der Platz eignet sich nicht zum Projekt. Er liegt, an der Wilhelminenbergstrasse, ist von Wäsen umgeben, aber die Waldparzellen sind sehr klein und die grossen weit entfernt. Das zweite Bedenken sind die ungeheuren Kosten die aufgewendet werden sollen, um wenigen Kindern die Vorteile einer Waldschule zu sichern. Mit demselben Geld wäre dies für eine grössere Zahl von Kindern möglich. Der Verein beabsichtigt, 40 Kinder dauernd als Internisten unterzubringen und 80 bis 100 in drei Klassen abgeteilt, zeitweise aufzunehmen. Um diesen 120 Kindern die Vorteile der Waldschule zu verschaffen, erwachsen Kosten von 890.000 Kronen. Die Zahl der Kinder und die Höhe der Kosten stehen in keinem Verhältnisse. Letztere sind wahrscheinlich darin begründet, dass man derart gewaltige Adaptierungen vornimmt, während man nach dem Pavillonssystem einem Vielfachen von Kindern Unterkunft geben könnte. Es wird weiter gesagt, dass bei der Besiedlung der künftigen Waldschule auch das städtische Jugendamt mitwirken soll. Ich möchte daher bei dieser Gelegenheit einige Wünsche an die Vertreter dieses Amtes, die ja auch im Saale anwesend sind, zur Beachtung richten. Es war unlängst davon die Sprache, dass es nicht angeht, dass das städtische Jugendamt in Zukunft so souverän handelt, wie es jetzt der Fall ist. Ich muss gegen den Herrn Bürgermeister polemisieren, der neulich sagte, dass es gut sei, wenn solche Aktionen von einer Stelle geleitet werden. Wie dieser Zustand, dass das städtische Jugendamt bei solchen Sachen allein entscheidet, zu allerschwersten Konsequenzen führt, liess sich an der Hand einiger Beispiele beweisen.

Das städtische Jugendamt soll sich in Zukunft, wenn es sich um derartige Aktionen handelt, immer mit der betreffenden Sektion des Bezirksschulrates und namentlich auch mit den Schulleitungen das Einvernehmen pflegen. Ein zweites Bedenken ist die kolossale Langsamkeit, mit der alle Aktionen vom Jugendamt betrieben werden. Es ist unbedingt notwendig, dass erfahrene Lehrer als Fachreferenten in das städtische Jugendamt kommen. Ich spreche nicht gegen das Referat, ich kenne den Verein, er hat schon segensreiches geleistet, aber es scheint mir, als ob das Referat mit zahlreichen Mängeln behaftet wäre, die bei gründlicher Durchsicht noch behoben werden könnten. Das grösste Bedenken ist der Platz als solcher und die ungeheuren Baukosten die in keinem Verhältnisse stehen, zu der Zahl der Kinder, die dort untergebracht werden soll. (Beifall bei den Christlichsozialen).

VB. Emmerling übernimmt den Vorsitz.

GR. Leopoldine Glöckl wendet sich gegen die Ausführungen des Vorredners und betont, dass die Waldschulen eine Stätte sozialer Arbeit sind. Was das Jugendamt anlangt, so ist dieses, wie es jetzt eben ist, unter der christlichsozialen Herrschaft so geworden. Was die Aktion der Schweizer Kinder anlangt, so sind da immer Ungerechtigkeiten vorgekommen, und es ist nur traurig, dass Wien seine Kinder in die Schweiz betteln schicken muss.

GR. Deppler bezeichnet die Sängerwarte als den ungeeignetsten Ort zur Errichtung einer Waldschule, weil sich dort noch kein Wald befindet und weil das alte Gebäude, das aus Stein gebaut sei, weit zurücksteht gegenüber einem luftigen Holzbau. In Deutschland werden für Waldschulen nach einem Kölner System transportable Baracken benützt, die in der Vorkriegszeit ausserordentlich billig hergestellt wurden und deren Kosten sich auch jetzt noch bedeutend billiger stellen, als die uns heute beantragten Kosten. Der Redner beantragt die Rückverweisung und neuliche Vorlage eines Antrages binnen 4 Wochen.

Berichterstatter StR. YHellmann spricht sich gegen den Rückverweisungsantrag aus, welcher abgelehnt wird.

GR. Klimesch erklärt, dass die Tschechoslovaken für die Subvention unter der Voraussetzung stimmen, dass ihre Kinder nicht ausgeschlossen werden.

Nach dem Schlussworte des Referenten und einer tatsächlichen Berichtigung des GR. Wawerka, wird der Referentenantrag angenommen.

Hierauf werden die auf der Tagesordnung stehenden Wahlen in verschiedene Ausschüsse vorgenommen.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantw. Redakteur *Jenny Michler*,  
Wien, I., Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

25. Jahrgang. Wien, Samstag, 21. Juni 1919. Nr. 258.

Abgabe von Unterzündholz. Die Abgabe von je 5 kg Unterzündholz an einen Haushalt für eine Woche erfolgt in der Zeit vom 22. bis 28. d.M. gegen Abtrennung des Ziffernabschnittes 38 des amtlichen Einkaufsscheines. Der Preis ist unverändert.

Fettabgabe. In der Woche vom 22. bis 28. d.M. wird wieder die velle Wochenfettquote von 12 dkg Fettprodukten per Person und zwar amerikanischer Speck zur Ausgabe gelangen, so dass auch die Fettkartenabschnitte für nichttrayeniertes Fett zur Einköpfung kommen. Bei den städtischen Schweinespeckabgabestellen werden pro Person 12 dkg Salzspeck gegen Abtrennung des R Abschnittes Nr. 145 und der beiden Abschnitte Nr. 145 für nichttrayeniertes Fett der Fettkarte sowie Durchlechung der Ziffer 49 der gelben Mehlbezugskarte ausgegeben. 12 dkg Salzspeck kosten K 3.60. Organisierte Verbraucher mit blauen Mehlbezugscheinen erhalten die Fettquote bei der Verschleisstelle ihrer Konsumentenorganisation.

Kartoffelabgabe. Dienstag, Mittwoch und Donnerstag werden im 1., 8., 9., 18., 19. und 21. Bezirk Kartoffeln und zwar 1 kg für den Kopf abgegeben. Abgetrennt werden die Abschnitte Scund T der Kartoffelkarte.

2. Ausgabe.

25. Jahrgang. Wien, Samstag, 21. Juni 1919. Nr. 259.

Kreditverein der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien. Der Kreditverein der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien hielt Mittwoch, unter dem Vorsitz des Präsidenten Kainz seine 7. Vollversammlung ab. In seiner Rede betonte der Vorsitzende, dass der Kreditverein nur den einen Wunsch habe, dass er von allen Neuerungen und von der neuen Staatsform das erhalte, das für Handel und Gewerbe Ruhe und Arbeit schaffe. Der Vorstand des Kreditvereines Richard Pilz erstattete den Bericht über die Geschäftsergebnisse und über den Jahresabschluss für das 7. Geschäftsjahr des Vereines. Mit Rücksicht auf die geänderten Geldverhältnisse entschloss sich der Ausschuss die Erhöhung der Maximalkreditsumme von 60.000 auf 100.000 Kronen vorzunehmen. Der Gesamtumsatz des Vereines hat die Summe von 492 Millionen Kronen überschritten. Als Reinertragnis ergibt sich die Summe von 55.336 Kronen, wobei das verhältnismässig geringe Mass der Steigerung gegenüber dem Vorjahre nicht zuletzt dadurch beeinflusst wurde, dass der Verein/im Berichtsjahre gezeichneten Nominale von 100.000 Kronen VIII. Oesterr. Staatsschatzscheine in der Bilanz zum Kurse von 75 aufgenommen hat. Da die beiden Reservefonds des Vereines ohne die diesjährigen Zuweisungen 307.614 Kronen betragen, werden satzungsgemäss aus dem Ertragnisse 50 % der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien überwiesen. Der Vorstand dankt dem Gemeinderat der Stadt Wien für die bewiesene Förderung und dem Referenten des Kreditvereines im Gemeinderate, dem gewesenen VB. Rain, der den auf die Förderung des Gewerbestandes gerichteten Bestrebungen des Vereines in seinem Wirkungskreise jederzeit seine wertvolle Förderung und Unterstützung angedeihen liess. Die hierauf folgenden Wahlen und die beantragten Satzungsänderungen werden vereinbarungsgemäss durchgeführt. Die Berichte über die Bilanz und die Geschäftsabwicklung des Vereines werden genehmigend zur Kenntnis genommen. Mit einem Danke

des Vorsitzenden an das Präsidium des Gemeinderates und an den Gemeinderat, sowie an die Direktion der Zentralsparkasse und den Beamten des Kreditvereines für ihre Unterstützung und Arbeit im Interesse des Vereines wird die Versammlung geschlossen.

Titelverleihung. Der Gemeinderat hat in seiner vertraulichen Sitzung dem Stadtarchitekten Johann Scheidinger anlässlich seiner Pensionierung in Würdigung seiner Verdienste bei der Schaffung zahlreicher Hochbauten der Stadt Wien, den Titel „Städtischer Baurat“ verliehen.

Vom städtischen Uhrenmuseum. Im Stadtrate berichtete StR. Josef Müller über die Erhöhung der Versicherungssumme für das städtische Uhrenmuseum. Nach einem Antrage des Magistrates wird sie mit 550.000 Kronen festgesetzt, wozu der Referent bemerkt, dass er diesen Betrag auf 1 Million Kronen erhöhen möchte, da der Liebhaberwert des Museums 2 Millionen Kronen betrage. StR. Breuer unterstützte den Antrag, weil im Uhrenmuseum tatsächlich besonders historische Werke sich befinden. Der Referentenantrag wurde angenommen.

Billigeres Sauerkraut. Bei der Abgabe von Sauerkraut in der kommenden Woche, die ohne Einschränkung der Menge und ohne Vorweisung einer Ausweiskarte erfolgt, wird der Kleihandelspreis auf 70 h für das kg herabgesetzt.

Marmeladeabgabe. Donnerstag, 26. d.M. beginnt die nächste Ausgabe von Marmelade. Sie erfolgt an die Buchstaben der Haushaltungen A bis G, Sch Donnerstag, 26., H bis L, St Freitag, 27., M bis R Samstag 28. und S bis Z Sonntag, 29. d.M. und Montag 30. Vom 1. Juli an wird an alle Haushalte ohne Unterschied Marmelade abgegeben. Für jede Person des Haushaltes ist 1 kg Marmelade auszufolgen. Zubussen an Kinder und Schwerarbeiter werden nicht gegeben. Die Abgabe erfolgt nur gegen Vorweisung des Einkaufsscheines, aber ohne Abtrennung eines Abschnittes von diesem. An einen Bezugsberechtigten darf auf einmal nicht mehr Marmelade ausgegeben werden, als der Zahl der Haushaltungsangehörigen unter Berücksichtigung der Kopfquote von 1 kg entspricht. Es ist jedoch erlaubt, an einen anderen Tagen neuerlich Marmelade bis zum obigen Höchstausmass zu verkaufen. Der Verkauf von Marmelade ist nur den behördlich bewilligten Abgabestellen gestattet, die die vorgeschriebenen Höchstpreise genauest einzuhalten haben.

Die Beratungen über den Haushalt der Gemeinde Wien. Der Gemeindevertretung steht eine arbeitsreiche Woche bevor. Montag, Dienstag und Mittwoch wird der Stadtrat sich mit den Beratungen des Voranschlages für das nächste Verwaltungsjahr, das ist für die Zeit vom 1. Juli 1919 bis 30. Juni 1920. Die Sitzungen des Gemeinderates der nächsten Woche, die am Donnerstag, Freitag, Samstag und Montag, 30. d.M. stattfinden, werden ebenfalls das Budget der Gemeinde zum Gegenstande der Verhandlungen haben. - Ein Exposé über den Voranschlag der Gemeinde Wien für das Verwaltungsjahr 1919/20 liegt der heutigen Korrespondenz bei.

Wiener Rathaus-Korrespondenz  
I., RATHAUS  
Herausgeber FRANZ MICHEU

Absage der Gastwirtegehilfenversammlung.

.....  
Nachdem am Freitag den 20. d.M. die Volkshalle für die  
Beerdigungsfeier der Opfer vom vorigen Sonntag benötigt  
wird, unterbleibt die für diesen Tag dasselbet angesagte  
Versammlung der Gastwirtegehilfen.

.....

(Schluss zu: „Der Vorschlag im Stadtrat.“)

Zur Frage der Bedeckung des Defizites führte der Referent folgendes aus: Es wäre kleinlicher Fiskalismus und nicht zu verantworten, wenn man nunmehr unternehmen wollte durch neuen Einnahmen 400 Millionen Kronen herbeizuschaffen. Im Budget sind tatsächlich sehr bedeutende Posten, die den Charakter des Vorübergehenden tragen und die auch nur als solche überhaupt hingenommen werden können. Wenn wir Jahr für Jahr solche Summen für Arbeitslosenunterstützung ausgeben müssten, wäre eine ein Wirtschaftsebenen und eine soziale Ordnung an und für sich undenkbar. Angesichts dessen lässt es sich wohl verantworten einen gewissen Teil des Defizites auf die Zukunft zu legen, wenn auch nicht gerade auf die Kindeskinder, so doch auf eine ruhigere Zeit, in der es klar geworden ist, unter welchen Verhältnissen wir unser Leben einzurichten. Aber ein ebenso schwerer Fehler wäre es bezüglich des ganzen Defizites so vorzugehen, denn dann kann man mit mathematischer Gewissheit vorausberechnen, in welchem Augenblick der Gemeindebankrott eintreten wird. Die Bevölkerung muss sich darüber klar werden, dass es einfach in der Unmöglichkeit ist, zu verlangen, dass die Stadt Wien ihre Angestellten besser bezahlt, dass die grosse kostspielige Bauten aufführt, die kein Erträgnis abwerfen, dass sie in den Spitälern und Versorgungsanstalten gewaltige Mehraufwendungen für Kost und Beheizung auf sich nimmt und auf der anderen Seite jedwede Mehreinnahme zu verweigern. Dieses „unterschiedlich kann weder unsere noch irgendeine andere Partei zustande bringen und wenn es scheinbar beim Staate geht, so ist dies nur deshalb möglich, weil die Banknotenpresse Tag und Nacht arbeitet, was uns allerdings von Stunde zu Stunde dem Staatsbankrott näher bringt und worin eine der Ursachen der furchtbaren Geldentwertung ist zu suchen ist, die das Gemeindebudget gleichfalls zerrümpelt. Selbst wenn uns ein soolches Hilfsmittel zu Gebote stünde, könnte ich nur von dessen Anwendung mit aller erdenklichen Entschiedenheit abraten. Die schlechte Lage der Gemeindefinanzen ist ja schon lange kein Geheimnis mehr und es war dies mit einer der Ursachen, weshalb wir mit solchem Nachdruck darauf beharrt haben, wenigstens die Gemeindebetriebe finanziell in Ordnung zu bringen. Jetzt wird wohl auch die Minderheit, die damals immer davon gesprochen hat, man möge das Defizit der Strassenbahn und der Gaswerke auf die Zukunft legen, zugeben müssen, dass unmöglich ist, wir hätten sonst heute ein Defizit von nahezu 700 Millionen Kronen. Sind wir augenblicklich so, wie wir die Gehäl-

ter und Löhne für den 1. August beschaffen sollen, so hätten wir dann die unbedingte Gewissheit, es überhaupt nicht zu vermögen und es würden jetzt schon Stockungen mit unabwehrbaren Folgen sich ergeben.

Wir haben in den letzten Wochen reiflich erforscht, wo irgend etwas herauszuholen ist, es würde die Lustberkeitssteuer scharf in die Höhe gesetzt, die Totalsteuerssteuer verdoppelt, wegen gemeinsamen Einführung einer Automobilsteuer wurde mit dem Lande in Fühlung getreten, die Erhöhung der Markt-, Schlachthaus- und Lagerhausgebühren sowie die Revision der Erdertarife ist im Zuge. All das mag im besten Falle 20 Millionen Kronen bringen, kann uns aber nicht helfen. Und so ist es nur natürlich, wenn der Magistrat schliesslich jenes Mittel vorschlägt, dass nur in der Zeit der höchsten Not - Wien war gewiss noch nie in grösserer Not als gegenwärtig - benutzt wurde, die Erhöhung der Zinse. Es ist die Pflicht des Magistrates objektiv seine Vorschläge zu erstatten und es schien auch ganz angebracht, dass die Bevölkerung zunächst von einer Seite, die ganz frei von Parteipolitik ist, zu hören bekommt, wie die Dinge eigentlich stehen und welches letzte Hilfsmittel angewendet werden soll. Es ist ausser aller Frage, dass es heute in Wien nichts unpopulärer geben kann, als eine Steigerung der Mietzins und dass darin die Gefahr einer neuen Teuerungswelle liegt. Das Mieterschutzgesetz, das als sozialdemokratische Errungenschaft ins Leben getreten ist, hat wie kann eine andere gesetzliche Bestimmung in Denken und Fühlen der Bevölkerung unzerstörbare Wurzeln gefasst. Es ist der Gedanke gar nicht mehr vorstellbar, dass irgendjemand, der seinen Zins pünktlich bezahlt und sich auch sonst, was Wohnungsbenützung anbelangt, einwandfrei verhält, durch die Willkür des Hausherrn obdachlos gemacht werden könnte. Und ebenso ist sich die Bevölkerung darüber klar, dass bei dem absoluten Wohnungsmangel die Mieten zweifellos ebenso ins Ungemessene gestiegen wären wie Lebensmittel oder Kleider und dass wir heute die Zinse um das Fünf- oder Zehnfache gesteigert hätten, wenn kein Mieterschutzgesetz bestünde. Auf der anderen Seite aber steht die Tatsache, dass durch die Einnahmsquellen der Gemeinde einfach zugeschnürt wurden. Während z.B. die Einkommensteuer im Frieden in Wien 34 Millionen Kronen ausmachte und bis zum Vorjahre auf 140 Millionen Kronen stieg, weisen die Steuern aus den Mietzinsen keine nennenswerte Veränderung. Dabei sind nun zwei Dinge zu beachten. Es hat sich jenes Verhältnis, dass seit jeher zwischen den gesamten Einnahmen und dem Wohnungsaufwand bestand und das innerhalb gewisser Grenzen in der ganzen Welt besteht durch die Miets-

schonveränderung vollkommen verschoben. Ein Arbeiter, der vor dem Kriege 2000 Kronen Einkommen hatte, zahlte 500 bis 600 Kronen Miete, also 15 bis 22 % seines Einkommens. Bei den ganz grossen Wohnungen und bei den ganz grossen Einkommen war die Quote etwa 10%, und immer in Wien etwas höher als in anderen Grossstädten, weil Wien nie eine auf wirkliche Produktion von Wohnungen gerichtete Kommunalpolitik sondern nur Hausherrnschutz hatte. Gegenwärtig sind nun die Einkommen der Arbeiter, soweit sie wirklich Beschäftigung haben auf 8 bis 10.000 Kronen, bei manchen Kategorien sogar darüber hinaus gestiegen. Der Zins aber ist gleich geblieben, so dass der Aufwand für Wohnungen nicht mehr 15 bis 20 % sondern nur etwa 5 % ausmacht. Es ist dies ein Verhältnis, wie es weder in Deutschland der Fall ist, noch zumindest vor dem Kriege in Amerika, England und Frankreich war. Damit im Zusammenhang steht aber noch eine andere äusserst wichtige Sache. Die Herstellungskosten eines Hauses sind ganz ungeheuer gestiegen. Selbst wenn ein Abbau der gegenwärtigen phantastischen Preise eintritt, so ist doch eine Wiederkehr des Niveaus von 1913 nicht mehr zu erwarten. Das bedeutet mit anderen Worten, dass auf eine private Bautätigkeit nach menschlichem Ermessen gar nicht zu rechnen ist. Man wird fassungslos stammeln, dass die Bauten auf dem Margarethengürtel, bei welchen die Gemeinde den verloreneren Bausaufwand trägt und deren Beauftragung sie streng überwacht, die Herstellungskosten einer ganz regulärer Verzinsung und Amortisation eine Jahreszins von 8000 Kronen erfordert werden müsse. Eine solche Wohnung hat im Frieden höchstens 1000 Kronen gekostet. Die Gemeinde Wien wird jetzt für die genannten Wohnungen 1200 Kronen verlangen können. Allesübrige muss Jahr aus Jahr ein aus Steuergeldern gezahlt werden. Wenn nun auch für Neubauten das Mieterschutzgesetz nicht gilt, so ist es doch gewiss, dass kein Privatmann unter diesen Verhältnissen bauen wird. Er kann selbst trotz der grössten Wohnungsmot einen solchen Zins nicht erlangen und wüsste vor allem nicht, wie die Dinge in 3, 5 oder 10 Jahren liegen, ob da nicht durch eine starke Abwanderung ein Ueberfluss an Wohnungen wenn auch nicht an gesunden und hygienischen herrschen wird. Es ist ein Stück des sozialen Gemeindeprogrammes, die wirtschaftliche Entwicklung zwingt förmlich dazu, den Wohnungsbau als Aufgabe der Gemeinde zu betrachten. Es ist aber nun nicht möglich, von einer Kategorie der Bewohner äusserst hohe Zinse zu verlangen, das würde entweder zur Folge haben, dass sich alle Löhne nahe dieser Minderheit richten und die anderen daraus unverdienten Nutzen ziehen, oder aber dass dieser Teil schon von vornherein in einer weit schlechteren wirtschaftlichen Lage wäre, als jene

anderen Bewohner der Stadt, die noch aus der Friedenszeit Unterkunft besitzen. Es muss also eine Angleichung der Zinse stattfinden und das ist nur möglich, wenn auf irgendeine Weise, die nötigen Mittel beschafft werden. Losgelöst vom Defizit ist es gewiss verständig, dass die Menschen, die den billigeren Mietzins bezahlen, dazu beitragen, dass Wohnungen für die übrigen geschaffen werden. Es ist keine Zukunftsfrage, sondern ein durchsichtiges Programm, es sind doch im vorliegenden Budget für Wohnungsbauteilen dieser Art 50 Millionen Kronen eingestellt. So zwingend es nun von jedem Standpunkt aus erscheint, für neue Einnahmsquellen zu sorgen, so ist es doch sehr zu erwägen, ob der unmittelbare Augenblick hierzu geeignet ist. Wir haben in den letzten Wochen in Form von Tarifserhöhungen sehr schwere Lasten auf die Bevölkerung gelegt, in die sie sich noch nicht völlig hineingefunden hat. Es fehlt uns überdies jede Gewissheit über unser Schicksal. Sollte es bei den Friedensbedingungen bleiben, die uns zuerst auferlegt wurden, dann ist es zwarlich nötig, sich mit Steuerprojekten den Kopf zu zerbrechen, denn dann sind wir rettungslos zum Zusammenbruche verurteilt. Und dem allgemeinen wird sich auch die Stadt Wien nicht entziehen können. Wir müssen also auch in dieser Beziehung/erst einmal klar sehen und wollen uns hüten, jene begreifliche tiefe Erbitterung, mit der die Wiener erfüllt sind, noch weiter zu steigern. Es wird aber auch notwendige ein, dass mit Staat und Land grundsätzliche Vereinbarungen über die Teilung der Steuerquellen getroffen werden. Mit dem gegenwärtigen chaotischen System kann keine vernünftige Wirtschaft getrieben werden. Es mangelt uns aber auch an verlässlichen Statistiken über die Verteilung der Zinse. Nach ihrer Höhe. Was an Hilfsmaterial vorhanden ist, besteht lediglich aus einer älteren Statistik des Wohnungsamtes, die allerdings auf die Wiener Wohnungsverhältnisse ein düsteres Licht wirft. Denn von den 550.000 damals gezählten Wohnungen entfallen 75 % auf Kleinwohnungen. Daraus muss man schliessen, dass auch die Masse der Zinse in diese Kategorie fällt und dass es nicht gut möglich ist, bei der Mietsteuer die Kleinwohnungen auszunutzen. Das selbe gilt von den 108.000 Geschäftlokalen. ~~Man~~ Ehe man nun bei ~~günstigen~~ <sup>diesen</sup> Verhältnissen eine so einschneidende Massnahme trifft, müssen doch die Unterlagen vorhanden sein, dann wird es sich zeigen, ob es nicht noch gelingt zu einer Staffelform zu kommen, die für die Masse der Bevölkerung dann doch erträglich erscheint. Fest steht meiner Ueberzeugung nach folgendes: Von einer Aufhebung des Mieterschutzgesetzes kann keine Rede sein. Kommt es zu einer ~~Minder~~ <sup>Min</sup> Mietsteuer, so muss dieselbe der Gemeinde zu fliessen und der Hausherr darf keinen wie immer gesteuerten Aufschlag machen. Die Sätze müssen bei den kleineren Woh-

nungen bescheiden sein und starker Progression selbst bis zu 100 % die Reichen treffen. Heute können wir nur einen Standpunkt einnehmen, dass neue Einnahmsquellen geschaffen werden müssen, wenn die Gemeinde nicht bankrott werden will und dass wir uns aber doch zunächst, wenn auch nur vorübergehend und bis zur Klärung der ganzen Situation mit einer Aufnahme von Geldern behelfen müssen. Gewiss ist auch hierfür der Zeitpunkt sehr ungeeignet, die österreichischen Kriegsanleihen werden zu einem Kurse von 50 gehandelt und die ungarischen notieren mit 35 Kronen. Die politische Atmosphäre ist schüchtern. Dass da nun angesichts eines Budget mit einem Defizit von 400 Millionen keine Neigung zu einer Anleiheoperation besteht, ist verständlich. Es wird dies ein Grund mehr für uns sein müssen, äusserste Sparsamkeit walten zu lassen und schliesslich jene Folgerungen aus Zwangslage zu ziehen, die die jetzige Majorität in der Gemeindeverwaltung gewiss an aller wenigstens zu verantworten hat, sondern die das Ergebnis des unseligen Weltkrieges ist.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur **Tommy Michler.**  
Wien, I. Neues Rathaus.

## 1. Ausgabe.

25. Jahrgang. Wien, Montag, 23. Juni 1919. Nr. 260.

**Die Lehrergehaltsregulierung.** In Entsprechung der von der Staatsregierung geforderten neuerlichen erledigung der Bezugsregulierung der Wiener Lehrer berichtete heute StR. Hellmann im Stadtratsratte neuerlich über das bereits im April vom Gemeinderate erledigte Gesetz und beantragte, die Vorlage mit einigen ganz geringfügigen Änderungen der ursprünglichen Fassung der Landesversammlung vorzulegen. Die Sprecher der Christlichsozialen, die StR. Dr. Kienböck, Rummelhardt und Vaugoin sprachen sich für den Antrag aus, worauf derselbe angenommen wurde. Die Vorlage wird am Dienstag der Landesversammlung zur Beschlussfassung und am Donnerstag dem Gemeinderate zur Kenntnisnahme unterbreitet werden.

**Die Anmeldungen für die Invalidenrente.** Seit 20. d.M. findet in Wien bei den Konskriptionsamts - Abteilungen der magistratischen Bezirksämter die Aufnahme der Anmeldung von Ansprüchen auf staatliche Entschädigung der Kriegsinvaliden und deren Hinterbliebenen statt. Es wird darauf aufmerksam gemacht, dass jeder Kriegsbeschädigte, der eine Rente anstrebt, die Anmeldung und dingt erstatten muss, auch wenn ein Superarbitrierungsverfahren noch anhängig ist oder der Kriegsbeschädigte bereits superarbitriert ist. Es hat sich also unbedingt jeder Kriegsbeschädigte bei seiner zuständigen Anmeldestelle anzumelden.

## 2. Ausgabe.

25. Jahrgang. Wien, Montag, 23. Juni 1919. Nr. 261.

**Freie Fahrt für die Stadtschutzwache auf der Strassenbahn.** In Verfolgung einer Anfrage der GRe. Kohl und Thaller berichtete StR. Schorsch in der heutigen Stadtratsitzung über die Einräumung der freien Fahrt der Mitglieder der Stadtschutzwache auf der Strassenbahn. Nach einem Antrage des Referenten wurde beschlossen, der Stadtschutzwache unter der Voraussetzung, dass das Dienstkleid der Wiener Stadtschutzwache durch behördliche Vorschriften ausreichend gegen Missbrauch durch Unbefugte geschützt wird die unentgeltliche Benutzung der forderen Plattform der Trieb- und Anhängewagen der Strassenbahn im selben Ausmasse, wie der Sicherheitswache einzuräumen. Für die Zwischenzeit werden der Stadtschutzwache Einzelfahrscheine verschiedener Preisstufen innerhalb eines Monats auf Rechnung der städtischen Strassenbahnen zur Verfügung gestellt.

**Entfallender Empfang.** Wegen dienstlicher Verhinderung des Bürgermeisters Reumann entfällt Freitag der Empfang.

**Die Budget - Sitzungen des Gemeinderates.** Die für diese Woche (Donnerstag, Freitag und Samstag) anberaumten Budgetsitzungen beginnen um 3 Uhr nachmittags.

**Der Voranschlag im Stadtrat.** In der heutigen Stadtratsitzung erstattete StR. Breitner einen eingehenden Bericht über den Hauptvoranschlag der Gemeinde Wien für das Verwaltungsjahr 1919/20. Nachdem vorher beschlossen worden war, in die eigentliche Debatte erst in der Dienstag Sitzung einzugehen, führte der Referent Folgendes aus:

Man kann in der Geschichte Wiens zurückblättern, soweit man will, man wird nicht eine Lage finden, die irgendwie mit der gegenwärtigen verglichen werden kann. Es liegt über auch kein Bretterbühnen hinter uns, das mit der Furchtbarkeit des fünfjährigen Weltkrieges verglichen werden kann und unter welchem die Stadt so unendlich gelitten hat, und noch immer leidet. Der Voranschlag spiegelt die trostlose Lage in seinen Ziffern wieder. Das Gesamterfordernis, das im Vorjahre 365 Millionen betrug, ist auf 320 Millionen vorgeschmelt, denen nur Mehreinnahmen von 47 Millionen Kronen gegenüberstehen, sodass sich ein unbedeckter Abgang von 403 Millionen Kronen ergibt. Dabei muss bemerkt werden, dass das Budget, das die gegenwärtigen Löhne und Materialpreise keine Änderung erfahren, als tatsächlich real und nicht künstlich gemacht anzusehen ist. So wurden 38 Bauten, die auf Grund alter Gemeinderatsbeschlüsse vielfach Jahre hindurch mitgeschleppt wurden, ohne zur Ausführung zu gelangen, diesmal gar nicht eingestellt, weil sie dem Magistrat teils minder dringlich, teils auch technisch undurchführbar erschienen. Es handelt sich dabei um einen Betrag von rund 100 Millionen Kronen. Andererseits aber darf aus Sparsamkeitsgründen nicht zu weit gegangen werden, weil die Gemeinde heute der einzig grosse Arbeitgeber in Deutschösterreich ist. Zum ersten Male wurde eine Zusammenstellung aller Bauten und Herstellungen aller Art, welche die Gemeinde und ihre Betriebe in den nächsten 12 Monaten planen und für welche die notwendigen Materialien bereits sichergestellt sind, angefertigt. Es handelt sich um Ausgaben von insgesamt 210 Millionen Kronen. Die Arbeitslosigkeit müsste ungeheure Dimensionen annehmen, wenn eine finanzielle Katastrophe die Verwirklichung dieser Bauten verhindern sollte. Eine Hauptursache des Defizites liegt in den gewaltig gestiegenen Personalaufwand, der für die 22.000 Gemeindeangestellten, ungerichtet die 18.000 Angestellten der Unternehmungen, 261 Millionen Kronen gegenüber 95 Millionen Kronen im Vorjahre ausmacht. Es war unbedingt notwendig, den Angestellten das Leben zu ermöglichen, es ist aber ebenso notwendig, jetzt auch Einnahmen zu schaffen, welche die Auszahlung der Gehälter ermöglicht. Es ist naturgemäss, dass das vorgelegte Budget noch nicht das Gepräge der neuen Verwaltung tragen kann, die erst am 5. Mai d.J. ihr Amt angetreten hat und eine unabänderliche Zwangslage vorfindet. Inmitten zeigen einige Rubriken, dass sich die Gemeinde der schweren Pflichten, die ihr der Krieg auferlegt hat, bewusst ist. Für Armenkinder und Jugendfürsorge sind volle 40 Millionen eingestellt. Leiblich und Seelisch haben die Kinder den grössten Schaden in diesem Kriege genommen und der Aufbau der neuen Gesellschaft muss, wenn er überhaupt gelingen soll, von Grund auf geschehen. Ganz neu ist die Rubrik Tuberkulosenfürsorge, für die über 9 Millionen Kronen eingesetzt sind, wenn dies auch sehr wenig ist, gegenüber dem furchtbaren Wüten dieser Krankheit in Wien. Für die Arbeitslosenunterstützung sind 30 Millionen Kronen präliminiert, wobei von der Annahme ausgegangen wurde, dass die Arbeitslosigkeit im Laufe der nächsten 12 Monate vollständig gesehwindet und im Durchschnitt des Jahres bloss das halbe Erfordernis, das auf Grund des gegenwärtigen Standes 60 Millionen Kronen ausmachen würde, in Anspruch genommen wird. Eine Voraussetzung, die man im Hinblick auf die gegenwärtigen Kohlenversorgung etwas optimistisch bezeichnet werden darf. Der Referent besprach dann eingehend die schweren Lasten, welche der Gemeinde durch die ungünstigen Valuta im Hinblick auf das zum Teil im Ausland vergebene Balaen vom Jahre 1902 erwachsen werden und die in einer Erhöhung des Coupondienstes von 15 Millionen Kronen zum Ausdruck gelangen werden, wobei jedoch für die im Laufe des Krieges angewachsenen Kouponrückstände nicht vorgesorgt ist. Allen kaufmännischen Gepflogenheiten entgegen wurden trotz der unausgesetzten Verschlechterung des Kronenkurses für die im Ausland befindlichen auf Francs lautenden Koupone bloss 1 Krone für 1 Franc eingesetzt, so dass man die 6 fache Ausgabe zu befürchten steht. Es handelt sich hierbei um volle 125 Millionen, die in dem Defizit von 403 Millionen gar nicht enthalten sind. Bezüglich der Unternehmungen der Gemeinde berichtete der Referent, dass sie ausser

in Investitionsprogramme im Budget überhaupt nicht erscheinen, eine Abfuhr von Geldern steht nicht zu erwarten und die sich ergebenden Defizite müssen von den betreffenden Betrieben selbst in den kommenden Jahren getilgt werden, ein Vorgang, der kaufmännisch immerhin zu rechtfertigen ist, weil ein Teil des Defizites auf die Unmöglichkeit zurückzuführen ist, die Anlagen nach ihrer Leistungsfähigkeit und ihrem Bedarfe auszunutzen. Bemerkenswert waren die Mitteilungen über die Wirkung der Verdoppelung der Strassenbahntarife auf den Verkehr. Es war mit einem Rückgang von 10 % der Frequenz infolge der Preiserhöhung und 10 % infolge der Eröffnung des Stadtbahnverkehrs gerechnet worden. Da letztere bisher nicht erfolgen konnte, und auch in absehbarer Zeit nicht erfolgen wird, so ist der Abfall der Einnahmen bloss mit 12 % zu bezeichnen und es dürfte wenn dieser für die Wiener Bevölkerung so bedauerliche Uebelstand andauert, die Strassenbahn davon profitieren und einen geringeren als den mit 36 Millionen Kronen gesicherten Abgang aufweisen. Die Gaswerke erwarten einen Abgang von 3 Millionen Kronen, allerdings nur unter der Voraussetzung, dass keine weitere Einschränkung des Konsums sich als notwendig erweist. Es muss indes neuerlich hervorgehoben werden, dass die Situation im Gaswerk geradezu katastrophal zu nennen ist, und dass ein Wunder geschehen müsste, wenn der Stillstand vermieden werden könnte. Das würde natürlich die finanzielle Gebahrung verhängnisvoll beeinflussen. Wenn die geplante Erhöhung der Strompreise beschlossen wird, dürfte der Fehlbetrag bei den Elektrizitätswerken sich noch immer auf 3 Millionen Kronen beziffern.

(Schluss folgt).

Vom **Wilhelminenbad.** StR. Siegel berichtete heute im Stadtratsratte über die Wiederinstandsetzung wenigstens eines Teiles des Wilhelminenbades im 16. Bezirk. Das Bad ist im Jahre 1913 erbaut worden, der Besitzer desselben geriet in Zahlungsschwierigkeiten und hat das Bad vor einiger Zeit einer Zigarettenpapier Fabrik um 750.000 Kronen verkauft. Diese Unternehmung hat es ohne jede behördliche Bewilligung in einen Fabriksbetrieb umgewandelt und es ist nur mehr das Schwimmbad als solches übrig geblieben. Um dasselbe zu erhalten, hat sich die Gemeinde bereit erklärt, es zu pachten. Die Pachtbedingungen seien jedoch solche, dass sie der Referent als unerträglich bezeichnen müsste. Er trat deshalb für die Einsetzung eines stadträtlichen Komitees bestehend aus 5 Stadträten ein, das sich mit dieser Angelegenheit weiter zu beschäftigen hätte. VB. Winter bemerkte, dass es sich hier um 190.000 Einwohner handle, die Interesse an diesem Bade haben, weil ausser einem zweiten Bade, im Bezirke kein Schwimmbad besteht. Man könne es deshalb geradezu ein Verbrechen nennen, wenn man dieses Bad der Bevölkerung entziehen wolle. Die kapitalistischen Interessen, die in dieser Angelegenheit mitspielen, gehen die Gemeinde nichts an, im Gegenteil, es müsse einmal gezeigt werden, dass der Kapitalismus mit der Gesundheit der Bevölkerung nicht mehr so weiter wirtschaften könne, wie bisher. StR. Vaugoin bezeichnete den Vorgang als einen grossen Fehler der Uebertretung der Bauvorschriften und er glaubt, dass der Stadtrat berechtigt sei, den Besitzer dazu zu verhalten, dass er das Bad wieder in seinen ursprünglichen Zustand herstelle. StR. Siegel stimmte diesen Ausführungen zu und sagte, dass er nichts dagegen habe, dass dem Komitee die Anregung des StR. Vaugoin als richtunggebende Grundlage der weiteren Beratungen gegeben werde. Der Antrag des Referenten wurde einstimmig angenommen. In das Komitee wurden die StR. David, Siegel, Dr. Scheu, Biber und Dr. Kienböck entsendet.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantwortl. Redakteur *Fanny Michow.*  
Wien, I. Neues Rathaus.

25. Jahrgang. Wien, Dienstag, 24. Juni 1919. Nr. 262.

Kartoffelabgabe. Mittwoch, Donnerstag und Freitag werden im 2. und 3. Bezirk Kartoffeln und zwar 1 kg pro Kopf gegen Abtrennung der Abschnitte S und T der Kartoffelkarte abgegeben.

Salvatormedaillen für Pfadfinder. Der Gemeinderat hat in seiner vertraulichen Sitzung dem Reichsfeldmeister der Pfadfinder Emmerich Täuber, dem Hauptfeldmeister Robert Ulrich, Karl Barteis und Adolf Kratky und dem Oberfeldmeister Karl Sloneck für verdienstvolles Wirken auf dem Gebiete der Kriegsfürsorge die eiserne Salvatormedaille verliehen.

Faulmann - Gedenkfeier. Anlässlich des 25. Todestages des bekannten Wiener Schriftgelehrten Professor Karl Faulmann, der das nach ihm benannte Stenographiesystem schuf, versammelten sich dessen Freunde Samstag, 28. d. M. um 2 1/2 Uhr nachmittags an seinem Grabe im alten evangelischen Friedhof zu einer schlichten Erinnerungsfeier. Die Feier wird von den vereinigten Faulmann Stenographenvereinen veranstaltet.

Budgetdebatte im Stadtrat. In der heutigen Stadtratsitzung wurde die Beratung des Hauptvoranschlages fortgesetzt. Ueber den Bericht des Referenten StR. Breitner entwickelte sich eine längere Generaldebatte. StR. Dr. Kienböck betonte, dass es den Christlichsozialen durchaus nicht daran gelegen sei, die Lage der Gemeinde durch blinde Opposition zu erschweren. Die Christlichsozialen werden sich vielmehr der Bedeckungsfrage soweit die Bevölkerung durch dieselben übermässig hart getroffen wird, gewiss nicht widersetzen. Es hätte das Einvernehmen mit dem Staatsamt der Finanzen über die Teilung der Steuerquellen schon längst gepflogen werden sollen. Wenigstens jetzt wäre kein Tag zu versäumen. Bei der Auswahl der Steuerquellen möge sich auch die Mehrheit nicht von der parteimässigen Vorliebe für die eine oder die andere Art der Besteuerung leiten lassen, sondern ausschliesslich von der Erwägung, was am besten durchführbar ist. Die Christlichsoziale Partei wird sich in ihrer Haltung lediglich von diesem Gesichtspunkt leiten lassen. VB. Hoss wendet sich dagegen, dass aus dem Voranschlag verschiedene wichtige Posten, welche den Bau von Bädern, Sanitätsanstalten betreffen, ausgeschieden wurden, und verlangt gleichfalls, dass die Gemeinde Wien die Verhandlungen mit dem Staate über Finanzangelegenheiten mit grösserem Nachdrucke und Eifer pflege. StR. Josef Müller wünscht, dass auf die sozialdemokratischen Mitglieder der Bezirksvertretungen dahingehend eingewirkt werde, die weitläufigen Anträge, welche vielfach in die Bevölkerung Verwirrung tragen, zu unterlassen und sich mehr auf den Standpunkt der Tatsachen zu stellen. StR. Vaugoin verleiht dem Wunsche Ausdruck dass die Entlohnung aller städtischen Angestellten auf eine gleiche Grundlage gestellt werden solle damit das gegenseitige Hinaufkritzieren der Gehälter zwischen den einzelnen Kategorien der Angestellten der Aemter und Betriebe vermieden werde. StR. Körber regt an, durch die Sozialisierung der grossen Bankinstitute neue Einnahmequellen für die Gemeinde Wien zu schaffen. Der Referent StR. Breitner erwiderte im Bezug auf die Anregung einer beschleunigten Verhandlung mit dem Staate, dass die Gemeinde Wien diese Verhandlungen mit der Regierung ununterbrochen weiterführe, dass es aber bis jetzt noch nicht gelungen sei, ein Ergebnis zu erzielen. Ebenso wurden mit dem Lande Beratungen gepflogen, die ja auch bezüglich des Projektes einer gemeinsamen Automobilsteuer ein Ergebnis gezeitigt haben und immerhin einen Erfolg bringen dürften. Man habe sich dahin geeinigt, dass Land oder Gemeinde nicht einseitig vorgeben können. Mit dem Staate werden in der allernächsten Zeit in nachdrücklichster Form Auseinandersetzungen ge-

pflogen werden, und das vorliegende so schlechte Budget wird gewiss dazu beitragen, dem Standpunkt der Gemeinde erhöhte Geltung zu verschaffen. Der Redner verweist darauf, dass ein grosser Teil der gegenwärtigen schlechten Lage darauf zurückzuführen ist, dass die frühere Mehrheit den ganzen Krieg hindurch eine Reihe von Bauten, die dringend notwendig waren, und ebenso fast alle Herstellungsarbeiten zurückgestellt habe, was ja durch den Material- und Arbeitermangel von rein technischem Gesichtspunkte aus begründet war; finanziell aber wäre es notwendig gewesen, für die einzelnen erforderlichen Posten im Budget Vorsorge zu treffen oder wenigstens eine Reserve anzulegen, aus der seinerzeit die rückgestellten Arbeiten hätten bestritten werden können. Wie leichtsinnig und immer nur auf einen Siegfrieden rechnend die Christlichsoziale Partei vorgegangen ist, beweist die Angelegenheit der rückständigen Koupons. Alle Kriegsjahre hindurch wurden die im Ausland befindlichen und laut einer behördlichen Verfügung nicht einlösbaren Koupons des 1902 er Anlehens, das zum grossen Teil auf Francs lautete, mit 95 h für 1 Franc bewertet, das noch zu einer Zeit, in der der Franc bereits das 3, 4 und 5-fache wert war. Es handelt sich hierbei um 26 Millionen, die nun mit vielleicht 150 Millionen Kronen eingelöst werden müssen, ohne dass nur die geringste Reserve dafür vorhanden ist. Nach Abschluss der Generaldebatte wurde in die Spezialdebatte eingegangen, bei welcher in der heutigen Sitzung die ersten 3 Gruppen des Voranschlages (Verwaltung Steuerwesen und Gemeindevermögen) eingehend erörtert wurden. Abgesehen von einer Anzahl von Anregungen, die vom Magistrate zur weiteren Behandlung entgegengenommen wurden, gelangten die Anträge des Referenten bzw. die Magistratsanträge unverändert zur Annahme.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Johann Michow.  
Wien I. Neues Rathaus

1. Ausgabe.

---

25. Jahrgang. Wien, Mittwoch, 25. Juni 1919. Nr. 263

---

Kartoffelabgabe Donnerstag, Freitag und Samstag werden im 10. und 11. Bezirk 16. und 17. Bezirk Kartoffeln und zwar 1 kg pro Kopf gegen Abtrennung des Abschnittes der Kartoffelkarte „T“ abgegeben

---

Die Abgabe der neuen Hauslisten und Lebensmittelkarten Dienächste Hauslistenabgabe findet am Samstag, 28. d. M. statt. Auf Grund dieser Hauslisten werden Samstag, 5. Juli die Mehlbezugskarten, Störbrotmehlbezugskarten und Brotbezugskarten für die 222. bis 241. Woche, die Fettkarten für die 147. bis 156. Woche, die Kartoffelkarten für die 92. bis 111. Woche, die Milchkarten für Kinder bis zu 2 Jahren für die 125. bis 134. Woche, die Milchkarten für Kinder von 2 bis 6 Jahren und für Kinder von 6 bis 14 Jahren für die 125. bis 144. Woche und die Seifenkarten für die Monate August bis einschliesslich November d. J. ausgegeben. Da die ordnungsmässige Kartenausgabe von der rechtzeitigen Ueberreichung der Hauslisten abhängt, ist der hierfür angesetzte Termin genau einzuhalten.

Die Gesundheitsverhältnisse Wiens. Seit zwei Wochen ist der Krankenstand und die Sterblichkeit zwar noch nicht auf der normalen Höhe immerhin aber im Rückgang begriffen und günstiger als in den Vormonaten. Die Sterbeziffer auf 1000 Einwohner mit Ausschluss der Ortsfremden und der Personen unbekanntes Wohnortes stellte sich in der 24. Jahreswoche auf 18.9 gegen 16.9 in der Vorwoche und 12.2 im Vorjahr. Unter den Todesursachen nimmt die Lungentuberkulose mit 266 Todesfällen die erste Stelle ein, dann folgen die Krankheiten des Herzens und der Blutgefässe mit 110 Todesfällen, die Lungen- und Rippenfellentzündungen mit 62 Todesfällen etc. Von den Infektionskrankheiten weisen die sogenannten Kinderkrankheiten, Diphtherie und Scharlach einen ungemein niedrigen Stand auf (26 und 14 Fälle in der Woche gegen 60 und 80 im Durchschnitte der unmittelbaren Vorjahre), die Ruhr hat mit 23 Fällen in der Woche bisher trotz der warmen Jahreszeit noch keine abnorme Verbreitung aufgewiesen. An Flecktyphus sind in der Berichtswoche 3 Zivil- und 8 Militärpersonen, sämtlich Heimkehrer oder deren Angehörige erkrankt. Von Blattern ist die Stadt frei geblieben.

2. Ausgabe

25. Jahrgang. Wien, Mittwoch, 25. Juni 1919. Nr 264.

Das Budget im Stadtrat. In der gestrigen Sitzung stellte StR. Sirotek bei der Frage der Wiederinstandsetzung der vom Militär benützt gewesenen Schulen das Verlangen, die solcherart freiwerdenden Schulgebäude für tschechische Schulkinder zu bestimmen. Der Referent StR. Breitner widersprach, dass der Minoritätenschutz, zu dem auch die Schulfrage gehöre, seine

Regelung gelegentlich des Friedensvertrages finden werde. Von diesen Bestimmungen, vor allem Anderen aber von der Behandlung, welche die deutschen Minoritäten im tschechischen Gebiete finden werden, werde die Haltung der Gemeinde Wien in dieser Frage abhängen. Es empfehle sich daher nicht, jetzt schon nach irgend einer Richtung hin präjudizierende Beschlüsse zu fassen.

In der heutigen Sitzung des Stadtrates wurde die Beratung des Hauptvoranschlags für das Verwaltungsjahr 1919/20 fortgesetzt. Zur Beratung gelangten die Gruppen über Gemeindefürsorge, Sicherheitswesen, öffentliche Arbeiten, Markt- und Approvisionierungswesen, Sanitätswesen, Armen- und Wohlfahrtswesen und Kultusangelegenheiten. Bei der Gruppe Sicherheitswesen beantragte StR. Speiser, die Einholung eines Beschlusses der Landesversammlung auf Erhöhung des zweiprozentigen Beitrages der Feuerversicherungsgesellschaften für Erhaltung der Feuerwehr und begründete diesen Antrag mit der Tatsache, dass die Feuerversicherungsgesellschaften aus der hervorragenden Mächtigkeit der Wiener Feuerwehr bedeutend im Nutzen schöpfen. Die Gruppe öffentliche Arbeiten gab den Anlass zu einer längeren Debatte über Strassensäuberung. Die Redner beider Parteien waren einig in dem Wunsche, dass das Stadtbauamt in allerhöchster Zeit mit Vorschlägen über die Reformierung der Strassensäuberung an den Stad- und Gemeinderat herantreten möge. Bei den Strassenpflasterungen und Kanalarbeiten wurden von einer grossen Anzahl von Stadträten Wünsche der einzelnen Bezirke vorgebracht. Bei der Beratung über die Gruppe stellte StR. Müller(17) einen Antrag auf Vergesellschaftung des Pflasterergewerbes; der Antrag wurde der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Die Verwaltungsgruppe über Markt- und Approvisionierungswesen war der Gegenstand einer langdauernden Beratung, während welcher StR. Kokrda einen Magistratsantrag auf Erhöhung der Markt-, Lagerhaus- und Schlachthausgebühren dem Stadtrate vorlegte. Der Antrag, welcher eine

100 bis 400 %ige Erhöhung vorsieht, wurde, nachdem die christlich-sozialen Stadträte sich für eine geringere Erhöhung ausgesprochen hatten, mit den Stimmen der Mehrheit angenommen. StR. Körber beantragte die Schaffung eines städtischen Ausschusses zur Behandlung der Versorgungsfragen und Beschaffung von Lebensmitteln.

Die Gruppe Sanitätswesen wurde mit einer längeren Debatte über die Tuberkulosenfürsorge eingeleitet, in der sich StR. Dr. Grün hauptsächlich für eine bedeutende Vermehrung der für die Tuberkulosenfürsorge zur Verfügung stehenden Spitalsbetten aussprach. StR. Amalie Seidl beantragte die Einstellung einer Post von 50.000 Kronen für die Errichtung eines Krematoriums. Bei der Post Bäder beantragte StR. Müller(12) die Errichtung eines Volksbades in Meidling und StR. Rummelhart die Errichtung eines Bades im 18. Bezirk. Beide Anträge wurden bei der Abstimmung abgelehnt.

Die Gruppe Armen- und Wohlfahrtswesen wurde ohne weitere Debatte angenommen. StR. Bruner stellte bei dieser Gelegenheit den Antrag, die Pfründen, zu welchen bereits ein 50 % iger Teuerungszuschlag vor zwei Jahren gewährt wurde, neuerlich um 50 % zu erhöhen. Der Antrag, für den sich Bürgermeister Reumann wärmtens einsetzte, wurde der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Bei der Gruppe Kultusangelegenheit entfesselte die Postauslagen für Frohnleichnamefeierlichkeiten, für welche 23.000 Kronen eingesetzt waren, eine äusserst lebhafte Wechselrede. StR. Iser beantragte die Streichung dieser Post, wogegen die christlichsozialen Stadträte heftigen Widerspruch erhoben. Bei der schliesslichen Abstimmung wurde der Antrag Iser mit den Stimmen der Sozialdemokraten und des Tschechen Sirotek angenommen.

Die Beratung über den Hauptvoranschlag wird morgen Donnerstag um 9 Uhr früh im Stadtrate fortgesetzt.

Subvention für die Urania. In der heutigen Stadtratsitzung wurde nach einem Antrage des StR. Speiser der Wiener Urania eine Subvention von 15.000 Kronen bewilligt.

# Wiener Rathaus Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur **Emmy Michler**,  
Wien, I. Neues Rathaus.

1. Ausgabe

25. Jahrgang. Wien, Donnerstag, 26. Juni 1919. Nr. 265.

**Hauptveranschlagsberatungen.** Heute vormittags wurde im Stadtrate die Beratungen über den Hauptveranschlag fortgesetzt. Bei der Gruppe 11 (Unterrichtswesen) beantragte StR. **Hellmann** die Errichtung eines Zentralschulgartens, wobei er auf ähnliche bereits bestehende Einrichtungen in deutschen Städten hinwies. VB. **Hoss** stellte fest, dass bereits vor Jahren Verarbeiten für die Errichtung eines Zentralschulgartens getroffen wurden und dass im 18. Bezirk der Platz hierfür in Aussicht genommen war. Die Angelegenheit wurde aber durch die Kriegsereignisse unterbrochen. StR. **Rummelhart** stellte den Antrag, in die Zahl der Beamten des Wiener Bezirksschulrates Fachleute aus Lehrkreisen aufzunehmen. Desgleichen beantragte StR. Rummelhart eine grundsätzliche Stellungnahme des Stadtrates gegen den Plan des Staatsamtes für Unterricht, welcher die gewerblichen Fortbildungsschulen dem Wirkungskreise des Staatsamtes für Handel entziehen und dem Staatsamte für Unterricht zuweisen will. Sämtliche Anträge wurden der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Die Gruppe Konskriptions- und Militärangelegenheiten wurde debattiert und genehmigt.

Die letzte Verwaltungsgruppe des Hauptveranschlages, welche verschiedene in den übrigen Gruppen nicht einteilbare Angelegenheiten enthält, gab den Stadträten **Körber** und **Schmid** VB. **Emmerling** den Anlass zur Vorbringung mehrerer Wünsche über öffentliche Uhren. Dem verlangen nach Beleuchtung der Rathausuhr wird in kürzester Zeit entsprochen werden. Schliesslich wurden noch die Veranschläge der städtischen Unternehmungen genehmigt.

**Neue Taxen für Jagdkarten.** In der heutigen Stadtratsitzung beantragte StR. Dr. Fritz Winter eine Erhöhung der Taxen für die Ausgabe von Jagdkarten. Diese Taxen betragen bis jetzt je nach der Grösse des Jagdgebietes 2, 6 und 12 Kronen. Mit Rücksicht auf die Tatsache, dass die Jagd heute ein Luxusbedürfnis darstellt, dem hauptsächlich die Kriegsgewinner fröhnen, beantragte der Referent die Erhöhung der Gebühren auf 100, 200 und 400 Kronen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Da die Höhe der Taxen bisher durch ein Landesgesetz bestimmt wurden, so geht die Vorlage an die Landesversammlung, die sie voraussichtlich in kürzester Zeit erledigen wird. Das bisherige Erträgnis der Taxen belief sich auf 34.000 K und wird nach den neuen Ansätzen K 1.400.000 ergeben.

2. Ausgabe

25. Jahrgang. Wien, Donnerstag, 26. Juni 1919. Nr. 266.

**Kartoffelabgabe.** Freitag bis Montag werden im 4., 5., 14., 15. und 20. Bezirk Kartoffel pro Person 1 kg gegen Abtrennung des Abschnittes T der Kartoffelkarte abgegeben.

Wiener Gemeinderat.

Sitzung am 26. Juni 1919.

Vorsitzender BGM. **Reumann** teilt mit, dass Fabrikant Isidor Mautner für die Armen Wiens 1000 Kronen gespendet hat.

Auf eine Interpellation des GR. **Angeli** in der letzten Sitzung des Gemeinderates, betreffend die Regulierung der Bezüge der städtischen Flurwächter, teilt der Bürgermeister mit, dass die bezüglichen Vorarbeiten beim Magistrat anhängig sind, und dass die gegenständliche Vorlage ehestens vom Magistrat ausgearbeitet werden wird.

Bezüglich einer Anfrage des GR. **Rotter** in der letzten Sitzung des Gemeinderates über die Nachrichten von der Zuweisung von schwarzem und weissem Mehl teilt der Bürgermeister mit, dass die Verlautbarung über die Ausgabe von schwarzem Mehl an die Haushaltungen und über die Zuweisung von weissem Mehl an die Bäcker von offizieller Seite nicht erfolgt ist. Da bei den für den allgemeinen Konsum bestimmten grossen Mengen die Scheidung der Mehlsorten aus technischen Gründen undurchführbar ist, erhalten sowohl die Haushaltungen, wie auch die Bäcker zum Teil lichter und zum Teil dunkleres Mehl. Der Bürgermeister fügt hinzu: Es zeigt sich, dass auch die Informationen des „Abend“ nicht immer die Richtigen sind.

GR. **Amalie Pölzer** interpellierte in der letzten Sitzung des Gemeinderates wegen der Anwendung einer strengeren Kontrolle gegenüber den Milchverschleissern und Händlern, um dem Schleichhandel mit Milch unmöglich zu machen. BGM. **Reumann** teilt hierauf mit, dass die Ueberwachung des Verkehrs mit Milch mit aller Strenge erfolgt und weist darauf hin, dass erst vor einigen Tagen eine Milchmehlerin mit 1000 Kronen Geldstrafe und mit 4 Wochen Arrest verurteilt wurde und dass gegen sie wieder eine neuerliche Anzeige anhängig sei.

Auf eine Anfrage des GR. **Rudolf Müller** (S), betreffend das angebliche Vorhandensein einer Thermalquelle auf den Gründen der Marxer Brauerei teilt der Bürgermeister mit, dass Erhebungen zufolge auf den Baugründen sich keine warmen Quellen befinden.

Schriftführerin **Gabriela Walter** verliest den Einlauf. GR. **Feldmann** fragt den Bürgermeister, ob er geneigt ist, zum Schutze der im Gemeindegebiete Wien gelegenen Felder und Fluren im Einvernehmen mit den in Betracht kommenden Nachbargemeinden die notwendigen Abwehrmassnahmen gegen den überhandnehmenden Kulturentrevel in die Wege zu leiten.

BGM. **Reumann**: Der Magistrat hat bereits Mitte April die Vorarbeiten wegen Aufstellung freiwilliger Feldwehren in den Bezirken 10 bis 13, 16 bis 19 und 21 in Angriff genommen. Es ist aber bisher den Bezirksvorstehern, in deren Wirkungskreis die Durchführung des Flurenschutzes fällt, erst in den Bezirken 11, 12, 17, 18 und 19 gelungen, solche freiwillige Feldwehren aufzustellen. Bezeichnender Weise erklären nämlich vielfach die Wirtschaftsbesitzer Wiens, dass sie nicht im Stande seien den Dienst eines freiwilligen Feldwehrmannes zu versehen. Sie machen sich, es muss dies endlich einmal in öffentlicher Gemeinderatsitzung ausgesprochen werden - die Sache sehr leicht, die fordern nämlich, dass lediglich die Gemeinde durch bezahlte Flurhüter allein oder zum grössten Teile den Flurenschutz besorge. Die Gemeinde ist aber an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt, weshalb ich von dieser Stelle aus abermals an unsere Wiener Landwirte den dringenden Apell richten muss, sie mögen dem Rufe ihrer Bezirksvorsteher Folge leisten und sich selbst reger und zahlreicher als bisher an der Aufstellung der freiwilligen Feldwehren beteiligen. Ich werde die Bezirksvorsteher neuerlich ersuchen, dass sie weiter für die Aufstellung neuer freiwilliger Feldwehren, bzw. deren Verstärkung Propaganda machen. Was den in der Interpellation geäusserten Wunsch nach Schaffung empfindlicher Strafbestimmungen anlangt, so mache ich darauf aufmerksam, dass solche, Geldstrafen bis zu 10.000 Kronen und Arrest bis zu drei Monaten, allenfalls beide Strafen nebeneinander, bestehen. Ich habe die Bezirksämter neuerdings anweisen lassen, dass sie von dieser Strafbestimmung nunmehr ausgiebigen Gebrauch machen. Es werden übrigens die schärfsten Strafen nichts nützen, solange sich nicht die Not in der Bevölkerung gemildert hat.

GR. **Gabriela Walter** beantragt, dass der Bürgermeister dahin wirken möge, damit die Gebäude und der Garten des ehemaligen Zivilmädchengehobornes der Gemeinde Wien zur Verwendung für Schulzwecke und zur Unterbringung einer Tagesheimstätte überlassen werden mögen.

GR. **Poppler** beantragt, den Magistrat zu beauftragen, eine Vorlage zur Errichtung einer Sport- und Spielakademie auf den Gründen des alten Hernalser Ziegelofens ausarbeiten zu lassen.

GR. **Amalie Seidl**, die nach längerer Krankheit zum ersten Mal im Gemeinderat erschienen ist, leistet die Angelobung.

Es wird hierauf an die Erledigung der Tagesordnung geschritten.

Es gelangen vorerst die Rechnungsabschlüsse der vergangenen Jahre, über welche VB. **Emmerling** und StR. **Breitner** berichten, zur Erledigung.

StR. **Breitner** legt zunächst den Hauptrechnungsabschluss für 1916/17, der schon einmal zur Kenntnis des Gemeinderates gebracht wurde, zur formalen Genehmigung vor. (Angenommen)

Nach einem Berichte des VB. **Emmerling** wird hierauf der Rechnungsabschluss pro 1917/18 ohne Debatte genehmigt. Derselbe schliesst mit einem Abgang von 15 1/2 Millionen Kronen. Die Gesamteinnahmen betragen 1.096.288.980 K und die Gesamtausgaben 1.117.477.378 K. Nunmehr gelangt der Hauptveranschlag für das Jahr 1919/20 zur Beratung.

Referent StR. **Breitner** führt aus: Es ist ein wahrhaft tragisches Schicksal, von dem Wien, diese schöne und sinnereiche Stadt, betroffen worden ist. Von Wien aus hat dieser furchtbare Weltkrieg seinen Ausgang genommen, von Wien, das bewohnt ist von den friedfertigsten Bewohnern der Welt. Wenn man im Juli 1914 trotz aller Aufpeitschungen das Volk hätte befragen können, ob es den Krieg will, würde es in überwältigender Masse abgewiesen haben. In überwältigender Masse hat es in den Jännertagen 1918 ohne dass es eigentlich zum Worte gekommen ist, zum Ausdruck gebracht, dass es einen Frieden ohne Kontributionen und Annexionen will und das was heute ihm auferlegt wird, wirklich nicht dem entspricht, was es selbst in seiner grossen und überwältigenden Masse zu vollziehen bereit war. Und dennoch vollzieht sich jetzt das Verhängnis, das darin gelegen ist, dass der Krieg von Wien aus seinen Ausgang genommen hat, dass Wien das Zentrum des Bösen, von dem der ganze Erdenrund erschüttert wird, darstellt und das darin gelegen ist, dass Wien unter den Grossstädten am Meisten gelitten hat. Nicht zu vergleichen mit den Schilderungen der

Dante'schen Hölle sind die Leiden, die der Wiener Bevölkerung durch 5 Jahre auferlegt worden sind. Es war mehr als ein Hungern, wir haben gesehen, wie Kinder an Leib und Seele zugrunde gegangen sind und noch zugrunde gehen, wie die Tuberkulose sich ihre Opfer holt, wie jeder dritte Mensch, der vom Tode ereilt wird an dieser Krankheit stirbt, und wie die Sterblichkeit weit grösser ist, als die Zahl der Geburten. Und dennoch können wir nicht aussprechen, dass wir am Ende der Leiden stehen. Was uns aufzuerlegen jetzt unternommen wird, ist eine Steigerung des Elendes, es würde bedeuten, dass wir zu solchen Hungerqualen dauernd verurteilt werden und es eine Lebensmöglichkeit für diese Stadt nicht gib. Wenn die Vernunft siegt und es zu Friedensbedingungen kommt, die nicht so wahnwitzig sind, wie die gegenwärtigen, so wird Wien noch immer ein Problem darstellen. Wir müssen uns vorstellen, dass Wien nie mehr das sein wird, was es in der Vergangenheit war. Es war der Mittelpunkt eines Wirtschaftsgebietes, das trotz aller nationalen Verklüftungen sich wirtschaftlich ergänzt hat und Wien ist der Mittelpunkt gewesen, von dem das ganze Reich - gewiss vollständig, was Oesterreich betrifft, zum grossen Teile auch für Ungarn zutreffend - verwaltet worden ist. Hier war der Sitz aller der grossen Verwaltungsbehörden, von hier aus ist die grosse Maschinerie in Gang gebracht worden, hier war der Ort, wo die Steuern von ganz Oesterreich zusammengeflossen und zum Teil verzehrt

worden sind, hier war der Sitz der grossen Bankinstitute, Versicherungsgesellschaften, der Bahnen, die allerdings schon wenige Kilometer von Wien in andere Hände übergegangen sind. All das ist jetzt abgeschnitten, und an dessen Stelle soll und muss ein neues treten. Wien wird nicht mehr die Beamten- und Verwaltungsstadt sein, die aus dem grossen Reich von 56 Millionen Menschen Kräfte saugt und lebt, es muss sich auf sich selbst stellen, in ganz anderen Formen, die wir erst hastend suchen müssen und von denen wir nicht wissen, ob sie tatsächlich für uns in der Weise, wie wir es uns vorstellen, erredbar sind. Eines ist feststehend: Nur zu erwarten, dass das alte Leben mit dem Friedensschluss beginnen würde, liess sich einer gewaltigen Täuschung hingeben, einem Optimismus, der tatsächlich nicht gerechtfertigt werden kann. Wir müssen suchen für die Stadt die viel zu gross ist für den kleinen Körper eine andere Lebensform zu bilden. Darin liegt die ungeheure Schwierigkeit des neuen Problems vor das die ganze Stadt, insbesondere aber die Stadtverwaltung gestellt wird. Es muss aus diesem Wien eine Stadt der Arbeit werden. Wir werden es in dieser Beziehung doppelt schwer haben, weil die natürlichen Voraussetzungen hiefür in diesem Deutschösterreich fast gar nicht gegeben sind. Der Boden ist karg und wir vermögen uns bei vollem Ertrag nur für wenige Monate zu ernähren, er ist an Rohstoffen fast leer, wenn wir das wenige Eisen nicht rechnen, wir haben einen Reichtum an Geldern, an Wasserkraften, die aber nicht ausgebaut sind, vorallem mangelt es aber an Kohle. Dass über 140.000 Menschen dazu verurteilt sind, arbeitslos ihre Tage zu verbringen, hat seine Hauptursache darin, dass uns Kohle, die Hauptquelle aller Industrietätigkeit, fehlt.

Wir müssen Wien zu einer Arbeitsstätte machen.  
So traurig und müster die ganze Lage an sich ist, ist es kein aussichtsloses Beginnen, dass tatsächlich in Wien Voraussetzungen für Industrien ganz besonderer Art gegeben sind, die es ermöglichen, wenn alle Kräfte auf dieses Ziel gewendet werden, doch wieder zu einer Lebensfähigkeit und in gewisser Zeit zu neuer Blüte zu gelangen. Es wird kaum eine Massenindustrie sein, die in einer Grosstadt ihren Sitz nimmt, es waren hier Konsumindustrien oder aber auch Industrien geschützt durch Zölle für ein Konsumgebiet der ganzen Monarchie. Weil wir gezwungen sind, nicht nur Rohstoffe, sondern auch Lebensmittel einzuführen, müssen wir für die Ausfuhr erzeuhen, damit auf diese Weise eine neue Möglichkeit zur Einfuhr der notwendigen Lebensmittel und Materialien geschaffen wird. Es wird ein Veredlungsverkehr sein müssen, bei dem die hochwertigsten Waren in Betracht kommen, bei denen nicht so sehr der inwohnende Rohstoff, sondern die höchste Vollerndung desselben zur Geltung kommt, jene Geschmacksindustrie, die auf einer ganzen Reihe von Gebieten einzusetzen hat, für die wir auch tatsächlich in Wien nicht nur vollkommen ausgestattete Apparate von Fabriken und Arbeitsstätten, sondern auch überaus tüchtige und hochqualifizierte Arbeitskräfte besitzen. Das ist eine weitere grosse Gefahr, von der Wien bedroht wird, es muss nämlich Alles aufgewendet werden, um dieser Arbeiterschaft, auf die es in erster Linie ankommt und auf die die ganze Zukunft der Stadt gestellt ist, angenehme Lebensbedingungen zu schaffen, damit diese Arbeiterschaft nicht abwandert, denn damit wäre das Schicksal Wiens zum Niedergang besiegelt.

Es muss getrachtet werden, dass es eine Stadt bleibt, in die Geld gebracht wird, eine Kunststadt, die einen Anziehungspunkt darstellt und die die herrliche Umgebung mehr ausnützt als bisher, um eine Hebung des Fremdenverkehrs zu erzielen. Lebensfähig werden wir aber erst sein, wenn es gelingt, dieses Wien mit einem grossen Wirtschaftsgebiet in Verbindung zu bringen, dass man nicht, wie gegenwärtig, vom Stephansturm die Grenzen des Landes sieht, sondern dass wir einem grossen Wirtschaftsgebiet ange-

hören und in gewisser Beziehung einen Zugang zum Meere erlangen. Wenn man den Frieden uns auferlegen will, von dem wir jetzt schon mehr als die Umrisse sehen, dann lässt sich hier kein geordnetes Leben aufrecht erhalten, dann kommt die Auflösung der sozialen Ordnung, der Zusammenbruch und wir müssen erklären, dass es nur Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse ist, die dazu führen konnte, und solche Bedingungen aufzuerlegen.

Wir haben die Hoffnung, die schwere Krise zu überwinden. Dazu ist notwendig, dass wir in der Uebergangszeit aufrecht bleiben, dass wir unsere Kreditfähigkeit aufrecht halten, damit wir in der Lage sind - wozu der Staat vielleicht selbst nicht ausreichend befähigt ist - uns Rohstoffe und Kohle zu beschaffen, um zur Wiederaufnahme der produktiven Arbeit zu gelangen. Da werden für die Gemeinde vielleicht ganz neue Aufgaben entstehen, da wird sie es sein, die in grosszügiger Weise für die Beschaffung des Kredites zu sorgen hat, den es dann wieder den industriellen und Gewerbetreibenden in der Stadt zur Verfügung stellt, da bei trachtend, dass der Rundlauf der Ein- und Ausfuhr nicht gestört wird und die Arbeiterschaft eine dauernde und solche Beschäftigung hat, die ihr den Aufenthalt hier angenehm erscheinen lässt und sie nicht über die Grenzen hinaustreibt. Aus diesem Grunde müssen wir mit aller Macht dahin trachten, dass wir in halbwegs geordneten Finanzverhältnissen bleiben, dass unsere Kreditfähigkeit nicht angetastet wird und diese die Grundlage bildet, um diesen Neuaufbau zu beginnen.

Das Budget, das mit einem Fehlbetrag von über 400 Millionen Kronen abschliesst, ist ein solches, wie es in annähernder Weise nie einem Gemeinderat vorgelegt worden ist. Es trägt alle Spuren eines entschätzlichen Krieges, es ist die Folge aller Verwüstung und Wertzerstörung und Entwertung der Valuta, unter der wir leiden und wir müssen trachten, alle Kräfte anzuspannen, um zu einer Ordnung und Aufrechterhaltung unserer Finanzen zu gelangen. Das Defizit von 401 Millionen Kronen ist kein künstlich gemachtes. Wir haben in Laufe der Stadtratsberatungen genau geforscht, ob wir Posten aus dem Budget entfernen oder neue Posten in das Budget aufnehmen können. Besonders für uns Sozialdemokraten ist es eine sehr schwere und harte Sache gewesen, Posten abzulehnen, wie etwa für das Volksbad für einen Arbeiterbezirk wie Meidling, das wir es aber dennoch tun mussten, geschah einfach deshalb, weil es einfach nicht möglich ist, bei Berücksichtigung aller berechtigten Wünsche mit irgend einem Budget vor die Öffentlichkeit zu treten, die nicht die ohnehin bestehende Beängstigung noch verschärft hätte. Kinderspielplätze, Schulbauten mussten niedergestimmt werden, aber es darf das nicht dahin ausgelegt werden, dass damit ein Urteil gesprochen würde über Wünsche und Forderungen die berechtigt sind. Wir wollten ein Budget machen, das nur Posten enthält, von denen wir überzeugt sind, dass wir sie im Rahmen unserer Finanzgebahrung ausführen können und für die es gelingt, das Material zu beschaffen. Wenn sich nur ein leiser Abbau der Preise geltend macht, wenn wir uns vielleicht durch ein Auslandsanlehen leichter werden bewegen können, werden wir diese Wünsche hervorholen und aus eigenem Antrieb und freudig in das Budget aufnehmen, aber es ist notwendig, dass all die Dinge in dem reichsten Masse gemacht werden, weil für die arbeitenden Menschen in dieser Stadt der Aufenthalt nicht nur zu einem menschenwürdigen, sondern zu einem denkbar angenehmen gestaltet werden muss. Wir haben übrigens noch ein Bauprogramm vor uns, das sich mit dem jeder anderen Grosstadt sehen lassen kann. Wir haben über 210 Millionen Kronen für Bauten eingestellt. Das Budget trägt nicht das Gepräge der sozialdemokratischen Verwaltung, das war in der kurzen Zeit nicht möglich, aber sie werden Posten finden, die von sozialem Empfinden zeugen und sich sehen lassen können.

Das Budget, das diesen Charakter bestimmt, ist die Post für die Angestellten, die aus der ungeheuerlichen und sprun-

haften Erhöhung zu ersehen ist. Es war aber wirklich notwendig diese Erhöhungen zu bewilligen, um den Angestellten der Stadt Wien die Lebensmöglichkeit zu beschaffen, denn aber muß der Staat eine Finanzpause zugestanden werden denn neue Forderungen könnte niemand den Versprechungen gemäß in die Tat setzen. Ich appelliere nun an die Angestellten das sie jetzt, da die Stadt bis an die äusserste Grenze alles getan hat was sie tun könnte, alle Kräfte daran setzen und an der Vereinfachung der Verwaltungsreform tatkräftig teilzunehmen, um die Stadt in die Lage zu versetzen Ersparnisse zu machen. Wir waren erfüllt von schweren Sorgen für die Bedeckung des Defizits von 401 Million Kronen. Diesen Sorgen stammten nicht aus den letzten Tagen sondern sie haben uns seit Wochen und Monaten erfüllt und bereits zwei Vorlagen gereicht die deutlich den Stempel unserer Besorgnisse tragen. Wir müssen die Straßenbahntarife verdoppeln und den Gaspreis verdreifachen, wir mussten es tun, weil es sich zeigte, dass wenn wir diese Schritt nicht unternommen hätten wir heute vor einem Defizit stehen würden, das so gross und hoffnungslos gewesen wäre dass keine Möglichkeit wäre für die nächsten Monaten die nötigen Geläsmittel zu finden. Die Unternehmungen haben wir soweit gebracht, dass sie wenigstens einigermaßen selbst erhalten und die Fehlbeträge des Jahres in absenbarer Zeit aus eigener Kraft tilgen. Auf der Suche nach neuen Einnahmequellen hat es sich ergeben, dass die Gemeinde eigentlich eine eigene Steuerhoheit nicht besitzt indem sie mit ihren Einnahmequellen auf die Abhängigkeit der Staats- und Landesregierung und auf das Votum der Nationalversammlung angewiesen ist. Sie muß das Gebiet zugewiesen erhalten wo sie ihre Einnahmen beschaffen kann. Wir haben mit der Staatsverwaltung Unterhandlungen geführt, ihr die Lage Wiens aufgeklärt und in dieser Situation uns beizustehen und der Gemeinde Steuerquellen zu verschaffen. Die Unterhandlungen sind heute zum Abschluss gekommen und wehre ich mich nachfolgenden Bericht zu erstatten: Seit jeher verlangten wir Personaleinkommesteuerszuschläge wie in Deutschland. In diesem Punkte sind wir auf den Widerstand des Staatsamtes gestossen. Es war für uns ein schweres Opfer, das wir sagten, unter den gegenwärtigen Umständen, wo diese Steuer das Rückgrat des Staates bildet, von ihr abstehen zu wollen. Wir haben vorläufig auf diese Zuschläge verzichtet, doch bleibt die entgeltliche Regelung einer späteren Zeit vorbehalten. Wir haben aber daran das Verlangen geknüpft, dass die Gemeinde in Hinkunft bei der Veranlagung der Einkommensteuer mitwirkt und ihr ein gewisser Anteil an dieser Steuer bewilligt wird. Wir haben auch die Forderung erhoben, dass die Stadt Wien an der Kriegsgewinnsteuer teilnimmt sowie an der Vermögensabgabe. Auch in diesen Punkten konnten wir nicht durchdringen, hingegen hat sich der Staatssekretär bereit erklärt jenen Teil der Wiener Hauszinssteuer der sich als Unterschied zwischen der 20 und 26 2/3 % igen Steuer darstellt, der Gemeinde zu überweisen, woraus sich eine Einnahme von 24 Millionen ergibt. Weiters hat er zugesagt auf die derzeit 12 Millionen betragende Verzehrungssteuer zu verzichten und sie ganz der Gemeinde zu überlassen. Der Einhebungsapparat wird in den nächsten 5 Jahren noch vom Staate bezahlt der auch die Einhebung besorgt und wird für die nächsten 5 Jahre eine neue Vereinbarung zu treffen sein. Diese Einnahme, welche infolge der schlechten Marktverhältnisse heute nur 12 Millionen beträgt, könnte in besseren Zeiten 20 Millionen abwerfen. Steuer vom gemeinen Wert für Grund und Hausbesitz wurde ebenfalls zugestimmt jedoch nicht in der Höhe die einer Vermögensabgabe gleichkäme sondern die sich in den Grenzen bewegen wie in Deutschland ( 3 bis 4 % pro Mille ). Auf diese Weise wäre eine Ein-

nahme von weiteren 20 Millionen Kronen gesichert, wobei aber nicht übersehen werden darf, daß diese Steuer hinsichtlich ihrer Veranlagung besondere Schwierigkeiten veranlassen und mit großen Arbeiten verbunden sein wird.

Wir werden auch den Luxus besteuern und schon in der nächsten Zeit dürfte, sobald eine Vereinbarung mit dem Lande getroffen wird, eine Automobilsteuern eingeführt werden, welche ungefähr 2 Millionen Kronen betragen wird. Die Erhöhung der Markt- und Schlachtgebühren könnte uns eine Einnahme von 3 Millionen Kronen, die Regulierung der Bädertarife - wobei auch die Besucher der Volksbädergebührenhücksicht genommen werden soll - eine Einnahme von 1 Million Kronen bringen. Es wird schließlich auch eine kräftige Erhöhung der von den Versicherungsgesellschaften zu zahlenden Feuerversicherungsgebühren eintreten, eine berechnete Forderung, da doch Dank unserer tüchtigen Feuerwehr die Risiken der Gesellschaft minimal sind. Die Erhöhung der Ausgaben unserer Feuerwehr zwingen uns zu unseiner Mehrforderungen. Wir berechnen die Einnahmen auf 3 Millionen Kronen. Aus all diesen Titeln ergeben sich dauernde Einnahmen von 63 Millionen Kronen.

Schiedlich sagte uns unser Staatssekretär zu, für all die Schäden, welche der Stadt Wien durch den Krieg zugefügt wurden - Zerstörung unserer Straßen- und Kanalbauten durch die Militärautomobile; und für die schweren Lasten welche die Stadt während des Krieges auf sich nehmen mußte - Ausspeiseaktion, Arbeitslosenversicherung etc. - und eine Pauschalentschädigung von 140 Millionen Kronen zu gewähren. Wenn auch die finanziellen Kriegsoffer der Gemeinde unvergleichlich größer waren, so müssen wir doch das Entgegenkommen der Staatsverwaltung würdigen. Der Staatssekretär für Finanzen hat uns zwar nur für seine Person die genannten Zusagen gegeben, welche erst verfassungsmäßig zum Handeln sind, es wird aber sicherlich innerhalb der Nationalversammlung keine Partei sich finden, die sich der schweren Notlage der Stadt Wien verschließen wird.

Wenn wir also dem Gesamtabgange von 401,098.020 Kronen die Einnahmen von 203 Millionen gegenüberstellen, so ergibt sich ein Rest von 198 Millionen Kronen, der, die Zustimmung des Gemeinderates vorausgesetzt, im Wege einer Kreditoperation beschafft werden soll.

Auf Grund des heurigen Budgets können wir doch unser Leben auf die Dauer nicht einrichten. Wir können weder für die Arbeitslosen noch auf die Materialkosten auf die Dauer so grosse Summen aufwenden; in letzterer Beziehung verweise ich darauf, dass bei dem jetzigen Bauaufwande eine Wohnung mit 2 Zimmern und Küche in dem von der Fa. Stiegler & Rous gebauten Häusern 8000 Kronen, in den auf der Schmelz erbauten Häusern 6000 Kronen an Mietzins kosten würde. Es wäre ganz unmöglich auf dieser Basis 1000 von Wohnungen herzustellen.

Der Magistrat hat einen Vorschlag gemacht auf Erhöhung der Zinsweller, um dem so grossen Defizite abzuhelfen. Der Magistrat als unabhängige Körperschaft ist berufen und berechtigt, seinem Gedankengang Ausdruck zu geben und ist dabei von der Erwägung ausgegangen, dass die Miete das Einzige ist, was von der Hochflut der Preise noch nicht ergriffen wurde. Die Bevölkerung ist dadurch beunruhigt worden. Wir müssen wünschen, dass die Masse der Bevölkerung in viel höherem Masse von der Finanzlage, von dem Schicksale dieser Stadt sich Rechnung gebe, dass wir tatsächlich in einer entsetzlichen Notlage uns befinden, so dass wir gezwungen sein werden vielleicht auch diesen Weg zu beschreiten. Es sei aber die letzte Reserve und nur wenn uns keine andere Alternative bleibt und wir unserer Verbindlichkeit nicht nachkommen, und wir die Angestellten nicht bezahlen können oder begonnene Bauten nicht ausführen können, dann werden wir auch diese letzte Reserve angreifen müssen. Wir

werden dies in einer Form tun, dass diese Massnahme der Bevölkerung verständlich und erträglich erscheint. Die Steigerung der Mietzinsweller soll nicht schablonenmässig erfolgen, sie soll eine Art Wohnungsaufwandssteuer sein, d.h. die kleineren Wohnungen sollen möglichst geschont sein und nur jene Leute, welche eine wirklich schöne grosse und gesunde Wohnung haben, sollen etwas stärker angefasst werden. Alle kleinen Wohnungen auszunehmen ist unmöglich, weil in Wien 73 % der Wohnungen 2 Zimmer oder weniger haben.

Im Zusammenhange mit dieser Frage steht die Sozialisierung des Haus- und Grundbesitzes. Es scheint dies ein einfaches Mittel, um die Finanzen der Stadt zu sichern. Wenn man aber die Sache näher betrachtet, so scheint sie doch nicht so einfach. Die Wohnungsmieten in Wien tragen zusammen 440 Millionen Kronen, davon entfallen 60 Millionen auf die Kommunalsteuern und 60 Millionen auf die Staatssteuern. Die Hypothekarbeiträge beziffern ungefähr mit 120 bis 150 Millionen Kronen, sodass kaum 200 Millionen übrig bleiben. Bedenkt man nun, dass eine vollkommen entschädigungslose Enteignung der Hausbesitzer doch nicht möglich ist, da ja viele Hausbesitzer von dem Hause die einzige Rente beziehen, von der sie leben können, dass wir ferner 40.000 Hausbesorger im Dienste der Gemeinde Wien übernehmen müssen, dass wir einen gewissen Apparat für die Verwaltung brauchen und dass vielleicht auch die Miß Mietzinsrückstände eine erhebliche Höhe erreichen, so ist der gegenwärtige Moment nicht der richtige für diese Art der Sozialisierung, wenn wir auch von dem Standpunkte nicht abgehen dürfen, dass Grund und Boden der Gemeinde gehören soll und muss. Hätte eine solche Sozialisierung vor 30 oder 50 Jahren eingesetzt, dann wäre Wien heute eine reiche Stadt. Jedenfalls ist es notwendig, dass die Nationalversammlung über vorliegenden Sozialisierungsgesetze ehestens verabschiedet, damit eine Grundlage für die von uns zu treffenden Vorarbeiten geschaffen werden könne. Einzelne Produktionszweige sind schon reif für die Sozialisierung, z.B. die Brotfabriken, die Biererzeugung, sowie eine Reihe von Lebensmittelbetrieben, die in die Hände der Gemeinde gelangen müssen.

Es ist durchwegs kein rosiges Bild, das ich Ihnen hier entwickelt habe. Wien kann nur dann zu einer neuen Blüte kommen, wenn hart gearbeitet wird, wenn grössere Sparsamkeit eintreten wird.

Zu einer neuen Entwicklung können wir nur gelangen, wenn ein Ausgleich der sozialen Gegensätze stattfindet. Es muss wahrhaft aufreizend wirken, wenn auf der einen Seite das Volk hungert, auf der anderen Seite ein übermässiger Luxus entfaltet wird, die Vergnügunglokale und eleganten Restaurants überfüllt sind, und das Geld mit vollen Händen beim Fenster hinausgeworfen wird. Wir können aber zu einer gedeihlichen Entwicklung der Stadt nur gelangen, wenn der uns drohende Frieden nicht verwirklicht wird. Sollte dieser Friede uns auferlegt werden, dann sind wir restlos zum Tode verurteilt. Wir hoffen jedoch, dass nicht bloss die Stimme der Vernunft, sondern auch die Solidarität aller Menschen einen günstigen Einfluss ausüben werde.

Alle arbeitenden Menschen Wiens, manuelle und intellektuelle, Angestellte, Gewerbetreibenden, Vertreter des Handels, alle müssen sich in gemeinsamer Arbeit zusammenfinden, um aus dem Chaos den Weg zu einer besseren Zeit zu finden, damit der Stadt Wien eine neue Blüte entstehe. Die Zeit der Kaiserstadt ist zu Ende, es war, historisch genommen, eine glanzvolle Zeit, allerdings eine Zeit, in der eine kleine Minderheit ein üppiges schönes Dasein geführt hat. Nun mehr sind die grossen Massen beauftragt und berufen, eine neue Zeit zu begründen, in der die Massen zur Lebensfreude gelangen sollen, in der alle Anteil an den geistigen Gütern der Zeit haben. Das Wien des Proletariats wird, wenn alle arbeitenden Menschen ihre vollen Arbeitspflichten erfüllen, nach einer

Reihe von schweren Jahren, eine neue Blüte erreichen, weit grösser und schöner, als es in der Vergangenheit war. (Lebhafter andauernder Beifall bei den Sozialdemokraten).

Ueber Vorschlag des BOM. Reumann wird die Generaldebatte gleichzeitig mit der Spezialdebatte über die Verwaltungsgruppen Verwaltung im Allgemeinen und Steuerwesen abgeführt. Hierauf wird die Spezialdebatte der anderen Gruppen durchgeführt.

GR. Dr. Kienböck: Der Referent hat seine Ausführungen in einem etwas gedämpften Tone gehalten, ein Ton, dem man die Entsagung seiner Ausführungen entnehmen muss. Ich begreife, dass jeder durch die Versprechungen, die die Sozialdemokraten so verschwenderisch über die Bevölkerung ergossen haben lassen, schwer enttäuscht sein muss durch das erste Budget der Gemeinde Wien, das vorliegt. Der Referent hat eine Reihe von Posten heranzuholen gesucht, denen man kulturelle Bedeutung zuschreiben kann. Es ist eine beschämende Tatsache, dass ein Grossteil der Versprechungen auch jetzt nicht erfüllt wird. Die Summe derjenigen Bauten, die aus dem Budget ausgeschieden werden mussten, erreicht die Höhe von 88,635.000 Kronen, das sind Schulbauten, Bäder, Sanitätsstationen, also eine grosse Anzahl von Einrichtungen für die breiten Massen der Bevölkerung. Die Sozialdemokraten waren nicht in der Lage, diese Posten in das Budget aufzunehmen, sie mussten drosseln, und entfernen, was sich entfernen liess. Sie haben das nicht aus blossen Mutwillen getan, die Lage drängt dazu. Der Berichterstatter hat gesagt, der Krieg ist daran schuld, ich meine, die Niederlage ist daran schuld. Das Vorliegende Budget ist ein Budget der Niederlage. Man muss sich aber sagen, diejenigen, welche alles getan haben, um die Niederlage zu verhindern, sie werden mit bestem Gewissen einem solchen Budget gegenüberstehen. Jeder aber, der dazu beigetragen hat, dass diese Niederlage hereingebracht ist, der muss mit an seine schuldige Brust klopfen. (Rufe bei den Christlichsozialen: Sehr richtig!) Ich möchte nun ein offenes Wort über die nächsten Ursachen sprechen, die zu einem Budget von 401 Millionen Kronen Defizit geführt haben. Der Referent bezeichnet die sprunghafte Steigerung der Bezüge der Angestellten als die Ursache. Das ist richtig. Beide grossen Parteien des Hauses haben dafür gestimmt. Wir haben dafür gestimmt in der Erkenntnis, dass dadurch den städtischen Angestellten nicht mehr geboten wird, als was sie zum Leben brauchen. Aber die Steigerung ist viel zu sprunghaft gewesen. Die Lage, in die die Gemeinde Wien versetzt worden ist, ist zum Grossteil ihrer Führung zuzuschreiben. Sie haben nicht im richtigen Moment die notwendigen Kräfte aufgebracht, um das festzuhalten, was in unger Allen Interesse gelegen ist, sich eine gewisse Mässigung aufzulegen. Das sage ich nicht gegen die Angestellten, sondern gegen ihre Existenz, die an das Bestehen der Stadt Wien gebunden ist. An den Rand des Zusammenbruches der Wirtschaft ist die Stadt durch diese Massnahmen gekommen, die unter dem Drucke der Organisationen zustande gekommen sind. Ich sage das in der Absicht, damit in der Zukunft daraus gelernt werde. Ich sage dies im Interesse der Angestellten der Stadt Wien und unter Berücksichtigung der Leistung Verantwortung und Vorbildung der einzelnen Kategorien.

Nun will ich einen Blick darauf werfen, wie ein Ausweg aus dieser Lage gefunden werden kann. Das Vorgehen der Mehrheit muss einer gewissen Kritik unterzogen werden. Am letzten Sonntag ist die Öffentlichkeit durch die Mitteilung überrascht worden, die eine Steigerung des heutigen Zinsweller von  $4 \frac{1}{8}$  auf 55 beinhaltet hat. Die Mitteilung ist vom Rathause ausgegangen, und man musste annehmen, dass dies eine Mitteilung der Mehrheitspartei ist. Bald darauf hat man gehört, dass die Mehrheit nicht entschlossen ist, diese Veröffentlichung in die Wahrheit

anzusetzen. Man muss es beklagen, dass es die Mehrheit in einer solchen Frage an der bestimmten Entschlossenheit hat fehlen lassen. Man muss ihr auch den Vorwurf machen, dass sie erst im letzten Moment daran gegangen ist den Weg zu gehen, der schon lange hätte gegangen werden sollen, und wozu wir erst den Anstoss geben müssen. Die Finanzen der Stadt Wien sind eine Staatsfrage. Und mit dem Zusammenbruche der Wirtschaft der Stadt muss auch die Staatskatastrophe hereinbrechen, die Finanzverwaltung hat uns einiges in Aussicht gestellt, aber mit der Mitteilung des Referenten kann die Sache nicht ihren Abschluss finden. Ich glaube, dass wir auf der Ueberweisung der gesamten Ertragssteuern vom Staate bestehen müssen. Für die Zukunft müssen wir jene Steuern im Auge behalten halten, die einen lokalen Charakter an sich tragen. Unser Bemühen muss darauf gerichtet sein, diese Ertragssteuern dem Staatssäckel zu sichern, die 140 Millionen, die der Stadt in Aussicht gestellt worden sind, sind nichts anderes als die Anlagen, die die Stadt dem Staat gemacht hat. Es ist Pflicht der Würdenträger der Stadt, dass sie sich zu den Würdenträgern der Stadt melden, und nicht ruhen bevor der Staat die Notwendigkeit der Ordnung der Finanzen Wiens anerkennt.

Der Referent hat ausgesprochen, dass in der Steigerung des Miethellers eine Reserve gelegen ist. Ich will den Beratungen über neue Einnahmequellen nicht vorgreifen, aber sagen will ich, dass wir von ihnen verlangen, dass sie das Verantwortungsgefühl an erste Stelle rücken. Wir werden uns Ihnen anschliessen und prüfen, dass in der Stadt Ordnung herrsche. Wir tragen die Mitverantwortung für die Tarifsteigerungen bei den Strassenbahnen und bei Erhöhung der Gaspreise. Bei dieser Gelegenheit möchte ich den Kassenbericht der Strassenbahndirektion urgieren.

Wir werden auch in Zukunft diese Dinge von rein sachlichen Gesichtspunkt aus prüfen und allen jenen Anträgen zustimmen, deren Verwirklichung notwendig ist, damit die Ordnung im Haushalte der Stadt möglichst bald eintritt und dass nur das in die Zukunft geschoben wird, was unbedingt dorthin verlegt werden muss. Es war uns unerwünscht, dass der Referent sich hat dazu verleiten lassen, von den Plänen zu sprechen, die auf der radikalen Seite geschmiedet werden, und die eine Sozialisierung des städtischen Hausbesitzes aussprechen. Er hat sich bei seinen Ausführungen selbst widerlegt. Seine Ausführungen waren eine demokratische Konzession. Diejenigen, die das einsehen, sollen sich enthalten, mit solchen Gedanken zu spielen.

(GR. Kunschak: Das war eine Visitenkarte an den Rätekongress). Einen Faktum unterschätzen Sie immer. Denn es sind von Ihnen sehr viel dort, die die Sache so beurteilen wie wir, aber sie sind schwächer gegenüber denjenigen, die sie nicht so beurteilen können und die nicht wissen, dass zu einer solchen Reform die sittliche Grundlage gehört. In meinem Schlussworte möchte ich mich auf die Hoffnungen in die Zukunft stützen. Wir werden nicht durch Anschuldigungen vorwärts kommen, nicht dadurch, dass wir uns anklagen. An Vaterlandsliebe und an Opfermut haben wir vielleicht nicht zuviel geleistet, aber wir werden fest bleiben und beide Eigenschaften steigern. Wir werden im grossen und Ganzen für das Budget stimmen, das ja die Zügel der Situation trägt. Einzelne Abänderungsanträge werden von meinen Parteigenossen auch gestellt werden. Auch möchte ich zum Ausdruck bringen, dass wir uns in einem Gegensatz der derzeitigen Mehrheit befinden. Wir können der Mehrheit kein Vertrauen haben und wollen dies dadurch zum Ausdruck bringen, dass wir unter der Post I für das Gehalt des Bürgermeisters nicht stimmen. Darin liegt natürlich keine Spitze gegen den Bürgermeister, sondern wir wollen damit nur unserer Stimmung Ausdruck geben. Wir geben der Hoffnung Ausdruck, dass wir uns aus der tiefsten Erniedrigung, in der wir uns befinden bald erheben und einer besseren Zukunft entgegengehen werden.

EB. Emmerling: Der Vorredner war der Meinung, dass unser Referent mit einer gewissen Resignation den Voranschlag zur Debatte gestellt hat. Er erblickte diese Resignation darin, dass die traurige Tatsache, dass wir eine Niederlage erlitten haben, auch im Voranschlag zum Ausdruck kommt. Diese Niederlage war eine Niederlage der monarchistischen Macht-

politik, durch die wir zu leiden haben. Wir geben ohne weiteres zu, dass wir uns die Uebernahme der Herrschaft in der Gemeinde anders vorgestellt haben. Dass wir der Meinung waren, in einer wesentlich anderen Verfassung die Herrschaft in der Gemeinde Wien antreten und Macht übernehmen zu können, während wir in Wahrheit die wirtschaftliche Ohnmacht des Bürgertums übernehmen mussten. Das Bürgertum ist in diesem Kriege völlig niedergedrückt und damit auch die ganze privatkapitalistische Wirtschaftsweise. Der Vorredner hat gesagt, dass im Budget zum Ausdruck kommt, wie sehr wir wichtige notwendige Arbeiten zurückgestellt haben, die dazu dienen könnten, Abertausende beschäftigen könnten, er war aber nicht so ins Einzelne davon unterrichtet, dass eine Reihe dieser Posten durch Jahre hindurch reine Reklamaposten im Budget gewesen sind. Wir hielten es nicht für zweckmässig, dadurch den Abgang künstlich noch zu erhöhen, dass wir Arbeiten aufnehmen, die wir nicht durchführen können, weil wir die Zeit für derlei Kunststücke für viel zu ernst erachteten und ein Budget aufstellen wollten, das dem wirklichen Stande der Dinge entspricht. Dr. Kienböck hat gesagt, die Ursache des Defizites liege in dem sprunghaften Anschwellen aller personellen Ausgaben und er begreift, dass diese Bezüge so hoch sein müssen, sollen die Leute leben können. Er hat sich aber sofort widersprochen, als er erklärte, wir hätten Mässigung wahren lassen und dafür sorgen sollen, dass nicht diese sprunghafte Steigerung eintritt. Wenn die Leute nur leben können bei den Bezügen, die gewährt werden sind, so kann man nicht Mässigung an den Tag legen. Der Vorredner hat erklärt, wir hätten nicht die notwendige Kraft gehabt, wir geben ohne weiteres zu, dass diese Bewilligungen eine sehr starke Belastung für den Stadthaushalt bedeuten. Wir müssen sagen, dass Sie ein Versehen begangen haben, weil es in den früheren Kriegsjahren möglich gewesen wäre die entsprechende Deckung sukzessive zu finden, während wir gezwungen gewesen sind, die ungeheuren Lasten auf einmal entsprechend zu bedenken. Wenn Herr v. Kienböck uns politisches Vertrauen nicht entgegenbringt, so beruhet das auf Gegenseitigkeit. Seit dem Jahre 1900 sind die Sozialdemokraten in dieser Saale, vorerst in kleiner Zahl, dann sind wir etwas stärker geworden, dann kam die Revolution, die mit allen Vorrechten der besitzenden Klasse aufräumte und die Revolution machte es uns erst möglich, in jener Zahl in den Gemeinderat einzutreten, die unserer Kraft Macht und Stärke in dieser Saale entspricht. (GR. Rummelhart: Ihr seid also die Nutzniesser der Revolution!) Nennen Sie es so, dann könnte man aber im Gegensatz dazu sagen, dass es auch Parasiten der Revolution gibt. (Lebhafter Beifall links - GR. Rummelhart: Bei uns ist das nicht gerechtfertigt) Das soll nicht auf Sie gemünzt sein. Wir sind uns bewusst, dass die Herrschaft, die wir hier angetreten haben, uns grosse Pflichten und Verantwortung auferlegt. Wir wollen diesen Pflichten Rechnung tragen und die Verantwortung für alles übernehmen, was im Interesse der Bewohner Wiens notwendig ist. Es wurde in den Jahren vorher ihrer Herrschaft und auch in der Herrschaft ihrer Vorgänger viel versäumt und gewagt viel unterlassen, und wir werden in den nächsten Jahren zweifellos darunter zu leiden haben, dass alle jene Aufgaben zu lösen sind, die nicht einzelnen Schichten, sondern der gesamten Bevölkerung Wiens zugute kommen.

Es wäre notwendig, heute einige Worte über die Stellung Wiens zu sagen. Nachdem uns aber der Friedensvertrag nicht die Möglichkeit bietet, klar zu sehen, wollen wir es unterlassen und nur betonen, dass wir auf dem Standpunkte stehen, der freie Staatsbürger bedinge auch freie Städte. Wir verfechten die volle Autonomie der Stadt Wien und werden allen Staats- und Landesinteressen Rechnung tragen, nehmen aber für uns in Anspruch, dass man ein Drittel dieses Staates, das ist die Einwohnerschaft Wiens ganz anders behandeln muss, als man in der monarchischen Zeit die Stadt Wien behandelt hat. Insbesondere was die Steuerhoheit anlangt, muss Wandel geschaffen werden. Der Aufgaben und Pflichtkreis der

grössten Stadt des Reiches war schon vor dem Kriege ein so umfangreicher, dass es notwendig gewesen wäre, auch die entsprechenden Unterabteilungen gesetzlicher und administrativer Natur zu schaffen, die es ermöglichen, allen diesen Aufgaben gerecht zu werden, und erst jetzt nach dem Kriege ist es eine unbedingte Notwendigkeit, dass wir zu einer gründlichen Aenderung unseres Statutes gelangen. Den künftigen Armeeleistungen Rahmen, in dem die Interessen der Bewohner Wiens zu wahren sind, kann man sich vor Augen halten, wenn man den § 46 des Statutes liest. Aus der Zeit des Jahres 1860 mit wenigen Abänderungen stammend, haben wir ein Statut, das es uns unmöglich macht, den Bedürfnissen und Notwendigkeiten der Einwohner Rechnung tragen zu können. Wir werden also eine gründliche Aenderung vornehmen müssen. Wir werden auch daran denken müssen, das Verhältnis der Bezirksvertretungen und Bezirksvorstehungen wesentlich zu ändern, dass sie nicht blosse Hilfsorgane einzelner Institutionen der Gemeinde Wien sind, sondern im eigenen Wirkungskreis die Aufgabe haben, die Interessen jener Teile der Bevölkerung zu schützen, denen sie vorstehen. Auch in der inneren Verwaltung müssen wir gewaltige Aenderungen vornehmen. Wir wollen wahr machen, was wir immer verlangt haben, was sie selbst gesagt, aber nie durchgeführt haben, das ist die Abschaffung des Stadtrates. Sie haben ihn unter der liberalen Ära bekämpft, als sie aber die Mehrheit hatten belassen. Sie haben damit ein Organ behalten, das das untauglichste ist, das man sich denken kann, wenn man den Aufgabenkreis einer Zweimillionsstadt sich vor Augen hält. Es gab schliesslich und endlich tüchtige Kräfte für technische Fragen für die Steuer und Finanzverwaltung, dann aber war die übrige Besetzung nach Bezirksinteressen vorgenommen und wenn ein tüchtiger Fachreferent etwa durch Tod aus der Verwaltung verschwunden ist, musste aus dem Bezirk unbeschadet der Qualität zum Schaden der Verwaltung der erstbeste Mandatar berufen werden. Wir wollen eine gründliche Revision des Statutes vornehmen und werden bei Gelegenheit die betreffenden Anträge unterbreiten. Wir wollen eine Gruppenabteilung, wir wollen, dass die ganze Verwaltung in Gruppen geteilt wird, diesen werden gewählte Vertreter vorstehen, im Verein mit Fachreferenten des Magistrates. Diesen Gruppen werden auch Gemeinderäte die sich für spezielle Fächer interessieren beigegeben werden. Die Zentralverwaltung die Steuer- und Finanzgeschäfte, Verkehr und öffentliche Bauten, städtische Unternehmungen, Sozialisierung, Gewerbe und Handels, Schule und Sanitätswesen, Bau- und Wohnungsfragen sollen diese Gruppen bilden, die womöglich nicht nur sachlich, sondern auch räumlich zu trennen sind. Dadurch glaube ich wird die weitaus zweckentprechende Arbeit geleistet werden können. Wir brauchen eine entsprechende Veränderung in der Verwaltung. Diese bedingt wieder eine bedeutende Veränderung in der Buchhaltung. Es ist weiterhin unmöglich, die seit Jahrhunderten bestehende und merkwürdige kameralistische Buchhaltung weiter zu betreiben. Speziell die städtischen Unternehmen, die wir heute haben, müssen aus dieser Buchhaltung heraus. Man muss wissen, was ein Badegast kostet, man muss berechnen können was uns ein Pflasterstein in Mauthausen kostet, wir müssen kaufmännisch die Geschäfte führen. Wenn sie heute in irgend einer Abteilung 500 Kronen ausgeben müssen, die nicht präliminiert sind, muss erst ein Akt geschaffen werden, der durch viele Ämter zu laufen hat. Wenn 50 Millionen in Lebensmittel geschaffen werden, entzieht sich das der Kompetenz des Stadtrates. So gibt es keine Bilanz, so gibt es keine Inventur und im letzten Rechnungsabschluss verweist die Buchhaltung mit Recht darauf dass der Juni 1919 eine Inventur aufgenommen werden muss, damit man weiss, wie die Stadt steht. Die Prüfung unserer städtischen Unternehmungen, und wir haben solche die in ihrem Umsatz und in ihren Anlagekapitalien an die Milliarden heranreichen, beschränkt sich derzeit nur auf die Funktion unserer bewährten Rechnungsräte. Sie beschränkt sich aber vorläufig nur auf die Feststellung, ob die zugewiesenen Gelder richtig eingetragen sind und geht über diesen

Man kann nicht hinaus. Es ist auch bei aller Eüchtigkeit der Revisoren nicht möglich, in Tagen und Wochen zu prüfen, was andere das ganze Jahr geleistet haben. Wir brauchen ein Amt, das die Unternehmungen überwacht und überprüft. Das Revisionsorgan muss zugleich auch eine Überwachungsbehörde sein. Auch bei den gemeinwirtschaftlichen Betrieben muss eine Änderung eintreten. Wir sind Teilbesitzer eines Kohlenbergwerkes, einer Brotfabrik, einer Mühle einer Reisschälfabrik, wir haben eine Reihe von grossen Betrieben, ohne dass diese in dem Vorschlag nicht einmal mit einer Gesamtpost untergebracht sind, die im Stande wäre, entsprechende Aufschlüsse zu geben. Seit Monaten bebauen wir 100.000 Joch Ackerland grosse Meierhöfe, wir sollen Zucker erzeugen, das kann nicht nur im Rahmen der jetzigen Verwaltung entstehen, dafür müssen neue Organe geschaffen werden. Wir müssen im laufenden erhalten bleiben, was nur durch sinnvolle Veränderungen in der Verwaltung geschehen kann. Weiters müssen alle überflüssigen Arbeiten entfallen. In der Buchhaltung der Hauptkasse und namentlich in den Katastern werden viele unnötige Arbeiten bei dem jetzigen System gemacht. Wenn wir uns vor Augen halten, dass wir arme geworden sind und sparen müssen, und mit Rücksicht auf die gebrachten Opfer die grössten Anstrengungen machen müssen, müssen wir die Arbeit in entsprechender Form zum Ausdruck bringen und dabei unnötige Arbeit vermeiden. Wir sind Sklaven des Etenimperialismus geworden und werden jahrelang daran zu tragen haben. Wenn wir schon Sklaven sind, müssen wir alles ausschöpfen an Kraft und Arbeitsmöglichkeit, und alles unnötige vermeiden. Wir müssen aber auch andere Wege der Produktion einschlagen, aufräumen mit der kapitalistischen Wirtschaftsweise, wir werden sozialisieren, das heisst, kommunalisieren müssen. Kollege Kienböck erzählte die frühere Gemeinde hätte schon sozialisiert, sie haben aber die Unternehmungen nur kommunalisiert, aber nicht in unserem sondern in rein fiskalischem Sinne. Sie hatten immer bei der Strassenbahn, wenn es sich um eine weniger rentable Linie handelte, eingewendet, sie nicht bauen zu können, weil sie nicht ertragsfähig war. Wir haben immer darauf hingewiesen, dass allen Bedürfnissen der Bevölkerung Rechnung getragen werden müsse. Heute müssen wir leider sparen und oft berechtigt Wünsche zurückstellen, aber bloss bis zu dem Zeitpunkt, wo es leicht möglich sein wird, diese zu erfüllen. Sie haben immer betont, dass sie eine Erhöhung der Zinssteuer nicht vornehmen wollen, und waren stets darauf bedacht, eventuelle Abgänge durch Gründung neuer städtischer Unternehmungen zu decken. Wir werden die Brotfabriken, Bierbrauereien Verkehrsunternehmungen, die Kinos, die Plakatierung und verschiedene andere Betriebe in den Bereich der Kommune ziehen und werden, bis die Vorlagen im Nationalrat erledigt sein werden, eine Kommission einsetzen, die sich mit allen Fragen der Sozialisierung befassen wird. Weiters halte ich es für notwendig, dass wir im Rathaus einen äusserst tüchtigen Stab von Beamten, die ungeheuer viel Arbeit leisten, haben. Ich mache nicht erbötig, nachzuweisen, dass von tausend Stadtratsträgen 990 in der Weise erledigt wurden, wie es die Beamten vorschrieben. Ein Beweis, dass wir auf die Kraft der Beamten hin nur sorgen müssen durch entsprechende Reformen, die uns in die Lage versetzen, den grossen Aufgaben gerecht zu werden. Der Umsturz und der Zusammenbruch hat mit der Klassenherrschaft aufgehört. Wir wollen dafür Sorge tragen, dass die Zeit, wo die Herrschaft Einzelner bevorzugter Klassen bestehen wird, nicht mehr wiederkehrt. Wir werden zu sorgen wissen, dass die Zukunft nur die Majestät des Volkes Geltung hat.

GR. Sirotek bemängelt, dass die grosse Vorlage seinen Mitgliedern zu spät zugestellt wurde, um dieselbe genau studieren zu können. Weiters kam er auf die letzte Volkszählung zu sprechen, bemängelte deren Zusammenstellung und gab der Hoffnung Ausdruck, dass die nächstfolgende Volkszählung nicht wie die letzte gemacht werde. Weiters wandte er sich gegen die Unterdrückung der tschechischen Schulen durch die frühere Majorität.

BGM. Reumann ersuchte den Redner wiederholt, zur Sache zu sprechen.

GR. Sirotek schildert eingehend die Drangsalierungen der Konventualschule, und ersucht, dass wenigstens die jetzige Majorität die Minoritäten schützen. Ein Teil der öffentlichen Gelder in Wien müsse den tschechischen Schulwesen gewidmet werden und er erwarte, solche Massnahmen, ohne dass ein Druck von aussen ausgeübt werden müsse. (Rufe: Hört! Hört! bei den Christlichsozialen und Deutschnationalen).

Redner erklärt, dass jetzt in der tschechischen Nationalversammlung das Budget zusammengestellt werde und ohne Druck, ohne dass eine Opposition dort wäre, werde die deutsche Minderheit ausserordentlich berücksichtigt. Auf verschiedene Zwischenrufe der Christlichsozialen und deutschnationalen macht GR. Machat einen tschechischen Zwischenruf beginnend mit den Worten: „Pane Prohaska“ was allgemeine Heiterkeit hervorruft. Bei der Aufzählung der vielen deutschen Schulen in Böhmen fallen die Zwischenrufe: „Alle diese Schulen waren bis jetzt, eine neue werden wir sicher nicht machen“. Der Redner erklärt schliesslich, dass die Tschechen im Gesamteinde, da im vorliegenden Budgets nicht eine einzige Post für die Tschechen befinde, dem vorliegenden Budgets nicht zu stimmen können. Wenn es sich jedoch um die Durchsetzung sozialistischer Grundsätze handelt, dann werden auch die Tschechen ihre Pflicht tun.

GR. Dr. Ehrlich: Wir müssen alle heute unsere Kräfte vereinigen, damit nicht im Herzen Europas ein zweites Albanien entstehe. Meine Partei hier im Saale will nicht um jeden Preis Opposition machen. Wenn wir für die Vorlage sind, so bedeutet dies nicht, dass wir mit allem einverstanden sind, sondern es ist dies ein Beweis des Bekenntnisses der Traue zu dieser Stadt welche Leben will, welche zu leben verdient und welche jetzt die kummervollsten Tage ihrer Geschichte mitmacht. Viele Kräfte sind an der Arbeit, um einen Umsturz herbei zu führen, um dabei politisches Kapital für sich herauszuschlagen hoffen. Wenn wir die Namen der bolschewistischen Bewegung durchsehen, so stossen wir auf viele jüdische Namen. Begehen Sie nicht den Fehler zu verallgemeinern. Früher wurde dem jüdischen Kapital vorgeworfen, dass es die Weltherrschaft an sich reissen wolle, heute sagt man dasselbe vom Bolschewismus. Ebenso wie alle Träger des Grosskapitals vom Judentum abgefallen sind, ebenso können Sie feststellen, dass alle Personen, welche an der Spitze des Bolschewismus stehen, vom Judentum abgefallen sind. Die nationalen Juden stehen auf dem Standpunkt der vollen aufrichtigen Demokratie, sie werden gegen jeden Versuch, eine Diktatur in dieser Stadt aufzurichten, ankämpfend mühe sie nun von Idealisten und Schwärmern oder von Leuten, die durchwegs keine idealen Ziele verfolgen, angestösst werden. Auch eine Diktatur der Frau Friedländer oder Frau Wertheimer sind wir Juden nicht neugierig. Wer so wie ich den Bolschewismus in Russland kennen gelernt hat, muss sagen, dass er niemand so gefürchtet ist, wie von den Juden. Nur was die legalen Vertreter der Judentum Rechnung tun, dafür können die Juden verantwortlich gemacht werden, nicht aber für das Treiben verantwortungsloser Elemente.

Wir sehen aber auch, dass in dieser Stadt Kräfte an der Arbeit sind, die Hass und Gift in die Stadt hineinzutragen versuchen. Wir sind auf das Wohlwollen und die Gerechtigkeit der mächtigeren Staaten angewiesen. Es sind Zeichen vorhanden, dass zur religiösen Unduldbarkeit die nationale treten soll. Während früher der Tauschein verlangt wurde, fordert man jetzt die Zugehörigkeit zur deutschen Nation. Wenn also jemand geschmeidig ist und er bekennt sich zur deutschen Nation, dann machen Sie einen solchen Menschen die Türe auf. Wenn jedoch jemand ein Rückgrat besitzt und bei der Wahrheit bleibt, so verschliessen sich die Türen, die sonst für jeden Lumpen offen stehen würden. Die Forderung nach der Volkszugehörigkeit zeigt sich auch in der Gemeindestube von Zeit zu Zeit. Als das Gesetz der Volkszugehörigkeit in der Nationalversammlung beschlossen wurde, hat der Bürgermeister nicht mit dem entsprechenden Nachdrucke die darin enthaltene Forderung zurückgewiesen. Die Folgen zeigen sich nun heute. Es gibt tschechischen Calvinismus in Prag Brünn u.s.w. und die Tschechen dort warten nur,

um den Deutschen vergelten zu können, was sie den Tschechen hier tun. Wir Juden sind überall in der Minderheit und können keine Vergeltung üben. Wir wollen aber vollständig gleichberechtigte Bürger sein. Die Sozialdemokratie kann uns nicht helfen, wenn sie den Geist der neuen Zeit nicht begreift. XEER Was Bedauern muss ich auch über Vorgänge aussprechen, die sich in letzter Zeit in Wien halten und die darauf abzielen, die armen jüdischen Kriegsflüchtlinge aus der Stadt zu jagen. An dem diesbezüglichen Stadtratsbeschluss haben auch die Sozialdemokraten mitgearbeitet, was ich auch bedauern muss. Die jüdischen Kriegsflüchtlinge in Wien die hierher durch ein grausames Geschick geworfen wurden, warten auf den Tag, an dem sie dieser gastlichen Stadt ihren Rücken kehren können. (Zwischenruf bei den Christlichsozialen: O ho!) Die Gastfreundschaft, die diese Menschen hier genossen haben, war keine grosse (Dr. Flaschke: Die Juden waren die einzigen Verlässlichen in diesem Kfisse. GR. Hummelhart: Aber Renommieren Sie nicht!) Wenn die Völker nicht endlich über die Köpfe von unfähigen und gewalttätigen Diplomaten hinweg sich nicht die Hände reichen werden, so werden wir zu keinem Frieden kommen. Der Grundsatz der Skhaven und Herronnationen muss verschwinden. Wir wollen dafür sorgen, dass der Volksverhetzung ein Ende gemacht wird.

GR. Erntner bedauert, dass die Vorlage so spät ausgesendet worden sei und betont, dass seine Partei im Stadtrate nicht vertreten sei und es ihr daher nicht möglich war, zu den einzelnen Punkten Stellung zu nehmen.

Auf dem Budget sind 88 Millionen Krone für Schulbauten gestrichen worden. Gleichzeitig hört man, dass die Tschechen in Wien tschechische Schulen fordern. Es fragt sich nun, wohin die deutschen Kinder in Wien gehen sollen in Böhmen geniessen die Deutschen überhaupt keine Rechte.

GR. Klimesch: Das ist nicht wahr!

GR. Josef Müller: Aber Sie Zuckerimann!

GR. Klimesch: Aber gehnt!

GR. Erntner: Die Deutschen in Prag haben ja ein Recht auf Schulen, in Prag wurde die deutsche Universität gegründet.

GR. Klimesch: Das ist keine deutsche Schule, das ist eine lateinische.

GR. Erntner: Die Tschechen verlangen, dass ihre Schulen in Wien aus Gemeindemitteln erhalten werden. Bei all diesen Fragen erinnere ich mich, dass in dem Gelöbnisse der Gemeinderäte steht, den deutschen Charakter der Stadt Wien zu wahren. Wien soll aber tschechisch werden, eine zweite tschechische Hauptstadt.

GR. Klimesch: Das glauben Sie selber nicht!

GR. Erntner: Die Tschechen berufen sich auf den Friedensvertrag, der den Minoritätenschutz vorsieht. Wo aber bleiben die Schutzgesetze in Böhmen.

BGM. Reumann ersucht den Redner, zum Budget zu sprechen.

GR. Erntner: Auch die anderen haben nicht zum Budget gesprochen und haben sich hier ausgelassen. Mit der Erklärung des VB. Winter, die die Abschaffung des Stadtrates beinhaltet, bin ich einverstanden. Wir Deutschnationale werden hier keine Obstruktion oder Opposition treiben, wir wollen mitarbeiten.

GR. Klimesch: Zum Wohl und Wehe der Stadt Wien.

GR. Erntner: Reden Sie, wenn Sie gefragt werden. Denn nur aus der Arbeit kann Wien wieder emporblühen und dazu wollen wir in jeder Beziehung beitragen. Auch die deutsche Bevölkerung in der Provinz, die jetzt von Wien los will, muss zur Kenntnis kommen, dass sie der deutschen Stadt Wien zur Seite stehen muss, es muss dafür gesorgt werden, dass das Misstrauen in der Provinz schwindet. Ich möchte mit der Mahnung schliessen, jederzeit treu dem Gelöbnisse, das wir hier abgelegt haben zu wirken, auf dass Wien eine deutsche Stadt bleibe.

GR. Klimesch: Die Wiener sollen krepieren.

Lebhafte Pfui- und Entrüstungsrufe bei den Christlichsozialen und

GR. Ellenbach verlangt das Wort zu einer Berichtigung.

OGK. Reumann: Sie werden später darüber sprechen können.

VB. Winter: Ich werde mich mit dem Verhältnis der Fürsorgeaufgaben unserer Stadt zum Gesamthaushalt beschäftigen. Es ist von dem Referenten nur nebenbei über dieses Thema einiges gesprochen worden, denn er hat andere Aufgaben gehabt. Ich selbst möchte aber über die Fürsorgepflicht, die unser Gemeinwesen gegen alle Bürger hat, aussprechen. Das einzige Rezept für diese Tätigkeit ist das, dass wir in allergrösstem Stil Vorbeugearbeit leisten. Bisher hat allzusehr der Dichter recht gehabt, der die Worte prägte: „Ihr laaset die Armen schuldig werden, dann überlasst Ihr sie der Pein.“ Mit diesem System muss gebrochen werden. Wir müssen gutmachen, was die Geschlechter vor uns versäumt. Insbesondere aber müssen wir die ungeheuerlichen Kriegswunden heilen. Es gilt die Sünden der Vergangenheit zu sühnen und neu aufzubauen. Von den ganzen 820 Millionen Kronen, mit denen wir den gesamten Haushalt zu besorgen haben, entfällt 1/24 auf die Armen- und Wohlfahrtspflege, ein verhältnismässig kleiner Betrag gegenüber den zu leistenden Riesenarbeiten. Für das Gesundheitswesen sind 23 Millionen, für das Armenwesen 32 Millionen und für die Wohlfahrtspflege 31 Millionen Kronen ausgesetzt. Die letzten zwei Kapitel besonders betrachtet, ergeben 63 Millionen für Fürsorgezwecke. Darin stecken 35 Millionen Kronen für Kinderfürsorge, wovon auf die eigentliche Jugendfürsorge 13 Millionen und der Rest auf die Armenkinderpflege fallen. Mit dem 24stel des Staatshaushaltes sollen wir heilen und vorbeugen. Wir wissen, dass diese Summen viel zu gering sind, wir beugen uns aber der heutigen harten Not, wir wissen aber auch, dass die Gemeinde ihrer Jugend d.h. ihrer eigenen Zukunft mehr schuldig ist, als in diesen nackten Zahlen zum Ausdruck kommt. Aber nicht nur die Geldkräfte, sondern auch der moralische Geist und die moralische Kraft der Stadt müssen bei diesen Werken Ausdruck kommen. Wir müssen brechen mit der alten Einsichtslosigkeit und der alten Mitleidlosigkeit, denn die Jugend von heute wird Lasten zu tragen haben, die wir als Erbe hinterlassen werden und für die die Gemeinde starke Menschen heranzuziehen die Pflicht hat. Wir begrüssen es als Zeichen des richtigen Erkenntnisses, dass die Staatsverwaltung mit dem Schlösser- und Palästagesetz eingegriffen hat, wir wünschen, dass sie auf dieser Gesetzgebung weiter schreitet, wünschen aber auch, dass die betreffende Vollzugsanweisung, die immer noch nicht erschienen ist, baldigst erscheine. Denn es muss rasch sein, dass diese Schlösser in den Dienst der Jugendfürsorge kommen, denn diese

guldert keinen Aufschub. Armenkinderpflege! Ein hässliches Wort, wenn wir ihm auf den Grund gehen. Dem Kinde wird der Stempel der Armut aufgedrückt, das muss anders werden. Das Wort Armenpflege muss aus dem gemeindlichen Sprachgebrauch verschwinden, samt dem Geist, der dahinter steckt. Wir wünschen, dass statt der Worte Armen- und Wohlfahrtspflege die Ausdrücke Fürsorge oder Volkspflege angewendet werden. Das sei der erste Schritt für die Zusammenfassung aller auf dieses Gebiet der Gemeinde zufallenden Aufgaben. Die Armenpflege, die Wohlfahrtspflege, die Schulpflege, die Jugendfürsorge, die Gesundheitspflege und das Wohnungswesen stehen in unmittelbarem Zusammenhang miteinander und deshalb müssen alle diese Ämter in einem neuen grossen Amt, etwa in Volkspflegeamt, zusammengefasst werden. Für die Zweckdienlichkeit der Errichtung eines derartigen Amtes seien folgende Beispiele erwähnt. Wenn beispielsweise das Bauamt guldert, dass in Wien viele Wohnzimmer gemacht werden, die nach dem Norden ausgerichtete sind, macht dieses Bauamt dem Gesundheitsamt auf dem Gebiet der Tuberkulosebekämpfung neue Arbeit. Wenn der Arzt beim Bauamt nichts zu reden hat, so muss so etwas geschehen. Das Jugendamt baut beispielsweise Spielplätze. Andererseits aber existieren Schulbänke in denen die Kinder an ihrer Gesundheit Schaden leiden. Dann nützt eine 1 bis 2 stündige Beschäftigung auf den Spielplätzen nichts. Das

Referent, die Schule und das Gesundheitsamt müssen sich hier gegenseitig verständigen. Wenn schliesslich das Strassenwesen fortwährend Tuberkulose erzeugt, können wir die Massnahmen zur Bekämpfung dieser Krankheit nicht treffen. Wir dürfen also keine Tuberkulosen erzeugen. Diese groben Fehler in der Verwaltung zu ändern, ist die wichtigste Aufgabe. Freilich, wenn wir uns die Dinge in der Nähe ansehen, heisst es, da im Gemeinderat werden schöne Worte gesagt und Verapfropfungen gemacht, aber es geschieht nichts, wenn die Bevölkerung ist ungeduldt geworden und ich begreife diese Ungeduld. Es ist ungeheuerlich, wenn das Volk guldigt worden. Wir verstehen aber nicht, dass es noch immer heute gibt, die sich weigern und zieren und es ist ein ziemlich grosser Teil der Bevölkerung, derjenige der über Besitz verfügt, der noch immer nicht restlos seine Pflicht erfüllt. Die Besitzlosen sind ausgehungert, diese müssen gesund gemacht werden und wir müssen die Bevölkerung zu jenen Besitzern führen, die noch etwas haben. Unsere Politik muss rücksichtslos darauf gerichtet sein, das Heil für das Volk dort zu holen, wo noch etwas zu holen ist. Auch kann die Gemeinde nicht in wenigen Wochen überall Ordnung machen, nicht alles kann geändert werden, was durch Jahrhunderte an dem Volke guldigt worden ist. Deshalb müssen wir die Bevölkerung um Geduld bitten. Die Gemeinde ist

etwas dauerndes, es ist unsere Pflicht, dafür zu sorgen, dass das künftige Geschlecht stark genug sei, die Lasten zu tragen. Wenn wir heute für diesen wichtigen Zweck des neuen Menschenaufbaues nur 1/24 des Gesamthaushaltes verwenden können, ist das die traurigste Feststellung im Laufe dieser Debatte. Wir können für heute nicht mehr aufbringen. Dem soll unsere Aufgabe gelten, so wie die aller Bürger dieser Stadt. Wir fordern sie auf, uns mitzuhelfen, bei der Riesenaufgabe auf dem Fürsorgegebiet. Nur wenn die ganze Bevölkerung entschlossen ist, den frei gewählten Vertretern hier zu helfen, wird es möglich sein, aus dem Meer von Elend in das uns der Krieg gestürzt hat, herauszufinden; ich rufe die Wiener Bürger auf, ihre Pflicht uns gegenüber zu erfüllen.

GR. Breuer: Bevor ich zum Hauptvoranschlag spreche, möchte ich nur auf einige Erscheinungen der heutigen Sitzung zurückkommen. Es hat wohl jeden persönlich berührt, dass ein Mitglied dieser Körperschaft ein Vertreter der tschechoslovakischen Nation uns Deutschen in diesem Saale eine Vorlesung halten wollte, über Kulturnotwendigkeit und dass ihn gleichzeitig ein Kollege assistierte, indem er einen Ausdruck gebrauchte, der unter gebildeten Menschen nicht Verwendung finden soll. Und wenn GR. Sirotek den Hochverräter hoher einschätzt, als den Volksverräter, so sei ihm gesagt, dass beides Lumpen sind, ob er Hoch- oder Volksverräter ist, ist einerlei. Ein zweiter Redner Dr. Ehrlich hat sich mit dem Standpunkt seiner Partei wenig in den Rahmen des Budget passend, befasst erklärt, dass seine Gesinnungs- und Glaubensgenossen in Wien als Bürger zweiter Klasse behandelt werden. Ich glaube, Herr Dr. Ehrlich hätte diesen Ausspruch nicht tun sollen, denn die bodenständige Bevölkerung hat die Empfindung, dass sie Bürger zweiter Klasse ist und jene Herrschaften aus dem Morgenlande sich zu den Herran allererster Klasse aufwerfen.

Nun einige Worte zum Budget. Ich habe 20 Budgetberatungen durchgemacht und hier verschiedenes miterlebt. Wenn der Bürgermeister ~~max~~ in seiner Antrittsrede die der Öffentlichkeit übergeben worden ist, keinen Anlass genommen, das Bürgerstandes, der produzierenden geschäftlichen Elemente zu gedenken, <sup>so ist dies zu bedauern.</sup> Aber in einer Beziehung hat er seine Visitenkarte abgegeben. Es muss nämlich dafür gesorgt werden, dass die Besitzenden dieser Stadt zur Tragung der Kosten herangezogen werden sollen. Wir hätten auch gewünscht, dass in der Rede irgendwelche Bemerkungen gemacht werden, wie diese in die Lage versetzt werden, die Lasten zu ertragen. Referent sagt, Wien muss eine Stadt der Arbeit und des Verdienstes werden. Damit sind wir alle einverstanden. Das ist eine Notwendigkeit rücksichtlich der Bevölkerung selbst. Die Gemeinde

muss alles tun, um einen Zusammenbruch der gewerblichen Stände zu verhindern, die bei einem Zusammenbruch der öffentlichen Versorgung zur Last fallen würden, dessen Folge ein Chaos sein würde, von dem wir verschont bleiben wollen. Ebenso wie die akademischen Berufe eifersüchtig ihre Rechte wahren, so muss auch dem Gewerbe sein Recht werden. Gewerbefreiheit aber nicht Gewerbebefreiheit! Geschädigt sind doch immer die Konsumenten und insbesondere die Konsumenten aus den Arbeiterkreisen.

Der Redner bespricht sodann die Art der Steuerbemessung und Steuereinkerbung und richtet an jene Mitglieder des Gemeinderates, welche auch der Nationalversammlung angehören, den Appell, in dieser Richtung endlich einmal eine Besserung herbeizuführen. Er wünscht ferner, eine wirkliche Gewerbeförderung und an der Spitze des betreffenden staatlichen Amtes müsse ein Mann stehen, der nicht Politik treibe, sondern der ein Herz für das Gewerbe habe.

Wenn wir einen leistungsfähigen Gewerbebestand erhalten wollen, dann bedürfen wir eines Nachwuchses. Vor dem Krieg betrug die Anzahl der männlichen und weiblichen Lehrlinge in Wien 56.000, während des Krieges sank sie auf 18.000. Jene Elemente, welche in Erarischen und sonstigen Betrieben in Verwendung standen, sind für den Gewerbebestand verloren oder nur sehr schwer zurückzugewinnen. Es müssen also alle Massnahmen getroffen werden um einen kräftigen Nachwuchs heranzuziehen, es muss aber auch getrachtet werden, dass Standesbewusstsein und Standesstolz Begleiterscheinungen des Gewerbebestandes seien. Redner schloss mit dem Wunsche, dass der Geist der Gewerbebefreiheit und Gewerbeförderung der stets in diesem Hause waltete, im Interesse aller Bewohner der Stadt auch weiter herrschen möge. Er werde für das Budget stimmen und wünsche und hoffe, dass die Stadt Wien besseren und glücklicheren Zeiten entgegengehe. (Lebhafter Beifall bei den Parteigenossen).

GR. Brünwald: repliziert kurz auf die letzten Worte des Vorredners indem er erklärt, dass die Sozialdemokraten die ehrlichsten Freunde von Gewerbe und Industrie seien. Man dürfe aber diese nicht verwechseln mit dem Unternehmertum, es lässt sich ganz gut ausdenken, dass Gewerbe und Industrie blühen und trotzdem die Unternehmer sich nicht in jener Position befinden, wie es heute vielfach der Fall ist.

Am sichtbarsten wird die Umwandlung, welche die Wahl am 4. Mai in diesem Saale hervorgerufen hat, in der veränderten Behandlung aller Arbeiterangelegenheiten. Bis zum politischen Umsturz war infolge eines volksfeindlichen Wahlrechtes, zugeschnitten auf die Kapitalisten, der Arbeiter in diesem Saale einflusslos und machtlos. Er hatte nicht die Möglichkeit hier im Saale zu Wort zu kommen, er war ein Objekt des Staates und der Stadt. Nunmehr werden die wirklich schaffenden Arbeiter und das sind die wahren Steuerträger dank eines durchaus demokratischen Wahlrechtes zu jener Bedeutung gelangen, die ihnen gebührt und in erster Linie wird sich dies darin äussern, in welcher Art die Arbeiterangelegenheiten in Zukunft hier ihre Behandlung finden werden. In wie weit die Gemeinde Wien als unmittelbarer Arbeitgeber ihren Verpflichtungen der Arbeiterschaft und den Bediensteten gegenüber nachzukommen gewillt sein wird, haben eine Reihe von Beschlüssen erwiesen, die in letzter Zeit gefasst worden sind. Es muss programmatisch erklärt werden, dass die Gemeinde die Verpflichtung hat, ihre Angestellten nicht hungern zu lassen. Es darf nicht übersehen werden, dass die Gemeinde Wien der grösste Arbeitgeber ist. Aus dieser Stellung ergeben sich eine ganze Reihe von weitgehenden Verpflichtungen, aus dieser Stellung ergibt sich die Pflicht, mustergültig zu sein. Die gegenwärtige Mehrheit des Gemeinderates wird sich auch in Zukunft von diesem Gedanken leiten lassen. Die Stellung der Stadt Wien als unmittelbarer Arbeitgeber ist auch von Bedeutung für die Arbeitsverhältnisse der Stadt selbst. Es muss bei allen Offentverhandlungen die Bedingung gestellt werden, dass die zeitlich und örtlichen Tarife eingehalten werden, dieser Antrag wurde von der früheren Majorität nicht berücksichtigt, da sich diese von rein fiskalischen Interessen leiten liess.

Es hat mir auch nicht bekannt, dass im Wege der ordentlichen Verhandlung Arbeiterplätze sowohl in den Betrieben, als auch in den inneren Arbeitsplätzen der Gemeinde vergeben wurden. Die Arbeitsposten wurden sozusagen unter der Hand vergeben. Bis hier war es auch üblich, dass bezüglich der Aufträge sowohl der Bedienten, als auch der bediensteten eine Abgrenzung

... haben festgesetzt war. Heute nach dem Kriege gibt es eine ganze Anzahl Arbeitsloser, die in den Dienst der Gemeinde treten könnten, wenn sie nicht schon über 35 Jahre alt wären. Es ist daher sehr angezeigt, diese Altersgrenze auf 40 Jahre hinaufzusetzen. Es ist dies bezüglich der Versicherungsrechnung ein einfaches Rechenexempel und es braucht nur ein weiteres Versicherungsregulativ aufgestellt werden.

Nun einige Worte über das Arbeiterfürsorgeamt. Das städtische Arbeiterfürsorgeamt hat gänzlich versagt. Alle Arbeiter haben es bis vor Kriegsausbruch als einen Schimpf betrachtet, wenn sie das städtische Arbeitsvermittlungsbüro in Anspruch nehmen sollten. Das war auf eine gewisse ablehnende Haltung dieses Amtes zurückzuführen. Das Arbeiterfürsorgeamt muss so ausgestaltet werden, dass es nicht allein den Bedürfnissen der Arbeiter, sondern auch den Bedürfnissen von Industrie und Gewerbe vollkommen entspricht. Es wird sich in enge Verbindung mit den gewerkschaftlichen Organisationen setzen müssen, um das Vertrauen der Wiener Arbeiter zu erwerben. Das Amt hat vom Jänner bei Konflikten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern eine eigentümliche Haltung eingenommen. Es muss in dieser Hinsicht strengste Objektivität wahren und bei jedem Konflikt seine Vermittlungstätigkeit überhaupt einstellen. Es ist nicht zu verlangen, dass die Herren im Stadtrat oder in einer Kommission oder in der Bezirksvertretung alle Bedingungen kennen und danach ihre Entscheidungen treffen, die bei der Vergebung von Arbeitsplätzen zu berücksichtigen sind. Die Arbeiterfürsorge muss diesen Verhältnissen entsprechend eingerichtet werden.

Vize-Bgm. Hoss: Bevor ich in den Gegenstand selber eingehe, habe ich im Namen meiner Parteigenossen das Bedauern auszudrücken, dass die Vorlage des Voranschlages so spät übermittelt wurde. Es ist auch bei uns vorgekommen, dass es uns nicht möglich war, zur rechten Zeit mit dem Voranschlag herauszukommen, wir haben uns aber immer mit den anderen Herren ins Einvernehmen gesetzt und Massnahmen getroffen, die uns über einen eventuellen exlex Zustand hinwegzukommen. Auch die Berufung der Obmänner der einzelnen Parteien ist verspätet und erst am Montag erfolgt, trotzdem sie wenigstens 8 Tage vorher hätte stattfinden müssen. Wir wollen keine Kritik üben, jedoch bitten wir in Zukunft, von derart wichtigen Dingen uns rechtzeitig zu verständigen. Ich habe die Arbeiterzeitung gelesen, in der von einem ehrlichen Budget des Kriegsschlusses geschrieben steht. Ich will nicht zweifeln und keine Kritik üben, weil ich weiss, wie schwer in dieser Zeit die Aufstellung eines Budgets ist, wir haben dies schon in den letzten Kriegsjahren verspürt. Wir zweifeln nicht an Ihrer Ehrlichkeit, aber die geehrten Herren haben uns gegenüber diesen Standpunkt nie eingenommen, haben stets ihr Misstrauen ausgedrückt und von Verheimlichungen gesprochen. Bezüglich der Behandlung der Minoriten will ich gesagt haben, dass jeder Opposition, und noch dazu ein so grossen, wie wir es sind, die Möglichkeit gegeben sein muss, ihre Interessen zu vertreten. Wenn uns auch verschiedenen Weltanschauungen trennen, die aber am allerwenigsten im Gemeinderate zu bekämpfen sind, so können Sie zwar Ihre Prinzipien vertreten, aber ich muss auch ersuchen, dass Sie den anderen die Möglichkeit bieten, ihre Meinung zum Ausdruck zu bringen. Sachliche Anträge müssen überprüft und in Behandlung gezogen werden. Sie haben es aber nicht so gehalten. Wenn wir Ihnen auf Schwierigkeiten hingewiesen haben, so haben Sie trotz der Obmännerkonferenzen, bei denen Ihre Vertreter sassen, solche Fragen dann noch im Gemeinderate in einer unangenehmen und nicht sachlichen Debatte berührt. Bei dieser Gelegenheit will ich Ihnen nur einige Beispiele sagen, wie oft bei Behandlung einzelner Gegenstände aufgetreten wurde. In der letzten Zeit haben wir bedeutende Erhöhungen durchgemacht, wir waren 50 in der Opposition. Es waren <sup>hohe</sup> Beträge und es ist nicht das geschehen, was Sie bei kleineren Beträgen taten. Erinnern Sie sich an die Zeit wo wir die Tramway um 2 Heller erhöhten, damals hat Ihr Parteigenosse Skaret eine Brandrede gehalten. Jetzt wo 30 Heller waren, ist es gemächlich (Zwischenruf grosszügig) geschehen, jetzt sagen Sie einfach, die Zeiten sind schwie-

rig geworden, entweder leben oder sterben. Wenden wir dagegen etwas ein, so sagen Sie ganz einfach, wenn Ihr nicht mitarbeiten werdet, so kommt etwas anderes. Sie haben mehr vor diesen anderen zu fürchten als wir. Ich stehe auf dem Standpunkt, dass viel wichtiger als Ihre Politik auf kulturellem Gebiet die Wirtschaftspolitik ist und Sie stimmen heute vielleicht anders, wenn Sie diese in den Vordergrund gestellt hätten. Dies hätte sich auch gehört und dann wäre die eine oder andere Frage für Sie leichter zu lösen. Die frühere Finanzlage vor dem Kriege war eine tadellose. Sie war gut und ordentlich. Selbst Ihr Referent musste heute beim Staatssekretär sagen, dass die Wirtschaft in städtischen Haushalten bisher eine gute und in Ordnung war. Das ist ein Ausspruch, der für uns bemerkenswert ist. Unsere wirtschaftliche Lage wurde erst 1917 erschüttert, als sich die Verhältnisse von Woche zu Woche verschlechterten, die Forderungen der Beamten kamen und auch alle Bedarfsartikel für die Unternehmungen stiegen. Grosse Kapitalien waren ja übrigens auch in Lebensmittel investiert, nur ist der Betrag nicht zur Verfügung gewesen, sondern ist in der Ware. (Zwischenruf: Sie zahlen heute noch davon!) Weiters hat der Referent auch von Sparsamkeit gesprochen, auch wir waren sparsam, es war unser Grundsatz, Sparsamkeit dort anzuwenden, dort wo es möglich war, aber dort nicht zu sparen, wo es notwendig war. Wir haben nichts anderes getan, wie Sie. Wenn Sie mit unserem Vorschlage nicht einverstanden waren, so war es Ihre Sache. Mit Ihren Voranschlägen sind wir im ganzen und grossen auch nicht einverstanden, das ist unser gutes Recht.

Was die Bauten betrifft, so werden Sie nicht bauen können, wenn sie kein Material haben. Wir hätten in den letzten Jahren Baumaterial vielleicht bekommen, konnten aber bis zum Jahre 1918 keine Arbeiter bekommen. Jetzt sind Arbeitslose vorhanden und Sie haben kein Material. Selbst wenn Sie Material hätten und grosse Arbeiten durchführen wollten, würden Sie sehr schwer Arbeiter bekommen. Es wird viel Mühe kosten, einen grossen Teil der Arbeiter wieder an die Arbeit zu gewöhnen.

Die Kriegsauslagen haben dazu geführt, dass die städtischen Unternehmungen mit der Abfuhr von Geldern an die Gemeinde Wien aufgehört haben. Es muss sich daher ein Betrag von 30 Millionen Kronen aufgenommen werden, welcher mit der immer ungünstiger werdenden Lage früher aufgebraucht wurde, als vorgesehen war. Es kann der früheren Gemeindeverwaltung kein Vorwurf gemacht werden, denn kurz nach dem Umsturz ist der provisorische Gemeinderat geschaffen worden und damit war schon unsere Majorität wirklich vorüber. Wir waren zwar formell noch in der Mehrheit aber es musste gemacht werden, was die Herren von der heutigen Majorität mit uns vereinbarten. Ihre Herren haben eigentlich schon diktiert. Die grössten Auslagen wurden in dieser Zeit gemacht und es trifft daher unsere Partei kein Verschulden.

Es muss auch getrachtet werden, was wir schon seinerzeit verlangt haben, dass bezüglich der Auslagen für den übertragenen Wirkungskreis ein Ausgleich mit dem Staate getroffen wird. Es muss auch getrachtet werden, dass die Ernährungsverhältnisse einer Regelung unterzogen werden. Das Fortzilitieren kann sich auf die Dauer nicht halten. Bei der Gemeinde ist es vielleicht noch leichter, da sind 40.000 Angestellte. Aber die einzelnen Industrien auch der Staat und das Land werden eine Erhöhung nach der anderen nicht leisten können. Die nicht das Glück haben, eine Erhöhung zu bekommen, müssen auch überall die teuren Preise bezahlen, das Elend wird immer grösser. Es kann das System der Schraube ohne Ende nicht fortgeführt werden. Unter allen Umständen muss die Wirtschaftspolitik in den Vordergrund gestellt werden. Wir haben heute gesehen, dass die Gemeinde ein Faktor ist. Wir müssen uns an den Staat und die einflussreichen Personen, die alle Ihre Partei angehören, wenden, um die wirtschaftlichen Grundlagen der Stadt anders zu gestalten. Ich empfehle Ihnen, das zu tun, was Sie uns vor zwei Jahren empfohlen haben und was wir nicht machen konnte weil wir nicht den Einfluss im Staate hatten, den Sie jetzt haben. Ich bitte der Bevölkerung in erster Linie Essen zu geben, damit sie sich erho-

len und arbeiten kann. Mit Lohnerhöhungen ohne Lebensmittel und Rohprodukte können die Arbeiter nicht leben. (Zustimmung rechts)

Gegenüber Kollegen Emmerling muss ich betonen, dass wir keine Reklame oder Paradeposten eingestellt haben. Ein Bau, der begonnen wird, muss wegen der Abrechnung Fertigstellung u.s.w. oft 2 bis 3 Jahre im Budget fortgeführt werden. Wir werden ja sehen, ob es möglich ist, dass sie alle Ihre Besten zur Durchführung bringen. Mir scheint, dass das Wesen der Zuschusskredite, das Sie uns immer besonders kritisch vorgeworfen haben, bei Ihnen sehr in Blüte kommen wird. Wenn dem Kollegen Dr. Kienböck von Ihnen ein Vorwurf gemacht wurde, dass ihm bezüglich der sprunghaften Personalauslagen ein Widerspruch unterlaufen sei, so kann ich dem nicht beipflichten. Kollege Kienböck hat Recht gehabt. Trachten Sie, dass die eingestellten ohne Schleichhandelsweise einkaufen können, dann werden diese grossen Erhöhungen nicht notwendig sein.

Kollege Emmerling hat uns der Fürsorge für das arbeitende Volk gesprochen. Ich setze dazu, für das ganze arbeitende Volk. Wir vertreten nicht die oberen Zehntausend, in unsere Kreise gehören nicht die Parasiten. Sie vertreten zum grossen Teil die Arbeiterschaft. Aber ich bin der Ueberzeugung, dass auch ein grosser Teil bei Ihnen ist, die keine Arbeiter sind. Es scheint, dass Wort Volk nur gerne hier öffentlich ausgesprochen zu werden, sonst scheinen Sie das Volk und die Gruppen, die ihm angehören, brennen zu wollen. Wir sind mit einer Statutänderung einverstanden, wünschen aber eine zweckentsprechende und keine einseitige Aenderung. Ich bin auch kein Verteidiger des Stadtrates. Wenn Sie eine zweckentsprechende Aenderung durchführen, werden Sie uns gerne an der Arbeit sehen. Ich würde nur wünschen, dass eine solche Zusammensetzung der Gruppen kommt, die die Gewehr bietet, dass etwas Besseres nachfolgt. Ich bitte auch keine zu grossen Geheimnisse zu machen, wie bisher. Wenn Sie es zweckmässig finden, gegen 50 Gemeinderäte so vorzugehen, so werden Sie sehen, wohin das führt.

Ich bin mit der Aufräumung, mit der ~~dem~~ privaten Kapitalwirtschaft einverstanden. Aber ich habe noch nicht gehört, dass sie über die Losziehen, wo das Kapital vorhanden ist. Sagen sie einmal, sie wollen das Geld bei den grossen Millionären holen. (Lebhafte Zustimmung rechts) Das wäre eine Brücke, auf der sich die ehrlich denkende Arbeiterschaft und der Mittelstand finden. Aber diese 10 oder 20.000, Rothschild u.s.w. sind auch Christen darunter, sitzen alle ruhig auf ihrem Besitz und haben ihre Millionen vielleicht von den anderen Ländern. Da hätten sie im Moment des Umsturzes ihre Macht einsetzen können. Das sind die Parasiten und da werden wir mit Ihnen gehen.

Die Hebung der Produktion hängt nicht von der Gemeinde allein ab, auch Staat und die Länder müssen eingreifen. Es muss aber zuerst Ordnung im Staate und in den Ländern gemacht werden. Sie müssen mit den Ländern einig werden, sonst wird Wien verhungern. Es wurde auch gesagt, dass wir uns sehr stark vom physikalischen Standpunkte leiten liessen. Das glauben Sie wohl selber nicht. Wir haben viele Strassenbahnenlinien gebaut, die nichts getan haben und Sie werden solche Linien auch nicht in übergrösser Zahl bauen, obwohl Sie viel mehr als wir dazu verpflichtet werden, schon um für die grosse Zahl der Arbeitslosen zu beschäftigen. Interessant war Ihr Appell an die Beamtenschaft. Ich freue mich, dass Sie zugeben müssen, dass wir während unserer Herrschaft eine tüchtige Beamtenschaft geschaffen haben, mit der Sie in der ersten Zeit zu Ihrem Glück so gut arbeiten können. Ich wünsche, dass auch Sie einen solchen Stand von Beamten heranziehen. (Lebhafte Beifall bei den Christlichsozialen, Redner wird beglückwünscht).



ad Expose Breitner:

Auf der 5. Spalte ist an Stelle der zwei letzten Zeilen die keinen Uebergang bilden, zu setzen:

Redner verweist auf den Wohnungsbau auf der Schmelz mit 40 Millionen, die Post Jugendfürsorge mit 40 Millionen, die zum erstenmale vorkommende Post Tuberkulosenfürsorge mit 9 Millionen, die an sich zwar nicht erfreulich, aber doch von der Einsicht der Stadtverwaltung zeugende Post Zuschüsse für Arbeitslose mit 30 Millionen, Ausspeiseaktion mit 2 Millionen, Armenschuhe mit 2½ Millionen und die wenn auch kleine aber doch als Beginn bemerkenswerte Post von 500.000 Kronen für schulärztlichen Dienst und von 600.000 Kronen die dafür eingesetzt sind, dass Arbeitern, Angestellten und Schülern der Besuch von Theatern und Konzerten ermöglicht wird und die Kunst aufhört, ein Vorrecht der Besitzenden zu sein.

+++

Der Schluss der Rede Breitners ist von Spalte 7 vorletzter Absatz an folgendermassen zu geben:

Für das volle Defizit zu sorgen, ist keine Möglichkeit und auch keine dringende Notwendigkeit. Auf Grund des heurigen Budgets können wir doch unser Leben auf die Dauer nicht einrichten. Wir können weder mit der Arbeitslosigkeit als Dauererscheinung rechnen, noch auf so phantastische Materialkosten. In letzterer Beziehung verweise ich darauf, dass bei dem jetzigen Bauaufwande eine Wohnung mit 2 Zimmern und Küche in dem von Firma Stiegler & Rous gebauten Häusern 8000 Kronen, in den auf der Schmelz erbauten Häusern 6000 Kronen, dort etwas weniger, weil es gelang das Material noch im Vorjahre zu sichern, an Mietzins kosten würde. Es wäre ganz unmöglich auf dieser Basis 1000 von Wohnungen herzustellen.

Der Magistrat hat einen Vorschlag gemacht, auf Erhöhung der Zinsheller, um den so grossen Defizite abzuhefen. Der Magistrat als unabhängige Körperschaft ist berufen und berechtigt, seinem Gedankengang Ausdruck zu geben und ist dabei von der Erwägung ausgegangen, dass die Miete das einzige ist, was von der Hochflut der Preise noch nicht ergriffen worden ist. Die Bevölkerung ist dadurch beunruhigt worden. Wir müssen, und es hat dazu beigetragen, dass die Masse der Bevölkerung in viel höherem Masse von der Finanzlage, von dem Schicksale dieser Stadt eine Rechnung gebe, dass wir tatsächlich in einer entsetzlichen Notlage uns befinden, so dass wir gezwungen sein werden, vielleicht auch diesen Weg zu beschreiten. Es sei aber die letzte Reserve und nur wenn uns keine andere Alternative bleibt und wir unserer Verbindlichkeit nicht nachkommen, wir die Angestellten nicht bezahlen können oder

begonnene Bauten nicht ausführen können, dann werden wir auch diese letzte Reserve angreifen müssen. Wir werden dies in einer Form tun, dass diese Massnahme der Bevölkerung verständlich und erträglich erscheint. Es muss vor allem diese neue Abgabe voll und ganz der Gemeinde zufließen ohne jede auch noch so geringe Beteiligung der Hausbesitzer. Die Steigerung der Mietzins soll nicht schablonenmässig erfolgen, sie soll eine Art Wohnungsaufwandssteuer sein, d.h. die kleineren Wohnungen sollen möglichst geschont sein und nur jene Leute welche eine grosse und luxuriöse Wohnung haben, sollen sehr stark angefasst werden. Alle kleinen Wohnungen auszunehmen, ist unmöglich, weil in Wien 73% der Wohnungen 2 Zimmer oder weniger haben.

Im Zusammenhange mit dieser Frage steht die Sozialisierung des Haus- und Grundbesitzes. Es scheint dies ein einfaches Mittel, um die Finanzen der Stadt zu sanieren. Wenn man aber die Sache näher betrachtet, so scheint sie doch nicht so einfach. Die Wohnungsmieten in Wien tragen zu sammen 440 Mill.

Kronen, davon entfallen 60 Millionen auf die Kommunalsteuern und 60 Millionen auf die Staatssteuern. Die Hypothekarzinsen beziffern ungefähr mit 120 bis 150 Millionen Kronen, so dass kaum 200 Millionen übrig bleiben. Bedenkt man nun, dass eine vollkommen entschädigungslose Enteignung der Hausbesitzer doch nicht möglich ist, da ja viele Hausbesitzer von dem Hause die einzige Rente beziehen, von der sie leben können, dass wir ferner 40.000 Hausbesorger im Dienste der Gemeinde wohn übernehmen müssen, dass wir einen gewissen Apparat für die Verwaltung brauchen und dass vielleicht auch die Mietzinsrückstände eine erhebliche Höhe erreichen, so ist die Sozialisierung vom Standpunkte des Defizites keine Rettung. Wir gehen jedoch von dem Standpunkte nicht ab, dass Grund und Boden der Gemeinde gehören soll und muss. Hätte eine solche Sozialisierung vor 30 oder 50 Jahren eingesetzt, dann wäre wie heute eine reiche Stadt.

Den Grund benötigen wir unbedingt, denn die Gemeinde kann nicht noch zu den teuren Baukosten hohe Bodenpreise zahlen.

Mag auch im Augenblicke und nur dank dem von der sozialdemokratie erzwungenen Mieterschutzgesetz die Sozialisierung der Wiener Häuser keine grosse Einnahmsquelle bedeuten, so müssen wir dennoch und unter allen Umständen, darauf beharren, dass einzig und allein die Gemeinde die Eigentümerin aller Häuser und der Bodenflächen ist. Darum ist es notwendig, dass die Nationalversammlung die ihr vorliegenden Sozialisierungsgesetze shestens verabschiedet, damit eine Grundlage für die von uns zu treffenden Vorarbeiten geschaffen werden könne. Einzelne Produktionszweige sind schon reif für die Sozialisierung, z.B. die Brotfabriken, die Biererzeugung, sowie eine Reihe von Lebensmittelbetrieben, die in die Hände der Gemeinde gelangen müssen.

Es ist kein rosiges Bild, das ich Ihnen hier entwickelt habe. Wien kann

nur dann zur neuen Blüte gelangen, wenn hart gearbeitet wird, wenn grössere Sparsamkeit eintreten wird. Das kann aber von den Arbeitern nicht verlangt werden, wenn ein Ausgleich der sozialen Gegensätze stattfindet. Es muss wahrhaft aufreizend wirken, wenn auf der einen Seite das Volk hungert, auf der anderen Seite ein übermässiger Luxus entfaltet wird, die Vergnügungslöcher und eleganten Restaurants überfüllt sind, und das Geld mit vollen Händen beim Fenster hinausgeworfen wird. Wir können aber zu einer gedeihlichen Entwicklung der Stadt nur gelangen, wenn der uns drohende Frieden nicht verwirklicht wird. Sollte dieser Friede uns auferlegt werden, dann sind wir rettungslos zum Tode verurteilt. ~~Wir hoffen vor allen Dingen~~ <sup>auf</sup> die Solidarität aller arbeitenden Menschen. Nur die Internationale, die Arbeiterschaft der Entente vermag es, den Uebermut der Bourgeoisie und des Kapitalismus des Westens zu brechen. Alle arbeitenden Menschen Wiens manuelle und intellektuelle, Angestellte Gewerbetreibende, Vertreter des legitimen Handels, alle müssen sich in gemeinsamer Arbeit zusammenfinden, um aus dem Chaos einen Weg zu einer besseren Zeit zu finden, damit der Stadt Wien eine neue Blüte entstehe. Die Zeit der Kaiserstadt ist zu Ende, das war historisch genommen, eine glanzvolle Zeit allerdings eine Zeit, der eine kleine Minderheit, ein üppiges Dasein geführt hat. Nun sind die grossen Massen berufen, eine neue Zeit zu begründen, in der sie zur Lebensfreude gelangen sollen, in der alle gleichen Anteil an den geistigen und materiellen Gütern der Zeit haben. Das Wien des Proletariats wird, wenn allen Menschen die Arbeitspflicht auferlegt wird, nach einer Reihe

von schweren Jahren, eine neue Blüte erreichen, weit grösser und schöner, als sie je in der Vergangenheit war. ( Lebhafter andauernder Beifall bei den Sozialdemokraten) .

Am Schlusse der ersten Spalte der Rede Dr. Kienböcks soll es bei den Zinshellern heissen:

..... von 8'4 auf 15'5.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur *Jonny Michew.*  
Wien. I. Neues Rathaus.

25. Jahrgang. Wien, Freitag, 27. Juni 1919. No 267.

## Abgeordneter Stadtdirektor Dr. Goldemann über den Friedensvertrag von St. Germain.

Grundgebung des Oesterr. Ingenieur- und Architektenvereines zum Friedensvertrag. Nächsten Montag, 30. d.M., 6 Uhr abends findet im grossen Saale des Vereineshauses (1. Eschenbachgasse 9) eine ausserordentliche Vollversammlung des Oesterr. Ingenieur- und Architekten Vereines statt, in welcher der Präsident, Abgeordneter und Stadtdirektor Er. Heinrich Goldemann über die technisch wirtschaftlichen Bedingungen des Friedensvertrages von St. Germain referieren wird.

Neue Braunkohlenpreise. Ab 1. Juli erfährt die Fracht auf tschechoslovakischen Gebiet durchschnittlich eine 100 %ige Erhöhung. Infolge der in letzter Zeit aufgetretenen Erhöhung der Löhne und Gehalte ergibt sich eine wesentliche Steigerung der Region. Diese Umstände machen eine Erhöhung der Preise für Braunkohle notwendig. Der Stadtrat hat daher beschlossen, dass die Braunkohlenpreise ab 29. Juli wie folgt erhöht werden: Waggonweiser Verkauf ohne Fracht K 8.70, fuhrweiser und Detailverkauf K 20.-, ungegitterter Braunkohlengriess K 18.- und gegitterter Braunkohlengriess K 16.50 per Zentner.

Aus dem Stadtrate. Nach einem Berichte des StR. Schmid wurde die Schaffung eines Zementvorrates für dringende Erhaltungsarbeiten an städtischen Anlagen im Kostenbetrage von 12.000 Kronen genehmigt. - Für die Anschaffung und Einrichtung eines Schiffes für die Unratsabfuhr an der Donaulände wurde nach einem Berichte desselben Referenten ein Betrag von 26.000 Kronen genehmigt. -

Wiener Gemeinderat.

Sitzung, am 27. Juni 1919.

Bgm. Reumann eröffnet die Sitzung und verliest den Spendeneinlauf. Gespendet haben: Frau Anna Manthner 2500 Kronen zum Zwecke der Entsendung von Kindern in die Kinderheilstätten der Gemeinde Wien. Aus Anlass der Verleihung des Bürgerrechtes sind für die Armen des Bezirkes Rudolfsheim folgende Spenden eingelaufen: Benedikt Rusy 100 Kronen, Franz Falt 200 K, Leopold Schober 400 K, Johann Blaha 100 K, und Franz Matouschek 100 K.

Hierauf wird die Debatte über den Hauptvoranschlag fortgesetzt.

GR. Schmitz: Im bisherigen Verlaufe der Debatte hat es sich gezeigt, wie eng verknüpft die Fragen der Gemeindevverwaltung mit den Fragen der Weltanschauungen sind. Dies hat sich in einzelnen Äusserungen gezeigt, wie in dem hässlichen Wort, des Vize-Bgm. Winter vom „Klostersuppegeist“ um vor allen in der sachlichen Begründung für diesen inneren Zusammenhag, da ja die Gemeinde bedeutenden Einfluss zu nehmen hat, auf die Tätigkeit der einzelnen Schulbehörden. Die Schule aber und die Frage der Volksjugenderziehung kann nicht losgelöst werden von der Frage der Weltanschauung. Deshalb will ich in grossen Strichen die Grundlinien der Weltanschauung kennzeichnen. Sie steuert zwischen den beiden im abgelaufenen Jahrhundert sich bekämpfenden Prinzipien, von denen das eine im übertriebenen Individualismus der liberalen Politik zu suchen ist, während ich das andere das der unversöhnlichen Masse nennen will. Unsere Weltanschauung bildet sich aus der goldenen Mittelstrasse zwischen diesen beiden Prinzipien und beruht vollständig auf der Lehre des Christentums. Hier lernt der einzelne die Eingliederung in die Gesellschaft und in die Ordnung. Auf die Familie baut sich die Klasse, die Gemeinde und der Beruf auf. Deshalb ist es eine wesentliche Folgerung unseres Programms für die Familie und das Familienleben die grösstmögliche Förderung zu besorgen. Dies ist

besonders notwendig bei den Aufgaben der Gemeinde bezüglich der Wohnungsreform. Die Wohnungsaufwandssteuer, die eine Frage der Zeit geworden ist, ist daher nicht nach der Wohnungsgrösse, auch nicht nach der Zinshöhe zu berechnen, sondern muss ermittelt werden, aus der Anzahl der einzelnen Familienmitglieder und der Wohnungsgrösse. Schutz und Förderung des Familienlebens muss auch der Wirtschaftspolitik berücksichtigt werden, so beispielsweise bei der Besoldung der Angestellten. Ein Teil der Besoldung wird in Naturalien erfolgen müssen, wie beispielsweise unsere Partei es begonnen hat mit der Beschaffung von Monturen und Schuhen. Aber auch hier muss Rücksicht auf die Familie genommen werden, wie dies schon bei der Abstufung der Teuerungszulagen nach dem Stand der Familienmitglieder geschehen ist. Auch die Wohlfahrtspflege ist nach der Familie einzurichten. Kasernenmässige Anstalten müssen vermieden werden, denn diese zerstören die Familie ohne sie wieder aufbauen zu können. Wenn vom Herrn Vize-Bgm. Winter von der Reform des Wohlfahrtswesens gesprochen wurde, so erklären wir uns bereit mitzuhelfen nach unseren Prinzipien. Herr V.-Bgm. Emmerling ist mit starken Worten für die weitgehende Autonomie der Gemeinde eingetreten. Ich freue mich darüber und erkläre, dass es unsere Partei gewesen ist, die sich stets für dieselbe eingesetzt hat und bei Gefährdung derselben einigemal stark gekämpft hat. Unsere ganze Kulturauffassung geht aus der religiösen Heberzeugung hervor. Nach unserer Weltanschauung ist die Religion eine sozialkulturelle Notwendigkeit. Wir sehen in den 10 Geboten und in der christlichen Religion die Grundlage für jede Ordnung. In Budapest mag es wohl anders sein, aber wie die Dinge dort stehen, ist von einer Ordnung in unserem Sinne nicht zu sprechen. Die Trägerin der Religion ist die Kirche und wer diese schmäht, trifft die Religion. Wir lehnen alle Vorschläge, die sich gegen die Kirche richten, ab, als Vorstösse gegen die Religion. Die Sozialdemokraten, die die Religion als Privatsache bezeichnen, enthalten sich trotz ihrer Meinung aber nicht des Kampfes gegen die Religion. Dies sieht man in ihrem boshaften und höhnischen Anträgen. Wenn man in der Gruppe 10 die Post von 23.000 K für die ehrwürdige Sitte der Frohnleichnamsprozession streicht und auf der anderen Seite 50.000 K für die Vorstudien für ein Krematorium bewilligt, so tritt man die grosse Menge, die an dieser alten Sitte hängt, mit Füssen, während man auf der anderen Seite für einige 1000 Anhänger der Leichenverbrenner einen doppelt hohen Betrag übrig hat. Daraus, aus diesen Vorgängen spricht nicht das Prinzip des Sparens, sondern der religion-gegenwärtige Geist der Sozialdemokraten. Der Streichungsantrag gibt aber Anlass einige Fragen aufzuwerfen. Es ist auffallend, denn die Sozialdemokraten machen sonst nicht so taktische Dumheiten. Ist der Antrag vielleicht zurückzuführen auf einen Befehl des Arbeiterrates? Das hiesse eine Nebenregierung bilden. Es kann Ihnen selbst noch zuwider werden, dass Sie sich nun von einer unkontrollierbaren Stelle Ihre Befehle holen müssen und gebunden sind, das zu befolgen, was Ihnen von dieser Seite befohlen wird. Es kann aber auch sein, dass der Antrag dieser auf die Darlegungen des „Abend“ zurückzuführen ist.

Der ehemalige kaiserliche Rat Kohn Colbert ist einrecht unangenehmer Herr für Sie geworden. Vielleicht war es notwendig, eine Verbeugung zu machen, damit der kaiserliche Rat Kohn Colbert beruhigt ist, denn er hat schon einmal gefragt Wo sind denn die Kulturkämpfe? Und jetzt bekommt er die Antwort: „Nun, da bin ich!“ (Heiterkeit) So stark sie an Zahl Organisation und vielleicht auch an Geld sind, innere Stärke beweist ein solches Verhalten nicht. Diese innere Schwäche ist darauf zurückzuführen, dass der Sozialismus als Weltanschauung versagt hat.

Wenn in der Debatte wiederholt der deutsche Charakter Wiens bezweifelt worden ist unter dem vielsagenden Schweigen der Mehrheit, so stelle ich fest, dass wir gerade aus dem organischen Empfinden und aus dem Urteil der sozialen Bildungen heraus an dem deutschen Charakter der Stadt festhalten und nie daran rütteln lassen (Beifall). Es hat da die Sozialdemokratie eine schwere Verfehlung begangen, als sie wohl nur als Wahlmanöver die Erwerbung der Staatsbürgerschaft und damit des Wahlrechtes derart erleichterte, dass eine wahre Ueberprüfung der Staatsbürgerschaftsbildung gefehlt hat. Es ist das das natürliche Recht der Nation, die hier bodenständig ist und seit Jahrhunderten die hohen Kulturwerte geschaffen hat. Wir geben der Nation nicht das Recht zum Chauvinismus, ebensowenig wie wir dem Staate das Recht der Omnipotenz einräumen. Wir wollen gegen den Staat das Recht der Persönlichkeit und Selbstverwaltung hochhalten.

Unser Antisemitismus ist eine Abwehrbewegung gegen eine nach unserer Auffassung kulturell ausserordentlich gefährliche und innerlich unberechtigte Erscheinung. Sie wendet sich dagegen, dass Angehörige eines andern Volkes einer anderen Rasse sich als Deutsche geben und da im Namen des Pseudos Deutschtum eine Kultur schaffen, die keine deutsche, aber auch keine jüdische mehr ist. Wenn das Judentum sich über unsere antisemitische Haltung beschwert, so verweise ich darauf, dass der Antisemitismus gegen die Assimilationsjüden durch die Erfahrungen in Ungarn erst recht bestärkt wurde. Die Magjaren werden an ihrem eigenen Leibe bestraft, dass sie nicht rechtzeitig die nötige innere Kraft aufgebracht haben, um den Fremdkörper zu entfernen. Wenn das Judentum sich als Nation bekennt und aus der unangenehmen Rolle des Krankheitserregers in die Rolle der nationalen Minderheit übertritt, so wird ihm niemand die gebührenden Rechte und Pflichten vorenthalten.

Wir halten dafür, dass die Schulreform durch den bekannten Erlass Glückel bezüglich der religiösen Übungen äusserst unglücklich eingeleitet worden ist, denn damit hat Glückel selbst der ganzen Reform einen gehässigen antireligiösen Charakter aufgepresst. Der Erlass ist gegen das Gesetz. Er hebt ausdrückliche Bestimmungen des Gesetzes auf. Wohin kommt es mit der Sicherheit des Rechtes, wenn irgend ein Minister die Macht hat, durch irgend einen Erlass rechtsgültige Gesetze ausser Kraft zu setzen.

Sie treten die Herrschaft an in einer Zeit, wo bereits viele Schulen gebaut sind, sie streichen aber Schulbauten mit Ausnahme von zwei Schulen im 10. Bezirk.

GR. Vaugoin: Bezirksmeierei!

GR. Schmitz: Das Streben nach der Einheitsschule ist ein vergebliches Bemühen, ein sich Anklammern an reichsdeutsche Verhältnisse. Wir haben die Einheitsschule in der Form der Volksschule und wenn es sich darum handeln würde, den wirklich begabten den Weg frei zu machen zur höheren Bildungsstufe, so gibt es kein Bedenken. Aber begabten Schulen, in die nur die Begabten gehen sollen, wenn die minderbegabten der manuellen Arbeit zugeführt werden sollen, dagegen gibt es Bedenken. Begabung ist auch für die manuelle Arbeit notwendig. Die Lehrerschaft hat alle Ursache, das System, das man jetzt anwendet, in ihrem eigenen Interesse abzulehnen. Der Lehrer darf nicht gezwungen werden, eine Qualifikation zu machen und noch weniger eine geheime Qualifikation zu machen. Unser Ideal ist die konfessionelle Schule und das stehen wir nicht allein. Die Zukunft, die uns nach den 5 Jahren Krieg bevorsteht braucht ein Volk, das gefestigt ist und Seelenkraft hat und gläubig ist. Und darum werden wir uns bemühen, unser christlichsoziales Programm zur Wahrheit zu machen. (Lebhafter Beifall)



Ich habe in Krausflay von der Schädigung von Geschäftsleuten gelesen, welche noch eine Menge von Büchern und Lehrmittel auf Lager haben. Dieser Schaden liesse sich durch ein entsprechendes Übereinkommen mit der Gemeinde leicht beheben, <sup>dem</sup> der Unterschied zwischen arm und reich in der Schule muss aufgehoben werden. Die nächste Sache, die ich besprechen will, sind die Schulbüchereien, die sich in einem Zustand befinden, der dringender Abhilfe bedarf. Bei dieser Gelegenheit will ich <sup>noch</sup> darauf verweisen, dass bei Neuanschaffungen in Einkunft eine andere Auswahl getroffen werden muss. Während des Krieges wurde eine Revision vorgenommen, um festzustellen, ob sich in den vorhandenen Büchern nicht etwas befindet, was unsere damaligen Feinde in ein günstiges Licht setzt und alles dieses wurde aus der Schulbibliothek entfernt. In den heutigen Bibliotheken sind <sup>schon auf dem</sup> viele Bücher enthalten, die unserer jetzigen Verfassung nicht mehr entsprechen, im Uebrigen hat sich ein Vorredner aus meiner Partei mit diesem Thema genügend beschäftigt. Wichtig wäre es auch, die Berichte der Schulärzte aus dem XIV. und XV. Bezirk einzufordern und Schulärzte für alle Bezirke zu bestellen. <sup>Die</sup> die Schulzahn-pflege ist ein äusserst wichtiges Kapitel. Weiters kommt noch eine Sache in Frage, die zwar kleinlich erscheint, aber doch eine fachgemässe Behandlung verlangt, nämlich die Entlausungsstelle. Die Verlausung reicht heute <sup>in vielen</sup> Kreise der Bevölkerung. Die Schulärzte haben <sup>unmittelbar</sup> festgestellt, dass die Kopfläuse Krankheiten übertragen. So wurde in meiner Schule ein Fall einer Augenkrankheit festgestellt, der durch Übertragung durch eine Kopflaus verursacht wurde. Viele Kinder <sup>haben</sup> wegen Verlausung in Schweden und in die Schweiz nicht einreisen. Und weil eben es in armen Familien an den Mitteln zur Entlausung fehlt, so müssen deren Kinder einer öffentlichen Entlausung zugeführt werden. Auch eine Aufklärung der Eltern ist notwendig, da die Mütter für die Zöpfe ihrer <sup>Wäckerl</sup> zittern. Die Ausspeisung wird leider nicht von uns, sondern von anderen besorgt, und so sehr wir den Amerikanern dafür danken, so tief müssen wir es bedauern, dass wir nicht im Stande sind, unsere Kinder selbst anzuspiesen.

Wenn VB. Hoss wünschte, wir sollen für die Angestellten die Lebensmitteln beschaffen, so ersuchen wir ihn, er solle uns die Wege zeigen, wie wir zu billigen Lebensmitteln kommen. Die Herren haben ja Verbindungen mit den Bauern durch ihre Partei und diese sollen ihnen die Lebensmittel liefern. Zu Schleichhändlerpreisen haben ja die Länder immer noch Ware, folglich müssen sie auch zu normalen Preisen welche haben.

Mit dem Herrn GR. Schmitz kann ich mich hier infolge Zeitmangels über die Schulreform nicht auseinandersetzen. Aber die Fachleute im Ministerium werden schon, wenn er wünscht, die nötigen Aufklärungen geben. Bei dem Begabungsproblem handelt es sich nicht darum, die befähigten Kinder den Univeritäten zuzuführen, sondern man muss die Kinder herausfinden, und dorthin führen, wo das Feld ihrer Begabung liegt. Es handelt sich aber auch weiters <sup>um</sup> normal begabte Kinder, die <sup>in der</sup> Schule zurückgeblieben sind und hier muss durch Herabsetzung der Schülerzahl, durch moderne Unterrichtsprinzipien Abhilfe geschaffen werden. Das wichtigste Problem ist jedoch jenes der Mindestbegabten. Die Kinder, die sozusagen körperlich und geistig unterernährt sind, sollen künstlich aufgepeppt werden. Dies hat zu geschehen durch Nachhilfe in der schulfreien Zeit von Lehrern, die im Dienste der Gemeinde Wien stehen. Was die religiösen Übungen anbelangt, so wurden nicht diese abgeschafft, sondern der Zwang <sup>zu</sup> religiösen Übungen. Wenn es den Eltern beliebt, können sie <sup>so</sup> bis jetzt ihre Kinder an den religiösen Übungen teilnehmen lassen. Was die Qualifikation anbelangt, so möchte ich Sie nur bitten, die Mitgliederzahl des Vereines der Lehrer- und Schulfreunde nachzuzählen und das Abflauen der Konjunktur zu konstatieren. Die bei Ihnen bleiben, das sind Ihre überzeugten Anhänger, die von Ihnen davon laufen, das waren diejenigen, die dem Zwange gefolgt sind. Die beste Kritik für die Schulpolitik der Christlichsozialen ist es, dass nach 25 jähriger Wirtschaft in der Gemeinde diese Forderungen noch immer erhoben werden müssen.

Die Gemeinde wird sich auch mit dem Tagesunterricht der Lehrlinge und dem Nachhilfunterricht der Minderbegabten befassen müssen. Die Gemeinde ist verpflichtet, an der Spitze einer Schulreform zu marschieren, alles für ihre Kinder zu tun in der Erkenntnis, dass aus diesen Kindern die Zukunft Wiens erwächst und diese arme Stadt nur gedeihen kann, wenn wir alle Tüchtigen herausfinden. Eine Schule, die eine moderne Schule sein wird, muss auch dem Lehrstande entsprechend entgegenkommen. Es wird Aufgabe unserer Partei sein, diesen Lehrstand von jedem Gewissenszwang frei zu halten. Ich würde es sehr bedauern, wenn ein christlichsozialer Lehrer für seine Überzeugung gemassregelt würde, so wie unsere Lehrer gemassregelt worden sind, weil sie eine andere Überzeugung gehabt haben, als sie Ihnen genehm war. Ich würde bedauern, wenn wir in diesen Fehler verfallen würden. Unsere Partei ist auch sofort als sie einen massgebenden Einfluss bekommen hat, an eine ausgiebige Gehaltsregulierung geschritten. Die Gemeinde Wien wird den Kindern gewiss geben, was sie brauchen und sorgen, dass die Kinder tüchtige brauchbare Menschen werden zu unserer Freude und zum Nutzen für unsere Gemeinde. (Lebhafter Beifall links)

Ueber Antrag des GR. Dr. Danneberg wird Schluss der Debatte genehmigt.

GR. Dr. Alma Seitz: Die Schule und die Fürsorge gehören zu den wichtigsten Aufgaben der Gemeinde. Wir müssen es bedauern, dass Gelder ausgegeben werden für die Errichtung eines Krematoriums, dass Posten gestrichen werden mussten für die Erbauung einer Volksschule in Simmering und eines Kindergartens in Floridsdorf. Wenn Sie unsere Partei vorhalten, dass sie zu wenig Schulen errichtet hat, so erheben wir jetzt denselben Vorwurf gegen Sie. Auf dem richtigen Wege zur Erziehung der Jugend müssen die Familie, die Schule und die Fürsorge zusammenarbeiten, dass Ziel der Erziehung ist aber immer die Entfaltung des Kindes zum sozialen Menschen. Die Herren von der Majorität brauchen in diesem Falle nur den Weg zu gehen, der ihnen von der früheren Majorität vorgezeichnet wurde. Auch zu einer auszuführenden Familienversicherung müssen Sie kommen, wo uns der Staat immer im Stiche gelassen hat. Machen Sie es so, wie die christlichsoziale Partei für die Altersversorgung ihrer Arbeiter und Angestellten gesprägt hat. Errichten Sie eine Familienversicherung, dass werden Sie der Erziehung der Jugend den besten Dienst geleistet haben. Die Erziehung der Jugend muss auch das soziale Verständnis vermitteln. Bei der Erziehung zum sozialen Willen, da gehen unsere Wege auseinander. Wenn Sie das Recht haben, Ihre Kinder in Ihrem Sinne zu erziehen, dann dürften auch wir das Recht haben die Kinder in unserem Sinne zu erziehen. Fahren Sie nicht fort auf dem Wege, den Sie beim Erziehungsheim in Oberhollabrunn eingeschlagen haben. Es darf auch in Zukunft nicht mehr eine christliche Fürsorgeorganisation aus einem Hause hinausgeworfen werden, um den Kinderfreunden Platz zu machen, wie dies im 13. Bezirk geschehen ist.

Ich will nur noch darauf hinweisen, dass in dem bekannten Erlass Glöckl ein grosser pädagogischer Fehler darin liegt, dass der einzige Unterrichtsstoff, der die Charakterbildung der Jugend bezwecken soll nicht praktisch betätigt werden darf. Wie die Kinder zu erziehen sind, das müssen Sie wohl den Eltern überlassen (Zustimmung bei den Christlichsozialen); in der Technik der Fürsorge bestehen gute Ansätze und trachten Sie, die Fürsorge dahin auszubauen, dass die amtliche und die freiwillige Fürsorge zusammenarbeiten. Schrecken Sie nicht davor zurück, dass dadurch vielleicht die christliche Wohlfahrtspflege in den Fordergrund geschoben werde. VB. Winter hat auch gestern betont, dass die Armenpflege reformiert werden muss. Das wollen wir ja Alle. Sie können auch nicht mit einem Schlage die Tatsache verschwinden machen, dass die Gemeinde Wien auf sozialem Gebiete vieles geleistet hat. Sie müssen zugeben, dass sich dies Alles entwickeln muss und dass die Ansätze, die hiezu vorhanden sind, vorbildlich waren für andere grosse Städte. Wenn Sie die Begabenschulen errichten, so greifen Sie damit die Ideen, die von christlicher Seite aufgestellt wurden auf, die darauf hinausgeht, im Zusammenarbeiten mit der

Schule den Menschen dem Berufe zuzuführen, zu dem er geeignet ist.

Anerkennen Sie, was bisher von christlicher Seite geleistet worden ist, das tut Ihnen keinen Abbruch. Geben Sie zu, was auf dem Gebiete der Jugendfürsorge und Erziehung geleistet worden ist. Das alles war wertvoll. Mit der kommunistischen Jugend werden Sie kein neues Wien aufbauen können, darüber sind wir uns in der letzten Zeit klar geworden. (Lebhafter Beifall)

GR. Dr. Winter: Die Budgetdebatte geht ihrem Ende entgegen. Man kann einen Ueberblick darüber gewinnen, was die einzelnen Parteien über diesen Voranschlag zu sagen haben. Ich muss gestehen, dass ich von der Seite der Christlichsozialen etwas anderes erwartet habe, als was sie uns erzählten. Ich glaubte, dass von Ihrer Seite eine Fülle von Anregungen ausgehen wird, eine Reihe von Dingen vorgeschlagen werden, wo sie uns erzählen werden, wie wir die Sache besser machen könnten, als Sie es gemacht haben. Prüft man die Ausführungen der einzelnen Redner, so findet man nichts als Schlagworte. So hat der gestrige Redner Vice-Bgm. Hoss uns aufgefordert, bei den Millionären mit der Enteignung anzufangen und uns vorgeworfen, dass wir gegen diese nicht vorgehen. Aber gerade seine Partei war es, die uns daran hinderte. Ich erinnere an das Schlössergesetz und die Haltung der christlichsozialen Partei, wie es hiess, dass mit der Enteignung und mit der Sozialisierung begonnen werde. Weiters wurde uns vorgeworfen, dass wir nichts für Schulbauten machen, und hiebei auf das Beispiel Dr. Luegers verwiesen, doch scheint man darauf zu vergessen, dass Dr. Lueger zu besseren Zeiten gelebt hat. Meine unmittelbare Vorrednerin Frau Dr. Seitz verlangte, dass die Kinder sozial zu erziehen sind und hat uns vorgeworfen, dass wir das nicht tun. Doch ist der Antisozialismus hervorgerufen worden, durch die Art der bisherigen Gemeindeverwaltung. Ich möchte, um das nachweisen zu können, auf ein Kapitel zurückkommen, das bisher noch nicht besprochen wurde. Es sind dies die Verhältnisse bei Erwerbung des Heimatrechtes in Wien. Das ist eine Sache, aus der man lernen kann, in welcher unsozialem Geiste die christlichsoziale Gemeinde auf dem Nebengleise Dinge behandelt hat, die in der Bevölkerung von grosser Wirkung sind. Unsere diesbezügliche Gesetzgebung stammt aus dem Jahre 1879 und ist gegen den Willen der Christlichsozialen und über unseren Antrag im Jahre 1896 verbessert worden. Und gerade die christlichsoziale Partei war es, die bei der neuen Heimatsnovelle darauf anlegte, einer Reihe von Leuten durch die Fesseln der Bureaukratie davon abzuhalten in Wien bodenständig zu werden. Es handelte sich um arme schwer bedrängte Personen - Alle Unannehmlichkeiten, die in früherer Zeit jeder Reichsrats- oder Gemeinderatswähler durchzumachen hatte, musste jeder mitmachen, der heimatzuständig werden wollte. Wenn er das Gesuch ~~im~~ überreicht hatte, ist er in alle juristischen Kniffe der christlichsozialen Partei gebracht worden. So verlangt das Heimatsrecht zu seiner Erwerbung den Nachweis einer 10 jährigen Gesesshaftigkeit durch einen polizeilichen Nachweis. Dieser Nachweis waren nie vollkommen verlässlich, und im Rathause benützte man eventuelle Lücken um den Bewerber abzuweisen. Eine andere Seite der Sache. In der Heimatsgesetznovelle heisst es, dass jemand dann nicht aufgenommen werde, wenn er innerhalb der 10 jährigen Gesesshaftigkeit die Armenversorgung in Anspruch genommen hat. Jedes Heimatsgesuch wurde so behandelt, dass man in erster Linie peinlichst darnach forschte, ob der Bewerber ja nicht in den 10 Jahren eine Aushilfe bekommen hat oder in einem Spital war.

ad Rede Klimesch.

Nach dem Berichte Agmbogen 2 dritte Spalte nach dem Satz: ...verliest nun eine lange Rede, soll es weiter heissen:

Zum Schluess verliest der Redner unter anderem einen Artikel aus den „Bezirksnachrichten vom Alsergrund“, der heftige Ausfälle gegen die Tschechen enthält. Unter anderem heisst es darin: Dieses Söhne einer Hündin fänden es für gut, unsere Deutschösterreicher und Wiener als verprügelte und Besägte, als ein Bettlervolk zu provozieren.....Der Tscheche ist durch seine Falschheit und Hinterhältigkeit auf der ganzen Welt unrühmlichst bekannt und bei dem Neugeborenen entscheidet er schon in den ersten Lebenstagen, welchen Beruf diese in den späteren Tagen wählen werden: entweder Musikant oder Dieb. - Es sei nebenbei bemerkt, dass dieses Blatt von Herrn Stary redigiert ist und dass dieser Herr der gewesene Bezirksvorsteher vom Alsergrund ist und jetzt von der Gemeinde Wien eine beträchtliche Pension bezieht. Ob dieser Herr ein Tscheche ist, will ich nicht behaupten, dass er aber böhmisch nicht vergessen hat, ist sichergestellt und dass sein Vater sogar ein guter tschechischer Patriot war, können wir durch Zeugen beweisen.

++++ +++++

Die juristischen Entscheidungen des Magistrates wurden durch die Verwaltungsgerichtshofentscheidungen widerlegt, an der Praxis hat dies aber nichts geändert, weil dies nicht in ihrem Sinne lag. Sie witterten in jedem der um die Aufnahme in den Heimatsverband ansuchte einen Menschen, der eine Pfunde bekommen will. In dieser Richtung muss ein ganz anderer Geist in die Verwaltung einziehen, die Gesuche um die Zuständigkeit müssen loyal beachtet und loyal erledigt werden. Sie haben auch wegen der Taxen ein Abkommen mit der damaligen Statthalterei getroffen. Auch dies zeigt nicht von einem sozialen Geist es müssen deshalb auf dem Gebiete der Zuständigkeit umfassende Reformen getroffen werden, damit Leute die hier gearbeitet, die hier gearbeitet haben, hier alt geworden sind, auch nach Wien zuständig werden.

Noch eine zweite Frage möchte ich kurz besprechen. Das Statut gibt der Gemeindeverwaltung auch das Recht Bürger unter gewissen Voraussetzungen zu ernennen. Ich weiss nicht, ob die Herren von der Minorität noch heute besonders Wert auf die Bürger legen, nachdem ja alle Wahlkörper auch der zweite Wahlkörper, in welchem die Bürger wahlberechtigt waren und welchen Sie durch die Ernennung von Bürgern gesetzlich korrigieren konnten, aufgehoben ist. Vom Standpunkt meiner Partei kann ich Ihnen sagen, dass wir gegen die Ernennung der Bürger sind, dass wir Bürger nicht mehr ernennen werden, weil diese Einrichtung undemokratisch und unsozial sind. Die beiden angeführten Reformen sollen Ihnen unter anderem zeigen, dass wir die Gemeindeverwaltung in demokratischem Sinne führen. (Beifall bei den Sozialdemokraten)

GR. Kunschak: Unser Entschluss für den Voranschlag zu stimmen, baut darauf auf, dass wir noch immer nicht das Vertrauen verloren haben, dass es möglich sein wird, auch Ihrerseits eine volle gerechte unparteiliche Handhabung der Geschäfte erwarten zu dürfen. Wir haben nach dieser Richtung hin eine Reihe von Versicherungen bereits vernommen, der Erfolg steht zum grösstentheil bisher hoch immer aus. Auf welche Ursachen diese Erscheinung zurückzuführen ist, ist schwer zu untersuchen. Es liess in einzelnen Punkten die Vermutung nahe, als ob es sich um eine passive Resistenz aus Ihren Kreisen gegen die Anordnungen ihres eigenen Bürgermeisters handeln würde. Es wurde in ganz freundschaftlicher Weise vereinbart, dass die Bezirksvorsteher in den einzelnen Bezirken ein Amtlokal zur Verfügung gestellt erhalten, um im Bezirksamte als Bezirksvorsteher-Stellvertreter ihrer Aufgabe nachkommen zu können. In einer grossen Anzahl von Bezirken ist das ohne weiters auch geschehen, in einer Zahl von Bezirken

ist das nicht zu erreichen gewesen, es ist sogar vorgekommen, dass man von den im Sinne des Uebereinkommens eingeschlagenen Weg mit einer gewissen gehässigen Geste wieder abgekommen ist. Ich muss namens meiner Partei mit aller Entschiedenheit die Erwartung aussprechen, dass der Herr Bürgermeister in aller kürzester Zeit nach dieser Richtung in den Bezirksverwaltungen Ordnung herstellen wird.

An die Wiener Schulen ist unmittelbar vor dem Frohnleichnamsfest ein Erlass gekommen, in welchem in einer unglücklichen und den Anschauungen des Unterrichtsamtes nicht entsprechenden Form erklärt wird, eine Teilnahme der Kinder an den Frohnleichnamsprozessionen nicht ins Auge fassen zu können. Ich freue mich konstatieren zu können, dass der Unterstaatssekretär für Unterricht in der Öffentlichkeit uns gegenüber Wert darauf gelegt hat, zu erklären, dass dieser Erlass des Wiener Bezirksschulrates ohne seine Befragung und daher ohne seine Zustimmung hinaus gegeben worden ist. (Hört!) Ich muss lebhaft bedauern, dass der Wiener Bezirksschulrat zu solchen Entscheidungen kommt, eine Erklärung hierfür weiss ich mir nicht zu geben. Es wird Sache der Schulbehörde sein, sich mit dem Wiener Bezirksschulrat hierüber auseinanderzusetzen. Es sind Schlussfolgerungen in seitens der Schulvorstellungen gezogen worden gegen die aller Entschiedenheit Stellung genommen werden muss und welche nicht nur parteipolitisch gehässig sind, sondern auch auf einen grossen Mangel an Verständnis und Gemütsempfindung für das Interesse der Kinder selbst schliessen lassen. Es haben Schulleitungen verboten, dass die Schulen selbst für jene Kinder, welche freiwillig an der Frohnleichnamsprozession teilnehmen wollen unter Führung von Lehrpersonen, die sich freiwillig dazu bereit erklärt haben, als Sammelort verwendet werden dürfen. (Ungehört). Es ist infolge der Ungunst des Wetters nicht dazu gekommen, aber wäre das Wetter günstig gewesen, so hätten wir das Schauspiel erlebt, dass 1000 von Kindern sich hätten müssen auf der Strasse rayonieren müssen, weil ihnen die Schulkalender versperrt waren. Ich glaube in einer Gemeindeverwaltung in welcher die Auffassung sich durchgesetzt hat, dass Schulkalender für politische Versammlungen aller Parteien uneingeschränkt zur Verfügung stehen können, muss es als ungehört bezeichnet werden, dass sich Schulleitungen erlauben, die Benutzung von Schulkalender durch in diese Schulen eingeschulte Kinder hintanzuhalten (Rufe: Büberei!). Ich hoffe, dass der Bürgermeister Gelegenheit nehmen wird, die betreffenden Schulleitungen zu belehren, dass wenn auch der Bezirksschulrat die Teilnahme von Kindern an den Frohnleichnamsprozessionen nicht gerne sieht, den Schulleitungen aus dem Titel dieses Erlasses nicht das geringste Verfügungsrecht über die Schulen zusteht.

Ein 3- Fall ist das terroristische Vorgehen gegenüber einzelnen christlichsozial Organisierten städtischen Bediensteten. Es hat der Bürgermeister in diesem Saale selbst die Erklärung abgegeben, er habe es nicht notwendig, sich zum Schützer des Koalitionsrechtes erst ausrufen zu lassen, ein Mann, der selber jahrelang für die Koalitionsfreiheit gekämpft hat, werde Sorge tragen, dass unter einem sozialdemokratischen Bürgermeister Massregelungen nicht stattfinden. Ich bringe hier zur Kenntnis, dass trotz dieser Erklärung solche Massregelungen noch immer vorkommen, und dass sie insbesondere bei der Strassenbahn zu einem geradezu unausrottbarem System zu werden drohen. Ich werde die konkreten Fälle zur Geltung bringen und erwarte, dass es nicht bei Worten bleibe, sondern auch den Worten die entsprechenden Taten folgen werden.

Der Redner der tschecho-slowakischen Partei hat uns vorgehalten, dass wir auf dem Gebiete der Schule intolerant gegenüber seinen Aktionären vorgehen, und hat darauf verwiesen, dass eine Anzahl von Schulen im Budget der tschecho-slowakischen Unterrichtsverwaltung vorgesehen seien. Das besagt aber nicht, dass die tschecho-slowakische Unterrichtsverwaltung tolerant ist, sondern dass sie nur noch nicht alle deutschen Schulen eingestellt hat. Was sie sich in Unter- und Ober-Themenau geleistet

haben, obwohl diese Gebiete bis heute niederösterreichisch sind- Sie haben sie nur in Ihrer Gewalt - spottet jeder Beschreibung. In Unter-Themenau wurde über Betreiben der Gemeinde vom Lande Nieder-Oesterreich unter Mitwirkung des Fürsten Liechtenstein eine der besten Bürgerschulen des Landes errichtet. Die Tschechen haben von der Schule Besitz ergriffen, das erste war, dass sie unter Androhung der ärgsten Brachialgewalt die Lehrpersonen vertrieben haben (hört), dass sie die dem Lande Niederösterreich gehörigen Lehrmittel als Eigentum des tschecho-slowakischen Staates erklärt (Rufe: gestohlen!) und diese Schule gesperrt haben. (Hört). Das Land Niederösterreich hat in Themenau ganz auf seine Kosten einen Kindergarten errichtet über Ersuchen der Gemeinde Themenau an dem Eltern und Kinder mit Liebe hängen. Die Tschechen sind eingedrungen (hört) die Eltern haben gebeten, man möge den Betrieb des Kindergartens nicht unterbinden. Es hat die Kindergärtnerin in gewissenhafter Auffassung ihrer Verpflichtung den Platz nicht geräumt. Sie haben in die Lehrzimmer Soldaten hineingelegt (hört) und die Kindergärtnerin die wie eine Heldin ausharrt, bis in die Dachbodenkammer hinaufgetrieben,

Sie haben uns vorgeworfen, dass wir aus Böhmen Kartoffel nach Wien bekommen haben, das ist wahr, aber wir haben auch die Kartoffeln zu den von ihnen gemachten Preise gekauft. Wir haben aber auch die Menschen, die aus Böhmen sind, bekommen und sie verpflegt. Der böhmische Landesausschuss ist aber die Gebühren für die Kranken und Kinder in den Anstalten schuldig geblieben (Pfu! Rufe bei den Christlichsozialen). Wenn wir heute im Voranschlag eine solche Zahl finden, so ist das darauf zurückzuführen, dass die sogenannten Sukzessionsstaaten solche Schulden haben, die unser Budget so schwer belasten. Wir können also Ihren Vergleich mit den Kartoffeln mit der Pflege Ihrer Kinder und Kranken in unseren Anstalten aushalten. (Rufe bei den Christlichsozialen: Sehr richtig!)

Das städtische Arbeitsamt ist in vehementer Weise angegriffen worden und es ist festgestellt worden, dass es bei den Wiener Arbeitern das grösste Misstrauen besitzt. Diese Behauptung steht mit den Tatsachen im grössten Widerspruch und wenn es wahr wäre, so wäre das ja auch eine Anklage gegen die sozialdemokratische Partei, da das Arbeitsamt einen paritätischen Ausschuss besitzt. Das Arbeitsamt hat seit seinem Bestehen 3 Millionen Arbeitsvermittlungen vorgenommen. Diese Zahl ist von Jahr zu Jahr gestiegen. Es hat auch qualifizierte Arbeiter vermittelt. Ich muss auch betonen, dass diese Einrichtung eine Einrichtung der christlichsozialen Partei ist, die von dem sozialen Empfinden der christlichsozialen Partei Zeugnis gibt. Es wurde auch gesagt, dass dieses Amt Streikbrecherdienste geleistet hat. Das gehört weit hinter uns liegenden Tagen an. Es wurde aber bald die Verfügung getroffen, dass das Amt die Verpflichtung hat, wenn eine Arbeitseinstellung gemeldet wird, diese in seinen Räumen öffentlich kundzumachen und dass ausserdem die Beamten des Amtes die Abrietsuchenden persönlich darauf aufmerksam zu machen haben. Wenn sich nun ein Fall von Streikbruch ereignet haben sollte, so beweist er nichts mehr, als etwa die Tatsache, dass in der Arbeiterzeitung wiederholt im Textteile vor dem Zuzug von Arbeitern gewarnt wird, während im Anzeigenteile Arbeiter für eben denselben Betrieb vor dem gewarnt wird, gesucht werden.

GR. Kokrdá hat Vorwürfe gegen die Gemeinde wegen der Versorgung mit Lebensmitteln erhoben. Ich gebe zu, dass es zu Bemängelungen Anlass gibt, im Laufe des Krieges ist in diesem Saale noch mehr aber ausserhalb desselben direkt bei den Aemtern und beim Bürgermeister selbst gegen gewisse Ercheinungen in der Organisation Klage erhoben worden, wodurch eine Reihe von schlechten Einrichtungen verhindert wurden. Dass das Amt nicht wo dieses arme Mädel treue Wacht hält über das Eigentum des Landes Niederösterreich (lebhafter Beifall). Die Kindergärtnerin erlebt ein wahres Martyrium. Jeder ihrer Wege steht unter militärischer Kontrolle, für sie ist die Briefzensur eingeführt und wenn sie mit ihrer Behörde in Verbindung treten will, muss sie die Hilfe tschechischer Gemeindeangehöriger in

klaglos funktioniert hat gebe ich zu, aber GR. Kokrda hat selbst gesagt, dass es Beamte waren, die sich mit allen nur nicht mit Lebensmitteln beschäftigten und dass aus den Juristen, die sich mit dem Heimatsrecht beschäftigten, über Nacht ein Kartoffelinkäufer und Verteiler geworden ist. GR. Kokrda hat aber auch andererseits soviel Einblick in die Lebensmittelgeschäfte durch seine Funktion bei den Konsumvereinen, um sagen zu können, dass auch in diesen manch unangenehmes während der Kriegszeit passiert ist. Ueber Erwarten haben die Gemeindestellen gut funktioniert und man kann den Beamten nur Dank dafür sagen und ich möchte nicht, dass jene Beamten, die sich mit den Lebensmittelgeschäften befassten, aus dem Lob, das gestern VB. Emmerling den Beamten spendete, ausgeschaltet werden, wenn sie haben im Krieg die grösste Verantwortung gehabt und im Lebensmittelgeschäfte die grösste Arbeit geleistet. Was die gemeindlichen Organisationen nicht mit kaufmännischen Unternehmen verglichen werden können, dass man dieses Wissen von den Beamten auch nicht verlangen konnte, ist selbstverständlich, doch unrichtig ist es, dass die Aemter frei und unkontrollierbar gearbeitet haben. GR. Kokrda möge sich die Mühe geben und bei seinen Parteigenossen sich erkundigen. Er wird belehrt werden, dass jeden Tag während des langen Kriegs hindurch, alle mit den Lebensmitteln beschäftigten Beamten abends antreten und Rapport abstaten mussten, darüber, was tagsüber sich ereignet hat und dass sie von dem Bürgermeister und den Parteivertretern, die in der Obmännerkonferenz vertreten waren, ihre Weisungen erhielten. Sie haben unter Führung der Bürgermeister und der Obmännerkonferenz gearbeitet. Wenn Fehler entstanden sind, so darf man uns allein nicht dafür verantwortlich machen, sondern auch jene, die in der Obmännerkonferenz vertreten waren. Was die Milchversorgung anbelangt, sind wir nicht schuld, dass dieselbe nicht funktioniert hat, diese Frage ist aber auch eine Frage, die nicht im Krieg entstanden ist. Schon als ich 1907 in den Reichsrat einzog, gab es eine Milchmiserie. Wir konnten für die Milchversorgung Milchzüge erwirken, Kühlanlagen errichten und Kühlwagen bauen, aber wenn alles beisammen war, so fehlte es uns an dem wichtigsten Faktor, an der Milch selbst, die wir nicht beschaffen konnten. Es ist ein Trugschluss, wenn behauptet wird, dass wir die Milch-erhöhung steigern konnten durch organisatorisches Wirken auf dem flachen Lande. Dieje hat der freie Handel mit geschickter Hand besorgt, als es jede Gemeinde hätte tun können. Das Ernährungsamt selbst hat planmässig an der Unterbindung der Milchlieferungen teilgenommen und waren im verflossenen Herbst unter dem eingelieferten Schlachtvieh eine Menge prächtiger Kühe zu bemerken. Auch der Schleichhandel hindert die Milchzufuhr, denn er hat einen solchen Umfang angenommen, dass auf dem Gebiet der Organisation alles mögliche unternommen werden kann, ohne dem Schleichhandel bekämpfen zu können. Leider kann sich unsere Regierung nicht dazu aufbringen, selbst gegen den Schleichhandel energisch vorzugehen. Nun will ich zum Schlusse noch einiges über die Approvisionierung sagen. Die Approvisionierungspolitik der christlichsozialen Partei ist durch GR. Kokrda anerkannt worden. Wir nehmen dies zur Kenntnis und treuen uns über diese Erklärung und vergessen darauf, dass dieses Kapitel vor den Wahlen gegen uns angeschnitten wurde. GR. Kokrda hat behauptet, dass niemand in der Gemeinde etwas von Lebensmitteln weiss. Er soll sich an den Bürgermeister wenden, der ihm erzählen kann, <sup>1916</sup> wir dem Sozialdemokraten übergeben haben. Das öffentlich darüber nicht gesprochen wurde, geschah deshalb, weil dafür keine Veranlassung vorlag, davon öffentlich zu reden. Wir müssen aber auch in die Zukunft blicken. Die Approvisionierungsfrage der Zukunft liegt gerade für Wien trostlos. Wir können vielleicht, wenn der Wille und das volle Verständnis bei allen Schichten der Wiener Bevölkerung zur Geltung kommt, über die finanziellen Schwierigkeiten hinauskommen. Was aber von unserem guten Willen nicht abhängt, ist die Approvisionierungsfrage. Eine Stadt, die keine Produktionsstadt ist, kann für 2½ Millionen nicht versorgen, zumal auch

aus der nächsten Umgebung wenig zu holen ist. Wir beziehen einen Grossteil unserer Bedürfnisse aus Gebieten, die ihren nationalen Charakter nach weder der Tschechoslovakei noch zur ungarischen Räterepublik gehören und die sich hinsichtlich ihres nationalen Verkehrs und ihrer Marktverhältnisse durch Jahrhunderte mit Wien verknüpft fühlen und das Reservoir für alle unsere Bedürfnisse waren. Es sind dies Westungarn, Südmähren und der Böhmerwaldgau. Wir müssen bei der Entente in Erinnerung bringen, dass diese Gebiete und nur diese Gebiete eine ertragsfähige Basis für unsere Ernährung sind und wir müssen darauf bestehen, dass nur diese drei Gebiete als das Lebensmittelhinterland für die Stadt Wien gelten kann. Und wenn die Entente uns weiss Gott welchen Frieden gibt, wenn sie uns aber diese Gebiete nimmt, so können wir nicht über den Frieden hinaus, denn er bedeutet das Weiterfortbestehen des Hungerkrieges. Ich bitte daher den Bürgermeister und den Gemeinderat, dass er in letzter Stunde alle Mittel unternimmt um bei der Friedenskonferenz in St. Germain festzulegen, dass diese drei Gebiete, die national zu uns gehören und die uns wirtschaftlich unentbehrlich sind, uns zugesprochen werden. Ich bitte den Bürgermeister um diese Aktion, denn ich bin überzeugt, dass der Gemeinderat in seiner ganzen Zusammensetzung mit ihr einverstanden ist. Denn sollte es gelingen, wird Bürgermeister und Gemeinderat nicht nur ein grosses Werk auf nationalem Gebiet geleistet haben, sondern für die Stadt Wien und seine Bewohner vorgesorgt haben, dass sie nicht des Hungertodes sterben müssen. GR. Skaret wendet sich zunächst gegen einige Wendungen in der Rede des GR. Dr. Kienböck. Die Sozialdemokraten betrachten seit 20 Jahren die Durchsetzung der Gemeindeverwaltung mit demokratischem Geist als ihre Aufgabe. Warum haben die Herren, die durch 25 Jahre in der Majorität waren, nicht schon damals ihr heute so stark ausgeprägtes soziales Empfinden gezeigt. Sie konnten sich nur zum IV. Wahlkörper mit einem Mandat aufheben, hätten sie etwas mehr getan, dann könnte die kommunale Verwaltung heute auf einer ganz anderen Grundlage stehen. Es berührt sonderbar, dass Sie uns vorwerfen, wir hätten grosse Versprechungen gemacht, und jetzt kommen die Enttäuschungen. Ist Dr. Kienböck sich nicht bewusst, unter welchen Umständen wir die Gemeindeverwaltung übernommen haben? Wir wollten mit den gesamten indirekten Abgaben brechen, aber nachdem Sie uns ein solches finanzielles Trümmerfeld überlassen haben,..... (Zwischenruf: Das Trümmerfeld haben Sie selbst geschaffen!) Wir haben gegen die Verhältnisse in den letzten 5 Jahren gekämpft während Sie damit einverstanden waren und haben noch fast vor dem Schlusse des Krieges von einem Siegesrausch befallen. Wir bringen nach wie vor das eine in die Gemeindeverwaltung mit: Was in unseren Kräften und in unserem Können liegt, das wollen wir daran setzen, um die Gemeinde aus diesem Morast, in den die Kriegshetzer sie hineingetrieben haben, wieder herauszubringen.

Nun muss ich mich auch gegen einen Vorwurf des Vize-Bgm. Hoss wenden, dass wir die Kapitalisten nicht packen. Wie können wir das tun, nachdem sich die Christlichsozialen und die Grossdeutschen in der Sozialisierungsfrage und im Schlössergesetz gegen uns gestellt haben. Wir wollen zugreifen, aber Sie fallen uns in die Arme und hindern uns. Was sind es Ihre Schlösser oder sind es die Schlösser des Feudaladels und der Rotschilds und wie sie alle heissen. (GR. Erntner: Gegen den Rotschild gegen Sie ja nicht vor). Ich war bei einem Gespräche zwischen Dr. Lueger und Dr. Václav Adler zugegen, bei welchem der erstere in seiner jovialen Art meinte: Ihre Partei hat ja ganz hübsche Grundsätze aber Sie gehen ja nur gegen das christliche Kapital los. Die reichen Juden lassen Sie in Ruhe und schützen sie sogar. Dr. Adler erwiderte: Herr Dr. ich mache Ihnen einen Vorschlag. Wir teilen uns die Arbeit. Sie übernehmen das jüdische Kapital und wir führen den Kampf gegen das christliche Kapital, auf diesem gemeinsamen Boden werden wir uns finden. (GR. Erntner: Da wäre ich gerne auch dabei gewesen! Lebhaftes Heiterkeit).

Warum haben Sie das Schlössergesetz zu schützen gesucht? Das ist keine aufrechte und aufrichtige Politik, Sie richten Ihre Fahne nach dem Winde Sie haben kein soziales Empfinden (Beifall links), sondern Sie fühlen sich als Bürgerliche, als Besitzende mit den Besitzenden.

Kollege Sirotek macht uns zum Vorwurf, dass wir es nicht möglich machen, dass Sie wenigstens durch ein Mitglied in ihren Ausschuss vertreten sind. Wir haben uns hier zur Richtschnur gesetzt, wir werden als Majorität nicht unsere Verfahren nachahmen und nicht Willkür walten lassen, sondern Gerechtigkeit auf Grund des Stärkeverhältnisses anwenden. Wenn es nicht möglich ist, in jedem Ausschuss jeder der vertretenen Parteien - wir haben hier im Gemeinderat 6 - ein Mandat einzuräumen, so machen Sie uns keinen Vorwurf. Wir gehen so vor, wie wir glauben, dass es gerecht ist.

Was den Vorwurf des Kollegen Klimesch betrifft, welcher gesagt hat, die Haltung der Sozialdemokratie ist die wahre Internationalität nicht, so glaube ich, dass die tschechischen Kollegen wohl niemals mit weniger Berechtigung einen solchen Vorwurf gegen die deutsche Sozialdemokratie erheben konnten. Wir haben immer unsere internationale Stellung und nicht als diese hochgehalten. (Rufe rechts: Heil!) Wir werden international bleiben. (Beifall links) Wir werden uns weder von den Deutschnationalen noch von den Christlichsozialen auch nur einen Centime erbreit von dieser Linie abwendig machen lassen. Bei Ihnen von der tschechoslovakischen Parteigruppe haben wir dieselbe Betätigung der Internationalität nicht immer konstatiert. Unsere sozialdemokratischen Vertrauensmänner in tschechoslovakischen Staaten werden darum, weil sie dort nicht ehémal berechtigt sind, ausgewiesen, müssen innerhalb drei Tagen den Ort verlassen und nur deshalb, weil sie sozialdemokratische Agitatoren im Dienste der Arbeiterschaft sind.

GR. Klimesch Während des Krieges!

Gegenrufe bei den Sozialdemokraten: Neda, jetzt!

GR. Skaret: Ich werde Ihnen ein kleines Dokument der tschechoslovakischen Regierung, in der leider auch so viele Sozialdemokraten, als Minister sitzen, zur Kenntnis bringen: Es lautet: „Politische Bezirksverwaltung in Krumau. Zahl 605/ Präs. 25. Juni 1919. Herr Leopold Wimmer, Sekretär der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Krumau im Böhmerwald.“ Es ist also rein deutsches Gebiet. Es heisst nun weiter: „Nachdem Sie als Angehöriger der Gemeinde Wien nicht Staatsbürger der tschechoslovakischen Republik sind, und unter den gegenwärtigen Verhältnissen Ihre Anwesenheit im hiesigen Staatsgebiete aus politischen Rücksichten nicht wünschenswert erscheint, finde ich im Sinne des § 3 des Gesetzes vom 5. Mai 1869 (Rufe: Hört!) R.G.Bl. Nr. 66 (Hört!), Sie anzuweisen, das Staatsgebiet der tschechoslovakischen Republik bis 30. d.M. zu verlassen. (Lebhafte Hört! Hört! Rufe)

GR. Sirotek: Das ist die Bezirkshauptmannschaft, aber Sie machen es unseren Arbeiter hier so in der Fabrik.

GR. Hedorfer: Das ist ein besonderes Kapitel, das wissen wir von Floridsdorf aus, darüber seid Ihr schon belehrt worden!

GR. Skaret: Man bezieht sich auf ein Gesetz vom 5. Mai 1869 der alten k.k. Regierung. In dem Dokumente heisst es dann: „Zum Austritt aus dem Staatsgebiete haben Sie die Eisenbahnlinie Krumau - Budweis - Oberhaid zu benützen und sich gelegentlich der Ueberschreitung der Staatsgrenze beim Grenzkommando in Oberhaid zu melden. Gegen diesen Bescheid können Sie binnen 14 Tagen den Rekurs bei der politischen Bezirksverwaltung in Krumau einbringen. Einem allfälligen Rekurs kommt jedoch eine aufschiebende Wirkung nicht zu.“ Es ist ein Familienfater von 5 Kindern, der schon vor dem Kriege in Krumau als Parteivertrauensmann der Sozialdemokratie tätig war. Nachdem Kriege ist er wieder dorthin gekommen und wir nunmehr ausgewiesen. Während des Krieges sind an den Tschechen durch die Soldateska in Oesterreich zweifelloe masslose Unge-

Rechtigkeiten und Gewalttaten verübt worden. Wir Deutsche Sozialdemokraten sind, so oft wir Kenntnis erhielten entschieden dagegen aufgetreten. Ich vermisse von Seite unserer tschechoslowakischen Parteigenossen, dass auch Sie gegen solche Gewalttaten Stellung nehmen. Was glauben Sie, wer die Ausweisung dieses Leopold Wimmer bei den tschechoslowakischen Behörden betrieben hat? Deutschnationale Fabrikanten und das Stift Hohnefurt (Rufe rechts: Können Sie das beweisen?) Ja das beweisen wir Ihnen. Seit November vorigen Jahres bemühen sich die Krumauer Papierfabrikanten und andere den ihnen so lästigen Agitator Leopold Wimmer einen Floridsdorfer, aus Krumau wegzubringen. (HR. Siegel: Auch der jüdische Spiro ist dabei!) Ja, im Kampfe gegen die Arbeiter, gegen die Sozialdemokraten, findet sich die Kirche mit den Juden und Deutschnationalen (Beifall links). Durch den Krieg ist die Sozialdemokratische Organisation in Böhmenwald insbesondere im Kreise Krumau, infolge der Einberufungen u. s. w. vollständig zusammengebrochen. Der Mann kommt nun im November zurück, fängt wieder mit dem Aufbau der politischen und gewerkschaftlichen Organisation an und hat in Kienberg, wo eine grosse Papierfabrik sich befindet, dem Hauptaktionär das Stift Hohnefurt ist, eine Ortsgruppe der Papierarbeiter gegründet. Das hat den Fass den Boden ausgestossen. Nunmehr ist der Mann landesverwiesen worden. Ich bin neugierig, ob Soukup und die anderen sich ermannen und die Sache rückgängig machen werden. Ich halte das für einen heillosen Wagemess gegen die Sozialdemokratie und die Arbeiterorganisation überhaupt. (Beifall links)

GR. Rummelhart: Wo ist der Beweis, dass der Vertreter des Stiftes Hohnefurt diesen Mann hat ausweisen lassen? Dass das Stift Aktien besitzt, ist hierfür kein Beweis!

GR. Eidersch: Aber Marienbad haben Sie doch auch an die Tschechen ver-

GR. Skaret: Da ist es wohl schwer, zu sagen, dass Sie sozial empfinden. Das soziale Empfinden fehlt Ihnen vollständig, und das haben Sie bei jeder Forderung im Interesse der Arbeiter empfunden. Wenn das Verhältnisswahlrecht, gegen das Sie sich Jahrzehntlang gewährt haben, nicht eingeführt worden wäre, wie würde dann die rechte Seite dieses Saales aussehen.

Kollege Schmitz hat von der christlichen Weltanschauung gesprochen und gesagt, dass Sie auf den Standpunkt stehen, Liebe Deinen Nächsten wie Dich selbst. Wie Sie diesen Spruch auffassen und handhaben, das beweisen uns die Vorgänge in diesem Saal. Sie können noch andere Meinungen als die Ihre nicht vertragen. Und wenn Kollege Schmitz gesagt hat, dass die katholische Religion die Grundlage aller sozialen Ordnung ist, so muss ich sagen, das wirkliche Christentum ganz anders die Stellung der Sozialdemokratie zum Christentum gedeutet haben. Ich will Ihnen nur einige Sätze vorlegen.

Während GR. Skaret liest, kommt es zu wiederholten ~~man~~ Auseinandersetzungen zwischen den Christlichsozialen und Sozialdemokraten.

GR. Skaret: Nun will ich Ihnen auch sagen, dass das was ich Ihnen vorgelesen habe, aus der Monatsschrift für christliche Sozialreform stammt.

GR. Schmitz: Wann aus welchem Jahre?

GR. Forstner: Bei Ihnen ändert sich also die Anschauung alle Jahre.

GR. Skaret: Was heisst denn das in welchem Jahre? Sie sind doch stolz darauf, dass Sie Ihr Programm nicht wechseln.

GR. Schmitz: Die Sozialdemokraten haben Ihr Programm auch geändert seitdem es in Hainfeld zustande kam.

GR. Skaret: Der die oben angeführten Worte ~~angeschrieben~~ hat, ist Monsignore Dr. Scheicher, denn Sie doch so wie ich keinen Gesinnungswechsel vorwerfen werden.

Die Zwiesgespräche zwischen einzelnen Gemeinderäten dauern an.

V.-Bgm. Winter: Darf ich den Herren eine Mitteilung machen? Ich möchte Ihnen mitteilen, dass noch immer Herr GR. Skaret das Wort hat.

GR. Skaret: Ich will Ihnen noch sagen, dass es auch Christen gibt, die nicht in den antisemitischen Geschäftsmaxim das Christentum erblicken.

Es ist auch die Erwähnung getan worden, dass die Streichung der Kosten für die Fronleichnamsprozession auf Befehl des Arbeiterrates erfolgt ist. Das ist nicht richtig, sondern es ist auf Grund unserer Auffassung erfolgt, die besagt, dass Gemeindemitteln nicht für kirchliche Feste verwendet werden sollen. Aber reden Sie lieber nichts von Fronleichnamfesten. Diese Feste sind in Wien und überall anderwärts ein Unfug. (Rufe bei den Christlichsozialen: Unerhört!) Wir stehen auf dem Standpunkt, dass die Gemeinde ihre Verwaltung soll, im Interesse der Bevölkerung und die Pfarrer und Pfarrfrauen sollen ihre kirchlichen Veranstaltungen machen wie es ihnen beliebt, wir werden sie nicht stören. Die Länder, der Staat und die Gemeinde aber haben mit solchen Festlichkeiten nichts zu tun. Halten Sie Ihre Religion so hoch im Ehren, wie Sie wollen, von unserer Seite wird darin niemandem ein Abbruch geschehen. Aber nehmen Sie es uns nicht krumm, wenn wir glauben in der Gemeinde, im Lande und im Staate einen anderen Weg gehen zu müssen, als Sie ihn gegangen sind. Wir werden unser Interesse darauf legen, für die Gesamtheit der Bevölkerung ohne Unterschied der Nation und Konfession (Zwischenrufe bei den Christlichsozialen: Auch ohne Unterschied der Partei!) - das ist darin enthalten - zu arbeiten. Mit diesem Prinzip werden wir hoffentlich die Gemeinde herausbringen aus der Lage, in der sie sich jetzt befindet. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

GR. Mach: bemerkt, dass die 26.000 tschechischen Kinder in Wien Anspruch auf Unterricht in ihrer Sprache hätten und bemängelt den Vorschlag, weil man der tschechischen Kinder bei dem Kapital „Soziale Fürsorge“ ganz vergessen habe. Zum Schlusse sagte er, dass es für Wien gut wäre, die nationale Hetze aufzugeben, und es nur vorteilhaft wäre, wenn mit den übrigen Nationalstaaten Verträge auf Lebensmittel, Kohle u. dgl. zustande käme, denn wenn Wien nicht zugrunde gehen will, muss es in gutem Einvernehmen mit den Nationalstaaten stehen.

Berichterstatte StR. Ereiter zum Schlusswort teilt im Anschluss an die Bekanntgabe über die gestrige Versprache beim Staatssekretär für Finanzen mit, dass heute das Präsidium des Gemeinderates und Mitglieder des Finanzkomitees beim Präsidenten der Nationalversammlung Seitz und beim Vizekanzler Fink vorgespochen ~~unter~~ Unterstützung bei der Verwirklichung der vom Staatssekretär Dr. Schumpeter gemachten Zusagen erbeten haben. Beide Herren erklärten,

dass sie von der Notwendigkeit, der Stadt <sup>Wien</sup> helfen und ihre schwere Not zu mildern, <sup>überzeugt sind</sup>. Beide Herren erklärten, dass sie das volle Verständnis für die <sup>Notlage</sup> der Stadt Wien haben. Heute nachmittags fand ein Kabinettsrat statt, welcher sich mit den Zusagen des Staatssekretärs Dr. Schumpeter beschäftigte und der den Beschluss fasste, dessen Anträge der Nationalversammlung vorzulegen und für sie einzutreten. Damit ist die Sicherheit gegeben, <sup>das</sup> wenigstens ein Teil unseres Definites gedeckt wird.

Der Redner bespricht sodann einige Aeusserungen, die während der Budgetdebatte gefallen sind. Das vorliegende Budget ist durchaus kein Budget der Resignation, es sind so ~~manche~~ Ansätze zur Erfüllung des sozialen Programmes enthalten. Es enthält auch ein grosszügiges Programm der Bautätigkeit, das, wenn wir Kohle und Rohstoffe haben werden, auch tatsächlich ausgeführt werden wird. Wir mussten ja so manche Posten streichen, wenn es jedoch gelingen wird, eine Kreditoperation im Auslande durchzuführen, oder wenn ein Abbau der Preise erfolgen wird, so werden wir selbstverständlich aus eigenem Antrieb auch Arbeiten, die im Budget nicht eingesetzt wurden, durchführen. VB. Hoss, der gründlichste Kenner des Budgets der Gemeinde, musste selbst zugeten, dass es schwer wäre, ein anderes Budget vorzulegen. <sup>inuf</sup> ist ehrlich und <sup>entspricht</sup> den tatsächlichen Verhältnissen.

Wenn V.-Bgm. Hoss bemängelt hat, dass wir wieder genötigt sein werden, mit Zuschusskrediten zu arbeiten, so kann ich Ihnen die Erklärung geben, dass es sicher der Fall sein wird, <sup>Wenn</sup> man in Zeiten lebt, in denen sich die Preise von dem Vor- auf den Nachmittag ändern, ist es unmöglich, mit festen Preisen eines Bauprogrammes zu kommen. Gegenüber GR. Breuer bemerke ich, dass von irgend einer Feindlichkeit gegen das Gewerbe an und für sich keine Rede sein kann, aber wir können naturgemäss von vorhinein nicht eine Politik für die Gewerbetreibenden allein betreiben. Die wertvolle Anregung des Vize-Bgm. Hoss, bezüglich des übertragenen Wirkungskreises an den Staat heranzutreten, wird gewiss nicht unberücksichtigt bleiben. Ich stelle sodann mit Befriedigung fest, dass Kollege Schmitz erklärt hat, dass seine Partei die Wohnubaufwandssteuer sehr gerne unterstützen wird.

Allen jenen Rednern, die bemängelt haben, dass der Voranschlag im letzten Augenblicke ausgegeben worden ist, erwidere ich, dass ~~es~~ dies tatsächlich ein Jubelstand ist. Dieselben Bemängelungen sind seitens meiner Parteifreunde erhoben worden, allerdings nicht öffentlich, aber es ist heutzutage nicht anders möglich gewesen und wird sich im nächsten Jahre sicher nicht wiederholen. Die Hauptursache der Verzögerung ist der Wechsel in der Verwaltung, der sich hier in der Zeit vollzogen hat, wo sonst der Voranschlag fertiggestellt werden muss.

Es wurde <sup>Wulf</sup> von einem Hass gegen das rote Wien gesprochen, der die Länder abhalten soll, die <sup>Start</sup> zu beliefern. Es wäre eine Täuschung anzunehmen, dass die Bauern in den Ländern Wien nicht beliefern, weil eine sozialdemokratische Mehrheit im Gemeinderate ist. Wien wird deshalb nicht beliefert, weil es den Bauern als eine fressende Wunde am Staatskörper erscheint, als eine Stadt, von der Sie annehmen, dass sie ~~an~~ <sup>an</sup> zum Niedergange verurteilt ist. Die einzig entscheidende Ursache aber ist, dass wir nicht genug Waren erzeugen, die wir als Tausch gegen Lebensmittel abgeben können. In dem Augenblicke aber, wo wir wieder produzieren und der Bauer von uns Ackergeräte, Kleider, Schuhe bekommt, wird er sich nicht kümmern, welcher politischen Partei die Gemeinde angehört, er wird seine Waren liefern, um von uns andere Waren zu bekommen.

Ich will nicht eingehen in den Kampf der Weltanschauungen, den die Debatte zum Teil gezeigt hat. Da sind Gegensätze, die unüberbrückbar sind und die zu überkleistern keinen Zweck hätte. Dieser Kampf zwischen der kapitalistischen und sozialistischen Wirtschaftsordnung hat keinen lokalen Charakter, sondern erfüllt den ganzen Erdenrund und reift der Entscheidungsschlacht entgegen. Das hohe Niveau der Debatte hat erwiesen, dass es jedoch trotz aller Gegensätze der Weltanschauung möglich ist, ruhig und sachlich die Dinge zu prüfen und die Bemängelungen in würdiger Form frei von persönlichen Angriffen vorzubringen. Mit Befriedigung ist zu verzeichnen, dass in einem Augenblicke, der tatsächlich die Zusammenfassung aller Kräfte erfordert,

wir der Bevölkerung und dem Auslande kein niedriges Schauspiel geboten haben, sondern dass der Eindruck vorhanden ist, dass alle Parteien sich zusammenfinden, in dem nicht nieder zu ringenden Willen: Möge man uns aufzuerlegen sachen, was immer es ~~an~~ <sup>an</sup> ist dennoch der Wille vorhanden, diese schöne und glänzende Stadt wieder zu einer guten und lebenswerten Zukunft zu führen. In diesem Sinne bitte ich in die Spezialdebatte einzugehen, (Lebhafter Beifall auf der linken Seite).

Hierauf wird zur Abstimmung über Gruppe 1 und 2 geschritten.

Die Gruppen werden nach den Anträgen des Referenten angenommen.

Die hierzu eingebrachten Anträge werden der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen u. zw.:

GR. Weber: Ausgiebige Besteuerung der Nacht- und Vergnügungslokale, Besteuerung der Auto, Equipagen- und Luxuspferde, Erhöhung der Hundesteuer von 20 auf 50 Kronen für Luxushunde, Einführung einer Billardsteuer.

GR. Waldmann: Definitive Anstellung der weiblichen Kanzleihilfskräfte des Magistrates und der Unternehmungen und entsprechende Gruppeneinteilung

GR. Linder: Einführung der Billardsteuer.

Hierauf wurde zur Beratung der Gruppe 3 (Gemeindevermögen) geschritten.

GR. Grolik beantragte eine Revision der städtischen Pachtverträge unter Beiziehung der Bezirksvertretungen.

GR. Reisinger verlangt eine Revision der städtischen Pachtverträge und eine entsprechende Erhöhung der Pachtsummen, insbesondere beim Pachtvertrag Cobenzl.

GR. Kernaer ersucht, im Amtsgebäude des 18. Bezirkes für den Bezirksvorsteher eine Kanzlei zu errichten, das Amtsgebäude zu renovieren und das elektrische Licht einzuleiten.

GR. Dr. Blasauer wünscht die Erhöhung des Forstdienstschutzes in dem im Gemeindegebiet Wien liegenden Wäldern, die insbesondere an der Peripherie weitesten Schutzes bedürfen. Ferner die Errichtung von Sitzgelegenheiten und von Schutzhütten gegen Unwetter.

GR. Paulitschke wünscht die Errichtung einer Schule im 6. Bezirk und insbesondere das Wirken der Gemeindevertretung dahin, dass endlich alle vom Militär belegten Schulen frei werden.

GR. Körber regt die Erbauung einer Strassenbahnlinie durch die Engerthstrasse im 2. Bezirk an.

GR. Kurz beantragt die Herstellung einer Strassenbahnlinie von Speising nach Hütteldorf und von dort nach Breitensee. Ferner wünscht er die Führung der Linie 10 zur Schleife der Linie 63.

GR. Rotter setzt sich für die Verdichtung des Verkehrs des Strassenbahn durch die Lerchenfelderstrasse und Josefstädterstrasse ein und wünscht einen besseren Verkehr der Linie 15.

EB. Hoss beantragt den Bau einer Strassenbahn nach Strebersdorf und regt die Elektrifizierung der Strecke Kagran - Gross Enzersdorf an.

GR. Haider urgirt seinen Antrag über die Koalitionsfreiheit der Strassenbahner. Er teilt mit, dass dem Strassenbahnbediensteten des Döblinger Friedhofes, wenn sie nicht dem Handels- und Transportarbeiterverband beitreten, die Versetzung nach Kagran angedroht wurde.

GR. Körber beantragt, die Erbauung einer Strassenbahnlinie von der Ausstellungsstrasse durch die Engerthstrasse zu den Schiffsmühlen.

GR. Kurz beantragt die Führung von Querlinien durch den 13. Bezirk und zwar ~~nach~~ von Hütteldorf nach Lainz und von Unter St. Veit nach Breitensee.

GR. Dr. Plaschkes beantragt, die Weiterführung der Linie 31 von der Augartenbrücke durch die Stefaniestrasse in die Gegend des Werd und die Führung des „N“ Wagens über die Stefaniebrücke durch die Leopoldgasse zur Augartenstrasse.

GR. Reininger beantragt den Bau einer Strassenbahnlinie vom Schottenring über die Elisabethpromenade zur Brigittabrücke, die Abschaffung der Buchstabenbezeichnung der Strassenbahnwagen und Einführung fortlaufender Nummern und schliesslich die Einführung einheitlicher Strassenbahnfahrtscheine durch ausschliessliche Ausgabe von Umsteigekarten.

GR. Marie Wielsch beantragt den Bau einer Strassenbahnlinie durch die Schüttelstrasse vom Stadtbahnviadukt bis zur Sophienbrücke und die Aufstellung eines Wartehäuschens bei der Endstation der Linie H Schüttelstrasse - Friedensgasse.

GR. Huber beantragt die Fortführung der Linie 10 durch die Sandleithengasse und Güpferlinggasse zum Anschluss an die Dürnbacherstrasse.

GR. Kopřiva beantragt den Ausbau der Linie 67 geradeaus von der Favoritenstrasse zum Gürtel und regt an, dass endlich daran gegangen wird, die Linie 15 und 6 entsprechend den Wünschen der Bevölkerung geführt werden.

GR. Schmölzer beantragt die Linie „43“ der Strassenbahn bis zur „6“ Linie zu führen.

GR. Karasek verlangt den Bau von ordentlichen Unterkünften von Landwirtschaftsarbeitern in Leopoldau und ersucht diesen die Nachzahlung auf den Anschaffungspreis und die Teuerungszulagen ehestens zu bewilligen.

Gruppe 4 ( Gemeindegeld )

wird ohne Debatte angenommen.

Gruppe 5 ( Sicherheitswesen )

GR. Rotter verlangt die Ausweisung der fremden Elemente aus Russland und Ungarn, die sich hier als Provokateure herumtreiben.

Frau GR. Marie Wielsch bittet um die Entfernung der Gebäudereste des ehemaligen Polizeikommissariats Leopoldstadt aus sanitären und Sicherheitsgründen.

GR. Schön ersucht den Bürgermeister zu veranlassen, umgehend die nötigen Schritte zu tun, dass die Beitragsleistungen seitens der Feuerversicherungen für den Feuerschutz erhöht werden; ferner trat er für die Kommunalisierung der freiwilligen Feuerwehren und für deren Automobilisierung ein und verlangte für die Hernalser Feuerwehr fassende mit den Stallungen zusammenhängende Lokalitäten.

GR. Müller ( III ) wendet sich ebenfalls gegen die freiwilligen Feuerwehren und verlangte, dass die hierfür aufgewendeten Kosten für andere und bessere Zwecke verwendet werden, da die freiwilligen Feuerwehren nicht mehr für diese Zeit hinreichend wären.

GR. Grünbeck anerkennt die Tüchtigkeit der freiwilligen Feuerwehren.

Gruppe 6 ( Öffentliche Arbeiten )

GR. Johann Witzmann wünscht die Pflasterung des Strassenzuges vor dem Westbahnhof von der Pelzgasse bis zur Haakengasse.

GR. Hedorfer beantragt die Abänderung des Vertrages der Gemeinde Wien mit dem Landesausschusse wegen Erhöhung der Abgaben für die Gemeinde auf das Doppelte für die elektrische Lokalbahn Wien - Pressburg; weiters beantragt er, die Umsteigkarten der Strassenbahn auch auf der Lokalbahn bis zur Haltestelle Kaiserebersdorf gelten zu lassen.

GR. Paulitschke regt die Herstellung eines geräuschlosen Pflasters in der Windmühlgasse an.

GR. Hammerachmid wünscht die teilweise Pflasterung der Engerth- und der Stromtrasse.

GR. Schmölzner verlangt die Pflasterung des Strassenzuges von den Elektrizitätswerken bis zur Donaulände.

GR. Körber wünscht den Ausbau einzelner Strassen in der Kriem

GR. Marie Wielsch stellt den Antrag: Zur ehesten Lösung der mit dem Augarten und seiner Durchquerung im Zusammenhang stehenden Strassenfrage ist eine Kommission einzusetzen, welche ehestens Vorschläge zu erstatten hat.

GR. Rudolf Müller (L7) beantragt: Die unter dem Strassen-niveau auszuführenden Arbeiten sollen möglichst aufeinanderfolgend ausgeführt und erst dann die Pflasterungen mit gutem Unterbau vorgenommen werden.

GR. Suchanek beantragt, dass der sogenannte Paulinensteig ehestens zu einem Promenadeweg ausgebaut wird.

Demit ist die Post 1 (Pflasterungen) erledigt.

Die Beratung wird morgen fortgesetzt.

-----



welt ich erfahren konnte, ausser zu seiner konstituierenden Sitzung niemals mehr zu einer Beratung gerufen wurde. Bei diesem Bezirkswirtschaftsamt würden Sie vergeblich nach einer Verfassung suchen und es ist auch heute, leider noch nichts derartiges vorhanden. Während ein Vorschuss eines Gasarbeiters von 50 K vom Gemeinderate bewilligt werden muss, bedurfte es bei Geschäften, die das Bezirkswirtschaftsamt abgeschlossen hat, und die in die Millionen gegangen sind, weder der Zustimmung des Stadtrates, noch des Gemeinderates überhaupt von niemandem. Es waren Geschäfte darunter, die der Gemeinde und auch der Bevölkerung unglaublich grossen Schaden zugefügt haben, ganz abgesehen davon, wie die Qualität dieser Ware beschaffen war. Das Bezirkswirtschaftsamt wurde beauftragt, per 30. Juni l. J. eine Inventur aller Warenbestände aufzunehmen, um endgültig feststellen zu können, wie dieses Bezirkswirtschaftsamt in seiner Gänze gearbeitet hat.

Die Schäden und Missverhältnisse der staatlichen Zentralen haben die Herren der früheren Majorität genau gekannt. Aber die Zustände in eigenen Wirtschaftsämtern, der grössten Zentrale, fanden keine Kritik, sondern nur Anklage. (Zwischenruf der Christli Sozialen: Fragen Sie die Bäcker!) Dem Wirtschaftsamt fehlt alles, was eine solche Stelle haben muss. Sie hatte keine Kaufleute, sondern in ihr sassden Herren vom Magistrat, die dort mit allen möglichen Dingen beschäftigt waren. Ich will nicht diese Herren beschuldigen, sondern das Regime. Diese Zentrale hatte keine selbstständige Rechnungslegung, keine selbstständige Buchführung, keine selbstständige Kasse, kurzum nichts, was sie berechtigt hätte, Millionenengeschäfte zu machen. Das alles fand bei den Herren, die gegen die Zentralen gewettert haben, keinen Anstoss. Die Konsumenten haben unter der Wirtschaft dieser Zentrale genug gelitten. Ich will nur darauf verweisen, dass Sie für ihre Mitglieder wöchentlich 2 höchstens 3 Waggons Mehl bekamen, während sie nach der Rayonierung von der staatlichen Zentrale wöchentlich 11 bis 12½ Waggons bekamen. Es wurde auch gesagt, dass es notwendig scheine, dass die Gemeinde Wien eine Ausgleichsstelle zwischen den Differenzen im Kreise schaffe. Wenn man das machen wollte, so müsste man einen grossen Prozentsatz der Kaufleute aus ihren Geschäften beiseitigen. In dieser Saale ist auch wiederholt darauf verwiesen worden, dass der gewesene Bürgermeister Dr. Weiskirchner sich alle Mühe gegeben hat, Alles zu tun, um die Bevölkerung mit Lebensmitteln zu versorgen. Es muss aber zugleich gesagt werden, dass hierdurch sehr viel Schaden für den allgemeinen Konsum ver-

ursacht wurde. Die ~~KINKINKINK~~ Einkäufer, die mit Vollmachten in aller Herren Länder geschickt wurden, haben mitunter ohne zwingenden Grund die Höchstpreise vielfach überboten, so dass sie, wenn nicht hinter ihnen die Gemeinde Wien gestanden wäre, sicherlich nicht ohne Strafe davorgekommen wären. Die frühere Gemeinderatsmajorität habe leider der Approvisionnement der städtischen Bevölkerung nicht das erforderliche Augenmerk zugewendet. Sie hat nichts getan, um organisatorische und technische Einrichtungen für die Milchversorgung zu schaffen, sie hat die Fleischversorgung nicht in richtiger Weise gelöst, auch die Broterzeugung, sowie die gesamte Milchindustrie, die Felschensrettung, die Wurstwarenerzeugung und der Kohlenhandel müssen kommunalisiert werden. Es stehen unserer Mehrheit grosse Aufgaben bevor und ich hoffe, dass die Herren der früheren Majorität uns behilflich sein werden, um wenigstens einen Teil ihrer Sünden gut zu machen. Auch das Bezirkswirtschaftsamt muss ausgestaltet werden zu einer grossen kaufmännisch geleiteten Zentrale. Dann wird es leichter sein, die Approvisionnement Wiens durchzuführen, als es bisher der Fall war.

Die Verhandlungen werden hierauf unterbrochen.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur **Janny Richter**,  
Wien, I. Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

25. Jahrgang. Wien, Samstag, 28. Juni 1919. Nr. 268.

**Kartoffelabgabe.** Montag, Dienstag und Mittwoch werden im 12. und 21. Bezirk Kartoffeln und zwar 1 kg pro Kopf gegen Abtrennung des Abschnittes U der Kartoffelkarte samt allen vorhergehenden Abschnitten abgegeben.

**Fettabgabe.** In der kommenden Woche wird wieder die volle Wochenfettquote ausgegeben, so dass auch die Fettkartenabschnitte für nichttrayoniertes Fett zur Einlösung gelangen. Bei den städtischen Schweinespeckabgabestellen werden pro Person 12 dkg Salzspeck gegen Abtrennung des R Abschnittes Nr 146 und der beiden Abschnitte Nr 146 für nichttrayoniertes Fett der Fettkarte, sowie Durchlochung der Ziffer 50 der gelben Mehlbezugskarte ausgegeben. Organisierte Verbraucher mit blauen Mehlbezugskarten erhalten das Fett bei der Verschleissstelle ihrer Organisation. 12 dkg Speck kosten K 3.60.

**Auflassung der Mehlkarten.** Vom 6. Juli angefangen werden die bisherigen Mehl- und Störbrotmehlkarten in Wien und in den in das Wiener Brot- und Mehlkartensystem einbezogenen Gemeinden nicht mehr ausgegeben. Der Mehlbezug erfolgt nur auf Grund der gelben, bzw. lila (bisher blauen) Mehlbezugskarte. Auf Grund dieser Mehlbezugskarte wird die entsprechende Wochenmenge Kochmehl, derzeit für jede Person 500 g, ausgegeben. Für den Bezug der der Brotration entsprechenden Mehlmenge erhalten die hiezu berechtigten Personen eine besondere Mehlbezugskarte mit dem roten Aufdruck „Störbrotmehl“. Die Wochenmenge dieses als Brotersatz dienenden Mehles beträgt derzeit für jede Person 1 1/8 kg. Bei Ausgabe des Mehles wird der jeweilige Wochenabschnitt vom Verkäufer abgetrennt oder durchlocht. In den neuen Mehlbezugskarten wird die gebührende Wochenmenge wie auf den Brotbezugskarten durch Abtrennung der über die berechnete Bezugsmenge hinausgehenden Zahlenabschnitte ersichtlich gemacht. Haushalte mit über 20 Mehlbezugsberechtigten Personen erhalten die Mehlbezugskarte wie bisher die Brotbezugskarte nicht mehr bei der zuständigen Brotkommission, sondern in der Konzeptionsabteilung des zuständigen Bezirksamtes. Die Einziehung der Mehlkartenabschnitte für Mehlspeisen in den Gast- und Schankgewerbebetrieben hat zu entfallen.

**Die neuen Brotbezugskarten.** Die mit 6. Juli in Kraft tretenden neuen Brotbezugskarten sind wie die bisherigen Brotbezugskarten auf wöchentlich je einen Laib für die Person, auf 1 1/2 Laibe für die Schwerarbeiter ausgestellt. Die Brotverkäufer sind wie bisher verpflichtet, für jeden angegebenen Laib 1/2 Laib als Zubusse abzugeben.

**Kleinhandelspreise für Geflügel.** Ab 30. Juni gelten folgenden Kleinhandelspreise für Geflügel: 1. Steirischer Mastgeflügel: Goulard tot 46 Kronen, lebend 38 K per kg, Suppenhühner tot 38 K, lebend 24 K per kg. 2. Jugoslawisches Geflügel: Fettgänse und Fettenten 49 K, Hühner und Indians 38 K pro kg, Backhühner lebend 20 bis 22 K, Brathühner lebend 24 bis 26 K und Extrahühner lebend 30 bis 38 K pro Stück.

**Abgabe von Bohnen.** In der kommenden Woche gelangen die vom Volksnährungsamte für die Verbrauchsperiode vom 1. bis 14. Juli zur Verfügung gestellten Bohnen bei den städtischen Mehlabgabestellen und Konsumentenorganisationen zur Ausgabe. Der Verkauf beginnt am 1. Juli. An alle mehlbezugsberechtigten Verbraucher wird 1/2 kg Bohnen pro Kopf abgegeben. Der Bezug erfolgt gegen

Verweisung der Mehlbezugskarte und Abtrennung der Ziffer 40 des amtlichen Einkaufscheines ohne Unterschied der Farbe. Detailverkaufspreis K 6.- für 1 kg Bohnen.

2. Ausgabe.

25. Jahrgang. Wien, Samstag, 28. Juni 1919. Nr. 269.

**Eine Mahnung an die Milchverschleissner.** Mit Rücksicht auf die vielseitigen Klagen aus dem Kreise der Verbraucher hat sich die städtische Milchversorgungsstelle veranlasst gesehen, nachstehenden Erlass an alle Molkereien und Milchhändler zu richten: Laut Kundmachung des Magistrates vom Jänner 1917 sind die Inhaber oder Leiter der Milchverkaufsstellen zur Führung einer Kundenliste verpflichtet und ist jede Änderung durch Abfall oder Zuwachs in dieser Liste sofort ersichtlich zu machen. Weiters wurde angeordnet, dass in jeder Milchabgabestelle täglich durch deutlich lesbaren Anschlag die zur Ausgabe gelangende gesamte Frischmilchmenge, sowie die Kopfquote für Kinder bis zum 1. Jahre und Kraake ersichtlich zu machen ist. In der letzten Zeit wurde wiederholt festgestellt, dass diesen Aufträgen nicht immer entsprochen und dadurch die Kontrolle des Milchverkehrs ungemein erschwert wird. Die Milchversorgungsstelle bringt daher diese Bestimmungen neuerlich in Erinnerung und vermerkt, dass die Durchführung dieser Aufträge von den zuständigen Organen auf das genaueste überwacht und jede Unterlassung im Sinne der erlassenen Strafbestimmungen strengstens geahndet wird.

**Terminverlängerung.** Der Termin für die Einreichung von Gesuchen um die in den städtischen Versorgungsanstalten zur Besetzung kommandierender Sekundärarztstellen wird bis 15. Juli verlängert.

**Warnung!** Auf den Namen der StR. Müller treibt sich in Wien ein Schwindler herum, welcher besonders bei Geschäftsleuten und Firmen die verschiedensten Betrügereien auf den Namen „des Stadtrates Müller“ versucht und auch gelegentlich Diebstähle verübt. Die Herren Josef und Rudolf Müller ersuchen diesen Schwindler sofort verhaften zu lassen.

**Aus dem Rathaus.** Montag und Mittwoch der kommenden Woche hält der Stadtrat Sitzungen ab. - Der Gemeinderat tritt Mittwoch um 4 Uhr nachmittags zu einer Sitzung zusammen.

**Bohnen für Mindestbemittelte.** In der 107. Fürsorgewoche wird an alle Besitzer der rosafarbenen Einkaufscheine für Wohlfahrtsfleisch 1/8 kg Bohnen pro Person zum Preis von 70 h gegen Abtrennung des Abschnittes 22 in den Geschäften der Grossschlachtereie abgegeben. Soweit der Vorrat reicht, wird auch noch Vestenthaler Suppenmasse (1/8 kg zum Preis von 80 h) abgegeben werden. Abgabetermine: A bis F Montag, 30. Juni, G bis K Mittwoch, 2. Juli, L bis R Donnerstag, 3. und S bis Z Samstag 5. Juli. An die unentgeltlichen Speisestellen, offenen Kriegsküchen und Wohlfahrtsinstitute wird in der 115. Woche Maisgries oder Maismehl, 1/8 kg pro Person abgegeben.

**Abgabe von Unterzündholz.** Die Abgabe von je 5 kg Unterzündholz an einen Haushalt für eine Woche erfolgt in der Zeit vom 30. Juni bis 5. Juli gegen Abtrennung des Ziffernabschnittes 36 der blauen oder gelben Mehlbezugskarte. Der Preis ist unverändert.

**Wieder ein Fall von Hundswut.** Am 15. d.M. wurde an die tierärztliche Hochschule ein gelbbrauner Rattlerbasterd, Weibchen, mit langen Ohren und langer Rute zur Vertilgung überbracht. Der Ueberbringer entfernte sich vor der ordnungsmässigen Uebernahme des Hundes, bei dem später Wut festgestellt wurde. Da es nicht ausgeschlossen ist, dass Menschen oder Tiere

von demselben gebissen worden sind, wird, um die erforderlichen Massnahmen durchführen zu können, der Eigentümer des Hundes aufgefordert, seine Adresse dem Magistrat Wien - Städtisches Veterinäramt I. Bezirk Neues Amtshaus, Ebendorferstrasse 1 bekanntzugeben. Dorthin wären auch sonstige zweckdienliche Mitteilungen zu richten.

**Sauerkraut** wird in der kommenden Woche ohne Einschränkung der Menge und ohne Ausweiskarte abgegeben.

Wiener Gemeinderat.

Sitzung, am 28. Juni 1919.

Vorsitzender BGM. **Reumann** eröffnet die Sitzung.

Schriftführer GR. **Jenschik** verliest den Minlauf.

GR. **Dr. Schwarz-Hiller** verweist in einer Anfrage auf die Verwahr-

Jugend und fragt den Bürgermeister, ob er nicht geneigt wäre, durch Vorgesprache bei den zuständigen Staatsstellen dahin zu wirken, dass falls die Beschliessung eines Fürsorgegesetzes für ganz Deutschösterreich gegenwärtig nicht möglich sein sollte, die Stadt Wien die gesetzmässige Ermächtigung erhalte, für ihren Bereich ein selbstständiges Fürsorgegesetz zu erlassen.

BGM. **Reumann** verliest einen ausführlichen Magistratsbericht, in dem darauf hingewiesen wird, dass der Entwurf des Fürsorgeerziehungsgesetzes wichtige Bestimmungen auf dem Gebiete des bürgerlichen Rechtes enthält, dessen Einheitlichkeit für ganz Deutschösterreich unter allen Umständen gewahrt bleiben soll. Im Uebrigen kann das Fürsorgeerziehungsgesetz, wenn es auch sofort Gesetz wird, die Erziehungsnot der Jugend nicht ändern, wenn nicht gleichzeitig die zu seiner Durchführung notwendigen geschlossenen Anstalten und offenen Einrichtungen vorhanden sind. Die Bezirksjugendämter und die freiwillige Jugendfürsorge werden an absehbarer Zeit auch ohne das Fürsorgegesetz mit Hilfe der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen in der Lage sein, wirkungsvoller als bisher der Verwahrlosung vorzubeugen und sie zu bekämpfen, wenn die Anstalten der Stadt Wien und des Staates ihre Tore zur Aufnahme der bedauerlichen Opfer der allgemeinen Kriegsverwahrlosung öffnen werden. Im Jugendheim Oberhollabrunn wird dies nach Abschluss der Ferienfürsorge, ungefähr im Oktober d.J., geschehen. In der Zwischenzeit werden auch schon jetzt einige Gruppen von Fürsorgeerziehungszöglingen dort aufgenommen, soweit dies ohne Beeinträchtigung des Ferienbetriebes möglich ist. Abgesehen von diesen Notbehelfen muss die baldigste Gesetzgebung des Fürsorgeerziehungsgesetzesentwurfes von der Staatsregierung dringendst gefordert werden, um endlich eine ausreichende Grundlage für die Fürsorgeerziehung zu erlangen. Der Bürgermeister bemerkt hiezu; Ich füge nur bei, dass der Kampf gegen die Verwahrlosung der Jugend solange keine Entsprechenden Erfolge aufweisen wird, solange die gegenwärtigen Verhältnisse nicht eine gründliche Änderung erfahren.

GR. Dr. **Udehnel** interpelliert die Beschlussfassung eines im provisorischen Gemeinderate angebrachten Antrages bezüglich der Regelung der Bezirksgrenze zwischen Hernals und Gersthof.

BGM. **Reumann**: Die Bezirksvertretung Hernals hat sich seinerzeit dahin geäussert, dass sie mit der Grenzregulierung in der Scheibenbergstrasse nur dann einverstanden ist, wenn gleichzeitig eine Grenzänderung am Gürtel durchgeführt wird. Die Bezirksvertretung Währing hat demnach Verhandlungen mit der Vertretung des 17. Bezirkes eingeleitet und es dürfte demnächst zu einer Einigung im Gegenstande kommen. Ich hoffe, dass dieser Streit bald ein Ende finden wird.

GR. **Feldmann** interpelliert wegen der Abänderung der §§ 115 b und c der Gewerbeordnung im Interesse der Entwicklung der Meisterkrankenkassen

BGM. **Reumann**: Die bestehenden Meisterkrankenkassen sind allerdings in der Lage die wöchentlichen Kranken- und Unterstützungsbeiträge über K 28

dadurch zu erhöhen, dass sie daneben auch einen Beitrag zu den Kosten ärztlicher Hilfe und der Medikamente gewähren. Diese Einführung kann im Wege einer grossen Statutenänderung getroffen werden, da die Krankenkasse in ihrem Statut eine Bestimmung aufgenommen haben, nach der jede Änderung der Kassenleistung und der Mitgliedsbeiträge als Statutenänderung zu behandeln ist, ferner weil nach der herrschenden Praxis die Gewährung eines solchen Beitrages zur teilweisen Deckung der Art- und Medikamentenkosten nicht als Krankengeld im Sinne des § 115 G.O. angesehen wird. Eine Erhöhung des Begräbnisgeldes kann im Wege der Gesetzgebung erreicht werden.

GR. Feldmann beantragt, die Gemeinde wolle beschliessen gegen die beabsichtigte Eingliederung des deutschen Böhmerwaldes in die tschecho-slowakische Republik mit aller Entschiedenheit zu protestieren und die Zuweisung dieses Gebietes an Deutsch-Oesterreich zu verlangen. Die Staatsregierung ist aufzufordern auf dieser Zuweisung unter allen Umständen zu bestehen. Für den Fall der Angliederung des Böhmerwaldes an Deutsch-Oesterreich wird der Stadtrat beauftragt, alles vorzukehren, wodurch die Erschliessung des Böhmerwaldes als Versorgungsgebiet für die Stadt Wien gesichert und gefördert werden kann. - Der Antrag wird an den Stadtrat geleitet.

Hierauf wird an die Erledigung der Tagesordnung, die Fortsetzung der Spezialdebatte über den Hauptvoranschlag, eingegangen.

#### Gruppe VI. Öffentliche Arbeiten.

GR. Kerner beantragt die Neupflasterung der Pötzleinsdorferstrasse zwischen der Julienstasse und Neustift am Walde.

GR. Hermann Fischer wünscht, dass jener Teil der Walchenstrasse zwischen der Vorgarten- und Innstrasse beim Kohlenhof bisher abgesperrt war, wieder eröffnet werde. Ferner beantragt er die Reitalleen auf der Ringsstrasse und der Hauptallee in Gehwege umzugestalten.

GR. Huber regt an, jene makadamisierten Strassen, die in den Vororten wenig befahren werden, versuchsweise auf eine Breite von 5 m herabzusetzen und zu beiden Seiten wegen Auffangens des Staubes Grasflächen anzulegen.

GR. Grünbeck urgiert die Strassenerweiterung bei der Veronikagasse und Hernalser Hauptstrasse und beantragt zu diesem Zweck neue Verhandlungen mit dem Hauseigentümer aufzunehmen, beantragt einen Strassenzug durch die Schumanngasse zum Schafberg und ferner ehest Verhandlungen mit der Ziegelwerke A.-G. wegen ihrer Liegenschaft aufzunehmen.

Frau GR. Marie Wielsch regt an, versuchsweise aus dem Inundationsgebiet der Donau Sand zu gewinnen.

GR. Kürber beantragt, die Abfuhr von Kehrriecht auf eigenen Wagen der Strassenbahn und auf einem ausserhalb der Stadtgrenze eingerichteten Raume besorgen zu lassen.

GR. Kerner regt an, dass der Magistrat bis zu der Zeit, wo eine endgültige Regelung der Kehrriechtabfuhr erfolgt, dem System Dworak nähertritt und sich mit dem Inhaber in Verbindung setzt.

GR. Doppler wünscht, dass die Arbeiten für die Regelung der Kehrriechtabfuhrfrage energisch in Angriff genommen werden.

GR. Adele Bartisal regt an, dass in jedem Haus eine Kehrriechtbox zur Aufstellung gelangt und dass die ganzen Gemüßeabfälle zwecks Verwertung als Schweinemastfutter in eigene Behälter in jedem Hause gegeben werden. Schliesslich gibt die Rednerin zur Verminderung der Staubplage den Wunsch Ausdruck dass sich die Gemeinde Wien für das Koprothorsystem interessieren möge.

GR. Isar bittet den Bürgermeister, die erste sich bietende Gelegenheit dazu zu benützen, um seinen Einfluss geltend zu machen, dass die Stadtbahn wieder eröffnet und auf dem Gebiete des Verkehrswezens nichts verabsäumt werde, um dasselbe zweckentsprechend auszugestalten und die Verkehrsmittel in jenen Stand zu setzen, der eine schnelle Beförderung von der Peripherie in die Stadt oder von einem Punkte zum anderen derselben ermöglicht.

GR. Huber beantragt, die Ersetzung des Basaltplasters vor dem Schönbunnerechlosse durch Asphaltplaster.

GR. Broczyner beantragt die Rivollierung und Kanalisierung eines oiles der Goldschlagstrasse.

GR. Kerner urgiert die Vollendung des Planes des Baues der Strassenbahnlinie durch die Krottenbachstrasse.

GR. Lötsch bedauert, dass die Verbindungsbrücke zwischen dem XX. und XXI. Bezirk noch immer eigentlich ein Verkehrshindernis bilde und wünscht dass die Vollendung der Ueberbrückung des Donaustromes dortselbst.

GR. Doppler regt die Schaffung einer Erholungs- und Spielstätte auf den Gründen der Ziegelfabrik in Hernalz an

Frau GR. Wielsch beantragt die Aufstellung von Baumreihen und Errichtung von Sitzgelegenheiten längs der Schüttelstrasse bis zum Haus Nr.101 Weiters ersucht sie um Ausgestaltung des Donaukanalufers ähnlich wie beim Wienufer.

GR. Huber beantragt die endliche Parkanlage auf dem ehemaligen Schmelzerfriedhof, nach dem bereits jetzt fertigen Projekt, ferner die Demolierung des Breitenseer Ziegelofens, die Errichtung einer Gartenanlage auf diesen Gründen zur Herstellung einer direkten Verbindung von Hietzing nach Ottakring.

GR. Doppler verlangt die Jägerstrasse bis zu der Martinstrasse und dem Gürtel mit Baumreihen zu versehen.

Vize-Bgm. Emmerling übernimmt den Vorsitz.

GR. Reismann ersucht den Bau des Liesingtal-Sammelkanals womöglich zu fördern.

Vize-Bgm. Hoss wünscht, dass die im Voranschlag eingesetzte Post für den Sammelkanal im 21. Bezirk tatsächlich in Verwendung kommt. Er teilt mit, dass der Bau der Franz Josefsbrücke eingestellt ist, weil die Unternehmer mit Riesenforderungen an die Donau-Regulierungskommission herangetreten sind. Letztere kann aber nicht einberufen werden, da das Land seine Delegierten noch nicht nominiert hat. Er wendet sich an den Bürgermeister und bittet ihn im Landhaus das Nötige zu Ernennung dieser Delegierten veranlassen zu wollen.

GR. Dr. Hodina erbittet noch im heurigen Verwaltungsjahr und mit tunlicher Beschleunigung die Umlegung des Währinger-Bach-Kanal vorzunehmen.

GR. Schmutzer regt an, bei den Hauptkanälen für die zu erbauenden Kriegswohnhäuser auf der Schmelz wegen Hochwassergefahr nur grasse Kanalprofile anzulegen.

#### Gruppe VII. Markt- und Approximationswesen.

GR. Hies bespricht die Mängel der offenen Märkte, führt darüber Beschwerde, dass der Erlass betreffend die Anschreibung der Preise teilweise nicht mehr eingehalten wird, und dass ein Teil der Lebensmittelhändler und auch der Markthändler ein protziges Benehmen gegenüber der Bevölkerung, die an der Grenze ihrer Geduld angelangt ist, zur Schau trägt, und bittet schliesslich den Markt am Eugeplatz im 10. Bezirke entsprechend auszugestalten.

GR. Gabriele Walter stellt den Antrag: Jene Frauen, welche sich im freiwilligen Ernährungsdienste bewährten, sind nunmehr als Angestellte der Gemeinde dauernd im Ernährungsdienst zu nehmen unter der Voraussetzung dass sie sich die notwendigen theoretischen und praktischen Kenntnisse aneignen.

GR. Wawerka beantragt die eheste Durchführung der Regulierung des Marktes auf dem Eugeplatz im 10. Bezirke.

GR. Doppler stellt den Antrag: Der Markt am Dornplatz im 17. Bezirke ist ehestens in einer den Bedürfnissen der Bevölkerung entsprechenden Weise auszugestalten und in äusseren Bezirksteile in der Nähe der Vorortbahn ein Markt zu errichten.

Vorsitzender Vize-Bgm. Emmerling: Ich habe Gelegenheit gehabt, die Verhältnisse am Markte am Dornplatz zu studieren, sie sind wirklich trostlos und ich habe Auftrag erteilt, dass Abhilfe geschaffet wird.

GR. Doppler verlangt, dass endlich den Uebelständen in der Grossmarkthalle die gebührende Aufmerksamkeit erwiesen und diese Markthalle von den Szenen befreit wird, die unerhört sind und nicht länger geduldet werden dürfen.

GR. Adele Bartisal beantragt die Errichtung eines Marktes im Bezirksteile Baumgarten im XII. Bezirk.

GR. Karl Schmid beantragt im Gebiete von Döbling in der „Erim“ Märkte zu errichten und den Lieferungsdruck für diese Märkte zu sichern.

GR. Linder stellt den Antrag: Der Magistrat wird beauftragt, sofort Erhebungen und Vorstudien zu pflegen und Vorschläge zur Kommunalisierung der Milchindustrie, des Brotes und Fleisches zu unterbreiten, damit nach der Fertigstellung der Socialisierungs- und Enteignungsgesetze durch die Nationalversammlung sofort an die Kommunalisierung vorgenannter Lebensmittelbetriebe geschritten werden kann. Er wird ausserdem beauftragt, einen grossangelegten Organisationsplan zur Beschaffung und Verteilung von Lebensmitteln auszuarbeiten und ehestens dem Gemeinderate vorzulegen.

#### Gruppe VIII (Sanitätswesen).

GR. Karasek beantragt die Erhöhung der Wohnungdesinfektionsgebühren um 150 % und sie für die Reinigung der Hadern und Haare per kg mit 30 K zu berechnen.

GR. Körber wünscht dem notleidenden Kinderspital in der Augartenstrasse Hilfe zu bringen.

GR. Doppler verlangt die Besserstellung der Sanitätsmannschaft.

GR. Karasek beantragt die Auswechslung des Klinker- in ein Sägespähnpflaster in der Sanitätsstation 20.

GR. Schnitzler stellt einige Anträge wegen Ausgestaltung und wegen Erweiterung des neuen Simmeringer Friedhofes.

GR. Alt beantragt die Auflassung des Matzleinsdorfer Friedhofes und die Umwandlung desselben in eine Gartenanlage.

GR. Schmutzer verlangt die Entwässerung des Baumgartner Friedhofes.

GR. Schmitz spricht gegen die Post Vorauslagen für die Errichtung eines Krematoriums 50.000 Kronen, zerstreut bei dieser Gelegenheit die sanitären und sonstigen Bedenken, die gegen die Erbsbestattung erhoben werden und von den Einwendungen gegen die Leichenverbrennung. Im Namen des Klubs erklärte er für diesen Posten nicht stimmen zu wollen und beantragt die Streichung dieser Post.

GR. Dr. Plaschkes beantragt die Eröffnung des Volksbades in der Vereinsgasse zu bestimmten Zeiten an Wochentagen. Desgleichen verlangt er dass mit der Direktion des Dianabades ein Einverständnis gepflogen werde, damit die volkstümliche Abteilung dieses Bades geöffnet wird und betont, dass nur stange Kohlen an dieses Bad abgegeben werden sollen, als dieses Volksbad offen ist. Er beantragt auch die Errichtung eines städtischen Volksbades im Praterviertel in die Wege zu leiten und das städtische Donaubad am Erzherzog Karl Platz wieder seinem eigentlichen Zwecke zuzuführen.

GR. Hofbauer beantragt die Ausgestaltung des Kieferfriebades in der Wie in ein Freibad für Erwachsene.

GR. Angele beantragt die Wiedererrichtung der gemeinverpflichteten Bäderkommission und eine bessere Belieferung der Badeanstalten mit Kohle.

VB. Bammerling bemerkt, dass die Bäderkommission ex praesidio einberufen werden wird.

GR. Jenschik wirft der früheren Majorität arge Vernachlässigung auf dem Gebiete der Errichtung von Bädern vor und beantragt die in der Als-Nile befindliche, derzeit geschlossene Badeanstalt sei von der Gemeinde Wien zu übernehmen und als Kinderbad einzurichten. Er beantragt ferner die Abänderung des Namens des Kaiser Franz Josefsbades im 17. Bezirk in Hernalser Volksbad.

GR. Karl Schmid beantragt, dass in Kuglerpark projektierte Volksbad als Vollbad herzurichten.

GR. Reismann bittet, wenn günstige Verhältnisse eintreten, sofort daran zu schreiten, ein Volksbad in Meidling zu errichten.

GR. Prohaska stellt den Antrag: Auf dem Wiedener Gürtel in nächster Nähe des Süd- und Ostbahnhofes ist ein modernes Schwimm- und Heilbad zu errichten. Das Stadtbauamt wird beauftragt, mit thunlichster Beschleunigung einen Preiswettbewerb für deutsch-österreichische Architekten aufzutreiben, damit die Gemeinde ehestens in den Besitz geeigneter Entwürfe gelangt.

GR. Wimmer beantragt, dass alle städtischen Bäder den Krankenkassen-Mitgliedern ebenso wie bereits die Privathäuser gegen Anweisungen der Krankenkasse zugänglich gemacht werden. Die Anweisungen werden dann mit den Bädern von der Krankenkasse monatlich oder vierteljährlich verrechnet.

GR. Hofbauer macht den Vorschlag, dass der Wienfluss ~~xxxxix~~ im XIII. Bezirk an einigen Stellen für Kinderbäder hergerichtet wird, dass das bereits bestehende Kinderbad ausgestaltet, und dass bei der Stauanlage ein Freibad für Erwachsene errichtet wird.

GR. Josef Müller beantragt für die Errichtung eines Volksbades in Meidling einen grösseren Betrag in den Voranschlag einzusetzen.

GR. Alt beantragt, dem Magistrat zu beauftragen, das wegen Kohlenmangel gegenwärtig nicht betriebene Bad im 10. Bezirk Gudrunstrasse 5 in eigener Regie zu betreiben und die nötigen Verhandlungen sofort einzuleiten.

GR. Biber tritt den Ausführungen des GR. Jenschik entgegen und betont, dass von der christlichsozialen Gemeindeverwaltung 24 Badeanstalten errichtet, eine grosse Anzahl gründlich ausgestaltet und verbessert wurden, wobei während der letzten 5 Jahre nichts gemacht werden konnte und stellt den Antrag: Der Magistrat wird beauftragt, in Angelegenheit der Erbauung eines Bades in Favoriten unverzüglich Anträge wegen Ankaufes eines geeigneten Grundstückes in Vorlage zu bringen und die Herstellung der Bauarbeiten derart zu betreiben, dass die Erdarbeiten noch in diesem Jahre als Notstandsarbeit zur Durchführung gelangen können.

Referent StR. Breitner: Es war uns gewiss höchst unangenehm, Posten für Volksbäder streichen zu müssen. Wir haben im Voranschlag für Bauten einen Betrag von 210 Millionen eingestellt, während das Gesamterfordernis für die Gebahrung im Jahre 1913 237 Millionen betragen hat. Die Post für das Bad im X. Bezirk ist eingesetzt und wird durchgeführt werden. Wenn wir kein Baumaterial haben dürfen Sie das Niemandem zur Last schreiben. Ich bin dafür, dass alle Anträge an den Stadtrat mit der dringenden Aufforderung geleitet werden, insbesondere bei den Bädern zu trachten, im Laufe des Jahres inwendig die Mittel zu beschaffen und die Bezirke, welche noch kein Volksbad haben, mit einem solchen auszustatten. Ich bitte aber, nicht an und für sich das Defizit zu erhöhen. Es wird alles geschehen, was im Bereiche der Möglichkeit liegt.

GR. Grünfeld stellt den Antrag, die Gemeinde möge sich mit den in Betracht kommenden Körperschaften in Verbindung setzen, damit das mit finanziellen Schwierigkeiten kämpfende Leopoldstädter Kinderspital in seinem Bestande nicht gefährdet werde.

GR. Dr. Grünbock weist darauf hin, dass die finanziellen Schwierigkeiten dieses Spitals auch in der bürokratischen Betriebsführung liegen. Die Beträge, die von Staate und Lande seit Monaten zugesagt sind, ~~waxd~~ sind bis heute nicht ausgezahlt worden.

GR. Dr. Grün weist darauf hin, dass in Wien 9500 Spitalsbetten für allgemeine Krankheiten und nur 2000 Spitalsbetten für Tuberkulose zur Verfügung stehen und dass auf 10.000 Einwohner 44 Betten entfallen. Er wünscht, den Einfluss der Gemeinde dahin, eine mögliche Vermehrung der Spitalsbetten im Einvernehmen mit den in Betracht kommenden Kompetenzen durchzuführen.

GR. Dr. Haas ersucht, der Bürgermeister möge sich dafür einsetzen, dass das Flüchtlingslager in Steinklamm von der Gemeinde in den Dienst der Tuberkulosenbekämpfung gestellt wird und dass die beabsichtigte Einstellung von 500 Betten ehestens aktiviert wird.

Bgm. Reumann bemerkt, dass er den dringendsten Wunsch hat, die Angelegenheit Steinklamm zu realisieren, er weist aber auf die Schwierigkeiten hin, die bestehen. Es handelt sich nicht allein um die Aufstellung der 500 Betten, sondern es handelt sich auch um die Betriebskosten die sich auf 22 bis 24 K pro Patienten stellen werden. Es muss darüber Klarheit geschaffen werden, ob die gewaltigen Lasten aufgebracht werden. Die Angelegenheit wird genau geprüft werden und was dringend wünschenswert wäre, soll durchgeführt werden, wenn auch nicht vergessen werden darf, dass die Möglichkeit in den gegenwärtigen Verhältnissen sehr gering ist.

GR. Gabriele Walter beantragt, der Gemeinderat möge an den massgebenden Stellen dahin wirken, dass ein Verbot für das Austragen von Zeitungen u.dgl. durch schulpflichtige Kinder erlassen wird.

GR. Rotter beantragt die Errichtung einer Bedürfnisanstalt bei der Kochgasse oder Feldgasse, die Umwandlung der Bedürfnisanstalt Ecke Josefstädter- und Amerspergstrasse, sowie die Umwandlung der am Kaiser Ferdinandsplatz aufgestellten Anstalt, die ein Verkehrshindernis bildet in eine unterirdische und die Ausgestaltung der Bedürfnisanstalt am Börsepalatz nach dem Sinne Pez.

GR. Doppler verlangt die Errichtung einer Bedürfnisanstalt Ecke Gürtel- und ~~St.~~ Jürgerstrasse im 17. Bezirk, ferner eine in der Nähe der Hernalser Strassenbahnremise und in Dornbach bei der ehemaligen Strassenbahn-Endstation (Gastwirtschaft Morawek).

#### Gruppe IX - Armen- und Wohlfahrtspflege.

GR. Suchanek regt eine Erhöhung der Platzgebühren auf den Plakstandplätzen an.

GR. Worster spricht dagegen, weil das Fuhrwerk heute kein Luxusbetrieb, sondern ein Verkehrsbedürfnis ist und so wie so schon von schweren Lasten betroffen wird. Er verspricht sich von einer Erhöhung dieser Abgabe keinen besonderen Erfolg, da ohnehin aus Mangel an Futter einerseits, andererseits aus Mangel an Benzin, die Standplätze schlecht besetzt sind. Auch ist von einer Erhöhung der Platzreinigunggebühren abzusehen. Schliesslich wendet er sich an den Bürgermeister mit der Bitte, Schritte zu unternehmen, dass baldigst und ausreichend Benzin nach Wien kommt.

Frau GR. Hötzel verlangt, dass die Lernmittel an sämtliche Schulkinder unentgeltlich abgegeben werden und beantragt, einen dementsprechenden Betrag in das Budget einzusetzen.

GR. Grünfeld beantragt die Herrichtung des Pavillons I im Lainzer Versorgungsheim, der noch nicht ganz eingerichtet ist, damit die Überzähligen aus den übrigen Pavillons vor allem die, die auf der Erde gehütet sind, eine menschenwürdige Unterkunft erhalten.

GR. Bermann schildert die furchtbaren Zustände von Wohnungen in mehreren Häusern der Leopoldstadt und stellt den Antrag: Die Gemeinde errichtet eine ständige Inspektion zum Zwecke der Überprüfung der Wohnungen auf ihre sanitären Verhältnisse.

GR. Marie Wielsch beantragt die Errichtung eines Kindergartens für die innere Leopoldstadt namentlich für das Volkertviertel, die Errichtung einer Tagesheimstätte für die Kinder der inneren Leopoldstadt im Augarten, die Errichtung einer Tagserholungsstätte in der Kriau für die Sommermonate und urgiert die Erledigung ihres Antrages auf Ueberlassung einer Wiese im Augarten für die Volks- und Bürgerschulen noch vor den Ferien.

GR. Gabriele Walte stellt den Antrag: Es sind eigene Schulpflegepersonen zu bestellen, welche den wechselseitigen Austausch der Beobachtungen und Erfahrungen über die Fürsorgebedürftigen zwischen Mitternachts Fürsorgeanstalt und Schule zu vermitteln haben. Weiters beantragt sie die eheste Aufhebung des Eheverbotes für die städtischen Jugendfürsorgerinnen.

GR. Josefine Kurzbaue beantragt die Errichtung einer Frauenfürsorgestelle als Fortsetzung der Frauenhilfsaktion im Kriege und die Belassung der Armeninstitute solange, bis etwas besseres als Ersatz geschaffen ist.

DR. Dr. Scheu bittet das Präsidium dringend, dass die Bezirksämter in welchen die Wohnungskommissäre amtieren so mit Personal dotiert werden, dass es möglich ist, dass die Wohnungskommissäre in ausgiebiger Weise ihre eminent wichtigen Aufgabe gerecht werden können.

Der Redner stellt ferner folgenden Antrag: Das Stadtbauamt wird beauftragt, in aller kürzester Zeit eine Novelle zur Bauordnung auszuarbeiten, durch welche noch vor Fertigstellung der neuen Bauordnung die allerdringendsten Abänderungen an der geltenden Bauordnung zur Erleichterung der Bauführung überhaupt und insbesondere zur Förderung des Kleinwohnbaus vorgenommen werden.

Schliesslich stellt der Redner den Antrag: Das Stadtbauamt wird beauftragt, das Detailprojekt für die Kriegerwohnhäuser auf der Schmelz derart umzugestalten, dass den Bedürfnissen der durch den Krieg in ihrer Gesundheit tief erschütterten Bevölkerung nach weiträumiger Wohnweise, Spielplätzen und Gartenanlagen in weitestem Masse entgegengekommen wird und die zur Ausführung gelangende Wohnhausgruppe als eine stadtbaulich in sich geschlossene Anlage konstruiert wird. Hiedurch soll jedoch die Fertigstellung der Anlage nicht hinausgeschoben werden. Der durch die Vereinfachung des Projektes erübrigende Rest des Kredites ist als erste Rate zur Schaffung einer Gartenstadtsiedelung im Weichbilde Wiens zu verwenden. Zur Gewinnung von geeigneten Projekten sind hervorragend qualifizierte individuell einzulandende Architekten heranzuziehen. Für die Schaffung der Gartenstadtsiedelung wäre die Gründung einer gemeinnützigen Baugesellschaft oder Genossenschaft unter finanzieller Beteiligung der Gemeinde Wien ins Auge zu fassen.

GR. Angermayer beantragt, da der geplante Bau eines Bezirksjugendamtes ~~stark~~ auch auf den Gründen des aufzugehenden Heumarktes im 15. Bezirk derzeit nicht gut möglich ist, das Stadtbauamt zu beauftragen die notwendigen Herstellungsarbeiten für den dort zu errichtenden Kinderspielplatz mit aller Beschleunigung durchzuführen, damit er der Benutzung übergeben werden kann. Der Antrag sieht auch die Errichtung einer Hütte zum Aufheben der Kleider vor.

GR. Dr. Plaschke beantragt auf den jetzt der Gemeinde gehörigen Gründen Links oder rechts in der Hauptallee etwa bei der Kriau oder am Sportplatz dem jüdisch-nationalen Sportklub "Makach" einen Platz zur Errichtung eines Sportplatzes zu überlassen.

GR. Tengler wünscht die Trennung der Wäscherei des Spitals und des Versorgungshauses, beantragt die Werkstätten aus dem Jubiläum-Spital in die in dessen Nähe befindliche der Gemeinde gehörigen Baracken zu verlegen, urgiert seinen früheren Antrag wegen Ausstellung von ermässigten Fahrkarten für die Pflinglinge im Versorgungshaus und ersucht den Bürgermeister dahin zu wirken, dass bei den seltenen Festen von goldenen Hochzeiten, die unter der früheren Majorität auch weiterhin Ehrengaben gespendet werden und dass bei der Feier ein Vertreter des Präsidiums oder aus dem Stadtrat teilnehmen soll. Diese alte Sitte soll nicht fallen gelassen werden.

Gruppe X - Kultusangelegenheiten.

GR. Schmitz sieht in der beantragten Streichung der Post von 23.000 K für die Frohleichnachtsfeierlichkeiten eine gröbliche und rücksichtslose Verletzung eines alten Gebrauches. Er bezeichnet den Betrag als/geringfügig, als dass er aus Ersparungsrücksichten gemacht werden müsse und weist darauf hin, dass auf der anderen Seite für die Vorarbeiten zur Errichtung eines Krematoriums ein grösserer Betrag eingesetzt sei. Er erklärt, dass seine Partei nicht gegen die Streichung der genannten Post stimmen werde.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Schmitz abgelehnt und die Referentenanträge angenommen.

Gruppe XI (Unterrichtswesen)

GR. Schmölzler beantragt die Errichtung einer zweiten Bürgerschule im 11. Bezirk.

GR. Preyer ersucht den Bürgermeister, im Interesse der schulpflichtigen Jugend sich mit den in Betracht kommenden Staatsämtern ins Einvernehmen zu setzen, damit die Räume des Zivilmädchenpensionates in der Josefstadt Schulzwecken erhalten bleiben.

GR. Wawerka beantragt eine 100 %ige Erhöhung der verrechenbaren Schulpauschalien, sowie sie bei den Requisitionspauschalien bewilligt wurde.

GR. Unterfüller beantragt im Sinne der Ausgestaltung der Schulgärten den für diesen Zweck angesetzten Betrag von 7200 Kronen zu verdoppeln.

GR. Wawerka beantragt die Durchführung der notwendigen Vorarbeiten für die Anszahlung jener Bezüge, die den städtischen Lehrpersonen laut Gemeinderatsbeschluss vom 24. April d.J. gewährt worden sind, in Angriff genommen werden und dass die Gelder längstens bis 15. Juni ausbezahlt werden. Auch den Beamten und anderen Angestellten seien die neuen Bezüge bis zu diesem Tage flüssig zu machen.

GR. Dr. Pollak beantragt hinsichtlich der vom Schulerhalter zu tragenden Kosten des Religionunterrichtes zu bestimmen, dass alle Konfessionen in gleichen Ausmass zu berücksichtigen sind.

GR. Jorde beantragt einjährige Lehrkurse für die der Schule entwachsene Jugend (vierte Bürgerschulklasse) in jenen Bezirken zu errichten, wo nach Ermessen des Bezirksschulrates Bedürfnis nach diesen Kursen besteht.

GR. Rotter bemängelt die unzulänglichen Räume des Archivs und der städtischen Bibliothek, und verlangt für beide Anstalten grössere Räume zur Verfügung zu stellen. Dieser Kalamität wäre abzuhelfen, wenn die für Museumszwecke bestimmten 200.000 Kronen dazu verwandt würden, Teile des Belvederes, das für die Errichtung des städtischen Museums ins Auge gefasst wurde und schon als Museum benützt wurde, als Museumsräume herzurichten, um dort das Museum der Stadt Wien unterzubringen. Weiters ersucht er, in Hinkunft die Subvention des österreichischen Volkskundemuseums höher als mit 1200 Kronen zu bemessen.

GR. Gabriele Walter beantragt, dass für Schülerwanderungen und Ausflüge jeder Schule wöchentlich ein Sonerzug der Elektrischen zu ermässigten Preisen zur Verfügung gestellt werde.

Gruppe XII (Konkriptions- und Militärangelegenheiten)

GR. Thonner betont, dass es nicht angeht, dass in der grössten Stadtrepublik Deutschösterreichs noch immer Strassen- und Plätze nach Personen bezeichnet sind, die mitguthuldig an dem Kriege waren. Er verlangt insbesondere die Abänderung des Namens Kaiser Wilhelm Ring und bittet den Bürgermeister zu trachten, dass das Komitee zur Strassenamenänderung in kurzer Zeit einen Bericht dem Gemeinderate erstattet, damit diese Änderungen auch durchgeführt werden können.

Gruppe XIII (Allgemeines)

GR. Kopriva stellt den Antrag: In der Erwägung, dass die mangelhafte Kohlenzufuhr auch in weiterer Zukunft anhalten dürfte, ist die Bevölkerung Wiens im kommenden Winter hauptsächlich auf Holz als Brennstoff angewiesen. Um einer hohen Preissteigerung durch die privaten Unternehmungen vorzubeugen, beschliesst der Gemeinderat, eine Kommission, bestehend aus neun Mitgliedern zu wählen, welche die Vorarbeiten zur Kommunalisierung des gesamten Holzhandels zu treffen hat.

GR. Jorde betont, dass die Sozialdemokraten keine Bilderstürmer sind dass sie also die Denkmäler aus vergangenen Zeiten, soferne sie künstlerischen Wert haben, nicht beseitigen werden. Die Objekte der neuen Kunst werden allerdings nicht mehr die Helden des Schwertes sein, sondern die Geister der Menschheit und der Wissenschaft und der den Weg bereitenden schaffenden Kräfte des Volkes, und die Helden des Alltages. Er beantragt zur dauernden Erinnerung an die Novemberrevolution ein Denkmal erbauen zu lassen und zu diesem Zwecke einen künstlerischen Wettbewerb auszusprechen.

GR. Dr. Kienböck weist darauf hin, dass von seite der Gemeinde Wien es unterlassen worden sei, der Handelspolitischen Kommission das Nötige Augenmerk zuzuwenden und regt an, die Tätigkeit dieser Kommission, welche speziell für die künftigen Wirtschaftsfragen von eminenter Bedeutung sei, ehestens wieder aufzunehmen.

GR. Käthe Königstätter führt Klage über die Kriegsküchen und beantragt ein gemeinderätliches Komitee einzusetzen, das die ständige Kontrolle der Kriegsküchen durchzuführen und die in diesem herrschenden Uebelstände abzuschaffen hätte.

GR. Dr. Schen schliesst sich den Ausführungen der Vorrätnerin an und betont, dass das Kuratorium zur Ausspeisung bedürftiger Kinder schlechter mit Lebensmittel beliefert werde, als die Kriegsküchen und bemängelt es auch, dass das Kuratorium bei der amerikanischen Hilfsaktion übergangen worden sei.

VB. Hogg bemerkt hiezu, dass Bürgermeister Dr. Weiktröhner Präsident dieses Kuratoriums war.

Damit ist Gruppe XIII und somit sämtliche Gruppen des Budgets erledigt. Die im Laufe der Debatte von den einzelnen Rednern gestellten Anträge wurden der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Zum Schluss bringt der Referent StR. Breitner noch Bilanz und Bedeckung zur Kenntnis, welche sich folgendermassen darstellen:

Das Gesamterfordernis beträgt 820,072.610 K,  
 hiervon entfallen auf die ordentlichen Ausgaben K 500,205.470,  
 " ausser- " " 327,867.140.  
 Die eigenen Einnahmen stellen sich auf K 216,432.720,  
 Hierunter ordentliche Einnahmen K 172,478.970,  
 ausserordentliche Einnahmen K 43,953.750.  
 Das durch die eigenen Einnahmen nicht bedeckte Nettoerfordernis beträgt K 611,639.890.  
 Hievon sind durch Umlagen und in anderer Weise zu bedecken:  
 Für ordentliche Zwecke K 327,726.500,  
 für ausserordentliche Zwecke K 283,913.390.

Die Erträge aus den städtischen Umlagen belaufen sich auf 100,491.440K  
 Aus dem Investitionsanlehen vom Jahre 1902 zur Bedeckung der für Finanzprogrammässige Zwecke für das Verwaltungsjahr 1919/20 veranschlagten Kosten K 593.900  
 Aus dem Investitionsanlehen vom Jahre 1908 " 8,716.130  
 Aus dem Investitionsanlehen vom Jahre 1914 " 94,215.400  
 Aus der Abschreibungsrücklage der städtischen Elektrizitätswerke " 6,500.000  
 Aus dem von der Kommission für Verkehrsanlagen der Gemeinde geleisteten einmaligen Pauschalbeiträge von 250.000 K " 10.000  
 Aus dem von der Kommission für Verkehrsanlagen der Gemeinde aus den Ersparnissen des Anlehen der Verkehrskommission zur Verfügung gestellten Beträge von K 2,500.000 K 15.000  
 Es ergibt sich sonach ein Abgang von 401,098.020 Kronen und zwar für ordentliche Zwecke K 227,335.060 und für ausserordentliche Zwecke K 173,862.960.  
 Dieser Abgang soll bedeckt werden:  
 1. Bei der ordentlichen Gebahrung  
 a) durch die vom Staatsamte der Finanzen zugesagte Ueberweisung jenes Teiles des Ertrages der Wiener Hauszinssteuer, der sich als Unterschied zwischen einer 20 %igen und 26 2/3 %igen Steuer ergibt, rund K 24,000.000  
 b) durch die gleichfalls zugesagte Ueberweisung des Ertrages der Wiener Verzehrungssteuer, rund " 12.000.000  
 c) durch die Erhöhung der Markt- und Schlachtgebühren mit einem Betrage von rund K 3,000.000  
 d) durch die Erhöhung der Bädergebühren " 1,000.000  
 e) durch die Einführung einer Steuer vom gemeinden Werte von Liegenschaften, einer Abgabe für Kraftfahrzeuge, sowie andere Luxusabgaben, dann durch die Erhöhung der Beiträge der Feuerversicherungsgesellschaften rund " 23,000.000  
 2. Bei der ausserordentlichen Gebahrung:  
 a) durch die vom Staatsamte der Finanzen zugesagte einmalige Pauschalüberweisung für die der Gemeinde Wien aus Anlass des Krieges erwachsenen besonderen Ausgaben " 140,000.000  
 3. Zur Beschaffung des Restes von rund 198,000.000 ist eine Kreditoperation vorzunehmen.  
 Bilanz und Bedeckung werden ohne Debatte zur Kenntnis genommen, womit die Budgetberatung erledigt ist.

Bgm. Neumann, der den Vorsitz übernommen hat, sagt sodann folgendes: Es drängt mich am Schlusse der Verhandlungen über den Hauptvoranschlag dem Gemeinderat ohne Unterschied der Partei den wärmsten und innigsten Dank für die sachliche Behandlung auszusprechen, die dem Hauptvoranschlag zuteil wurde. Der Haushalt der Gemeinde für das Jahr 1919/1920 ist sichergestellt, soweit unter den gegenwärtigen Verhältnissen von einer Sicherstellung gesprochen werden kann. Wir haben uns bemüht, es dahin zu bringen dass auch vom Staate anerkannt wird, dass von ihm ein Teil jener gewaltigen Auslagen, welche der Kriegsverursachte, der Gemeinde ersetzt werden. Ich danke allen jenen Herren, welche mich in diesem Bemühen, das der Staat seine Pflichten gegenüber der Gemeinde anerkennt, in so wirksamer Weise unterstützt haben, ich danke den Vize-Bürgermeistern, dem Herrn Stadtrat Dr. Kienböck und allen jenen Herren, welche einen Anteil an dem Erfolge haben. Ich würde eine Unterlassung begehen, wenn ich nicht der ausserordentlichen Dienste gedenken würde, die von unseren Beamten geleistet wurden. Ich danke insbesondere dem Herrn Magistrats-Rat Dr. Hartl, welcher sich in ganz hervorragender Weise in den Dienst der Sache gestellt hat und am Vereine mit den anderen Herren es zuwege gebracht und in kurzer Zeit ermöglicht hat, den Voranschlag fertig zu bringen. Der gesamte Gemeinderat bedauert, dass ein Teil wichtiger Arbeiten zurückgestellt werden musste. Wir haben aber vor allem die Pflicht, das Gleichgewicht im Haushalte herzustellen, wenn uns diese Aufgabe gelingt, steht es uns noch immer frei, das nachzuhüten. Ich bin überzeugt, dass durch fleissige Arbeit es uns gelingen wird, - wenn es möglich ist, dass die Arbeit des Gemeinderates einen ungestörten Verlauf nehmen werden, die schwierige Situation, in der sich die Gemeinde gegenwärtig befindet, zu überwinden. Ich glaube, dass es mit vereinten Kräften gelingen wird, den Weg zu einer besseren Zukunft zu finden. Den besten Dank spreche ich schliesslich unserem Berichterstatter dem Herrn Stadtrat Breitner aus. (Lebhafter Beifall).

Es wird hierauf an die Erledigung der übrigen Tagesordnung geschritten. Nach einem Berichtes des StR. Iser wird ein Gemeinderatsbeschluss, wegen Auflassung eines Teiles der Sebastian Kohl Casse im 21. Bezirk abgeändert.

StR. Hellmann legt die Gesetzentwürfe, betreffend die Regelung der Rechtsverhältnisse des Lehrstandes und die Entlohnung des Religionsunterrichtes vor. Der Referent betont, dass die Angelegenheit bereits einmal vom Gemeinderate beschlossen wurde, dass aber das Staatsamt für Unterricht dagegen Einspruch erhoben hat, weil die Regelung der Rechtsverhältnisse des Lehrstandes in die Kompetenz der Landtage fallen. Es wurde der Beschluss des Gemeinderates nunmehr in Paragrafen gefasst. Als Neuerungen gegenüber dem letzten Gemeinderatsbeschluss erscheinen die Aufnahme der Speziallehrer der Hilfsschulen (Blinden und Taubstummenlehrer etc.) in dieses Gesetz, sowie eine Regelung des Ausmasses der Ueberstunden an Brürgerschulen und für nichtobligate Lehrgegenstände, sowie über die Besoldung der Religionslehrer.

GR. Rummelhardt begrüsst die Vorlage, wünscht deren rasche Erledigung und betont, dass ein Passus aus dem alten Gesetz übernommen wurde, der auf die heutigen Verhältnisse nicht mehr passt, indem die Worte „eines der ehemals im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder“ im § 2 enthalten ist. Er beantragt, diese Worte zu streichen und an deren Stelle zu setzen: „In dem im Gesetze vom 22. November 1918 S.G.Bl. No 40 und in der Vollzugsanweisung des Staatsrates vom 3. Jänner 1919 S.G.Bl. No 4 bezeichnetem Gebiete“.

Der Referent erklärt in seinen Schlussworten, gegen diese Aenderung nichts einzuwenden, worauf die Gesetzentwürfe mit der von GR. Rummelhardt beantragten Abänderung zum Beschlusse erhoben wrden.

GR. Dr. Fritz Winter berichtet über die bereits bekannte Erhöhung der Jagdkartentaxen.

GR. Biber bemängelt es, dass bei der vorliegenden Vorlage nicht mit der entsprechenden Fachkenntnis vorgegangen worden ist. Es sei notwendig, einen Unterschied zwischen den Jagdherrn und den Jägern zu machen und zu den Jägern gehören ja auch Leute des Mittelstandes, Kleingewerbetreibende und auch Arbeiter. Die reichen Jagdherrn werden durch die Annahme der Vorlage nicht getroffen. Er stellt den Antrag, die Vorlage zwecks besserer Beratung an den Stadtrat zurückzuweisen.

GR. Dr. Fritz Winter spricht sich gegen die Rückverweisung aus und werden seine Anträge nach seinem Schlussworte angenommen.

Ueber Antrag des StR. Schnitz wird die Baubewilligung für die Errichtung des zur Aufstellung der Oel-Rück-Kühlanlage bei der Franzosentorenstation Pottendorferstrasse notwendigen Hauses.

GR. Bombek berichtet über die Herstellung einer Wasserleitung zu den Gemeinden Wiesengründen auf der Simmeringer Halde, die bereits im Vorjahre begonnen, aber infolge der politischen Ereignisse unterbrochen werden musste und beantragt, das Mehrerfordernis von 7000 K zu genehmigen.

GR. Rochak beantragt zur Ermöglichung der besseren Versorgung mit Wasser, der in der Haufgasse liegenden Einfamilienhäusern einen Anschluss vom Laaerberg herzustellen.

Der Referentenatrag wird sodann angenommen.

+ + +

Entfallender Empfang. Am Montag entfällt der übliche Empfang bei Bürgermeister Neumann.

StR. Kokrda berichtet über die Erhöhung der Markt- und Schlachtgebühren. ( Angenommen).

Nach einem Berichte des StR. Biber werden die Mehrkosten für die Umpflasterung eines Teiles des Wiedner Gürtels im Betrage von 24.000 Kronen genehmigt.

StR- Schorsch berichtet über die unentgeltliche Beförderung der Stadtschutzwache auf der Strassenbahn.

Die Anträge des Stadtrates werden angenommen

Nach einem Berichte des StR. Schorsch wird der Gemeinde-ratsbeschluss betreffend den Zuschuss zur staatlichen Arbeitslosenunterstützung dahin ergänzt, dass dieser für männliche Arbeitslose über 18 Jahre in besonders berücksichtigungswerten Fällen auch dann berücksichtigt werden kann, wenn die betreffenden Arbeitslosen im gemeinsamen Haushalte mit Familienangehörigen oder Fremden Personen leben, die nicht ~~sie~~ selbst als Arbeitslose bereits im Genusse des Gemeindegeldzuschusses für Familienerhalter im Betrage von 3 K täglich stehen.

GR. Siegel berichtet über die Uebernahme der Räumung der Strassenwassereinlaufschächte und Sinkkästen ab 1. Juli 1. J. im Eigenbetrieb der Gemeinde. Hiefür werden 70 Strassenarbeiterstellen neu systemisiert. Seine Anträge wurden angenommen.

GR. Siegel beantragt zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im II. und XIII. Bezirke Rohrlegungen für die Hochquellenleitung vornehmen zu lassen, die ein Gesamterfordernis von 1,558.597 K ausmachen.

Die Anträge wurden angenommen.

GR. Siegel beantragt die Bewilligung die Gesamtkosten im Betrage von 205.902 K für den Kanalbau am äusseren Währinger-Gürtel und in der Klettenhofergasse. Die Anträge werden angenommen.

GR. Speiser berichtet über die unentgeltliche Ueberlassung von Räumen der Amtshäuser für die Lebensmittelabbestellen des Verbandes der Angestellten. Nach seinen Anträgen werden die geeigneten Räume dem Verbands gegen jederzeitigen Widerruf zur Verfügung gestellt.

GR. Speiser beantragt für freiwillige Jugendfürsorge für Zwecke der Erholungsfürsorge Räume im II. Stock des Amtshauses des 12. Bezirkes samt freier Beheizung u. s. w. gegen vierteljährige Kündigungsfrist zu überlassen.

GR. Müller Josef beantragt die Bedingung der 1/4 jährigen Kündigung zu streichen und an dessen Stelle die Bedingung bis auf Widerruf zu setzen.

Der Referentantrag sowie der Zusatzantrag Müller wurden angenommen. Hierauf wurden eine Reihe von Wahlen vorgenommen.

GR. Emmerling: Die für Montag angesetzte Gemeinderats-sitzung findet nicht statt. Nachdem die Tagesordnung erschöpft ist, schliesse ich die Sitzung.

-----

# Wiener Rathaus-Korrespondenz

Verantwortlich und verantwortl. Redakteur Franz Witzel.  
Wien I. Neues Rathaus

1. Ausgabe

25. Jahrgang. Wien, 30. Juni 1919. Montag. Nr. 270.

**Die Erhöhung der Strompreise.** In der heutigen Stadtrates referierte StR. Breitner über die Erhöhung der Strompreise beim städtischen Elektrizitätswerke und stellte folgende Anträge: I. Behufs Behebung des Gebahrungsausfalles der städtischen Elektrizitätswerke sind an Stelle des derzeitigen 80 %igen Zuschlages ab 1. August d.J. auf alle Stromverbraucherechnungen folgende Zuschläge zu verrechnen: a) Auf Stromrechnungen für Lichtzwecke: 1) bei einem Nettostrompreis von 70 h pro Kilowattstunde ein Zuschlag von 150 Heller pro Kilowattstunde. 2) bei allen übrigen Strompreisen ein Zuschlag von 280 %, jedoch höchstens von 150 Heller pro Kilowattstunde. b) auf Stromrechnungen für Kraft- und sonstige Zwecke: 1) bei einem Nettostrompreis von 30 h und darüber pro Kilowattstunde ein Zuschlag von 50 Heller pro Kilowattstunde. 2) bei einem Strompreis von 18 Heller bis ausschliesslich 30 Heller pro Kilowattstunde ein Zuschlag von 155 %, jedoch höchstens 50 Heller pro Kilowattstunde. 3) bei einem Strompreis von weniger als 18 Heller pro Kilowattstunde ein Zuschlag von 200 %, wobei sich jedoch kein höherer Strompreis als 51 2/3 Heller pro Kilowattstunde ergeben darf. II. Die Miete für die Elektrizitätsmesser ist ab August mit 30 bis 480 Kronen jährlich je nach der Grösse des Elektrizitätszählers zu bemessen. III. Für die Herstellung des elektrischen Lichtinstallations in 10.000 kleinen Wohnungen wird ein Kredit von 6 Millionen Kronen beantragt.

StR. Schmid beantragt eine Erhöhung des Strompreises von 70 Heller auf K 2.- und nicht, wie der Referent in Vorschlag gebracht habe, auf K 2.20.

StR. Josef Müller (12) verlangt eine 50%ige Preisermäßigung für die Humanitätsanstalten.

StR. Kürber ersucht um eine Ermässigung des Strompreises für die Gewerbebetriebe.

Die StR. Dr. Kisaböck und Vaugoin unterstützen den Antrag Schmid während BGM. Reumann für den Referentenantrag spricht.

Der Referent wies im Schlussworte darauf hin, dass die Lage der städtischen Elektrizitätswerke durch neuerliche Material- und Lohnerhöhungen so ungünstig geworden sei, dass eine Ermässigung der vorgeschlagenen Tarife leider nicht gewährt werden könne. Der Antrag des Referenten wurde mit den Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

**Bierpreiserhöhung.** In der heutigen Sitzung des Stadtrates referierte VB. Emmerling über die Erhöhung des Bierpreises des städtischen Brauhauses, und stellte den Antrag, den Bierpreis des Brauhauses ab 1. Juli d.J. mit 143 Kronen per hl zu bemessen.

Auf Grund dieses Preises gelangt in Zukunft der halbe Liter lichtiges Bier mit K 1.16 und der halbe Liter dunkles Bier mit K 1.26 zum Ausschank. Der Referentenantrag wurde angenommen.

2. Ausgabe

25. Jahrgang. Wien, Montag, 30. Juni 1919. Nr. 271.

**Die Werk- und Lieferungsverträge der Gemeinde.** Der Stadtrat hat im Vormonate die allgemeinen Bedingungen für den Abschluss von Werk- und Lieferungsverträgen der Gemeinde genehmigt. Die Bedingungen sind nun in Druck erschienen und sind für jeden, der mit der Gemeinde Wien in geschäftlicher Verbindung steht, von grosser Wichtigkeit. Die Bedingungen sind bei der städtischen Hauptkasse zum Preis von 60 Hellern pro Stück erhältlich.

**Von der Wiener Bürgervereinsung.** Vergangene Woche fand die Wahl des Präsidiums der Wiener Bürgervereinsung statt. Zum Präsidenten wurde Leopold Bismarck, zum 1. Vizepräsidenten Hr. Roth und zum 2. Vizepräsidenten Dichter, zum Schriftführer Hermann gewählt. Eine Abordnung der Wiener Bürgervereinsung sprach beim Bürgermeister Reumann vor, um bei ihm wegen der Erhöhung der Bürgerpenalonen und Vermehrung der Ehepaarzahlener in Versorgungshäuser zu intervenieren. In dieser Angelegenheit sagt der Bürgermeister seine Unterstützung zu.

**Eine Warnung an die Milchverschleissler.** Mit Rücksicht auf die vielseitigen Fragen aus den Kreisen der Verbraucher hat sich die städtische Milchversorgungsstelle veranlasst gesehen, nachstehenden Erlass an alle Molkereien und Milchhändler zu richten: Laut Kundenachung des Magistrates vom Jänner 1917 sind die Inhaber oder Leiter der Milchverkaufsstellen zur Führung einer Kundenliste verpflichtet und ist jede Aenderung durch Abfall oder Zuwachs in dieser Liste sofort ersichtlich zu machen. Weiters wurde angeordnet, dass in jeder Milchabgabestelle täglich durch deutlich lesbaren Anschlag die zur Ausgabe gelangende gesamte Frischmilchmenge, sowie die Kopfquote für Kinder bis zum 1. Jahre und Kranke ersichtlich zu machen ist. In der letzten Zeit wurde wiederholt festgestellt, dass diesen Aufträgen nicht immer entsprochen und dadurch die Kontrolle des Milchverkehrs ungemein erschwert wird. Die Milchversorgungsstelle bringt daher diese Bestimmungen neuerlich in Erinnerung und vermerkt, dass die Durchführung dieser Aufträge von den zuständigen Organen auf das Genaueste überwacht und jede Unterlassung im Sinne der erlassenen Strafbestimmungen strengstens geahndet wird.

**Kartoffelabgabe.** Dienstag bis Donnerstag werden im 1., 6., 7., 18. und 19. Bezirk Kartoffeln und zwar 1 kg für den Kopf gegen Abtrennung des Abschnittes U der Kartoffelkarte abgegeben.

**Der Wechsel in der Magistratsdirektion.** In der heutigen Stadtratsitzung berichtete BGM. Reumann über das Ansuchen des Magistratsdirektors Pawelka um Versetzung in den dauernden Ruhestand, dem Folge gegeben wurde. Der Stadtrat hat weiter einstimmig beschlossen, den Magistratsrat Dr. Karl Hartl zum Magistratsdirektor und den Obermagistratsrat Dr. August Mayr zum Magistratsvizektor ad personam zu bestellen. Nach der Ernennung wurden die beiden Herren in den Stadtratsitzungssaal berufen und BGM. Reumann hielt an sie eine Ansprache, in welcher er insbesondere dem Magistratsvizektor Mayr seinen besten Dank dafür aussprach, dass er seine Dienste der Gemeinde auch weiter zur Verfügung stelle. Auf die Stelle eines Magistratsdirektors hätte er als älterer Beamter den Anspruch, aber die Gemeinde Wien stehe vor äusserst schweren wichtigen Aufgaben und deshalb musste zur Leitung der Geschäfte der Stadt ein Beamter in Aussicht genommen werden, der in die zukünftigen Verhältnisse gleichsam hineinwächst, und der auch in der Zukunft für absehbare Zeit der Stadt seine Kräfte zur Verfügung stellen wird. Von diesem Gesichtspunkte aus hat der Stadtrat den Magistratsdirektor Hartl ernannt, der ein Schüler des Vizektors Mayr ist und er hoffe, dass die beiden Herren zusammenarbeiten werden im Interesse der Stadt Wien. Dafür dass Vizektor Mayr in selbstloser Weise seine eigenen persönlichen Interessen zurückgestellt hat, verdiente er die vollste Anerkennung und er spreche ihm dafür persönlich den besten Dank aus.

Magistratsdirektor Dr. Hartl dankte sowohl für den Vertrauensbeweis, als auch für die Ehrung, die er beinhaltet, da es zweifellos eine grosse Ehre sei, zum ersten Beamten der Stadt Wien ernannt zu werden. Ich bin mir vollkommen im Klaren darüber, dass die Aufgabe, die meiner harrt, keine leichte sein wird. Wenn schon in normalen Zeiten dieses Amt stets ein schwieriges war, so treten diese Schwierigkeiten doppelt hervor in einer Zeit, die unter den Nachwehen des entsetzlichsten Krieges der Weltgeschichte zu leiden hat und in der der politischen Umwälzung tiefgehende wirtschaftliche Korderungen folgen werden. Sie haben mir meine Aufgabe dadurch wesentlich erleichtert, dass sie mir einen der bewährtesten, tüchtigsten und erfahrensten Beamten der Gemeinde zum

Seite gestellt haben, der in hervorragender Selbstopferung um der Sache willen den jüngeren Kollegen den Vortritt gelassen hat. Ich bin mir auch darüber vollkommen im Klaren, dass ich nur dann in der Lage sein werde, meine Stelle voll auszufüllen, wenn doch die Unterstützung des Herrn Bürgermeisters, der Herren Vizebürgermeisters und des verehrlichen Stadtrates geniesse. Um diese bitte ich Sie. Dass ich aber selbst bestrebt sein werde, mein Amt nach besten Wissen und Gewissen zu führen und meine gesamten Kräfte, wie bisher in den Dienst meiner über alles geliebten Vaterstadt zu stellen, das gelobe ich hiermit getreulich in die Hände des Herrn Bürgermeisters.

Magistratsvizektor Dr. Mayr sagte: Für die Worte des Bürgermeisters und für meine Ernennung bitte ich Sie, meine Herren und Damen, meinen besten Dank entgegenzunehmen. Ich finde es begrifflich, dass eine neue Partei an die Spitze des Magistrates einen jüngeren Beamten beruft, denn es leichter ist, in den Gedankengang des neuen Regimes hineinzufinden und der die Gewähr bietet, dass er eine längere Reihe von Jahren auf diesem Posten wirken wird.

Sie meinen lieben Freund Dr. Hartl zum Magistratsdirektor ernannt haben, berätet mir eine gewisse Genugtuung; wir beide haben uns immer gut verstanden und wir werden uns auch weiter gut verstehen, solange es mir vergönnt sein wird, der Stadt Wien zu dienen. Ich hoffe, dass unsere Zusammenarbeit der Gemeinde Wien Vorteile bringen wird.

Magistratsdirektor Dr. Karl Hartl, geboren 28. Jänner 1873 trat nach vollendeten Gymnasial- und Hochschulstudien am 18. April 1901 in den städtischen Dienst. Er war kurze Zeit dem magistratischen Bezirksamte Pünfhaus zugeteilt und wurde bereits im Jahre 1902 in die Magistratsabteilung II (Finanzwesen) berufen. In dieser Stellung eignete er sich die Kenntnisse des gesamten Verwaltungsorganismus der Stadt an und hatte hervorragenden Anteil an allen finanziellen Angelegenheiten der letzten Jahre, insbesondere auch bei der Einführung neuer Abgaben, so der Weitzuwachs- und Lustbarkeitsabgabe. Gleich bei Beginn des Krieges wurde er überdies zum Vertreter des Magistrates bei der Zentralstelle der Fürsorge für Kriegsflüchtlinge bestellt. Am 8. Dezember 1918 wurde er zum Vorstand der Magistratsabteilung II ernannt. Nachdem er bereits vorher die umfangreichen Vorarbeiten über die Kriegsschulden der städtischen Angestellten durchgeführt hatte, oblagen ihm nun die Arbeiten für die vor kurzer Zeit vom Gemeinderate genehmigte Regulierung der Bezüge der städtischen Angestellten. Dr. Hartl hatte auch bei der Begebung der verschiedenen in den letzten Jahren erfolgten Anleihen mitgewirkt. Im persönlichen Verkehr ist Dr. Hartl ausserordentlich lebenswürdig und erfreut sich sowohl bei den Funktionären, als auch bei der Beamtenschaft der grössten Wertschätzung.

Magistratsvizektor Dr. August Mayr wurde im Jahre 1864 geboren, trat im Jahre 1891 in den städtischen Dienst und wurde 1907 zum Magistratsrat und später zum Obermagistratsrat ernannt. Zuerst wirkte er in der Magistratsabteilung für Finanzwesen und nach Inkrafttreten der neuen Heimatsgesetznovelle wurde er zum Vorstand der betreffenden Magistratsabteilung bestellt. Im Jahre 1914 wurde er zum Magistratsdirektor Stellvertreter ernannt.

Der aus dem Amte scheidende Magistratsdirektor Karl Pawelka trat im Jahre 1891 in den städtischen Dienst und wurde, nachdem er in mehreren Magistratsabteilungen und Bezirksämtern tätig war, mit der selbstständigen Leitung der Magistratsabteilung 19 betraut. Im Jahre 1914 wurde er zum Obermagistratsrat ernannt und zum Vorstand der politischen Geschäftsgruppe bestellt. Vom BGM. Weiskirchner wurde ihm ad personam die Behandlung besonderer durch den Krieg aktuell gewordener Fragen übertragen, so die Invalidenfürsorge und die staatlichen Unterhaltsbeiträge.

